10 deutsche architektur



Wohngebiete

Berlin
Oktober

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– Mark

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassill-Lewsky 6

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová sluzba, Praha 2 – Vinohrady,
Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utca 32

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

· BRD
· Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P 3/31/72 bis P 3/40/72, P 229/72

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)

Aus dem vorigen Heft:

Sportbauten für den olympischen Alltag – Die olympische Idee
und der Volkssport in der DDR
Konditionierungs- und Gymnastikräume in Wohnhäusern und Betrieben
Die Nutzung der Einrichtungen für aktive Erholung
in städtischen Parks und Naherholungsgebieten
Volksbad Brandenburg
Sporthalle Wismar
Schießsportanlage Suhl
Rennschlittenbahn in Oberhof
Regattastrecke Brandenburg
Vorschläge für Prinziplösungen
zum Bau von Zentren der aktiven Erholung

Im nächsten Heft:

Eigenheimbau:
Angebotsprojekte für Eigenheime
Zur Projektierung von Eigenheimen –
Reihenhaustyp RH 2
Ausstellung „Eigenheim 72 – Selber bauen" in Halle-Trotha
Eigenheime in Holzbeton
Reihenhäuser in Cottbus
Beispiele, Projekte und Ideenentwürfe für den Eigenheimbau
Internationale Umschau für Einfamilienhäuser

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 31. Juli 1972
Illusdruckteil: 8. August 1972

Titelbild:

Ensemble des Wohnkomplexes III in Halle-Neustadt
Foto: Martin Skoyan, Leipzig

Fotonachweis:

Wolf Abbé, Berlin (1); Monika Mayer-Günther, Halle (1); Nadja Hadjewa, Sofia (1); Hans-Joachim Götze, Weimar (1); Gerd Wessel, Berlin (3); Hanns Höhns, Erfurt (5); Michael Kröber, Halle (6); Günther Andres, Erfurt (2); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (8); Günter Hensling, Halle (1); Satish Khurana, Halle (1); Foto-Schulz, Halle (1)

10 deutsche architektur

XXI. Jahrgang
Berlin
Oktober 1972

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag)
Daniel Kopeljanski (Moskau), Nadja Nadjiewa (Sofia), Zbigniew Pininski (Warschau)

Energieeinsparung schon bei der Konzeption des Bauwerkes beeinflussen

Die Forderung des VIII. Parteitages, bis 1975 500 000 neue Wohnungen zu schaffen, um die Wohnverhältnisse unserer Bevölkerung zu verbessern, stellt nicht nur die Bauindustrie vor große Aufgaben, sondern auch unsere Energiewirtschaft. Der Appell an die Bevölkerung, mit Energie so sparsam wie möglich umzugehen, genügt allein noch nicht. Für die Bauindustrie gilt es jetzt, durch die Erhöhung der Wärmedämmung der Außenwandelemente und durch Verwendung regulierbarer Heizungsanlagen mit hohem Wirkungsgrad eine effektive Nutzung der Wärmeenergie zu ermöglichen. Auch das ist eine Forderung des VIII. Parteitages. Ein entscheidender Schritt kann nur in enger Gemeinschaftsarbeit mit den Auftraggebern getan werden. Isolierte Bemühungen einzelner Bereiche führen zu keinen wesentlichen Ergebnissen. In den Bezirken Dresden und Rostock sind auf diesem Gebiet bereits Erfolge zu verzeichnen bei der Suche nach volkswirtschaftlich effektiven Lösungen.

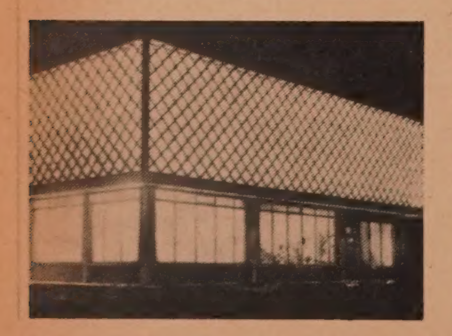
Wie in Rostock und Dresden, gilt es jetzt auch in den anderen Bezirken beispielhafte Lösungen mit allen beteiligten Partnern zu entwickeln und sie schrittweise zu verwirklichen.

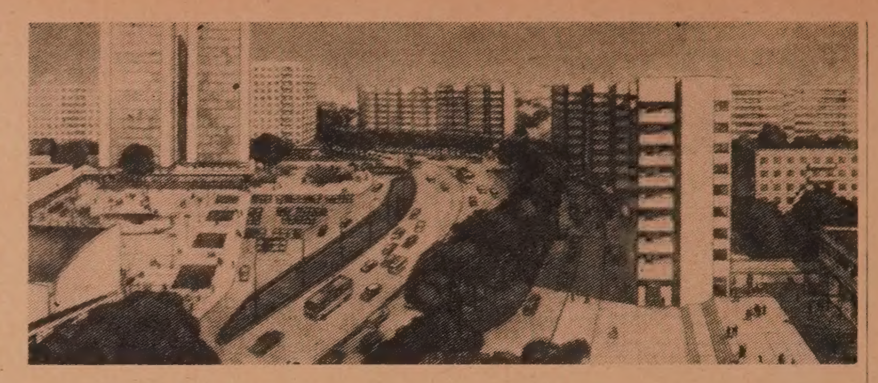
Auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates der DDR vom 8. 3. 1972 ist es erforderlich, daß die Räte der Bezirke Maßnahmen zur organisierten Zusammenarbeit aller beteiligten Organe festlegen und daß die Bezirksenergiekommissionen die Durchsetzung dieser Maßnahmen aktiv beeinflussen und kontrollieren.

Die schnelle Verwirklichung der Beschlüsse und die Nutzung der besten Erfahrungen werden uns helfen, in der Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der SED gestellten Hauptaufgabe voranzukommen.

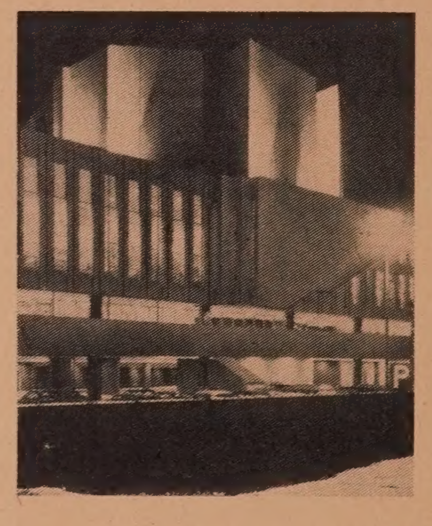


Lichtstudio des VEB Neontechnik in Halle
Das Neuererzentrum des Bezirkes steht der Bevölkerung und Architekten zur Beratung zur Verfügung.
Entwurf: Architekten Arlt, Lotz und Buschendorf





Prospekt Veteranow — Projekt für eine Magistrale in Leningrad.
Dieser Prospekt wird die südwestlichen Bezirke der Stadt miteinander verbinden. Das Architektenkollektiv wurde für dieses Projekt mit dem Staatspreis der SSSR ausgezeichnet.

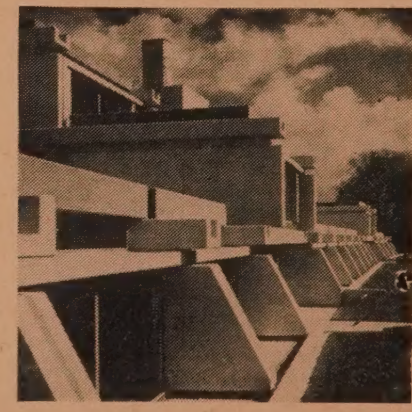


▲
Konzert- und Kongreßzentrum „Finnlanda"
Am Westhafen der Töölo-Bucht, nur einen Kilometer vom Zentrum der finnischen Hauptstadt entfernt, entstand das neue Konzert- und Kongreßzentrum „Finnlanda" nach einem Entwurf von Professor Alvar Aalto, Helsinki.

▶
Verwaltungsgebäude des Christ-Colleges in Cambridge
Der eigenwillige Eindruck des Gebäudes wird durch die gestaffelte Konstruktion hervorgerufen. Das zweite Obergeschoß des Gebäudes wurde zurückgesetzt und auf die Terrasse Erdreich aufgetragen, so daß Bäume und Sträucher angepflanzt werden können.
Architekt Denys Lasdun und Mitarbeiter

Mathematik hilft besser und zweckmäßiger bauen — Internationaler Kongreß in Weimar demonstrierte Nutzen der EDV für die sozialistische Rationalisierung im Bauwesen

In den letzten Jahren ist die Anzahl der Berührungspunkte zwischen dem Bauwesen und vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik spürbar angestiegen. Das machte erneut der 6. Internationale Kongreß über die Anwendungen der Mathematik in den Ingenieurwissenschaften deutlich.
Im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Meinungsstreits standen vornehmlich Fragen, die mit verstärktem Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen und mathematischer Methoden in allen Bereichen des Bauwesens einhergehen. Rund 700 Wissenschaftler aus über 20 Staaten waren gekommen, um den erreichten Wissensstand zu analysieren und zu vergleichen, neue Lösungswege vorzuschlagen und die Möglichkeiten der schnellen Überführung neuester Erkenntnisse in die Praxis zu überprüfen.
Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in allen Bereichen des Bauwesens ist ein wichtiger Beitrag zur sozialistischen Rationalisierung. In zahlreichen Plenar- und Kurzvorträgen wurde deutlich, daß insbesondere auf den Gebieten der Gebäudeprojektierung, der mathematisch fundierten Entscheidungsfindung für optimale technologische Abläufe und auf dem Gebiet der Standort- und Territorialplanung sichtbare praktische Ergebnisse erzielt worden sind.



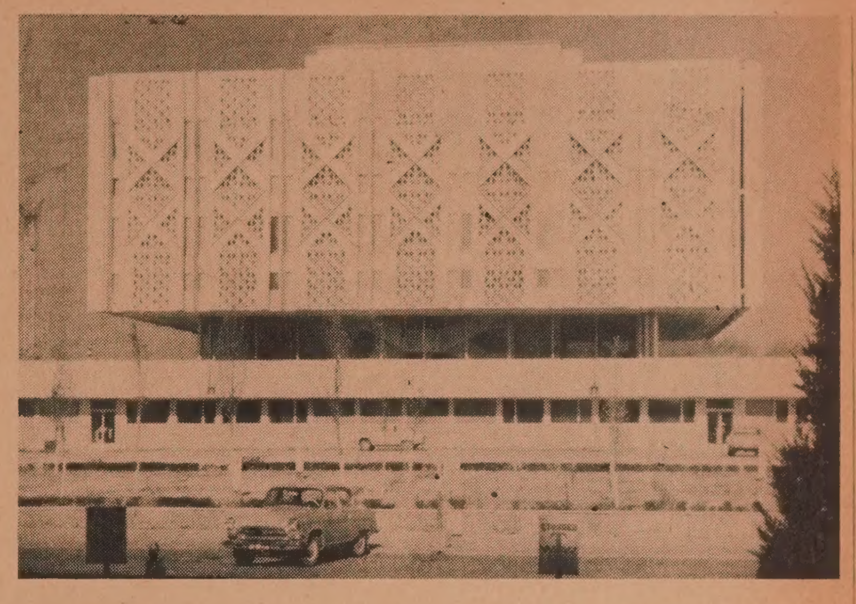
Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Architekten — hervorragende Wettbewerbsleistungen usbekischer Studenten

Erste Preisträger des Wettbewerbs auf der jetzt in Moskau beendeten Leistungsschau von Arbeiten junger Architekten waren Diplomanden des Instituts für Architektur in Samarkand (Usbekische SSR). Jede der von ihnen eingereichten acht Arbeiten erhielt ein Diplom erster oder zweiter Klasse.

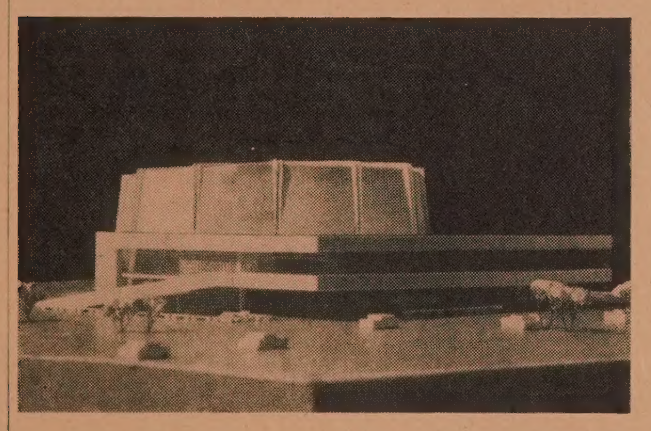
Dieser große Erfolg war das bemerkenswerteste Ergebnis des dem 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR gewidmeten Wettbewerbs, an dem sich Diplomanden aus 37 Instituten aller Unionsrepubliken beteiligt hatten. Die hohe Qualifikation der jungen usbekischen Architekten ist nach Ansicht des Rektors des Samarkander Instituts, das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit dieser Bildungseinrichtung mit entsprechenden Wissenschaftszentren in der RSFSR und der Ukrainischen SSR.
Das Institut, eines der jüngsten sowjetischen Bildungsinstitutionen dieser Fachrichtung, besteht seit sechs Jahren. Viele seiner Dozenten sind aus Moskau und Leningrad nach Samarkand gekommen. Die mit Preisen ausgezeichneten Studenten haben ihr Praktikum in der Ukraine absolviert, wobei sie die guten Erfahrungen nationaler Architekturschulen weitgehend ausnutzten.



Am 19. 7. 1972 wurde in Anwesenheit der Aussteller Robert Juvenne, Chefredakteur der Zeitschrift „Le mur vivar" (zweiter von links) und dem Künstler Makedonski (erster von links) die Ausstellung „Französische Architektur" in der Berliner Neuen Galerie eröffnet. Anliegen der Ausstellung ist es, den Besucher mit dem Bemühen der französischen Architekten und Künstler um eine enge Verbindung von Architektur und bildender Kunst bekannt zu machen.



▲ Das zum 100. Geburtstag Lenins fertiggestellte Leninmuseum in der Hauptstadt der Usbekischen SSR, Taschkent



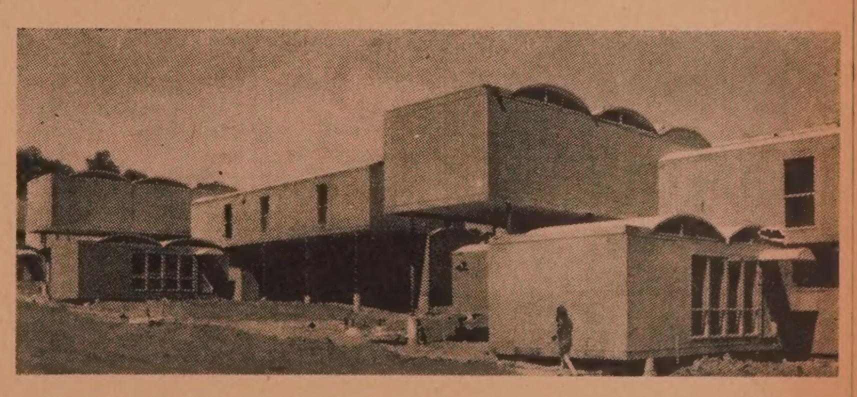
◀ Modell für ein Festivalkino in Varna
Der große Kinosaal hat 1000 Plätze, der kleinere 320 Plätze.
Architekt K. Hristoff

Brücke zwischen Europa und Asien

Die mit 1560 Metern Gesamtlänge und einer freien Spannweite von 1074 Metern viertgrößte Hängebrücke der Welt wird ab Spätsommer des nächsten Jahres am Bosporus die beiden Nachbarkontinente Europa und Asien miteinander verbinden. Das 33 Meter breite Bauwerk ruht auf zwei 165 Meter hohen Stahlträgern, deren Betonfundamente 12,5 beziehungsweise 24,5 Meter unter dem Meeresspiegel in hartem Felsgestein liegen. Die Durchfahrtshöhe beträgt 64 Meter.

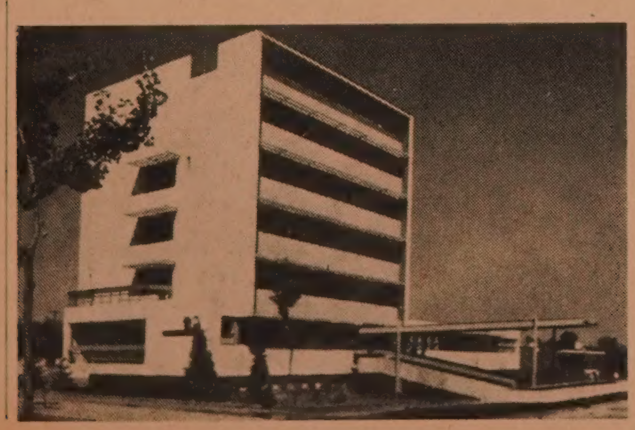
Die Fahrbahn wird an zwei Tragseilen aufgehängt, die etwa 60 Zentimeter dick sind und aus jeweils 550 parallel laufenden verzinkten Stahldrähten von 5 mm Durchmesser gebildet werden. Die drei Meter dicke Brückenplatte – es handelt sich um eine stählerne Hohlkastenkonstruktion – weist sechs Richtungsfahrbahnen von je 3,5 Meter Breite auf. Die angesetzten zwei Seitenflügel tragen die Fußwege.

▶ Wohnquartier in New Haven
Das Projekt umfaßt etwa 150 Wohneinheiten aus vorgefertigten Raumzellen, die bereits in der Fabrik voll ausgebaut werden. Die „Wohncontainer" stehen in Vierergruppen beisammen und bilden jeweils einen zweigeschossigen Winkeltyp.



Wandplatte heizt und kühlt

Eine im Staatlichen Energetischen Forschungsinstitut „Krshishanowski" entwickelte Wandplatte kann sowohl als Heizkörper dienen als auch eine Kühlwirkung erzielen. Die Konstruktion beruht auf dem Peltier-Effekt. Die Wandplatte kann eine Temperatur erreichen, die 15 °C unter der sie umgebenden Luft liegt, bei Erwärmung dagegen kann die Temperatur bis auf 80 °C ansteigen.



◀ In Szombathely, VR Ungarn, wurde eine Blutspendezentrale fertiggestellt. Neben der Blutentnahme und Blutkonservierung befindet sich in diesem Gebäude auch eine Abteilung für Unterricht und Weiterbildung.
Entwurf:
Architekt J. Heckenast

▶ Neues Sportzentrum in Krasnojarsk





Architekturkritik – Probleme und Aufgaben

O. Schwidkowski,
Sekretär der Leitung des
Bundes der Architekten der UdSSR,
Vorsitzender der Kommission für
Architekturtheorie und Architekturkritik

Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus einem Beitrag, der in der „Architektura SSSR" erschien und Erfahrungen unserer sowjetischen Kollegen vermittelt, die im Hinblick auf die Auswertung der 6. Tagung des ZK der SED auch für uns von aktuellem Interesse sind. red.

Der Beschluß des ZK der KPdSU zur literarisch-künstlerischen Kritik hat uns von neuem veranlaßt, all das zu durchdenken, was mit der künstlerischen Kritik überhaupt und der Architekturkritik im besonderen verbunden ist. Im Beschluß wird klar und nachdrücklich von der Bedeutung der architektonisch-künstlerischen Kritik für unsere Gesellschaft und von den Anforderungen gesprochen, die der Kritik von der Partei gestellt werden. Die tiefgreifende Analyse der Entwicklungsprozesse der sowjetischen Kunst, die wechselseitige Befruchtung und Annäherung der Kulturen der sozialistischen Nationen, die Parteilichkeit und die humanistischen Ideale, die Entlarvung des reaktionären Wesens revisionistischer ästhetischer Konzeptionen, die Unversöhnlichkeit mit schlechten künstlerischen Leistungen und mit apolitischer Einstellung, diese und andere wichtige Forderungen sollen die geistige Grundlage nicht nur der Literatur-, sondern auch der Architekturkritik bilden.

Gegenwärtig sehen wir, daß diese Aufgaben von der Architekturkritik noch ungenügend erfüllt werden. Man muß feststellen, daß unsere Architekturkritik heute weniger aktiv ist als in den 30er Jahren, als in den Fachzeitschriften und Zeitungen regelmäßig kritische Beiträge über neue Bauwerke erschienen, als an Hand der Praxis eine kritische Verallgemeinerung durchgeführt wurde und als über Erscheinungen und Tendenzen des künstlerischen Schaffens mehr gesprochen wurde. Zu dieser Zeit fanden lebendige und interessante Diskussionen über spezifische und komplizierte architektonische Probleme statt und die Architekten hielten es für ihre Pflicht, regelmäßig Ergebnisse ihrer schöpferischen Arbeit darzulegen und gaben damit Anlaß zu neuen Diskussionen.

Es ist auch nicht schwer festzustellen, daß in den darauffolgenden Jahren immer weniger interessante schöpferische Diskussionen durchgeführt wurden. Diese zeitlich bedingte Erscheinung war ein Ergebnis am Rande des Umschwungs, der sich in der sowjetischen Architektur in der Mitte der 50er Jahre vollzog. Das Leben hatte für eine gewisse Zeit die künstlerischen Fragen der Architektur in den Hintergrund gedrängt, die Projektierungsbedingungen hatten sich grundlegend gewandelt. Das Leben zwang uns, alle Kräfte auf die Industrialisierung und Typisierung des Bauwesens, auf die technisch-funktionelle Seite des vielfältigen schöpferischen Schaffens zu konzentrieren. Die Historiker, die einmal diese Periode einschätzen werden, werden uns wahrscheinlich des einseitigen Herangehens an architektonische Probleme bezichtigen. Aber dabei gelang es, in kürzester Zeit so viele für unser Volk lebenswichtigen Aufgaben zu lösen, eine mächtige Bauindustrie zu errichten, Millionen neuer Wohnungen zu bauen und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um sich auf einer neuen, höheren Stufe den künstlerischen Fragen des Architekturschaffens zuwenden zu können.

Unsere Architektur steht heute wieder vor einer für sie wichtigen Etappe. Ohne die Bedeutung des Massenbaus und seiner wirtschaftlichen Effektivität herabzusetzen, gilt es, auf schnellem Wege die Qualität des architektonischen Schaffens zu heben, die Schablonenhaftigkeit und die trostlose Einförmigkeit der Bebauung von Städten und Dörfern zu überwinden und eine solche schöpferische Atmosphäre zu schaffen, die zum Bau nicht nur einzelner architektonischer Meisterwerke anregt, sondern auch zur Schaffung einer freundlichen, vielfältigen, den Prinzipien des sozialistischen Humanismus entsprechenden Umwelt beiträgt.

Die neuen Aufgaben erfordern die Vervollkommnung der Mittel, die zu ihrer Lösung erforderlich sind. Eines der wichtigsten Mittel ist dabei gerade die Architekturkritik. Wie jahrhundertelange Erfahrung zeigt, ist die berufsmäßige Architekturkritik eine dringliche Notwendigkeit und ein wichtiger Bestandteil des architektonisch-baulichen Schaffens. In der architektonisch-baulichen Tätigkeit der Gesellschaft nimmt die Kritik einen wichtigen Platz ein.

Ich denke, daß heute bei uns oft eine gewisse vereinfachte (und irgendwie auch einfach fehlerhafte) Vorstellung von den Zielen und Aufgaben der Architekturkritik besteht. An die buchstäbliche Bedeutung des Wortes „Kritik" und an einige schlecht gelungene Kritiken denkend, identifizieren wir die Kritik mit der Suche nach Fehlern und Mängeln im Schaffen des Architekten, wobei wir vergessen, daß der Kritiker kein Spion ist, der bei der Projektierung zugegen ist, sondern Kampfgefährte bei der Lösung aktueller Probleme; wir vergessen, daß er für dasselbe kämpft, was auch Inhalt und Stolz der Arbeit eines Architekten ausmacht, daß er für Ideenhaftigkeit, hohe künstlerische Meisterschaft, für die Schönheit unserer Städte und Dörfer eintritt und auch dafür, daß die architektonische Idee, die von Autor und Kollektiv geboren wurde, groß ist und den Maßstäben entspricht, daß sie Verbreitung findet und nicht erstirbt bevor sie geboren wurde, so wie Banalitäten in jeder beliebigen Schaffenssphäre ersterben.

Die komplizierte Tätigkeit eines Architekten wird heute von Hunderten von Faktoren bestimmt. Jede architektonische Lösung ist eine Resultante einer Vielzahl von Kräften in den Bereichen Ideologie, Technologie, Funktion, Wirtschaft, Ästhetik, Psychologie usw.

Dem Nutzer der Architektur, der also selbst keinen Architekturberuf hat, ist vor allem nur das Endergebnis der Arbeit des Architekten sichtbar, sein Verhältnis zur Architektur wird bei ihm von der persönlichen Erfahrung bestimmt, die er bei der praktischen „Nutzung" des Bauwerkes gemacht hat. Vom künstlerischen Standpunkt gefällt ihm das Bauwerk oder es gefällt ihm nicht, je nachdem, inwieweit es dem schon bestehenden und dem Menschen anerzogenen architektonischen Geschmack und der „künstlerischen Mode" der Zeit entspricht.

Nur der gewinnt beim Umgang mit der Kunst eine Befriedigung, der eine entsprechende ästhetische Ausbildung hat. Das ästhetische Gefühl, so schrieb Belinski, das der Mensch von der Natur erhalten hat, muß auf das Niveau ästhetischen Geschmacks gehoben werden, der durch Studium und Entwicklung erworben wird. Dasselbe ist in bedeutendem Maße auch bei der Einschätzung der technisch-konstruktiven Seiten der Architektur gültig. Das menschliche Gehirn ist fähig zu verstehen; der Mensch kann aber die Schönheit einer technisch-konstruktiven Lösung, die reine Logik des Gedankens nur dann richtig empfinden, wenn er – und sei es auch nur in allgemeiner Form – das Wesen der vom Projektanten zu lösenden Aufgaben, den allgemeinen Stand der technischen Entwicklung und die Perspektive des gewählten Weges versteht.

Die mangelnde Ausstattung und das künstlerische Niveau der Bebauung werden von der Bevölkerung meist mit Typisierung und Industrialisierung des Bauens in Zusammenhang gebracht. Manchmal ist es schwer, zu beweisen, daß ein schlechtes Typenprojekt, die monotone Bebauung mit Gebäuden der industriellen Produktion die progressiven Prinzipien der Industrialisierung und Typisierung in keiner Weise beeinträchtigen können, ohne deren Entwicklung und Vervollkommnung die Massenarchitektur keine Perspektive haben kann.

Die Architekturkritik soll die Prinzipien des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bauwesen erläutern, die fortschrittlichen schöpferischen Ideen propagieren, eine günstige Atmosphäre für ein wahres Neuerertum schaffen und Gefühl und Verständnis für Modernität, Schönheit und Zweckmäßigkeit der besten architektonischen Werke erziehen. Wie wichtig ist für den Architekten eine wahre schöpferische Atmo-

sphäre und das Interesse an den Ergebnissen seiner Arbeit!

Die gesamte materielle räumliche Umwelt, in der der Mensch sein Leben verbringt, wird von der Architektur bestimmt. Von ihrem Niveau hängt auch der Komfort und die Wirtschaftlichkeit unserer Wohn- und Arbeitsstätten ab, an ihr wird auch das „ästhetische Klima" gemessen, das uns erfreut oder betrübt, beruhigt oder erregt und zur Bildung wichtiger ideologischer oder moralischer Eigenschaften beiträgt oder diesen entgegensteht.

Der Mensch hat einen natürlichen Hang zur Gemütlichkeit und Schönheit. Wenn wir in den Neubaugebieten häßliche Häuser, schlecht ausgestattete und primitiv gestaltete Räume antreffen, so ist der Mensch geneigt, dieses ästhetische Vakuum durch individuelle Häuslichkeit auszugleichen, je nach dem Geschmack und den Möglichkeiten eines jeden. Welche Weltanschauung wird dadurch in der Jugend erzogen, wenn sie sieht, daß das gesellschaftliche schlecht, unschön, monoton und das „meinige" gut ist?! Welches Verhältnis zur gesellschaftlichen Wertigkeit hat eine solche Situation zur Folge? Das war nur ein kleines Beispiel dafür, wie die Architektur unmittelbar auf den ideologischen Bereich, auf die Formung der Weltanschauung der Menschen einwirkt.

Es gibt eine ganz klare Wechselbeziehung: Je besser die künstlerische Seite unserer Architektur gelungen ist, desto größer wird das Interesse des Volkes an der Architektur sein. Je größer das Interesse an der Baukunst und das Verständnis für das architektonische Schaffen ist, das heißt, je günstiger die Atmosphäre für die künstlerische Vervollkommnung ist, desto schneller werden wir die gewünschten Ergebnisse erzielen.

So besteht eine der wesentlichsten Aufgaben der Kritik darin, alltäglich der Gesellschaft den sozialen, humanistischen und künstlerischen Inhalt unserer Architektur, die ihr eigenen Entwicklungsgesetze, die künstlerischen Mittel darzulegen, den Geschmack der Menschen und die Fähigkeit, Bauwerke betrachten zu können, zu formen und die Fähigkeit zu vermitteln, die besten Eigenschaften der Architektur einschätzen zu können und zwar nicht auf dilettantische Art, sowie die Natur und die Ursächlichkeit der Erscheinungen des Architekturschaffens verstehen zu lernen. Dieses **Verständnis** wird bei den Menschen Unversöhnlichkeit mit architektonischer Handwerkelei und schöpferischer Unfähigkeit hervorrufen und es erlauben, die öffentliche Meinung auf die wahren Mängel zu konzentrieren. Andererseits besteht die Rolle der Kritik auch im ständigen Dialog mit dem Architekten, dem Schöpfer unserer Lebensumwelt. Das Bedürfnis nach Kritik ist dem Architekten wie auch jedem anderen schöpferischen Menschen schon unmittelbar durch das Wesen der künstlerischen und gestalterischen Begabung mit ihrem bildhaften Denken, mit ihrem stark ausgeprägten Sinn für das Treffen einer Wahl eingegeben. Besonders heute ist das Bedürfnis nach Architekturkritik enorm gewachsen, da die Projektierung und selbst der schöpferische Prozeß große Veränderungen durchgemacht haben.

Mit seltenen Ausnahmen ist der Architekt, der mit seiner Arbeit voll ausgelastet ist, nicht in der Lage, den gesamten Bereich des heutigen Bauens zu erfassen und seine Arbeiten und Methoden mit denjenigen anderer in- und ausländischer Architekten zu vergleichen und seinen eigenen Beitrag richtig einzuschätzen. Gegenwärtig ist nur das Volk und die Zeit in der Lage, das Werk der Architektur einzuschätzen. Mittler zwischen beiden ist der Kritiker. Das System Architekt—Bauwerk—Volk hat noch eine weitere Aufgabe: Bei der Analyse der Vorzüge und Mängel der Bauwerke soll der Kritiker gleichzeitig ein feinfühliger Empfänger und übertragender Sender sein, der dem Architekten das wahre Bild seiner Erfolge und Mißerfolge, die Einschätzung seines Schaffens durch die Gesellschaft nahebringt und erfolgreiche Entdekkungen unterstützt.

Die Kritik soll dem Architekten nahebringen, wie und mit welchen Mitteln diesem oder jenem seiner Kollegen es gelang, eine bestimmte Aufgabe zu lösen. Sie kann ihn aber nicht lehren, wie die eigenen künstlerischen Probleme zu lösen sind, weil es noch niemandem gelungen ist, ein bedeutendes künstlerisches Werk auf der Grundlage von Rezepturen anderer oder gar nach Dogmen zu schaffen. Der Kritiker soll nicht Lehren erteilen, sondern bestimmte weltanschaulich-ästhetische Positionen vertreten, eine künstlerische Weltanschauung formen helfen, die Schaffensprozesse in ihrer Dynamik durchdenken, Selbstzufriedenheit überwinden helfen, desgleichen konservative Ideen, und überall wo sie auftauchen, soll er eine Gegenbewegung des Geistes und der Gefühle schaffen. Um einer solch schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, muß die Kritik von hoher Qualität sein und von talentierten Menschen praktiziert werden. Nichts ist weniger nützlich und langweilig als kritische Äußerungen ohne frischen Gedanken oder gar mit dem Bestreben, scharfe Spitzen zu glätten, über alles nichts zu sagen oder über nichts alles. Es gibt solche Bereiche der Tätigkeit des Menschen, wo alles von der Qualität abhängt, wo bei schlechter Qualität alle Arbeit ihren Sinn verliert. So ist es z. B. im Gerätebau, wo solche Begriffe, wie „Ungenauigkeit", „etwa" einfach kein Recht auf Existenz haben. Genauso verhält es sich mit der Kritik.

Was ist Kritik? Der Literaturkritiker Surowzew erinnerte kürzlich an die Worte Puschkins, daß Kritik eine **Wissenschaft** ist, die Schönheit und Mängel der Kunstwerke und der Literatur eröffnen soll, daß sie auf der vollständigen Kenntnis der Regeln basiert, von denen sich der Künstler oder Schriftsteller in seinen Werken leiten läßt, auf dem eingehenden Studium der Methoden und auf der tätigen Beobachtung der bedeutenden Erscheinungen der jeweiligen Zeit. Diese Definition fiel Puschkin offenbar nicht leicht. So hat der Literaturforscher Blagoi darauf hingewiesen, daß Puschkin im Entwurf das Wort „Wissenschaft" zunächst durchgestrichen und durch das Wort „Kunst" ersetzt hatte. Dann hat er aber „Kunst" durchgestrichen und wieder das Wort „Wissenschaft" hingeschrieben. In demselben unvollendeten Artikel „Von der Kritik" bemerkt Puschkin u. a.: „Wo es keine Liebe zur Kunst gibt, dort gibt es auch keine Kritik!"

Um nicht oberflächlich zu sein, muß jede Kritik, die Architekturkritik besonders, wissenschaftlich sein, ihre Methodik (oder Methodiken) haben, über spezielle Verfahren der berufsmäßigen Analyse und über theoretische Grundlagen verfügen. Und natürlich muß sie unbedingt über das hauptsächliche verfügen — über eine weltanschauliche Position, die ein gesellschaftliches Ideal klar zum Ausdruck bringt.

Wir brauchen eine strenge, anspruchsvolle Kritik, die unversönlich alle Mängel und allem gegenübersteht, was der Schaffung der materiellen und künstlerischen Umwelt der kommunistischen Gesellschaft entgegensteht. Solch eine Kritik ist für eine Analyse und in Hinblick auf die Verbesserung der Bebauung der Städte des Landes unerläßlich. Natürlich soll die Kritik positiver Natur sein. Boshaftigkeit und Meckerei bei Schwierigkeiten und Mißerfolgen in der schöpferischen Arbeit sowie das vorsätzliche Suchen nach Fehlern sind unzulässig. Durch Konzentrierung der Aufmerksamkeit nur auf Fehler und Mängel entstellt der Kritiker die wirkliche Lage der Dinge und trägt nicht zur Überwindung der schöpferischen Schwierigkeiten der Architekten bei und lähmt deren schöpferische Initiative. Lenin sagte, daß ein Talent eine Seltenheit ist, das man systematisch und vorsichtig unterstützen müsse.

Die Kritik soll helfen, die Talente zu entfalten. Sogar dann, wenn der Kritiker gegen eine seiner Meinung nach mißlungene Arbeit auftritt, soll er überzeugen und nicht verletzend wirken, mit anderen Worten, er muß über das seltene Gefühl des Maßes und des Taktes verfügen.

Unsere Architekten und Bauleute führen gegenwärtig eine gewaltige Arbeit durch, deren große soziale Bedeutung außer Zweifel steht. In dem für historische Begriffe sehr kurzen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren hat die Sowjetunion wirklich einen unerwarteten gigantischen Sprung durch die Entwicklung des Massenbaus nach vorn getan und löst erfolgreich das komplizierte Wohnungsproblem. Der neunte Fünfjahrplan stellt einen neuen gigantischen Schritt bei der Verwirklichung der Politik unserer Partei, die auf die umfassende Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen gerichtet ist, dar. Der Kritiker ist verpflichtet, ständig an diese grundlegende sozialökonomische Basis der sowjetischen Baukunst zu erinnern und in seinen Einschätzungen ständig von ihr auszugehen.

Das Hauptprinzip, das Rückgrat der Kritik war, ist und bleibt ihr ideologisches Bekenntnis und die Parteilichkeit. Der Beschluß des ZK der KPdSU zur literarisch-künstlerischen Kritik weist auf die Notwendigkeit hin, höchste Anforderungen hinsichtlich des ideologisch-theoretischen Niveaus der Kritikbeiträge zu stellen. Die Kritik soll mit der für sie maximal möglichen Aktivität die Linie der Partei auf dem Gebiet des architektonisch-künstlerischen Schaffens durchsetzen helfen, täglich für die Verwirklichung der kommunistischen Ideale kämpfen und zur Erziehung der sowjetischen Bauschaffenden beitragen. Die Kritik soll auch den Kampf mit reaktionären Auffassungen der Architekturentwicklung führen, die gegenwärtig immer öfter von bürgerlichen Ideologen bei den Versuchen propagiert werden, eine „beeindruckende Fassade des Kapitalismus" zu schaffen.

Der Kritiker ist immer ein Kämpfer. Unter den gegenwärtigen Bedingungen muß der Kämpfer gut ausgerüstet sein. Eine Waffe der Kritik ist vor allem das philosophische und spezialtheoretische Gebiet der Wissenschaft. Die Schwäche der Architekturtheorie kommt natürlich auch in den Mängeln der Architekturkritik zum Ausdruck. Gegenwärtig kommt kein Gebiet der menschlichen Tätigkeit, sei es Technik oder Kunst, ohne entwickelte theoretische Wissenschaft aus. Die theoretische Physik, die theoretische Mechanik, die Theorie der Literatur, der Musik, die marxistisch-leninistische Ästhetik, usw. tragen aktiv zum Fortschritt der entsprechenden Gebiete praktischer Tätigkeit bei. Dabei gibt es neben den allgemeintheoretischen Disziplinen überall angewandte wissenschaftliche Disziplinen.

Zwischen ihnen gibt es eine klare Funktionstrennung. Wenn die praktische Wissenschaft praktische Aufgaben löst, so definiert die allgemeintheoretische Wissenschaft mehr oder weniger die Perspektiven einer progressiven Entwicklung der gesamten Tätigkeitssphäre, kontrolliert die Gesamtrichtung der Praxis, lenkt die Entwicklung in die geeigneten Bahnen, wo die Lösung dieser oder jener Teilaufgaben gefunden werden muß.

Die allgemeine Theorie, so lehrt uns der Marxismus, wird immer in größerem oder kleinerem Maße von der Praxis abstrahiert, weil sie anders sich zu größeren Verallgemeinerungen nicht erheben kann. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die bei uns oft zu hörenden Vorwürfe an die allgemeine Theorie über die fehlende Verbindung mit den konkreten Aufgaben der Praxis, das herablassende Verhältnis zur Erarbeitung allgemeintheoretischer Architekturprobleme, das bei vielen Praktikern besteht, haltlos. Eine ähnliche Erscheinung kritisierte seinerzeit auch F. Engels, der sagte, daß die Abneigung der Praktiker gegenüber philosophischen Problemen ihres Faches sie zu einer Weltanschauung der schlechtesten Sorte hinführe – zu einem Empirismus mit all seiner Methaphysik und Beschränktheit bei der Einschätzung des Wesens dieser oder jener Erscheinung. Die allgemeine Architekturtheorie ist nicht nötig, damit sie ein Rezept oder eine einfache Anleitung für das Schaffen sei. Die Theorie soll dem tätigen Architekten die Möglichkeit geben, sich sowohl in der Weltanschauung als auch in der Gesamtheit der Faktoren, die ein architektonisches oder städtebauliches Werk bestimmen, zu orientieren.

An der schwachen Durcharbeitung allgemeintheoretischer Probleme leiden besonders spürbar die angewandte Wissenschaft und die Kritik, die nicht selten unrichtige Empfehlungen deshalb geben, weil sie ihre Aufgaben isoliert lösen, ohne Berücksichtigung aller Faktoren und Voraussetzungen, die die Wahl des Lösungsweges bestimmen. Der Erfolg der Kritik ist mit der Entwicklung der (theoretischen) Wissenschaft verbunden. Deshalb hat eine schlechte theoretische Basis natürlich ihre Auswirkungen auch auf die Autorität der Architekturkritik und auf die persönliche Autorität des Kritikers.

Der letzte Umstand scheint mir besonders bedeutungsvoll zu sein. Jeder von uns hat seine Lieblingsschriftsteller, Lieblingsschauspieler, seinen Architekten, die wir mit Namen kennen und deren Arbeiten uns bekannt sind. Wir kennen ihre schöpferische Handschrift, ihr System von Anschauungen, ihre Vorliebe oder Antipathie für etwas. Sie sind für uns Persönlichkeiten und gerade deshalb interessant. Solch eine persönliche Autorität soll auch der Kritiker sein. In der Regel kann der Kritiker keine durch Macht begründete Autorität haben, er hat nur die Macht der Autorität. Ein Bauschaffender soll seinem Kritiker, dessen Prinzipienhaftigkeit glauben können; er soll dessen Meinung anhören und wissen, daß sie auf einer tiefgehenden Analyse basiert. Für den Kritiker ist es sehr schwer, eine solche Autorität zu erkämpfen. Deshalb muß er eine einwandfreie wissenschaftliche, berufsmäßige und große moralische Reputation haben: Der Leser soll von der Unvoreingenommenheit des Kritikers, von der Kühnheit seiner Gedanken überzeugt sein, die durch äußeren Druck nicht ins Wanken gebracht werden können, ebensowenig aus Furcht sich mit irgendjemand „zu verzanken" oder jemand zu „beleidigen". Dafür muß man eine besondere Begabung besitzen, von der Belinski schrieb, daß „die Begabung des Kritikers eine seltene Begabung ist".

Die sowjetische Architekturkritik hat große Traditionen. Auch heute liest der Leser mit großer Aufmerksamkeit die kritischen Beiträge einer Reihe von Fachleuten. Aber eines stimmt dabei traurig: Diese Fachleute wenden sich nur selten dem Genre der Kritik zu, nur von Fall zu Fall, gewöhnlich befassen sie sich mit anderen Dingen. So ergibt sich, daß es auf dem Gebiet der Architektur überhaupt keine Berufskritiker gibt. Einige sind sogar der Meinung, daß das natürlich sei. Ich meine, daß das ein großes Unglück ist. Im Beschluß des ZK der KPdSU „Zur literarisch-künstlerischen Kritik" heißt es, daß die auf diesem Gebiet bestehenden Mängel in vielem durch das Fehlen qualifizierter Kader bedingt sind und außerdem seien an Universitäten und Hochschulen nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Spezialisierung der Studenten und Aspiranten auf dem Gebiet der Kritik geschaffen worden.

Seltsam ist es festzustellen, daß in der UdSSR, die in der Welt von allen Ländern am meisten baut, die gewaltige Architekturensembles errichtet, überhaupt keine Architekturkritiker ausgebildet werden. Die Logik derjenigen ist mir nicht verständlich, die denken, daß das so sein müsse. Denken sie wirklich ernsthaft, daß Kritiker diejenigen werden sollen, die sich als Projektanten nicht bewährt haben? Der bekannte Scherz, daß der, der nicht projektieren kann, lehren soll, wie man projektiert und daß der, der auch nicht lehren kann, wie man projektiert, lehren soll, wie man lehrt, ist es wirklich nicht wert, in der Praxis realisiert zu werden.

Der Berufskritiker soll eine allgemeine Architekturausbildung erfahren haben, um den ganzen Komplex der heutigen Baukunst zu kennen und nicht nur deren künstlerische Seite. Er selbst soll mit der Projektierung in Berührung gekommen sein (wenn auch nur im Rahmen der Ausbildung), damit er die schöpferische Atmosphäre begreift, in der das Leben eines Architekten verläuft. All das ist außerordentlich wichtig. Aber im gleichen Maße auch unzureichend. Der Architekturkritiker soll auch Historiker und Architektur- und Kunsttheoretiker sein, wenn auch nur in dem Maße, um den Gang der Geschichte und die Perspektiven der Entwicklung der Baukunst in historisch-theoretischer Hinsicht – nicht nur für den augenblicklichen Gesichtswinkel – begreifen zu können. Er muß eine tiefgehende philosophische Ausbildung erfahren, Kenntnisse auf dem Gebiet der Soziologie, der Sozialpsychologie und der Psychologie der Kunst besitzen. Den Kritiker muß man in der modernen Methodik der Architekturanalyse unter Einbeziehung solcher Spezialgebiete wie die mathematische Statistik, Spieltheorie, Semiotik, Axiologie, Systemmethode, Psychologie der Emotionen u. a. ausbilden. Anders ausgedrückt, ihm muß das reiche und vielfältige Werkzeug der kritischen Analyse zur Verfügung stehen. Ihn muß man die Rednerkunst (mir ist unverständlich, warum man dieses wichtige Fach an unseren Hochschulen überhaupt nicht lehrt), die literarische Meisterschaft – Komposition, Stilistik, Redigieren, die Fähigkeit, klar und deutlich seine Gedanken auszudrücken, lehren. Es geht nicht, daß all diese für einen Kritiker unerläßlichen Kenntnisse und Fertigkeiten von Architekten, die sich der Tätigkeit auf diesem schwierigen Gebiet verschrieben haben, im Rahmen des Selbststudiums angeeignet werden, wie das oft geschieht.

Die Frage der Form hat für den Kritiker eine große Bedeutung. Sie schließt nicht nur den Begriff des Taktes, sondern auch die sprachliche, literarische Form ein. Ich bin überzeugt, daß Le Corbusier bei all seiner Qualität weit weniger bekannt und populär gewesen wäre, wäre er nicht zugleich ein talentierter Publizist und Kritiker, ein virtuoser Meister von Aphorismen gewesen.

Es ist wichtig, daß der Kritiker einen lebendigen und wendigen Verstand hat, daß er fähig ist, einen anderen Standpunkt zu begreifen, mit dem er auch nicht einverstanden sein kann. Recht haben die, die sagen, daß die Frage über Einverständnis oder Nicht-Einverständnis nur dann auftritt, wenn es ein Verstehen gibt. Im entgegengesetzten Falle (der oft auftritt) entsteht eine blinde, vorgefaßte Verneinung, die die Entwicklung des Gedankens nur hemmen und die Annäherung an die Wahrheit nur erschweren kann. Dieses Verständnis, seinen Opponenten zu verstehen, die Fähigkeit, Diskussionen zu führen, muß dem Kritiker vermittelt werden.

Anders ausgedrückt ist es völlig klar, daß man die Architekturkritiker, Architekturhistoriker, Architekturtheoretiker speziell ausbilden muß, und zwar nicht an Kunstschulen, sondern an Architekturhochschulen nach besonderen Lehrplänen. Das kann in verschiedener Weise organisiert sein. Man braucht vielleicht nicht spezielle Fakultäten dafür einzurichten, und da die Anzahl der Architekturkritiker begrenzt ist, genügt es, sie nach individuellen Lehrplänen an den historisch-theoretischen Lehrstühlen der Architekturschulen auszubilden mit anschießender Vervollkommnung durch Aspirantur. Vielleicht gibt es auch irgendwelche andere Lösungen für diese Frage, aber eines ist klar: Das Leben und die Praxis erfordern schnellstmögliche Maßnahmen, um die für unsere Gesellschaft nötigen qualifizierten Architekturkritiker auszubilden. Ohne dem wird es bei uns keine Architekturkritik geben, im besten Falle nur Gespräche über Kritik.

Und schließlich muß eine solche Atmosphäre geschaffen werden, wo sich an der Architekturkritik die Architekten, die Schöpfer des Gegenstandes der Kritik, der sowjetischen Baukunst, beteiligen oder einfach ihre Meinung zu aktuellen schöpferischen Fragen äußern. Jeder Architekt muß in der Lage sein „anzuhalten, um sich zu schauen", um auf der Grundlage der eigenen reichen Erfahrung seine Positionen im Lichte dieser oder jener schöpferischen Erscheinungen fixieren zu können. Die Entwicklung der Kritik ist eine gemeinsame Sache, und die Architekten können dazu einen unschätzbaren Beitrag leisten.

Der Beschluß des ZK der KPdSU erfordert die Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf diese außerordentlich wichtige Tätigkeitssphäre. Diese Aufmerksamkeit gegenüber der Kritik soll auch in unserer Architektur schließlich nicht episodenhaft sein, sondern beständig, um konsequent die im Beschluß enthaltenen bedeutenden Ideen realisieren zu können, um die Beziehungen der Kritiker mit der Praxis zu festigen und um ihre marxistisch-leninistische theoretische Ausbildung zu vervollkommnen. Das alles wird zweifellos dazu beitragen, die Arbeit der Architekten reicher, interessanter zu machen, eine Arbeit, die außerordentlich kompliziert ist und großer schöpferischer Anregungen bedarf.

(Übersetzt von S. Leutzsch)

Rekonstruktion von Altbaugebieten – eine erstrangige politische Aufgabe

Im folgenden veröffentlichen wir zwei Beiträge, die auf dem Seminar der Zentralen Fachgruppe Rekonstruktion des BdA/DDR zum Thema „Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten" gehalten wurden. Das Seminar fand am 23. und 24. März 1972 in Halle statt (s. a. „deutsche architektur", Heft 7/72). red.

Aus der Ansprache des
1. Vizepräsidenten des BdA der DDR,
Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke

Die Zentrale Fachgruppe Rekonstruktion des Bundes der Architekten der DDR und die Zentrale Fachsektion Ausbau und Baureparaturen im Fachverband Bauwesen der KDT haben zu einem Seminar eingeladen, das sich mit den Problemen der Rekonstruktion von Altbaugebieten, mit den Problemen der Modernisierung der Altbau-Wohnsubstanz im Fünfjahrplan beschäftigen will.

Durch die Beschlüsse des VIII. Parteitages haben diese Probleme eine hohe Aktualität erhalten, sind zu einem erstrangigen politischen Anliegen geworden, zu einem speziellen Auftrag auch für unsere Fachverbände, für uns Architekten und Ingenieure.

115 000 Wohnungen bis 1975 zu modernisieren und damit einen gezielten Beitrag zu leisten für die Verbesserung der Wohnbedingungen speziell der Arbeiterklasse ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Wie unsere Erfahrungen der vergangenen Monate in der BdA-Arbeit lehren, zeigt sich aber, daß Modernisierung noch hier und da als ein notwendiges Übel oder gar als „Randerscheinung" im Gesamtprogramm – 500 000 Wohnungen bis 1975 zu bauen – angesehen wird. Die Signale aus fast allen Bezirken haben uns lange sichtbar gemacht, daß es darum gehen muß, wie in allen anderen Bereichen des Bauschaffens, auch in Sachen Modernisierung das Maß an Bewußtheit zu entwickeln, wie sie einer Aufgabe zukommt, die als erstrangige politische Frage neben einem hohen Fachwissen die Bereitschaft fordert, neue Ideen zu finden, neue Wege zu gehen, um sich mit den außerordentlich differenzierten Bedingungen schöpferisch auseinanderzusetzen. – Neue Ideen und Wege für eine höchstmögliche Effektivität der Investitionen mit rationellsten Methoden. Wir alle wissen, daß sich das viel leichter sagen als bewältigen läßt. Und das gerade Ihnen hier im Saal zu sagen, heißt vielleicht offene Türen einrennen. Das Anliegen dieses Seminars ist es, Informationen über Kenntnisse, Erkenntnisse und Erfahrungen zu vermitteln oder zu empfangen zum Fragenkomplex Modernisierung.

Niemand wird trotz einzelner Beispiele wie in Halle, Berlin, Rostock u. a. behaupten, daß für die breite Anwendung zuverlässige Lösungswege, Verfahren usw. gesichert sind. Im Gegenteil, manches deutet darauf hin, daß der Erkenntnisstand und die Vorbereitungen noch überwiegend ungenügend sind. Vieles deutet darauf hin, daß zwar vielerorts versucht wird, die Hemmnisse und die zum Teil noch groben Unsicherheiten zu überwinden, aber ebensoviel deutet darauf hin, daß die wissenschaftlichen Grundlagen nach langjähriger Vernachlässigung noch nicht ausreichen und wo sie vorhanden sind, durch einen unzulänglichen Informationsfluß einfach unbekannt bleiben. Es ist auch, wie mir scheint, ein noch weit verbreiteter Irrtum, daß die Modernisierung dieser rund 115 000 Wohnungen bis 1975 nur eine „Aktion" ist.

Dieser gesellschaftliche Auftrag ist weder neu noch einmalig, er ist Teil eines ständigen Reproduktionsprozesses unserer Wohnungsbausubstanz, ist Glied in der endlosen Kette Reparatur, Erhaltung, Modernisierung, Aussonderung, Ersatzneubau und Erweiterung.

Auch die Größenordnung kann den nicht überraschen, der den Überalterungsgrad unserer Wohnbausubstanz kennt und weiß, daß mit der Erweiterung allein, also nur durch den Neubau von Wohnungen, eine bedarfsgerechte Befriedigung aller Bürger mit Wohnraum nie gelöst werden könnte.

Wenn wir davon ausgehen, daß entsprechend dem Ministerratsbeschluß vom 20. Oktober 1971 in Bezirks- und Kreisstädten über 40 000 Wohnungen, in denen vorwiegend Arbeiterfamilien wohnen, den Ausstattungsstandard von Neubauwohnungen erlangen sollen, also die Kategorie III, und weitere über 70 000 Wohnungen die Kategorien I und II, dann steht für uns als entscheidende Frage die Auswahl der Objekte oder der Gebiete, bei denen unter Einhaltung der vorgegebenen Normen der größte gesellschaftliche Effekt erzielbar ist. Damit wird die hohe Verantwortung offenbar, die bereits der städtebaulichen Planung übertragen ist. Hier stehen ganz konkrete Fragen, wie der Aufwand mit der neuen Qualität und der erzielbaren Restnutzungsdauer in Übereinstimmung zu bringen ist, wo für die Realisierung Voraussetzungen für Modernisierungsmaßnahmen in industriellen Methoden gegeben sind, wie der Projektierungsaufwand gesenkt werden kann.

Wir kennen auch die Problematik, die mit der Baufreiheit, mit den Bauzeit- oder Mieter-Hotels oder der Herausnahme von Gewerbebetrieben, mit der Freimachung für Spiel- und Erholungsflächen, mit der Überwindung von Hofbegrenzungen bei Eigentumsfragen verbunden sind und wo vor allem auch ohne neue aufwendige technische Erschließung zusammenhängende Gebiete modernisiert werden können. Wir kennen die Probleme, die für den ruhenden Verkehr entstehen. Das alles sind zugleich auch städtebauliche Fragen, die mit der Lösung sozialer Probleme für die Bürger verbunden sind.

Oder die Frage, ob wir in der Lage sind, die Küche-Bad-WC-Elemente, die in den meisten Fällen die entscheidende Erhöhung des Gebrauchswertes bedeuten, aus den Wohnungsneubauentwicklungen – wenn auch modifiziert – abgeleitet werden können. Oder: Wann ist es möglich, Kataloge für den gesamten Baureparatursektor herauszugeben, um vor allem den erheblichen Projektierungsaufwand für bestimmte Elemente zu reduzieren und Informationen zu vermitteln, z. B. über den zweckmäßigen Einbau neuer Naßzellen in Gebäuden mit Holzdecken oder auch neuer Heizsysteme in Altbauten.

Diese und viele weitere Fragen stehen nicht für den einzelnen, nicht für diesen oder jenen Bezirk, sie stehen für uns alle und sind nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit lösbar, in systematischer Kleinarbeit und konsequentem beharrlichem Einsatz aller Kräfte. Wenn sich nun heute und morgen unser Seminar mit einer Reihe gezielter Teilfragen beschäftigt, praktikable Erfahrungen vermittelt, wissenschaftliche Erkenntnisse vorstellt, Lösungswege erkunden hilft und offene Fragen aufwirft, müssen wir andererseits real einschätzen, daß heute und hier nicht alle Probleme dieser breit gefächerten Aufgabe behandelt und mit abgesicherten Aussagen als Ergebnis unserer Beratungen belegt werden können und zur Verfügung stehen werden.

Vorrangiges Ziel dieses Seminars ist es, das politische Anliegen deutlich sichtbar zu machen, alle Anwesenden zu befähigen, in ihrem Einfluß- und Wirkungsbereich dieses Anliegen in Erfüllung der Forderungen des VIII. Parteitages voll begreiflich zu machen.

Ziel dieses Seminars ist es, über das Bekannte und über Erfahrungen möglichst umfassend zu informieren, praktikable Lösungswege zu erschließen, offene Fragen in aufgeschlossener Atmosphäre ungeschminkt auf den Tisch zu legen und im Ergebnis durch wohlüberlegte konkrete Empfehlungen festzustellen, was zur Bewältigung der Aufgabe zu tun bleibt und wie sie der Beantwortung zugeführt werden müssen ...

Durch planmäßige Rekonstruktion alter Bausubstanz können viele Wohnungen gewonnen werden.



Unsere Aufgabe: Modernisierung, Um- und Ausbau von 115 000 Wohnungen bis 1975

Aus dem Referat von
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge,
Ministerium für Bauwesen

Dieses Seminar widmet sich einem sehr wichtigen Gebiet bei der Lösung der Hauptaufgabe, die der VIII. Parteitag der SED beschlossen hat. Zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes gilt es, eine planmäßige ständige Verbesserung der Wohnbedingungen zu erreichen. Davon ausgehend hat der Ministerrat in dem wichtigen Beschluß vom 20. 10. 1971 über die ersten Maßnahmen zur Sicherung des Wohnungsbauprogramms bis 1975 die Aufgaben festgelegt, mit denen eine wirksame Verbesserung der Wohnbedingungen für die Bevölkerung, besonders für die Arbeiterklasse durch die Maßnahmen des Neubaues, der Modernisierung, des Um- und Ausbaues, der Instandsetzung und Instandhaltung und auch durch die bessere Nutzung und gerechte Verteilung sowie Umverteilung von Wohnungen erreicht wird. Vom Städtebau und der Projektierung bis zur Ausführung sind die Maßnahmen des komplexen Wohnungsbaues als einheitlicher Prozeß der Rekonstruktion der baulichen Grundfonds zu planen und zu realisieren. Es sind etwa 115 000 Wohnungen zu modernisieren, um- und auszubauen.
Diese Aufgabe fordert im Schaffen der Städtebauer und Architekten neue Qualität, fordert zum Beispiel das komplexe Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus beherrschen zu lernen, fordert ganz konkret und in ständigem Kontakt mit der Bevölkerung und den örtlichen Räten zur Verbesserung der Wohnbedingungen mit den Maßnahmen der Rekonstruktion von Wohngebieten und der Modernisierung der Wohnungen beizutragen.
Unsere Erkenntnisse und Erfahrungen für diese große Aufgabe sind noch lückenhaft. Wir müssen also Methoden und Wege finden, um als Städtebauer, Architekten und Ingenieure beizutragen, daß mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die wirksamste Verbesserung der Wohnbedingungen erreicht wird. Seit 1949 wurden allein durch die Bauwirtschaft rund 16 Milliarden Mark Bauleistungen für Erhaltung und Modernisierung aufgebracht. Hinzu kommen Leistungen der Bevölkerung, die in Eigeninitiative vollbracht werden. Trotz dieser Leistungen war es nicht möglich, den Nachholebedarf zu beseitigen. Noch immer bestehen infolge der Verschlechterung des baulichen Zustandes der Altbauwohnungen und der gewachsenen Wohnqualität der Neubauwohnungen beträchtliche Unterschiede zwischen den Wohnbedingungen. Gerade aber in den Altbauwohngebieten lebt ein großer Teil von Arbeiterfamilien und kinderreichen Familien.
Die im Fünfjahrplanzeitraum geplanten großen Kapazitäten der Bauwirtschaft für Baureparaturen sowie für die Modernisierung, den Um- und Ausbau müssen wir deshalb vor allem auf die Altbaugebiete konzentrieren, in denen durch gezielte Maßnahmen die Wohnbedingungen der Arbeiter verbessert werden können. Mit den geplanten Mitteln ist im Durchschnitt der DDR zu erreichen, daß der Anteil der gut erhaltenen Wohnungen um über 10 Prozent bis 1975 erhöht und der Anteil mit geringen und schwerwiegenden Schäden schrittweise weiter abgebaut wird.
Durch Neubau und Modernisierung ist der Anteil der Wohnungen mit Bad oder Dusche von 38 Prozent auf etwa 48 Prozent und der Anteil der Wohnungen mit Innen-WC von 56 Prozent auf 65 Prozent zu erhöhen.
Von Bedeutung für moderne Wohnbedingungen ist auch die Erhöhung der Anschlußwerte für Elektroinstallation von 6 auf 10 Ampere, um auch in alten Wohnungen den Anschluß moderner elektrischer Geräte zur Erleichterung der Hausarbeit zu ermöglichen.
Die Entwicklung der Städte als Ganzes ist damit keineswegs etwa aufgehoben; denn insgesamt etwa 9 Prozent mehr Wohnungen als gegenwärtig zu schaffen, das ist auch ein bedeutendes Bauvolumen zur Gestaltung der Städte und Siedlungen gemäß der Entwicklung der Lebensbedürfnisse und gehört heute zu entscheidenden Entwicklungsproblemen der Städte.
Die Palette der Modernisierungsmaßnahmen, die wir einsetzen können, ist sehr vielseitig. Um zu einheitlichen, meßbaren und vergleichbaren qualitativen Ergebnissen zu kommen und die richtigen Ziele anzustreben, wurden die Hauptformen in den bekannten drei Kategorien der Modernisierung nach Hauptgesichtspunkten geordnet und als qualitative Planungskriterien für die Vorbereitung der Baumaßnahmen mit dem entsprechenden Kostenaufwand verbindlich gemacht. Vom Standpunkt des Städtebaus gesehen gehören aber noch weitere Faktoren zur Modernisierung eines Wohngebietes. Wir dürfen die Ausstattung der Altbauwohngebiete mit wichtigen gesellschaftlichen Einrichtungen nicht vernachlässigen. So bezieht zum Beispiel der im Gesetz zum Fünfjahrplan ausgewiesene Versorgungsgrad mit Kindergärten- und Kinderkrippenplätzen auch den Anteil mit ein, der nicht nur in den Neubaugebieten, sondern auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt insgesamt geschaffen werden muß. Deshalb müssen die Standortkonzeptionen sehr sorgfältig den Bedarf in den Altbaugebieten berücksichtigen und günstige Rationalisierungswege aufzeigen. Hier sind der schöpferischen Initiative keine Grenzen gesetzt. So sollten zum Beispiel leerstehende oder zweckentfremdet genutzte Gebäude oder Räume, die sich für den Um- und Ausbau eignen, für gesellschaftliche Einrichtungen umgestaltet werden.
Ein besonderes Problem aus der Sicht des Städtebaus, das wir bereits in der Generalbebauungsplanung im Prozeß der Vorauswahl geeigneter Umgestaltungsgebiete beachten müssen, ist die Situation in der stadttechnischen Erschließung. Es sollte beachtet werden, daß der Aufwandswert für eine stadttechnische Erschließung bei der Modernisierung von durchschnittlich 2500 Mark je Wohnung nicht überschritten wird. Wir können daher auch nicht ausschließlich auf die Modernisierung ganzer Komplexe bis 1975 orientieren, wir müssen den Anteil des für die Modernisierung verfügbaren Nationaleinkommens so einsetzen, daß für eine möglichst große Anzahl von Bürgern Schritt für Schritt und im Umfang zunehmend eine Verbesserung der Wohnbedingungen entsteht. Das verlangt auch die Nutzung effektiver Modernisierungsmöglichkeiten kleinerer Gebäudegruppen und auch von Einzelbauten. Deshalb sei auf die herausgegebene Richtlinie zur besseren Nutzung der baulichen Grundfonds durch Um- und Ausbau, Modernisierung und Erhaltung vom 13. Oktober 1971 verwiesen, in der diese Punkte im einzelnen festgehalten sind.
Instandhaltung, Instandsetzung, Modernisierung, Um- und Ausbau sind Aufgaben im Gesamtprozeß der Rekonstruktion der baulichen Grundfonds. Es ist deshalb notwendig, zur Gestaltung einer effektiven Grundfondswirtschaft insgesamt überzugehen. Dazu einige weitere Ausführungen.
Seit Bestehen der DDR erhöhte sich der Grundmittelbestand der Volkswirtschaft auf rund 180 Prozent. Davon Bestand an Gebäuden und baulichen Anlagen Ende 1970 360 bis 370 Milliarden Mark und darunter rund 135 Milliarden Mark an Wohngebäuden. Diese Grundfonds für Wohn- und gesellschaftliche Zwecke als wesentliche Bestandteile des Volksvermögens zu erhalten oder effektiver zu nutzen, ist ein entscheidendes Anliegen der Bürger als sozialistische Eigentümer, ein großer Auftrag an das Bauwesen und die Volkswirtschaft insgesamt.
Zur Gewährleistung der effektiven Nutzung der Grundfonds ist die Berücksichtigung der Ökonomie der Zeit, die Wahl großer Betrachtungszeiträume mit der Beachtung der Nutzungsänderungen verschiedener Gebäudekategorien und demgemäß die planmäßige stufenweise Reproduktion der Grundfonds unabdingbar. Die Effektivität kann man jedoch nicht nur gebäudeökonomisch, sondern muß sie im Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklung ökonomisch nachweisen.
Die Schaffung einer komplexen Grundfondswirtschaft verlangt, daß die Proportionen der Formen der Reproduktion, Erhaltung, Ersatz und Erweiterung, bei voller Nutzung der vorhandenen Fonds von den Räten der Städte und Kreise optimiert und komplex geplant werden.
Man muß also bereits im Prozeß der Generalbebauungsplanung auf der Grundlage der gesellschaftlichen Zielsetzung und exakter Analysen der Substanz die Grundlinie der Entwicklung der Stadt im Sinne langfristiger Grundfondspolitik in Übereinstimmung mit der Entwicklung des Bauwesens herausarbeiten.
Eine effektive Grundfondswirtschaft erfordert also, von der langfristigen Konzeption der Stadtentwicklung auszugehen und die verschiedenen Formen der Reproduktion als einheitlichen Prozeß zu betrachten.
Einige Gesichtspunkte zur Leitung und Planung: Die staatliche Leitungstätigkeit in den Räten der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden ist darauf zu richten, die Baureparaturen und Rekonstruktionen mit höchster volkswirtschaftlicher Effektivität durchzuführen und die Bevölkerungsinitiative in enger Verbindung mit der vorgesehenen Entwicklung des Leistungsvermögens der Baukapazitäten zu aktivieren. Es ist erforderlich, im Fünfjahrplanzeitraum die Leistungsfähigkeit und Effektivität der Bauwirtschaft, aber auch anderer Industriezweige sowie die Eigenleistungen der Bevölkerung zu steigern und ein richtiges effektives Verhältnis zwischen den Aufwendungen für die einzelnen Formen der Reproduktion herzustellen. Für Wohngebäude sowie Bauten der Volksbildung und des Gesundheitswesens ist daran zu arbeiten, daß der Versorgungsgrad mit Baureparaturleistungen sich so erhöht, daß etwa ab 1973/74 der in den Volkswirtschaftsplänen aufgenommene Umfang der Instandhaltung dem natürlichen Verschleiß entspricht und der Abbau des Nachholebedarfs an Instandhaltungsmaßnahmen begonnen wird.
Die notwendige bedeutende Steigerung der Leistungen für Baureparaturen und Rekonstruktionen erfordert Sofortmaßnahmen zur besseren Nutzung vorhandener Leistungs- und Effektivitätsreserven auch der Baukapazität außerhalb der Bauwirtschaft. Die Produktionsbetriebe der Industrie sowie der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und des Bauwesens werden deshalb darauf orientiert, für bessere Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen für Reparatur, Modernisierung, Um- und Ausbau betriebliche Reserven zu erschließen. Das soll insbesondere geschehen durch die Aufnahme einer ihrer Produktionsprofile entsprechenden zusätzlichen Produktion von Rationalisierungsmitteln, durch den Abschluß von Vereinbarungen mit den Leitbetrieben der Kooperationsgemeinschaften zur Übernahme von Ausbaumaßnahmen zur Gewinnung zusätzlichen Wohnraumes, durch die Schaffung betrieblicher Baureparaturstützpunkte, denen zur besseren Betreuung und Versorgung der Betriebsangehörigen und Werktätigen insgesamt ein Ausleihdienst für geeignete

Kleinmechanisierung sowie ein Beratungsdienst angeschlossen sind.
Zur Erhöhung der Effektivität der staatlichen Leitung auf dem Gebiet der Baureparatur und der Rekonstruktion werden einheitliche Grundsätze über Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Leitungsorganisation der Kreisbauämter und deren Leitungsbeziehungen zu den Räten der Kreise und den Bezirksbauämtern ausgearbeitet.
Von den Bezirken sind die Leistungen der Reparaturbetriebe der Bauwirtschaft bis 1975 auf 112 Prozent, darunter für Reparaturen an Wohngebäuden auf mindestens 146 Prozent zu steigern.
Auf der Grundlage der vom Rat des Bezirkes vorgegebenen differenzierten Kennziffern und den Normativen erarbeiten die Räte der Kreise ihren Plan Komplexer Wohnungsbau mit dem Schwerpunkt Aufgaben auf dem Gebiete der Baureparaturen, der Modernisierung sowie des Um- und Ausbaues und organisieren die Vorbereitung und Durchführung der Planaufgaben sowie deren straffe Kontrolle. Sie müssen die erforderlichen Vorlaufleistungen berücksichtigen, die materiellen Fonds klären und Festlegungen treffen, welche Aufgaben von den Räten der kreisangehörigen Städte, den Stadtbezirken oder Gemeinden eigenverantwortlich wahrgenommen werden sollen.
Ein straffe Ordnung und klare Verantwortlichkeit muß sich paaren mit dem praxisbezogenen Leiten, dem Arbeiten in der Gemeinschaft, in das auch die Städtebauer, die Projektanten, die Kollegen der Baubetriebe einbezogen sind.
Zur langfristigen Vorbereitung des komplexen Wohnungsbaues einschließlich der Aufgaben der Modernisierung wird im Zusammenhang mit der langfristigen Planung der Volkswirtschaft die Aufgabe gestellt, die Generalbebauungspläne der Städte weiterzuführen und zusammenfassende Konzeptionen der baulichen Entwicklung der Bezirke zu erarbeiten. In den Generalbebauungsplänen sind, ausgehend von staatlichen Vorgaben und Zielstellungen, die Standortangebote für den Neubau von Wohngebieten und für die komplexe Modernisierung zu erarbeiten und Konsequenzen für die stadttechnische Versorgung und den Verkehr aufzuzeigen. Es sind Vorschläge für die zeitliche Reihenfolge der komplexen Vorhaben in Abstimmung mit der Entwicklung der stadttechnischen Versorgung und des Verkehrs zu unterbreiten. Es geht also vorrangig darum, die Probleme des Wohnungsbaues in Koppelung mit den Fragen der stadttechnischen Versorgung auf langfristige Sicht zu klären, einschließlich der Ermittlung des voraussichtlichen Investitionsbedarfes.
In den innerstädtischen Gebieten ist zu gewährleisten, daß im Zusammenhang mit dem Neubau auch die Rekonstruktionsmaßnahmen vorbereitet werden und so schrittweise mit einer komplexen Umgestaltung die Wohnbedingungen für alle in dem betreffenden Stadtgebiet lebenden Bürger verbessert werden.

Welches sind die Hauptaufgaben der nächsten Zeit im Bereich des Städtebaues?

In der Generalbebauungsplanung, die in diesem Jahr konzentriert weitergeführt werden muß, geht es um die Hauptaussagen für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre, sind die gesellschaftlichen effektivsten und volkswirtschaftlich rationellsten Lösungen für die Rekonstruktion zu erarbeiten. Dabei müssen wir Stufenpläne ermitteln, in denen die schrittweise Umgestaltung ganzer Gebiete – einschließlich der Entkernung und der Ersatzmaßnahmen – und die Schaffung erforderlicher gesellschaftlicher Einrichtungen und Freiräume dargelegt sind. Wir können an diesen Umgestaltungsaufgaben aber nicht als Utopisten, sondern nur als Realisten arbeiten, das heißt, eine Leitbildentwicklung der Stadt, die wir natürlich brauchen, an der wir ständig arbeiten müssen, muß gekoppelt sein mit den Grundkenntnissen und Überlegungen über die konkreten Schritte der Realisierung. Solche Aufgabe muß über Varianten- und Optimierungsrechnungen gelöst werden. Einige Bezirke haben hier bereits erste erfolgreiche Schritte getan.
Wir müssen uns auch klar sein, daß wir auf diesem Gebiet Forschungsvorlauf benötigen; denn die Strategie der Umgestaltung der Städte zu klären, das erfordert gründliche Forschungsarbeit, das muß ergänzend zur Praxis geklärt werden.
Sehr hart und konkret steht die Aufgabe einer raschen, sehr wirkungsvollen Vorbereitung der Modernisierungsmaßnahmen vor uns, die im Fünfjahrplan erfolgen müssen. Von 115 000 Wohnungen wurden oder werden einschließlich 1971 rund 40 000 modernisiert. Das heißt, für etwa 75 000 Wohnungen gilt es nun, bessere Voraussetzungen zu schaffen, eine höhere Effektivität durch rechtzeitige und gute städtebauliche Vorbereitung zu erreichen. Wir müssen davon ausgehen, daß wir nicht eine umfassende Modernisierung weniger Wohnungen anstreben, sondern daß die zweckmäßige, auf die entscheidenden Maßnahmen, insbesondere der sanitärtechnischen Ausstattung bezogene Modernisierung vieler Wohnungen die konkrete Zielstellung für die nächsten Jahre ist, und daß es nicht um jeden Preis um eine komplexe Modernisierung ganzer Straßen und Gebiete gehen kann, sondern daß diese komplexe Modernisierung soweit vorangebracht werden sollte, wie sie volkswirtschaftlich von Vorteil und möglich ist. In jedem Falle sind hier gemeinsam mit den Auftraggebern, also den Volksvertretungen, den örtlichen Räten und in sofortiger Koppelung mit den Ausführenden, mit den Projektanten und den Technologen der Betriebe die günstigsten Gebiete auszuwählen und die rationellsten Konzeptionen der Modernisierung zu erarbeiten.
Die Kriterien für die Auswahl der Modernisierungskomplexe sind bekannt. Hier soll jedoch nochmals das Problem der stadttechnischen Versorgung hervorgehoben werden; denn die Entwicklung des Tiefbaus ist heute das Problem, das die Quantität des Baues von Wohnungen und der möglichen Modernisierung beeinflußt. Deshalb betrachten wir die Rationalisierung des Tiefbaus als einen besonderen Schwerpunkt und müssen dieses Problem auch von zwei Seiten lösen.

Einerseits ist der Tiefbau vorrangig vor anderen Gewerken so zu entwickeln, daß hier eine höhere Effektivität bei der Rekonstruktion der Versorgungsnetze erreicht wird. Andererseits müssen wir den Bedarf an Tiefbauleistungen durch die günstigste Standortwahl und Erarbeitung der Bebauungskonzeptionen so niedrig wie möglich halten, auch bei den Maßnahmen der Rekonstruktion. Das erfordert die verantwortungsbewußte, den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechende Auswahl der Gebäudekomplexe, Gebäudegruppen und Gebäude für die Umgestaltung. Die Kenntnis darüber, inwieweit stadttechnische Netze und Anlagen bei der Umgestaltung der Wohnungen noch genügen oder größere Rekonstruktionen und Ergänzungen erforderlich sind, ist ein entscheidender Faktor der Standortfestlegung.

Man muß also mit den Rechtsträgern der Versorgungs- und Abwasserleitungen sehr eng zusammenarbeiten und die notwendigen Maßnahmen gemeinsam festlegen.

Ein anderes Problem von Bedeutung ist die rationelle Gestaltung der Projektierung für die Modernisierungsaufgaben. Der Projektierungsprozeß muß rationalisiert werden. Das muß durch die Anwendung moderner Verfahren und Methoden der Projektierung erreicht werden, die sich in anderen Bereichen bereits bewährt haben. Allerdings muß man die Spezifik der Modernisierung vorhandener Bauten dabei genau beachten. Wie Erfahrungen zeigen, läßt sich das durch Erarbeitung von Wiederverwendungsprojekten und von Projektkatalogen der Bauwerksteile, Einzelteile oder auch gesamter typischer Bauwerke erreichen. Es muß weiterhin zur Überwindung der Zersplitterung der Projektierungskapazitäten in den Kreisen eine Zusammenfassung, eine Konzentration erfolgen, wobei vorgeschlagen wird, diese Kapazitäten in den volkseigenen Reparaturbetrieben als Hauptprojektanten für Reparatur und Modernisierung zusammenzuschließen.
Gleichzeitig muß aber auch erreicht werden, daß ein wesentlich höherer Anteil von Absolventen der Hoch- und Fachschulen den kreisgeleiteten Baubetrieben und den Projektierungseinrichtungen zugeführt wird. Damit verbunden steht eine weitere Aufgabe, nämlich das Studienprofil an den Hoch- und Fachschulen so zu ergänzen, daß unseren Absolventen diese große Aufgabe nahegebracht wird, daß sie fachlich auf diese Aufgabe vorbereitet sind.
Zur Vermeidung aufwendiger Projektierungsleistungen geht es darum, daß in den Betrieben bereits realisierte Vorhaben als Projektierungen nach Funktionsbereichen oder als Wiederverwendungsprojekte katalogmäßig aufbereitet werden sollen.
Es ist weiter anzustreben, daß die Aufnahme des Bauzustandes der Gebäude und baulichen Anlagen so durchgeführt wird, daß im Normalfall das technische Projekt damit bereits verbunden wird. Bei normalen Aufgaben ist die Projektierungsleistung möglichst in einer Phase abzuschließen.
Es geht also neben der Konzentration und Entwicklung der Projektierungskapazitäten vor allem um die Rationalisierung der Projektierung unter den spezifischen Bedingungen der Umgestaltung vorhandener Substanz.
Bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Modernisierung, des Um- und Ausbaus ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Volksvertretungen, ihren Räten, der Bevölkerung, Städtebauern, Projektanten und Ausführenden nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine zwingende Notwendigkeit.
Das Beispiel der Modernisierungsmaßnahmen in Halle verlief so erfolgreich, weil hier von Beginn an eine enge Zusammenarbeit unter aktiver Mitwirkung der Hausgemeinschaften und der Bürger erfolgte. Die wichtigste Erfahrung, die dieses Beispiel vermittelt, besteht darin, daß diese Aufgabe nicht als eine Ressortangelegenheit etwa des Stadtbauamtes, sondern als politische Aufgabe unter Verantwortung des Rates der Stadt verstanden und zu einer Sache aller Bürger gemacht wurde. Die rechtzeitige Einbeziehung der in diesem Wohnkomplex wohnenden Bürger war eines der Haupterfordernisse für das Gelingen dieses Beispiels; denn es ging ja um ihre Wohnungen, es sollte in ihre Lebensgewohnheiten eingegriffen werden. Diese Aufgabe war Neuland und ist es auch in anderen Städten und verlangt immer eine gründliche Vorbereitung. Um Bauarbeiten in kürzester Bauzeit durchführen zu können, müssen zum Beispiel die Bewohner vorübergehend in andere Wohnungen umziehen. Hier gibt es inzwischen gute Erfahrungen. So hat in Berlin-Köpenick das erste Bauzeithotel seine Bewährungsprobe bestanden. Der besondere Erfolg besteht darin, daß die freien Wohnungen nicht mehr in 18 Monaten und mehr, sondern in drei bis vier Monaten modernisiert wurden, weil völlige Baufreiheit erreicht und dadurch mit neuer Technologie herangegangen werden konnte. Entscheidend ist also, daß die Abgeordneten mit den Ausschüssen der Nationalen Front, des beteiligten Betriebes und Bürgern die durchzuführenden Baumaßnahmen und die auftretenden Probleme gründlich erläutert und in offener und kameradschaftlicher Weise beraten.
Modernisierung der Wohnsubstanz, Rekonstruktion unserer Städte, ständiger Reproduktionsprozeß der baulichen Grundfonds gemäß der gesellschaftlichen Entwicklung, das ist das Aufgabengebiet, dem wir uns gemeinsam mit großer Intensität zuwenden müssen; reaktionsschnell für die Aufgaben des Fünfjahrplanes, mit Weitsicht und Komplexität für die langfristige Entwicklung unserer Städte.



Planung und Gestaltung von Wohngebieten

Städtebauliche Grundlagen zur Planung neuer Wohngebiete

Dr.-Ing. Werner Rietdorf
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur

Die Schaffung von 390 000 Neubauwohnungen im Fünfjahrplanzeitraum 1971 bis 1975 ist nicht nur ein Problem der Produktion von Wohnungen, Kindereinrichtungen und Schulen. Die vom VIII. Parteitag gestellte Aufgabe der Verbesserung der Wohnbedingungen der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, ist weiter gesteckt. Sie beginnt bei der Auswahl der Standorte für den Wohnungsbau und reicht bis zu den Öffnungszeiten und Nutzungsbedingungen der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Wiederholt wurde in unserer Fachzeitschrift, in der „Sozialistischen Demokratie" und in der „Wirtschaft" darauf verwiesen, daß die städtebaulichen Planungsorgane in den Bezirken und Städten eine hohe Verantwortung tragen für die Sicherung des Wohnungsbauprogramms bis 1975 und für die Vorbereitung des anschließenden Planungszeitraumes bis 1980 und 1985.

Und doch muß festgestellt werden, die objektiv gegebenen Möglichkeiten für eine effektive städtebauliche Planung des Wohnungsbaus werden nicht überall ausreichend genutzt. Die Gründe sind im jeweiligen Fall unterschiedlich: unzureichende oder häufig wechselnde Vorgaben, ungenügender Vorlauf in der Generalbebauungsplanung, zu kurze Terminstellungen für die Erarbeitung von Entscheidungsvarianten, mangelnde Zusammenarbeit mit den bezirklichen oder örtlichen Fachplanträgerbereichen, Unklarheiten über die Verbindlichkeit oder Anwendbarkeit von Kennziffern, Normativen und Empfehlungen sowie aber auch die Tatsache, daß es zwischen der Ökonomie eines Wohnungsbaukombinates und der Ökonomie der Stadt noch manche ungelöste Widersprüche gibt.

Was kann in dieser Situation von der Städtebauforschung erwartet werden? Was ist zu tun? Die Antwort auf diese Frage sieht aus der Sicht unserer Arbeit im Institut so aus:

1. **Zusammenfassung** aller gegenwärtig vorliegenden Erkenntnisse und Erfahrunrungen in einem einheitlichen Grundsatzmaterial (erscheint 1972)

2. **Anwendung** der gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen bei der abschließenden Bearbeitung gegenwärtig vorliegender Planungen (Begutachtung von Bebauungskonzeptionen, Fortführung der Arbeit aus dem Jahr 1971)

3. **Erweiterung** der Kenntnis der Zusammenhänge anhand konkreter Zusammenarbeit mit der Planungspraxis (Analysearbeit, Beispielplanungen, Bearbeitung 1972)

4. **Vorbereitung** eines für alle am Prozeß der Planung beteiligten Partner verbindlichen Grundsatzmaterials (komplexe Richtlinie für die Erarbeitung von Bebauungskonzeptionen, geplant 1974).

Es darf keine Polarität geben zwischen Städtebauforschung und Städtebaupraxis. Beide haben ein gemeinsames Ziel. Das schließt aber nicht aus, daß hinsichtlich des zeitlichen Vorlaufes einige Unterschiede im Arbeitsgebiet auftreten. Die richtigen Proportionen finden zwischen der Grundlagenforschung und der praktisch-operativen Tätigkeit entsprechend den Forderungen des Tages, das gehört auch zu den Aufgaben, die von der Sädtebauforschung gelöst werden müssen.

Standortverteilung des Wohnungsbaus

Schwerpunkte des Wohnungsbaus sind grundsätzlich die Zentren der volkswirtschaftlichen Entwicklung und damit die Zentren der Arbeiterklasse. Das bedeutet jedoch nicht, daß sich der Wohnungsbau im wesentlichen auf die Bezirksstädte konzentrieren muß. Im Gegenteil, die noch vor wenigen Jahren für eine Reihe von Großstädten prognostizierten Entwicklungstendenzen sind überprüft und zum Teil erheblich korrigiert worden zugunsten der Entwicklung von Klein- und Mittelstädten in den Bezirken. Die unter anderem in Forschungsarbeiten des Institus für Städtebau und Architektur veröffentlichten Angaben zu den territorialen Entwicklungsmöglichkeiten der Sädte (1) (2) wurden auf diese Weise grundsätzlich bestätigt. Dabei zeigt sich als schwerwiegendes Problem die Notwendigkeit, mit Hilfe der Generalbebauungsplanung für eine weitaus größere Anzahl von Klein- und Mittelstädten ausreichende Vorgaben für die Standortverteilung des Wohnungsbaus zu erarbeiten.

In (3) ist eine Übersicht über die Standorte des Wohnungsbaus in der DDR im Zeitraum 1971 bis 1975 enthalten.

Die Größenordnung der Standorte bis 1975 entwickelt sich etwa wie folgt (3):

bis 500 WE	6,1 %
500 bis 1500 WE	26,9 %
über 1500 WE	67,0 %.

Dazu sei gesagt, daß es im Einzelfall oft schwierig ist, die Selbständigkeit eines Standortes einzuschätzen, da die planmethodische Herauslösung von Jahresscheiben oder Fünfjahresscheiben keine unmittelbare Beziehung zur funktionellen Einheit eines Wohngebietes haben muß.

Nach den Angaben der Bezirke verteilen sich die Standorte innerhalb der Städte bis 1975 etwa folgendermaßen (3):

12 % in Stadtzentren und zentrumsnahen Gebieten

24 % in innerstädtischen Gebieten

38 % in Stadtrandgebieten

26 % an Einzelstandorten und in Siedlungsschwerpunkten.

Der hohe Anteil von Wohnungsbaustandorten in Randlage widerspricht zwar dem vor einigen Jahren geprägten Grundsatz, wonach die „Sadt von innen nach außen" gebaut werden müsse, resultiert aber aus den am Rand bekanntlich geringeren Aufwendungen für Abbruch, Verlagerung und Baureifmachung des Geländes.

Die Forderung nach einem maximalen Zuwachs an qualitätsgerechten Wohnungen für unsere Bevölkerung zwingt uns deshalb zu dem auch in anderen sozialistischen Ländern beschrittenen Weg des gleichzeitigen Bauens am Rand und in jeweils geeigneten Gebieten inmitten der Städte.

Einordnung der Neubaugebiete in die Stadtstruktur

In den 390 000 Neubauwohnungen, die bis 1975 zu errichten sind, werden etwa 1,2 bis 1,3 Millionen Bürger wohnen. Für diese Menschen gilt es, im Sinne der vom VIII. Parteitag gestellten Hauptaufgabe gute Wohnbedingungen zu schaffen. Neben einer zweckmäßig organisierten Wohnung in einer sauberen, hygienischen und schönen Wohnumwelt gehören dazu notwendig auch günstige Wegebeziehungen zu den Arbeitsstätten, zu den zentralen Einrichtungen der Stadt und zu den innerstädtischen oder stadtnahen Erholungsgebieten. Einige Erfahrungen aus den bisherigen Begutachtungen von Bebauungskonzeptionen für Wohngebiete mit über 1000 WE haben gezeigt, daß sich das Denken und Planen der Architekten und Städtebauer, aber auch der Planträger in den kommunalen Organen noch oftmals nur in den engen Grenzen des Baugebietes selbst bewegt. Mögliche Anbindungen an vorhandene Verkehrsstraßen und Fußgängerachsen, an günstig gelegene Park-, Seen- oder Landschaftsgebiete werden infolge mangelnden Vorlaufs in der Stadtplanung oder unter dem Zeitdruck der Bearbeitung unbeachtet gelassen oder erfahren nur eine ungenügende Berücksichtigung. In den Beratungen, die von Mitarbeitern des Instituts für Städtebau und Architektur gemeinsam mit den bezirklichen und örtlichen Büros für Städtebau geführt werden, haben derartige Fragen deshalb eine große Bedeutung.

Es geht schließlich darum, alle Neubauwohnungen so in die vorhandene Stadtstruktur einzugliedern, daß sich unter Ausnutzung vorhandener baulicher und „natürlicher" Grundfonds eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der ganzen Stadt ergibt. Das schließt ein, zugleich mit dem Neubau von Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen die Lebensbedingungen in angrenzenden Altbaugebieten zu verbessern.

Das Netz der gesellschaftlichen Einrichtungen, die Anordnung und Ausstattung der Freiflächen, die Ausbildung von Kommunikationsschwerpunkten — das alles sind Fragen, die nicht aus der Sicht des Neubaus von 1500 oder 3000 Wohnungen

Tabelle 1 Wohnfonds in 181 sowjetischen Städten, gegliedert nach dem Anteil in Geschossigkeitsgruppen, nach (4)

Stadtgruppe		Anteile in % am Wohnungsfonds			
		9 und mehr-geschossig	4 ... 5 geschossig	2 ... 3 geschossig	individuell 1geschossig
Kleinstädte 50 TEw	a)	—	8,4	28,8	62,8
	b)	—	42,1	18,6	39,3
	c)	1,4	**66,3**	11,7	20,6
Mittelstädte 50 ... 100 TEw	a)	—	11,9	29,2	58,9
	b)	0,2	52,8	18,5	28,5
	c)	1,1	**75,5**	11,1	12,3
Großstädte 100 ... 250 TEw	a)	—	16,0	29,8	54,2
	b)	1,2	60,6	14,8	23,4
	c)	4,3	**78,7**	8,0	9,0
Großstädte 250 ... 500 TEw	a)	—	21,6	28,4	50,0
	b)	2,1	50,2	18,4	29,3
	c)	10,4	**70,4**	9,5	9,7
Großstädte 500 TEw	a)	5,9	45,5	21,6	27,0
	b)	16,6	54,0	14,2	15,2
	c)	34,3	**54,1**	6,5	5,1
Neue Städte	a)	0,1	**39,7**	31,2	29,0
	b)	9,9	**65,0**	16,4	8,7
	c)	16,1	**70,3**	8,7	4,9
Durchschnitt	a)	4,1	**38,4**	23,9	33,6
	b)	12,1	**54,0**	15,2	18,7
	c)	24,7	**61,0**	7,5	6,8

a) Istzustand b) 1. Etappe (1980) c) Ziel (etwa 2000)

Tabelle 2 Nomenklatur und Bemessungsrichtwerte
Gesellschaftliche Einrichtungen Komplexer Wohnungsbau 1971/75 nach (5)

		Einrichtung	Kapazitätseinheit (KE)	Städtebaulicher Richtwert (KE/1000 Ew)[1])
0		1	2	3
Grundausstattung	1	Polytechnische Oberschule	Schülerplatz	150 ... 180
	2	Turn-/Sporthalle	m^2 Sportfläche	70 ... 90
	3	Schulspeiseeinrichtung	Stuhlplatz	38 ... 45
	4	Kindergarten	Platz	42 ... 56
	5	Kinderkrippe	Platz	15 ... 25
	6	Ambulante medizinische Betreuung	Ärztlicher Arbeitsplatz	2,3
	7	Komplexe Annahmestelle für Dienstleistungen	m^2 Nutzfläche	23 ... 30
	8	Kaufhalle (tägl. Bedarf)	m^2 Verkaufsfläche	110
	9	Gaststätte	ständig genützter Platz	14 ... 20
	10	Feierabendheim	Heimplatz	4 ... 8
Erweiterte Ausstattung	11	Klubeinrichtung	Klubplatz	5 ... 10
	12	Friseur/Kosmetik	Arbeitsplatz	1,0 ... 1,4
	13	Textilreinigung	kg WML/Schicht	9 ... 18
	14	Gemeindeschwester	Arbeitsplatz	0,1 ... 0,3
	15	Mehrzwecksaal	Saalreihenplatz	20
	16	Annahmepostamt	Schalterplatz	0,3 ... 0,4
	17	Zweigbibliothek	1000 Bände	1,2 ... 1,5
	18	Ambulante Pharmazeutische Versorgung	Pharmazeutischer Arbeitsplatz	0,18 ... 0,26
	19	Sparkassenzweigstelle	Schalterplatz	0,4 ... 0,6
	20	Kommunale Wohnungsverwaltung	Verwaltungs-Arbeitsplatz	0,33
	21	Sonstige Einrichtungen[2])		

[1]) Ansatz: 3,0 Einwohner/WE
[2]) Hierzu können gehören: Erweiterte Oberschule, Beratungs- und Fürsorgestellen, Spezialgaststätte, Spezial- oder Fachverkaufsstelle, Handwerkerstützpunkt, Jugendklub, Sauna, Freizeiteinrichtungen, Klein- oder Volksschwimmhalle und anderes.

allein betrachtet werden dürfen, sondern bereits in der vorgelagerten Planungsebene untersucht werden müssen.

Städtebauliches Programm

Ausgehend von den in den vergangenen Jahren in der DDR erreichten Aufwandsrelationen, von den vorhandenen oder geplanten Produktionskapazitäten des Bauwesens und der Zulieferindustrie und von den darüber hinaus vorliegenden Erfahrungen zur Wirtschaftlichkeit, hat der **mehrgeschossige Wohnungsbau** in den 70er Jahren mit einem Anteil von etwa 75 bis 78 Prozent am Neubauvolumen die größte Bedeutung für den Städtebau. Das ist übrigens auch durchaus typisch für viele andere Länder, so auch für die UdSSR. Zum Vergleich seien hier einige Zahlen angeführt aus einer Untersuchung an 181 sowjetischen Städten mit einer Einwohnerzahl von insgesamt 50 Millionen Einwohnern gegenwärtig bzw. über 70 Millionen Einwohnern zukünftig (Tabelle 1). Man sollten sich davor hüten, das Beispiel Moskaus mit seinen eindrucksvollen Hochhausgebieten sogleich zu verallgemeinern. Wie Tabelle 1 zeigt, steht die Geschossigkeit der Wohnbebauung in einem bestimmten Verhältnis zur Größenordnung der Stadt. Dieses Prinzip, das seinen Ursprung letztlich in einer ausgewogenen Ökonomie der Stadt hat, muß auch bei uns sinnvoll durchgesetzt werden. In diesem Sinne gilt es auch, die bezirklichen Vorgaben für den Wohnungsbau zweckmäßig auf die einzelnen Standorte aufzugliedern. Hochhaussiedlungen in Klein- und Mittelstädten, wie sie noch vor wenigen Jahren in mancher Wettbewerbsarbeit angeboten wurden, haben bei uns daher keine Aussicht auf Realisierung.

Die **Ausstattung der Wohngebiete mit den erforderlichen Gemeinschaftseinrichtungen** ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung einer Wohnumwelt, die den Menschen die umfassende Reproduktion der Arbeitskraft, die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit und die Herausbildung von Gemeinschaftsbeziehungen ermöglicht.

Für die Planung neuer Wohngebiete im Zeitraum von 1971 bis 1975 können Nomenklatur und Bemessungsrichtwerte der Tabelle 2 zugrunde gelegt werden. Dabei ist jedoch in jedem konkreten Fall vom tasächlichen Bedarf entsprechend den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten auszugehen. Einflußfaktoren sind hierbei: Bevölkerungsstruktur, sozialökonomische Struktur, Lage des Gebietes in der Stadt und Beziehungen zu anderen Wohngebieten, Lage zu Verkehrseinrichtungen, zu Arbeitsstätten und Erholungsbereichen. Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Beobachtungen zur zeitlichen Veränderung der Bevölkerungsstruktur, wie sie am Beispiel Halle-Neustadt angestellt worden sind (6). Diese Untersuchungen werfen — wie überhaupt die Erfahrungen an diesem größten Wohnungsbaustandort der DDR — die Frage auf, wie elastisch Richtwerte in der konkreten Planung behandelt werden müssen, damit das Leben in einer neuen Stadt nicht einem perfekten Reißbrett-Mechanismus geopfert wird.

Ökonomische Vorteile hinsichtlich Aufwand an Errichtung und Nutzung lassen die bisher vorliegenden Arbeiten zur Bildung komplexer Funktionslösungen gesellschaftlicher Bauten erwarten (7). Durch eine enge schöpferische Zusammenarbeit aller beteiligten Planträger mit den Büros für Städtebau und den Vertretern der Erzeugnisentwicklung sollten die prinzipiell möglichen Wege der Kooperation und Mehrzwecknutzung in konkreten Lösungen Gestalt erlangen. Gute Beispiele wie das Wohnkomplexzentrum Hans-Beimler-Straße in Karl-Marx-Stadt dürfen keine Einzelfälle bleiben.

Zum Problemkreis **Bedarf und Ausstattung von Freiflächen** (bzw. Freiräumen) in Wohngebieten liegen in der DDR bereits seit längerem fundierte wissenschaftliche Ausarbeitungen vor. Der gegenwärtig aktuellste Stand ist in (8) dargestellt. Aus dieser Arbeit sei hier die Übersicht über den gesamten Mindestbedarf an Freiflächen im Wohngebiet wiedergegeben (Tabelle 3). Dieser Mindestbedarf erfaßt nur die funktionell unbedingt erforderlichen Flächen. Durch ungünstige topographische Situationen, ungünstigen Flächenzuschnitt sowie durch hinzukommende städtebauhygienische Forderungen (Besonnung von

Tabelle 3 Freiflächen im Wohngebiet nach (8), Mindestbedarf in m²/Ew (Ansatz 3 Ew/WE)

Fläche	m²/Ew	Flächengruppe	Freiflächen an …	Freiflächen im Wohngebiet
Sandkasten	0,1			
Spielgeräteplatz	0,3	Spielflächen 1,2		
Spielrasen	0,8			
Müll- und Klopfplatz	0,3	Wirtschaftsfläche 1,0¹)	Freiflächen an Wohnbauten 4,0 bis 5,0	
Wäschetrockenplatz	0,7			
Gehwege	1,4	Wege und Pflanzungen 2,8		
Pflanzungen	1,4			
Terrasse				
Spielplätze		Spielflächen		
Spielrasen			Freiflächen an Kinderkrippen 0,75	
Wege		Wege und Pflanzungen		
Pflanzungen				
Terrasse			Freiflächen an Kindergärten 1,5	
Spielplätze		Spielflächen		
Spielrasen				
Wege		Wege und Pflanzungen		Freiflächen im Wohngebiet (Komplexer Wohnungsbau) 13,0 bis 14,0
Pflanzungen				
Pausenplatz				
Turn- und Spielplatz		Erholungsflächen		
Rasenfläche				
Lesegarten			Freiflächen an Schulen (ohne Schulsport) 1,9 bis 2,3	
Wirtschaftshof				
Wege		Nebenflächen		
Pflanzungen				
Lehrfläche				
Wege		Schulgarten		
Pflanzungen				
Sportfläche (netto)	2,1			
Wege	0,3	Sportanlage 3,0	Sport- und Tummelfläche einschl. Schulsport 4,0	
Pflanzungen	0,6			
Wege und Plätze		Tummelplatz 1,0		
Pflanzungen	0,3			
Wege und Plätze	0,3	Freiflächen an sonstigen gesellschaftlichen Einrichtungen²) 0,4		
Pflanzungen	0,1			

¹) entfällt bei Wohngebieten mit Müll- und Trockenplatz
²) wie Kaufhalle, Dienstleistungseinrichtungen, Gaststätte usw.

Tabelle 4 Richtwerte des Stellflächenbedarfs in Wohngebieten (A, P_1) nach (3)

Jahr	Abstellflächen A (St./1000 Ew)	Parkstellflächen P_1 (St./1000 Ew)	Gesamtbedarf St./1000 Ew
1975	128	≤ 38	128 … 166
1980	172	≤ 52	172 … 224
1985	210	≤ 63	210 … 273
1990	232	≤ 70	232 … 302
1995	244	≤ 73	244 … 317
2000	252	≤ 76	252 … 328
Sättigung	260	≤ 78	260 … 338

Anmerkung
Der Stellflächenbedarf sollte aus der Motorisierungsprognose des örtlichen Generalverkehrsplanes unter Berücksichtigung der Situation in vergleichbaren Wohngebieten abgeleitet werden. Die Tafelwerte basieren auf einem Durchschnittstrend und sind deshalb nur als Orientierungshilfe anzusehen.

Freiflächen, Abstandsflächen zu fließendem und ruhendem Verkehr u. a.) können sich in der Praxis Überschreitungen der Flächenanteile gegenüber dem ausgewiesenen Mindestbedarf ergeben. Die Flächenbilanz für ein Wohngebiet mit ausschließlich mehrgeschossiger Bebauung bei einer Einwohnerdichte von 270 Ew/ha weist z. B. eine Freiflächenquote von insgesamt etwa 20 bis 23 m²/Ew aus. In Ansatz gebracht wurde dabei eine Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen (Grundausstattung) nach Tabelle 2.

Zu den wichtigsten Angaben im städtebaulichen Programm für die Errichtung neuer Wohngebiete muß die Anzahl der auszuweisenden Kraftfahrzeug-Stellflächen gerechnet werden. Die Diskussion um den **Stellflächenbedarf** hat bisher zahlreiche unterschiedliche Argumentationen aus gesellschaftlich-sozialer, technischer, hygienischer und ästhetischer Sicht hervorgerufen. Im Ergebnis der Auseinandersetzungen entstanden Bebaungskonzeptionen, die im Hinblick auf den ruhenden Verkehr untereinander nur bedingt vergleichbar sind. Um dem Mangel an verbindlichen zentralen Vorgaben zu begegnen, haben einige Bezirke von sich aus diesbezügliche Regelungen geschaffen, so z. B. Berlin (9) und Erfurt (10).

In Tabelle 4 werden Richtwerte des Stellflächenbedarfs in Wohngebieten in Abhängigkeit von bestimmten Zeitpunkten des wahrscheinlicvhen Entwicklungstrends der Motorisierung in der DDR wiedergegeben.

Es bedeuten:

A   Abstellflächenbedarf für im Wohngebiet beheimatete Kraftfahrzeuge (Pkw und Krad)
    Ansatz: eine Kradstellfläche = 0,3 Pkw-Stellfläche

P_1 Parkstellflächenbedarf für Besucher sowie Beschäftigte $P_1 \leq 0,3 \cdot A$

In Tabelle 4 nicht enthalten sind die Stellflächen an den gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet. Angaben hierzu enthält die Richtlinie für Stadtstraßen (RIST) von 1969. Ferner geben auch die bezirklichen Vorschriften (9) (10) hierzu spezielle Angaben.

Als grobe Orientierung für den Stellflächenbedarf im Wohngebiet insgesamt (für Bewohner, Besucher und gesellschaftliche Einrichtungen) können folgende Vorgaben gelten:
bis 1980 225 Stellflächen 1000 Ew.
bis 2000 325 Stellflächen 1000 Ew.

Ausgehend von den heutigen bzw. den zu erwartenden volkswirtschaftlichen Bedingungen sollte der Stellflächenbedarf bis 1980 in den Wohngebieten mit überwiegend mehrgeschossiger Bebauung grundsätzlich ebenerdig ausgewiesen werden.

Im Gegensatz zu den bisher behandelten städtebaulichen Vorgaben stellt die Bedarfsermittlung für die Versorgungsarten der **stadttechnischen Erschließung** von Wohngebieten im allgemeinen kein so schwerwiegendes Problem dar.

Die Bedarfswerte lassen sich aus den klimatischen, geologisch-hydrologischen und topographischen Bedingungen, aus der Anzahl und dem Ausstattungsgrad der Wohnungen sowie aus den Kapazitäten, der Anzahl und der Art der gesellschaftlichen Einrichtungen, der Arbeitsstätten und sonstigen Einrichtungen des Gebietes mit Hilfe von Tabellenwerten relativ einfach und schnell ableiten. Da die Versorgungsarten Wasser, Abwasser, Elektro- und Fernmeldeleitungen grundsätzlich für jedes Gebiet zutreffen, liegen Schwankungen lediglich bei den Versorgungsmedien Gas und Fernwärme. Die Entscheidungen hierüber können nur aus örtlicher Sicht unter Beachtung der im Stadtgebiet vorhandenen bzw. geplanten Primäranlagen getroffen werden. Als weitgehend offen muß zur Zeit noch die Frage des künftigen Einsatzes pneumatischer Müllbeförderung und die Einrichtung einer zentralen Kälteversorgung im Wohngebietsmaßstab angesehen werden.

Rationelle und ökonomische Bebauungskonzeptionen für Wohngebiete

Für die Realisierung des umfangreichen Wohnungsbauprogramms bis 1975 ist ein Gesamtaufwand von etwa 20 Milliarden Mark geplant. Das ist das größte Investitionsprogramm des komplexen Wohnungsbaus seit Bestehen unserer Republik.

Für den Wohnungsneubau sind durch Ministerratsbeschluß vom 20. 10. 1971 einige Normative vorgegeben, die unbedingt einzuhalten sind:

- maximaler durchschnittlicher Aufwand für den komplexen Wohnungsbau (einschl. Gemeinschaftseinrichtungen und Sekundärerschließung) 52,6 TM/WE
- maximaler durchschnittlicher Aufwand für den reinen Wohnungsbau 32,4 TM/WE
- durchschnittliche Wohnfläche 56,0 m²/WE

sowie ein durchschnittlicher Wohnraumverteilerschlüssel.

Aus dem staatlichen Normativ für den Gesamtaufwand im komplexen Wohnungs-

Tabelle 5 Einige wesentliche ökonomische und technische Zusammenhänge bei der Planung von Wohngebieten

Kriterium	Ökonomische Zielstellung	Mittel zum Ziel	Auswirkungen auf	Auswirkung
Tiefbau	— geringer Aufwand	— geringe Trassenlänge	— Bebauungsform	— Verdichtung
	— hoher Vorfertigungsgrad, hohe Arbeitsproduktivität, geringer Arbeitskräftebedarf	— Sammelkanal (SK) mit gebündeltem Anschluß	— Bebauungsform	— Zusammenhängende Gebäudekomplexe mit etwa 700 bis 1000 WE
			— Wohnungsbau	— Weiterführung des SK im Gebäude (Installationsgang)
			— gesellschaftliche Bauten	— Konzentration an wenigen Standorten
Wohnungsbau	— Kostensatz unter 92%	— 100% Fließfertigung, möglichst nur ein Typ	— Bebauungsform	— Verringerung der Dichte Problem: Monotonie
	— ≈ 56 m²/WE	— Haustiefe 10,80 m, max. 12,00 m	— Tiefbau	— größere Trassenlängen
			— Verkehrsanlagen	— höherer Flächenbedarf
			— Bebauungsform	— Verringerung Dichte
	— max. Anzahl Wohnungen im Gebäude	— volle Nutzung des Erdgeschosses zum Wohnen	— Verkehrsanlagen	— einseitige Verkehrserschließung
				— höherer Flächenbedarf
			— Hygiene	— keine Trennung in Verkehrs- und Grünräume
Kindereinrichtungen und Schulen	— geringer Kostensatz	— 100% Fließfertigung, möglichst nur 1 Typ	— Bebauungsform	— geringe Variationsbreite, geringe Elastizität
Kaufhalle	— rationelle Technologie, geringer Bedarf an Arbeitskräften	— max. Verkaufsraumfläche (1000 m² und mehr)	— Einzugsgebiet der Einrichtung	— Vergrößerung des Einzugsgebietes, d. h. vergrößerte Wegeentfernung oder Forderung nach erhöhter Einwohnerdichte
		— möglichst nur 1 Typ	— Bebauungsform	
Andere gesellschaftliche Einrichtungen	— rationelle Nutzung, geringer Bedarf an Arbeitskräften	— max. Konzentration an wenigen Standorten	— Einzugsgebiet	— größere Wegeentfernungen, Forderung nach erhöhter Einwohnerdichte
		— möglichst nur 1 Typ	— Zentrumsbildung	— Problem: Addition statt Komplexbildung
Freiflächen	— geringer Aufwand für Bau und Pflege	— nur funktionell bedingte Freiflächen	— Bebauungsform	— volle Ausnutzung der Besonnungsmindestabstände
			— Wohnungsbau	— beidseitige Erschließung, getrennte Räume für Grün und Verkehr
Ruhender Verkehr	— volle Abdeckung des Bedarfs	— etwa 225 Stellflächen je 1000 Ew (1980)	— Bebauungsdichte	— Verringerung Dichte
	— geringe Investitionskosten	— ebenerdige Aufstellung	— Bebauungsdichte	— Verringerung Dichte
	— gute Erreichbarkeit, Sicherheit	— Anordnung in Wohnungsnähe	— Bebauungsform	— mögliche Trennung in Verkehrs- und Grünraum
			— Hygiene	— Problem: Beeinträchtigung durch Lärm und Abgase

bau können im einzelnen als Orientierungs- bzw. Richtwerte durchschnittliche Investitionsaufwendungen des komplexen Wohnungsneubaus abgeleitet werden für den reinen Wohnungsbau, für gesellschaftliche Bauten, für Aufschließung und für sonstige Investitionen.

Diese Werte sind auf die gesamte DDR bezogene **Durchschnittswerte** und werden nach Bezirken sowie nach Standorten in den Bezirken differenziert. Im Ergebnis dieser Differenzierung entstehen für jeden Standort bzw. für eine Gruppe von Standorten unterschiedliche städtebaulich-ökonomische Vorgaben als Aufgabenstellung und Bewertungskriterien für die Erarbeitung der Bebauungskonzeption. Aufgabe der städtebaulichen Planung ist es, die im konkreten Fall günstigste Bebauungsvariante zu ermitteln und für die Investitionsvorentscheidung aufzubereiten.

Und hier tut sich nun – wie jeder weiß, der an diesen Fragen arbeitet – eine Fülle von Problemen und Widersprüchen auf. In Tabelle 5 ist einmal versucht worden, eine Reihe von Forderungen in ihren wechselseitigen Beziehungen zueinander darzustellen. Diese Übersicht ist bei weitem nicht vollständig, sie beschränkt sich nur auf einige besonders augenfällige Zusammenhänge.

Über eine ganze Reihe der dargestellten Zusammenhänge liegen wissenschaftliche Ausarbeitungen aus den letzten Jahren vor, so z. B. über Probleme der Einwohnerdichte, über Besonnung und Lärmschutz in Wohngebieten, über Zusammenhänge zwischen Einwohnerdichte und Kapazität und Einzugsbereich gesellschaftlicher Einrichtungen, über die städtebauliche Effektivität von längeren Wohnblöcken, Ecklösungen, Durchgängen und anderes.

Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Städtebau und Architektur und dem Tiefbaukombinat Dresden gelang es 1971/72, einige entscheidende Beziehungen zwischen Bebauungsform und stadttechnischer Erschließung in Wohngebieten qualitativ und quantitativ zu erfassen (11). Damit wird die Voraussetzung gegeben, bei künftigen Bebauungskonzeptionen einen hohen Rationalisierungseffekt in der stadttechnischen Erschließung zu erreichen.

Alle gegenwärtig vorliegenden wesentlichen Erkenntnisse zur Planung von Wohngebieten hat das Institut für Städtebau und Architektur in einem geschlossenen Grundsatzmaterial als Handbuch für die Praxis zusammengefaßt. Mit diesem Material, dessen Herausgabe für das IV. Quartal 1972 vorgesehen ist, soll den Planungs- und Projektierungsbüros, den Ratskollektiven und Fachabteilungen der Räte, den Abgeordneten in den Volksvertretungen und allen anderen, die direkt oder mittelbar an Bebauungskonzeptionen für Wohngebiete beteiligt sind, eine handhabbare Planungs- und Entscheidungshilfe in die Hand gegeben werden.

Literatur:

(1) Schattel/Hering:
Territoriale Entwicklungsmöglichkeiten von Städten
Schriftenreihen der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Heft 26, DB, Berlin 1969

(2) Autorenkollektive:
Klein- und Mittelstädte
Schriftenreihen der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Heft 32, DB, Berlin 1971

(3) Umgestaltung von Wohngebieten,
Forschungsbericht (Ergebnis 037)
DBA, Institut für Städtebau und Architektur 1971
(Manuskript)

(4) Kudrjavzev, A. O.:
Razional'noe ispol'zovanije territorij pri planirovke i zastrojke gorodov SSSR (Rationelle Nutzung des Territoriums bei der Planung und Bebauung von Städten der UdSSR) Moskau 1971

(5) Nomenklatur gesellschaftlicher Einrichtungen,
Forschungsbericht (Ergebnis 226)
DBA, Institut für Städtebau und Architektur 1971
[illegible]

(6) [illegible]
Einwohner und Wohnungen in Halle-Neustadt
[illegible]

[illegible]

ber 1969

[illegible]



Zur städtebaulichen Gestaltung von Wohngebieten

Gerd Wessel
Gerd Zeuchner
Bauakademie der DDR

Mit der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms der DDR, das vorsieht – bis zum Jahre 1975 1/2 Million Wohnungen neu zu bauen oder zu modernisieren, sollen die Lebensbedingungen verbessert werden. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Architekten und Städtebauer bei der Planung neuer Wohngebiete neben der Beachtung ökonomischer, bautechnischer und funktioneller Forderungen auch bestimmte Erkenntnisse der baukünstlerischen Gestaltung und räumlichen Organisation der Wohngebiete beachten. Die Aufgabe des Städtebaus bestand und besteht auch heute in dem Schaffen von Räumen, in denen sich die Vielfalt menschlicher Lebensprozesse harmonisch vollziehen können.

In der Diskussion über die Qualität neuer Wohngebiete wurde sowohl von seiten der Bevölkerung als auch von den Architekten und Städtebauern wiederholt auf folgende wichtige Probleme hingewiesen.

- Mit der Anwendung des Prinzips der offenen Bebauung war oftmals ein Verlust an Eindeutigkeit, Klarheit und Überschaubarkeit der Raumbeziehungen in den Wohngebieten verbunden, was zu Erscheinungen der Monotonie führte.
- Die bisherige Formierung der gesellschaftlichen Einrichtungen trug nicht zur Zentrumsbildung bei und führte zu einem Verlust der Urbanität.
- Die ständig wachsende Anzahl von Kraftfahrzeugen hat die Lebensbedingungen der Wohngebiete stark beeinträchtigt.
- Das Bedürfnis der Bevölkerung nach vielfältigen Möglichkeiten für Kultur, Sport und Rehabilitation sollte künftig stärker berücksichtigt werden.

Räumliche Gliederung

Die Industrialisierung des Bauens und die offene Bebauung hatte eine Reihe positiver Aspekte hinsichtlich der Besonnung, Begrünung und der Gestaltung eines allseitigen räumlichen Zusammenhanges. Damit wurden jedoch gleichzeitig die geschlossenen Straßen- und Platzräume sowie das Prinzip der einheitlichen durchgehenden Gebäudehöhe aufgegeben.

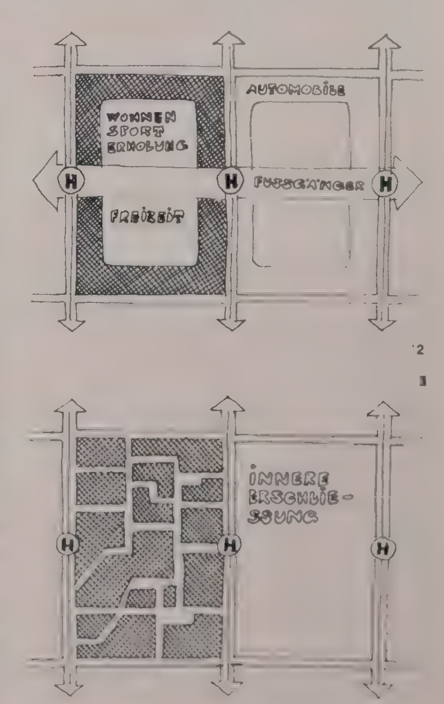
Das führte in vielen neuen Wohngebieten zu gleichwertigen, gleichgroßen und damit undifferenzierten Räumen – eine wesentliche Ursache der zutage getretenen Monotonie. Als Ausweg wurde im internationalen Städtebau oft ein großer Formenapparat von unterschiedlichen Gebäuden bemüht, die zwar für sich allein Phantasie und Originalität aufweisen, jedoch in ihrer Masse die Monotonie nicht überwanden, sondern sie sogar noch steigerten und zu einem „Jahrmarkt und Ausverkauf der Formen" führten. Hingegen finden sich gute Lösungen dort, wo versucht wurde, gleichgeartete Gebäude zu übergeordneten Elementen des Wohngebietes zusammenzufassen. Es zeigt sich jedoch, daß die Alternative zur Monotonie nicht darin besteht, eine Vielzahl unterschiedlicher Bauformen und Raumbeziehungen zu schaffen, sondern in der Ordnung und überschaubaren Gestaltung aller Elemente des Wohngebietes, in dem Streben nach Klarheit, Verständlichkeit und Einprägsamkeit.

Die Geschichte des Städtebaus kennt viele Beispiele, wie durch die Beschränkung der städtebaulichen Elemente auf wenige Grundformen und deren Zusammenfassung zu übergeordneten Einheiten wirkungsvolle und gut erfaßbare Großformen der Stadt gebildet wurden. Ein Beispiel dafür ist die Erweiterung von Amsterdam im Jahre 1665 durch ein System von Grachten, die sich halbkreisförmig um die Altstadt formieren. Dadurch entstanden Quartale mit gleichmäßiger Bebauung, die zu einer großen Form zusammengefaßt wurden. Die Berücksichtigung landschaftlicher Besonderheiten und historischer Strukturen und Anlagen

1
Berlin. Beispiel einer ruhigen störungsfreien Wohnlage in einem Neubaugebiet

2
Schemata. Konzentration der Bebauung mit dem Ziel, große zusammenhängende Freiräume für Freizeitgestaltung und Erholung und kleine intime Wohnhöfe und Wohnstraßen zu schaffen

3
Schemata. Beispiel für eine undifferenzierte Raumbildung mit einer Vielzahl von Räumen mit gleicher Funktion mit gleichen Störfaktoren. Minderung der Wohnqualität, Verlust der Überschaubarkeit und räumlichen Ordnung

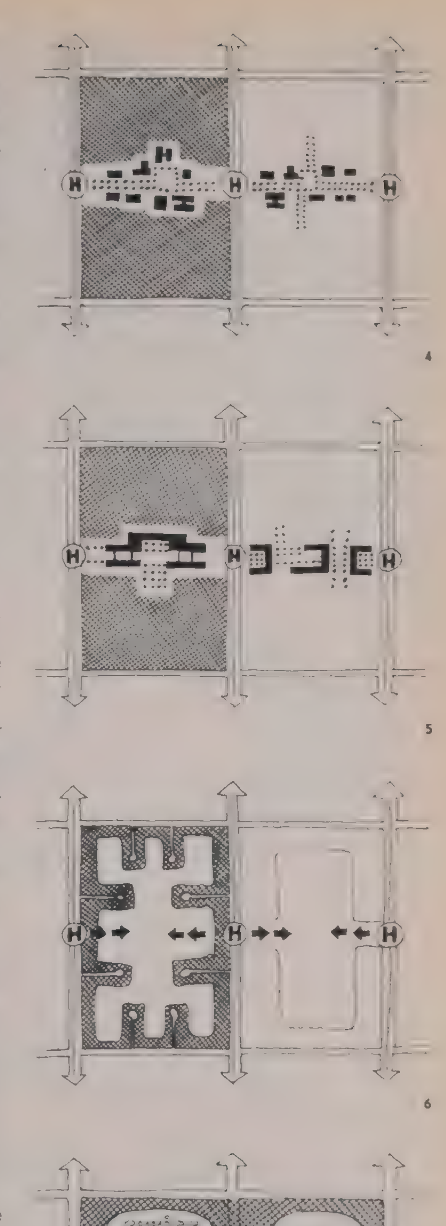




kommt unter diesen Bedingungen erst zur vollen Wirkung.
Bekannt ist auch der Entwurf von John Wood für die Erweiterung der englischen Stadt Baath aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Mehrgeschossige Reihenhäuser sind hier in großen geschwungenen Formen so geordnet, daß sie einen Ausblick auf die angrenzende Landschaft gestatten und einen zusammenhängenden städtischen Raum ergeben.
Aber auch in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts haben führende Architekten dieser Zeit, wie Bruno Taut, Le Corbusier, Aud und Berlage, Projekte für Wohngebiete ausgearbeitet, in denen versucht wurde, dieses Prinzip der großen Form zu verwirklichen.
Im Gegensatz dazu gibt es zahlreiche Projekte, bei denen dieses wichtige Prinzip der Gestaltung verlassen wird.

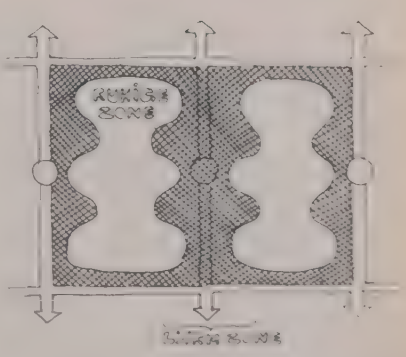
Eine Vielzahl unterschiedlicher Elemente wird im Sinne der „Freien Komposition" geordnet, um Originalität, Abwechslung und Überraschungseffekte zu erzielen. Solche gut gemeinten Absichten haben jedoch im allgemeinen städtebaulich negative Auswirkungen im Hinblick auf die Überschaubarkeit und Ordnung der städtischen Räume.
Dagegen führt die Zusammenfassung einer geringen Anzahl gleicher Gebäudekategorien zu einer höheren Konzentration der Bebauung, zum „Offenhalten" größerer Räume und zu einer überschaubaren Ordnung. Diese Wirkung kann sowohl mit verschieden hohen Gebäuden, als auch mit einer einheitlich angewandten Bebauungshöhe – beispielsweise mit fünfgeschossigen Gebäuden – erreicht werden.

Der wichtigsten Aufgabe der Gestaltung von Wohngebieten, differenzierte Räume für unterschiedliche Funktionen zu schaffen, hat sich das einzelne Bauwerk unterzuordnen. Es sollte daher nicht aus dem Gesamtzusammenhang genommen und als plastisches Element überbewertet werden. Das bedeutet eine Abwendung von der bekannten „bunten Mischung", bei der mindestens an jeder Kreuzung ein Hochhaus steht.
Jedoch können vielgeschossige Bauwerke so angeordnet werden, daß sie die bisher genannten Gestaltungsprinzipien des Wohngebietes unterstreichen und zur Überschaubarkeit und Eindeutigkeit der räumlichen Ordnung beitragen. Zum Beispiel kann die vielgeschossige Bebauung im Kontrast zur Masse der fünfgeschossigen Wohnbauten als eine zusammengefaßte Einheit dazu beitragen, den inneren strukturellen Aufbau zu markieren, die Silhouette sichtbar zu machen und gleichzei-



4

5



6

7

8

4

Schemata für die Lage und Anordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen.

Lockere Aneinanderreihung einzelner Gebäude im Raum entlang einer Fußgängerachse, unterstützt durch Baumbepflanzung

5

Schemata – Zusammenfassung von gesellschaftlichen Einrichtungen in Form von Kaufhöfen, Passagen und kleinen Plätzen als Fußgängerbereiche

6

Schemata eines Wohngebietes mit äußerer Erschließung

7

Schemata – Begrenzung durch Trassen des Massenverkehrs und durch Hauptverkehrsstraßen.

Abstellflächen für Automobile an der Peripherie. Ruhige, störungsfreie Zone im Inneren des Wohngebietes. Trennung von Fußgänger- und Fahrverkehr

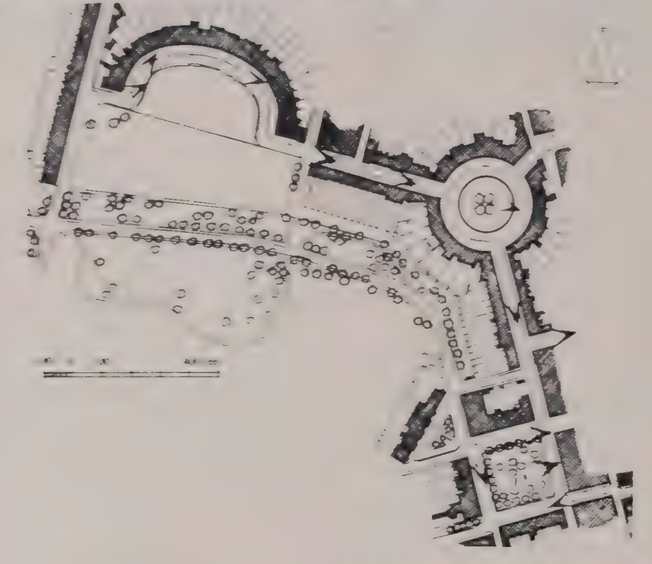
8

Große Parkflächen für Automobile in unmittelbarer Nähe der Wohnbebauung sind Störfaktoren für die Bewohner (Foto).









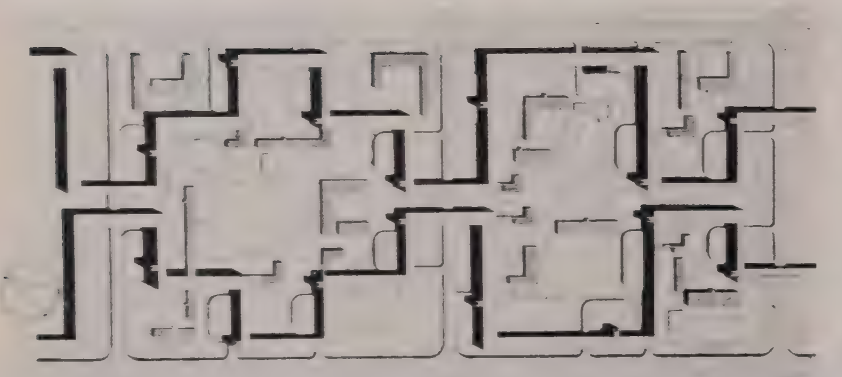
9

9
Bath. Lageplan und Skizze der Bebauung.
Beispiel für eine städtebauliche Großform in Verbindung von Stadt und Landschaft.

10
„La ville verte"
Entwurf von Le Corbusier aus dem Jahre 1929. Addierbares System einer mäanderförmigen Wohnbebauung mit dem Ziel, große zusammenhängende Grünräume für Erholung, Kultur und Sport.

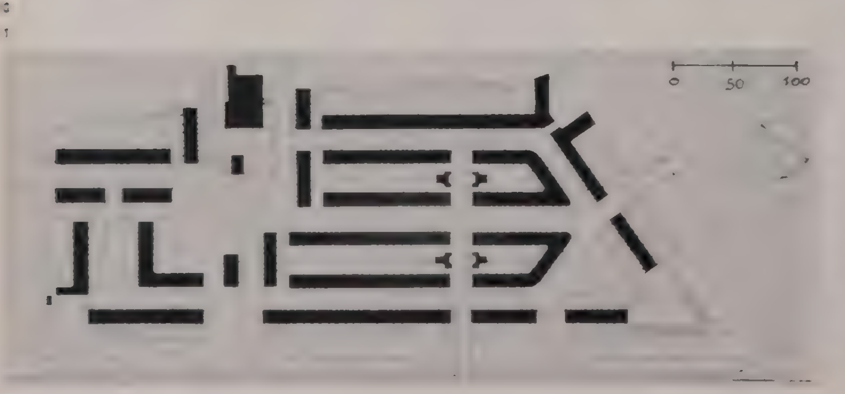
11
Rotterdam, Wohnviertel Kiefhoek.
Projekt von J. P. Oud aus dem Jahre 1925.
Einbindung einer nach einheitlichen Gesichtspunkten gestalteten Wohnsiedlung in die Struktur der Gesamtstadt. Bildung eines städtebaulichen Raumes am Wohngebietszentrum.
Differenzierte Straßen- und Hofräume.

12
Berlin-Britz. Hufeisensiedlung von Bruno Taut aus dem Jahre 1930.
Beispiel für die Schaffung einer einprägsamen überschaubaren städtebaulichen Ordnung mit einer einfachen 3geschossigen Wohnbebauung.
Differenzierte Räume für die Erschließung und für ruhiges Wohnen.



10

11



tig auf die bedeutenden gesellschaftlichen Bereiche hinzuweisen.

Beispiele aus der Städtebaupraxis zeigen, daß es möglich ist, mit einer durchgehenden fünfgeschossigen Bebauung zusammenhängende Räume zu schaffen, die sowohl den Wunsch nach Intimität in sogenannten Wohnhöfen bzw. Wohnstraßen als auch das Bedürfnis nach großen öffentlichen Freiräumen erfüllen.

Die mit den Mitteln der Architektur erreichte räumliche Ordnung muß durch eine entsprechende Gestaltung der Freiflächen in bezug auf Wegeführung und Baumbepflanzung unterstützt werden. In diesem Sinne dienen Alleen und kareeförmige Bepflanzungen und freistehende Baumgruppen dazu, Hauptrichtungen, Raumbegrenzungen und Intimbereiche zu verdeutlichen. Kirschbaum-, Birken- oder Kastanienalleen wurden beispielsweise in bedeutenden Wohngebieten angelegt, die in den 20er Jahren gebaut wurden, wie die Hufeisensiedlung von Taut, um dem Wohngebiet ein besonderes Gepräge zu geben. Daneben gibt es noch andere einfache Mittel, um in den einzelnen Bereichen eine Vielgestaltigkeit zu erreichen. Die beim Bauen notwendige Erdbewegung kann dazu benutzt werden, Hügel, Dämme und Mulden anzulegen, die das oft eintönige Bild der Wohnbebauung beleben und zugleich ideale Spielmöglichkeiten für Kinder ergeben: Rodelberge, Rollschuh- oder Eisbah-



13

13

Projekt einer Stadt von Garnier aus dem Jahre 1905. Einer der ersten Versuche, mit Hilfe der offenen Bebauung eine klare Trennung zwischen intimen ruhigen Wohnstraßen und Erschließungsstraßen herzustellen

14

Toulouse, Le Mirail
Wohnstadt für 100 000 EW

Beispiel für die Schaffung von großen zusammenhängenden Freiräumen durch hohe Wohnscheiben, die sich in immer niedriger werdende Gebäude verzweigen. – Variation zum Prinzip der äußeren Erschließung

15

Wohngebiet Darmstadt, Kranichstein.

Dieses Projekt von Ernst Max zeigt, wie in einem Wohngebiet mit unterschiedlichen Gebäudeformen das Prinzip der äußeren Erschließung mit dem Ziel praktiziert wird, einen größeren zusammenhängenden städtebaulichen Raum zu schaffen, der frei vom Verkehr ist und vorwiegend für Erholung und gesellschaftliche Kontakte genutzt werden kann

16

Blick in einen Freiraum mit Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, der Erholung und des Sports

14

0 500

0 100 200 300

15

16

17

1 Zentrum
2 Sudstadt
3 Reutershagen
4 Evershagen
5 Lutten Klein
6 Lichtenhagen

18

nen und Wasserspielplätze. Die Anlage von Teichen und die Einbeziehung von Wasserläufen schafft in Verbindung mit Fußgängerwegen Erlebnisbereiche, die den Charakter eines Gebietes bestimmen können.

Gesellschaftliche Einrichtungen und Urbanität

Der Mangel mancher Wohngebiete an Urbanität und fehlenden gesellschaftlichen Kontaktzonen war oftmals Gegenstand der Architekturkritik.

Die Ursache dafür lag in den meisten Fällen in einer Dezentralisation und Zerstreuung der gesellschaftlichen Einrichtungen begründet, die nicht zur Herausbildung von städtischen Bereichen führt und den Erfahrungen aus der Geschichte des Städtebaus widersprach. Wenn auch die zur Zeit gebräuchlichen Gebäude für gesellschaftliche Einrichtungen nicht ohne weiteres Anlagen in Form von halboffenen oder geschlossenen Passagen und Plätzen gestatten, so muß doch zumindest der Versuch unternommen werden, diese Einrichtungen so aneinanderzureihen, daß zusammenhängende Räume für die Begegnung der Menschen entstehen. Die Sperrigkeit der zur Zeit gebauten gesellschaftlichen Einrichtungen fördert nicht gerade dieses Bestreben nach Konzentration und nach Bildung von geschlossenen Räumen. Diese Gebilde verlangen eher einen isolierten Standort auf grüner Wiese.

Auch bei konsequenter Anwendung eines einheitlichen Konstruktions- und Maßsystems sollte es doch möglich sein, eine vielfältige Kombination und Addition dieser Einrichtungen zu erreichen. Für die Lage solcher Räume im Wohngebiet sind die Verbindungen von den Quellpunkten des Fußgängerverkehrs (Haltestellen des Mas-

17
Erfurt-Johannisplatz
Anbindung des Wohngebietszentrums an die Haltestelle des Massenverkehrs.
Konzentration einer Vielzahl gesellschaftlicher Einrichtungen am Schnittpunkt zweier Fußgängerachsen

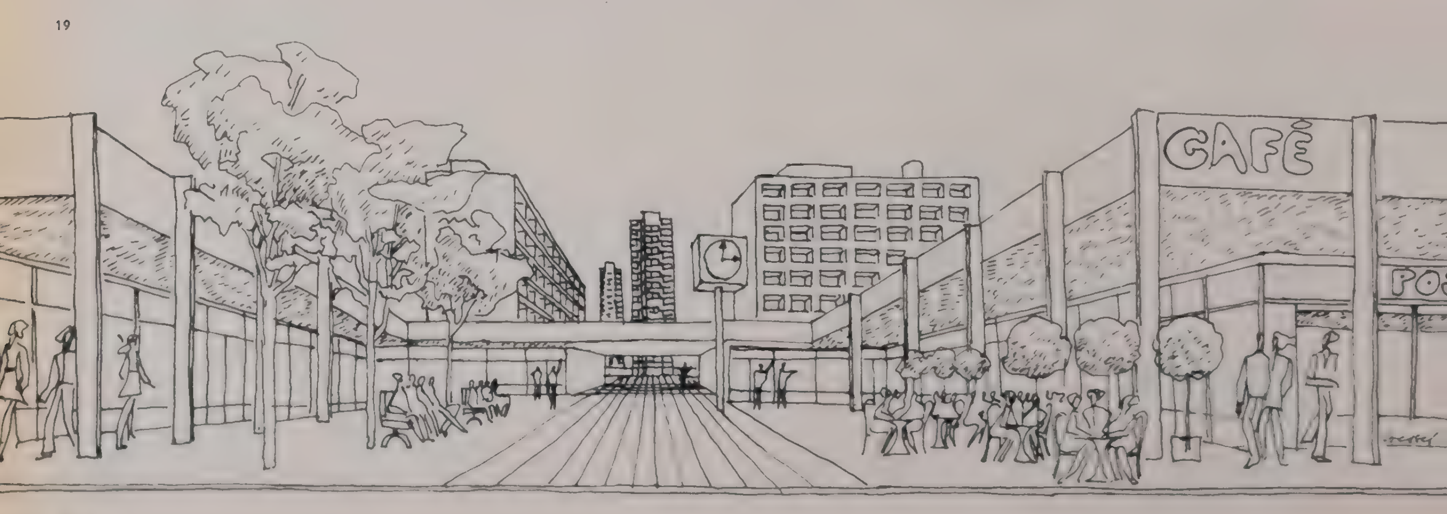
18
Rostock
Plan der Gesamtstadt. Beispiel für Anbindung neuer Wohngebiete an die Haupttrassen des Verkehrs

19
Darstellung einer U-förmigen Platzanlage mit Ausstellungs- und Klubräumen, Cafés, Geschäften, Dienstleistungseinrichtungen u. a., zusammengefaßt durch Kolonnaden, mit einem Durchgang zum anschließenden Wohngebiet.
Gestaltung des Platzraumes durch Grünanlagen, Wasserspiele und Werke der bildenden Kunst

20
Blick in einen Fußgängerbereich mit gesellschaftlichen Einrichtungen

21
Rostock-Lichtenhagen
Lageplan des Wohngebietes
– Anbindung des Zentrums an die Haltestelle der S-Bahn
– Weitgehende Trennung von Fußgänger- und Autoverkehr
– Schaffung eines zusammenhängenden Grünraumes für Fußgänger

19





20

21

S-Bahn Haltestelle

0 100 200 300

1 Hauptzentrum
2 Nebenzentren
3 durchgehender Grünraum

senverkehrs und Parkplätze) zu den Wohnungen besonders geeignet. Dabei gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten für die Organisation und Gestaltung solcher gesellschaftlichen Kontakträume.

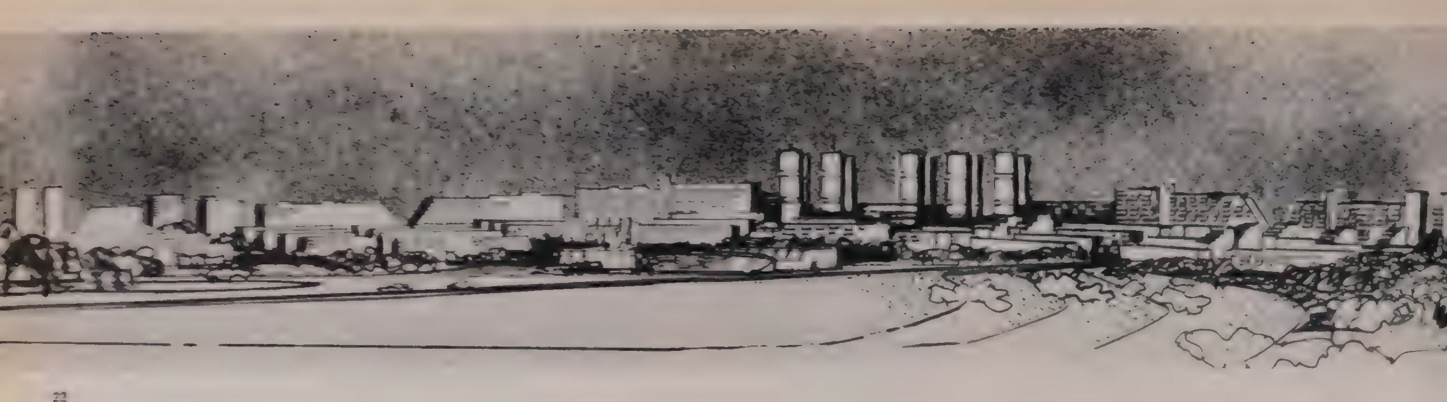
Eine Möglichkeit besteht darin, die jetzt von der Bauproduktion angebotenen gesellschaftlichen Einzelgebäude so in den Raum zu stellen, daß sie in der Hauptbewegungsrichtung der Fußgänger liegen. Unterstützt werden kann diese räumliche Ordnung durch Baumbepflanzung in Form von Alleen und Karees.

Der nächste Schritt bestände darin, eine bauliche Zusammenfassung der gesellschaftlichen Einrichtungen in Form von Passagen und platzartigen Anlagen zu erreichen. Diese Räume würden eine höhere Dichte der Kommunikation und mehr Urbanität ergeben. Darüber hinaus könnte im unmittelbaren Bereich der Haltestelle als Auftakt für den Eintritt in das Wohngebiet ein U-förmig angeordneter Platz gestaltet werden. Dieser „Raum der Begegnung" bietet Möglichkeiten zum Einkauf und zum Verweilen im Straßencafé. Er könnte auch Grünanlagen, Werke der bildenden Kunst, Ausstellungs- und Klubräume für das Wohngebiet enthalten. Hier könnten auch Gemüsemärkte stattfinden, aber vor allem sollten hier gut ausgestattete Treffpunkte für junge Leute vorgesehen werden.

Eine weitere Stufe der Konzentration kann erreicht werden, wenn in zentrumsnahen Wohngebieten wie der Karl-Marx-Straße in Magdeburg, des Rosenhofes in Karl-Marx-Stadt oder wie in der Rathausstraße in Berlin, eine Vielzahl von gesellschaftlichen Einrichtungen mit zum Teil überörtlichem Charakter direkt mit vielgeschossigen Wohngebäuden verbunden und zu einem zusammenhängenden Raum für Fußgänger gestaltet werden.

Autoverkehr und Bebauungsstruktur

Das ständig anwachsende Verkehrsaufkommen der letzten Jahre erfordert eine Neuordnung der städtischen Gesamtstruktur. Das historisch gewachsene System der



22

Straßen und Plätze wird in ein differenziertes Netz von Haupt- und Nebenstraßen umgestaltet. Diese Differenzierung des Verkehrsnetzes hat Auswirkungen auf die Bebauung und Gestaltung der angrenzenden Gebiete.

Bei einer Belegung der Stadtautobahnen und Hauptverkehrsstraßen von über 1000 Pkw/h wurde bisher ein Schutzabstand von mindestens 200 m bis zum angrenzenden Wohngebiet gefordert, in der Praxis jedoch nur in wenigen Fällen eingehalten. Bei der Bebauung von Verkehrsplätzen sind angesichts der zunehmenden Störfaktoren ebenfalls neue Konzeptionen erforderlich. Auch die Struktur der Wohngebiete muß dem Zwang dieser Entwicklung Rechnung tragen. Das herkömmliche Prinzip der offenen Bebauung, das bekanntlich bereits um die Jahrhundertwende theoretisch im Zuge der Gartenstadtbewegung und durch solche Architekten wie Garnier und später durch Hilbersheiner und Le Corbusier konzipiert wurde, beinhaltet viele progressive Züge. Schon damals wurde in zahlreichen Projekten eine Trennung von ruhigen Wohnstraßen und Erschließungsstraßen angestrebt. Das spontane Anwachsen des Individualverkehrs in den heutigen Dimensionen konnte in jener Zeit jedoch noch nicht übersehen werden und war daher auch kein Kriterium für die Gestaltung solcher Wohngebiete.

Wir hingegen müssen heute mit den Mitteln der Bebauung die negativen Auswirkungen des Verkehrs auf ein Mindestmaß

22
Karl-Marx-Stadt. Wettbewerbsentwurf zum Wohngebiet Markersdorfer Hang
Ansicht vom Stadtpark auf Zentrum und Wohnbebauung

23
Karl-Marx-Stadt
Wettbewerbsentwurf zum Wohngebiet Markersdorfer Hang
- Organisation des Wohngebietes um eine Hauptachse
- Trennung von Verkehr und Fußgängerzonen
- Nutzung der Hangsituation für die Gestaltung
- Großer Grünraum mit Sporteinrichtungen, Anlage eines Sees für Freizeitgestaltung
- Konzentration der vielgeschossigen Bebauung entlang einer Hauptachse

24
Berlin, Schillingstraße
Blick in Richtung S-Bahnhof Jannowitzbrücke. Einrichtungen des Handels, der Dienstleistungen und der Gastronomie sind entlang einer Fußgängerpromenade aneinandergereiht.

23

0 100 200 300

1 Hauptzentrum
2 Erholungs- u. Sportzentrum
3 Nebenzentrum

reduzieren und den dienenden Charakter des Verkehrs wiederherstellen. Konkret bedeutet das für den Städtebau eine Trennung zwischen ruhigen Bereichen des Wohnens und der Erholung im Inneren des Wohngebietes und lärmintensiven Zonen der Erschließung und des ruhenden Verkehrs an der Peripherie. Diese wichtige Forderung kann durch die konsequente Anwendung des bekannten und international praktizierten Prinzips der äußeren Erschließung verwirklicht werden. Dabei wird der gesamte überörtliche Verkehr tangential vorbeigeführt und nur der Zielverkehr erreicht das Wohngebiet. Verständlich ist der Wunsch, mit dem Auto bis an die Wohnung zu fahren und dort zu parken. Für die Verbesserung der Wohnbedingungen wäre es konsequent, in entsprechender Entfernung am äußeren Rande des Wohnquartale zu parken und nur Fahrspuren für die üblichen Ausnahmen zu gestatten (Feuerwehr, Krankenauto usw.). In einigen Fällen werden diese Wohnmilieuforderungen von den Bewohnern der Wohngebiete nachträglich selbst vollzogen. So haben sich die Einwohner eines Wohnkomplexes in Halle-Neustadt dazu entschlossen, die Abstellplätze für ihre Autos an den Rand des Wohnkomplexes zu verlegen und dafür Grünanlagen und Kinderspielplätze zu schaffen.

Für die bauliche Umsetzung dieses Prinzips ist jedoch erforderlich, das eine beiderseitige Erschließung der Wohnbauten möglich ist, daß Eckausbildungen den Bau von geschlossenen oder halboffenen Anlagen gestatten, und daß Durchgänge von den äußeren Erschließungsstraßen in das Innere der Wohnhöfe den allseitigen räumlichen Zusammenhang wiederherstellen.

Praktische Anwendung

Die hier kurz dargelegten theoretischen Erkenntnisse städtebaulicher Gestaltung werden in einigen Projekten nur ungenügend beachtet, und das führt zu negativen Auswirkungen für die Lebensbedingungen in diesen Gebieten.

Dagegen gibt es eine Reihe von Projekten, in denen solche theoretischen Erkenntnisse berücksichtigt wurden. Ein Beispiel ist das Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen. Die bandartige Stadtstruktur zwischen Rostock und Warnemünde gruppiert entlang einer Hauptverkehrsstraße mit Stadtautobahn und S-Bahn eine Anzahl von Wohngebieten und Industriestandorten. Eines dieser Wohngebiete – Rostock-Lichtenhagen – entsteht parallel zu dieser Verkehrstrasse mit einer Ausdehnung von 1500 m × 700 m für 21 000 Einwohner.

Das Hauptzentrum des Wohngebietes entwickelt sich in unmittelbarer Beziehung zur Haltestelle der S-Bahn und zu den am Rande gelegenen Parkflächen für PKW. Hier sind Einrichtungen des Handels, der Gastronomie und der Dienstleistungen entlang einer Fußgängerpassage gruppiert. Ein zusammenhängender Fußgängerbereich verläuft von der S-Bahn-Haltestelle durch diese Einkaufspassage zu einem rechtwinklig dazu verlaufenden durchgehenden Freiraum mit einem reichhaltigen Angebot an Einrichtungen für Freizeitgestaltung und gesellschaftliche Kontakte. In diesem Grünraum sind auch Werke der bildenden Kunst angeordnet. Dieser Raum wird durch eine geschlossene fünfgeschossige mäanderförmige Bebauung begrenzt. Sie gliedert den gesamten städtischen Freiraum in einen zusammenhängenden öffentlichen Bereich und einen intimen Bereich in den Wohnhöfen. Die Mängel der offenen Bebauung im Hinblick auf eine Zersplitterung der städtebaulichen Räume werden durch eine solche Gestaltung weitgehend beseitigt.

Die vielgeschossige Wohnbebauung wird in Form von zehngeschossigen Wohnhausscheiben am Hauptzentrum und an den im Norden und Süden des Wohngebietes gelegenen Nebenzentren konzentriert. Sie hebt damit diese gesellschaftlichen Bereiche eindeutig aus der Masse der Wohnbebauung heraus und markiert als Kontrast zu der flächenmäßig zusammengefaßten fünfgeschossigen Bebauung die Grundstruktur der Anlage. Darüber hinaus wird so das gesamte Wohngebiet in seinen äußeren Dimensionen visuell erfaßbar.

Durch die Anwendung des Prinzips der äußeren Erschließung wird der PKW-Verkehr weitgehend aus dem Wohngebiet verbannt. Die intimeren Wohnhöfe werden von 4 m breiten Wohnstraßen erschlossen, enthalten jedoch noch eine geringe Anzahl von Stellflächen für den ruhenden Verkehr.

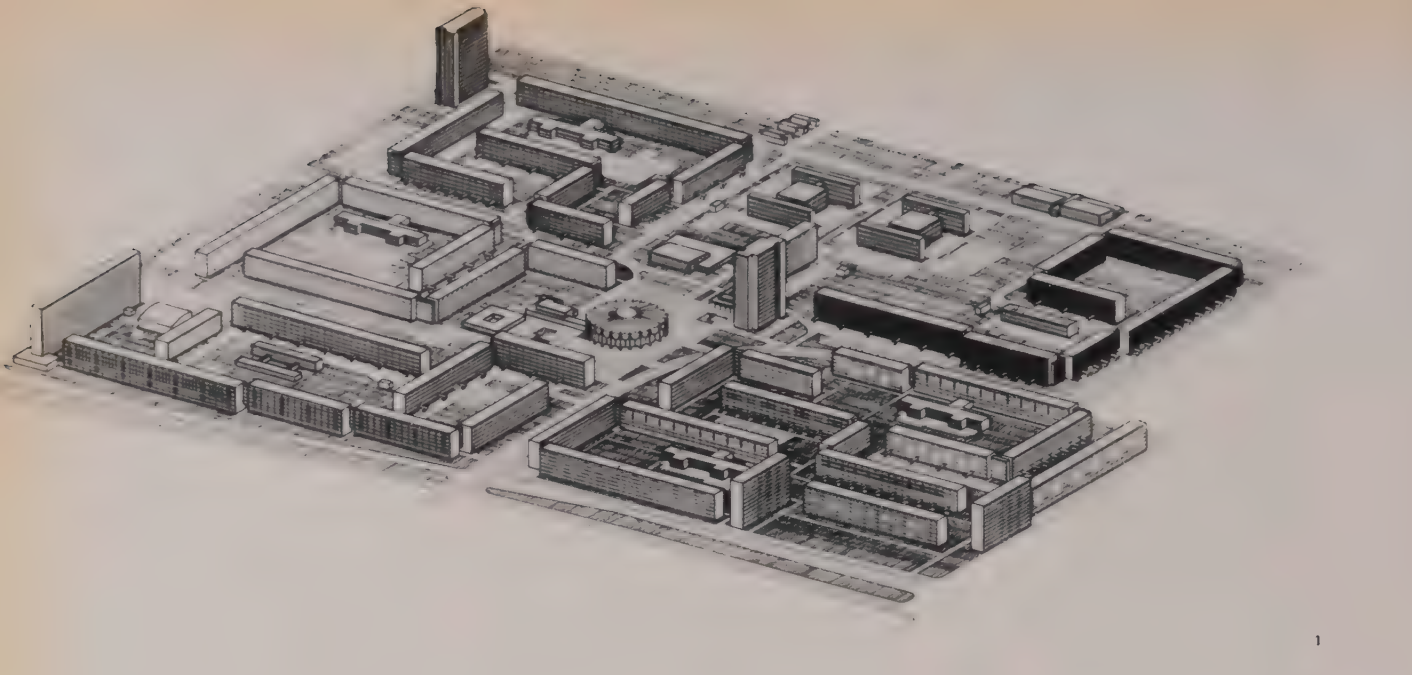
In einem Wettbewerbsentwurf zum Wohngebiet „Markersdorfer Hang“ in Karl-Marx-Stadt wurden die hier dargestellten Gestaltungsprinzipien unter den besonderen Bedingungen einer Hangsituation angewandt. Von einer städtischen Hauptachse für die Erschließung durch PKW und Massenverkehrsmittel entwickeln sich drei Wohngebietszentren mit einer Länge von etwa 300 m in unmittelbarer Nähe der Haltestellen, in denen alle für die Bewohner notwendigen Einrichtungen des Handels, der Gastronomie, der Dienstleistungen und Kindereinrichtungen entlang eines Fußgängerbereiches zusammengefaßt sind. Dabei wurde die Hangsituation genutzt, um die genannten Einrichtungen terrassenförmig mit den Wohngebäuden zu verbinden. In Verbindung mit Treppenanlagen wurde versucht, den anschließenden großen Grünraum mit Einrichtungen für die Freizeitgestaltung wie Schwimmhalle, Sportstadion, Schulsportanlagen, städtische Grünanlagen und Kleingärten erlebbar zu machen. Beachtenswert ist in beiden Projekten vor allem die Tatsache, daß positive Ergebnisse der städtebaulichen Gestaltung mit einer vorwiegend fünfgeschossigen Bebauung erzielt wurden, wobei die vielgeschossige Bebauung mit zur funktionellen Gliederung und visuellen Überschaubarkeit des Wohngebietes genutzt wurde.

Hervorzuheben ist in beiden Projekten ebenfalls das Bestreben, ruhige Wohnbereiche zu schaffen, wobei mit der Möglichkeit gerechnet wurde, daß die zur Verfügung stehenden Gebäudetypen eine beiderseitige Erschließung gestatten, denn nur dadurch können straßenförmige und hofartige Räume geschaffen werden, die frei vom Verkehr sind.

In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung, in der zahlreiche neue Wohngebiete konzipiert und gebaut werden, kommt es darauf an, den Zusammenhang zwischen städtebaulicher Gestaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen herzustellen und in das Bewußtsein der gesamten Öffentlichkeit zu rufen.

24





1

Wohnkomplex III in Halle-Neustadt

Ein Beispiel internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der bautechnischen Projektierung

Günther Bechstein, Architekt BdA DDR
Bauingenieur Curt Barth
Dipl.-Ing. Wolfgang Fraustadt
Dipl.-Arch. Milka Iliewa



2



3

Vorbemerkung

Auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den Regierungen der DDR und der VR Bulgarien wurde der bulgarische Projektierungsbetrieb IPP Glawprojekt Sofia veranlaßt, als Hauptprojektant den gesamten III. Wohnkomplex für Halle-Neustadt zu projektieren.
Der Auftrag umfaßte außer dem Hochbau auch die gesamte stadttechnische Erschließung für diesen Wohnkomplex.
Nach vorangegangenen Verhandlungen der Partner IPP Glawprojekt Sofia und VEB Halle-Projekt als Rechtsvorgänger des jetzigen VE (B) WBK Halle sowie der AHU Technoexportstroj Sofia und Limex GmbH Berlin wurde Anfang 1967 der Außenwirtschaftsvertrag abgeschlossen.
Grundlage des Vertrages und der komplexen Projektierungsaufgabe bildete die TÖZ zum WK III, die vom Büro für Städtebau unter Leitung des damaligen Chefarchitekten, Prof. Dr. Paulick, erarbeitet worden war.
Als erste Phase wurde die Aufgabenstellung (AST) bearbeitet. Hierfür war es not-



4

Städtebauliche Projektierung:
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

Generalprojektant:
VE (B) WBK Halle, Betrieb 5, Projektierung und Technologie

Hauptprojektant:
IPP Glawprojekt Sofia, VR Bulgarien

Nachbeauftragte Projektanten:
Energieprojekt Sofia, Wodokanalprojekt Sofia

Außenhandelsunternehmen:
Limex GmbH, Berlin; Technoexportstroj Sofia

Generalauftragnehmer:
VE (B) WBK Halle, Betrieb 1, Halle-Neustadt

1 Wohnkomplex IIII in Halle – Modell
2 Wohnensemble an der Magistrale
3 Fünfgeschossiger Wohnungsbau im WK III
4 Kinderspielplatz im Wohngebiet
5 Erdgeschoß – Eingang von der Wohnzimmerseite 1 : 200
6 Erdgeschoß mit halbeingebauter Trafostation 1 : 200

5

6

wendig, dem bulgarischen Partner das Arbeitsmaterial in die Hand zu geben, das Voraussetzung zur Bewältigung der Aufgabe war. Außer den einschlägigen technischen Bestimmungen der DDR, wie z. B. die Bauordnung, die TGL-Vorschriften, gehörten dazu auch die Bestimmungen der verschiedensten Ministerien, VVB und speziell für Halle-Neustadt eingesetzter Lieferbetriebe.

Es wurden weiterhin Musterprojekte, Typenprojekte, Elementekataloge, Materialkataloge, Prospekte und Einbaubeispiele von Spezialfirmen als Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt. Dies war in diesem Umfang notwendig, um dem ausländischen Projektanten die Möglichkeit zu geben, seinen im Auslandsvertrag übernommenen Verpflichtungen nachkommen zu können, wonach die gesamte Dokumentation für Hoch- und Tiefbau in deutscher Sprache zu liefern war.

Glawprojekt Sofia hat außer den Projektanten des eigenen Betriebes, die ausschließlich für die Hochbaumaßnahmen verantwortlich waren, die Betriebe Energoprojekt Sofia sowie Wodokanalprojekt Sofia für die stadttechnische Erschließung mit eingesetzt.

Insgesamt waren damit für den Zeitraum der Projektierung des WK III etwa 150 bulgarische Projektanten tätig. Mit diesen Arbeitskräften wurde der gesamte Wohnkomplex von der AST über die Projektphase einschließlich Autorenkontrolle projektiert, wobei sich bei der baulichen Verwirklichung bezüglich des Rundbaus, der beiden 24geschossigen Hochbauten, des Feierabendheimes und eines 6geschossigen Blockes Abweichungen ergaben.

Diese Maßnahmen wurden in der Partnerschaft Glawprojekt Sofia WBK Halle gelöst.

Hochbauten

Wohnungsbau

Der mehr- und vielgeschossige Wohnungsbau im III. WK wurde ausschließlich auf der Basis der Typenserie IW 66 P 2 geplant. Entsprechend der städtebaulichen Konzeption waren neben der reinen Typenanwendung eine Reihe von neuen Varianten zum Typ vorgesehen, die zu einer höheren Ökonomie und verbessertem Wohnkomfort führen sollten.



7

Diese Varianten sind die folgenden:

1. Hauseingang auf der Wohnraumseite
2. Verlängerte Endsektion mit 1- und 2-Raum-Wohnungen
3. Halbsegment mit Treppenhausverbinder
4. Einraumverbinder mit Durchgang im Erdgeschoß
5. Maisonettewohnung im 5. und 6. Geschoß
6. Einbautrafostation

Die Treppenhausverbinder waren in Stahlbauweise vorgesehen. Hiervon wurden jedoch nur zwei Verbinder in dieser Bauweise realisiert. Alle anderen Verbinderbauten wurden aus dem Elementesortiment P 2 der Plattenbauweise errichtet.

Infolge der geplanten direkten Wärmeeinspeisung erhielten alle Wohnblocks einen Kollektor innerhalb des Gebäudes, in dem außer der Fernwärme auch alle weiteren Medienleitungen untergebracht wurden.

Je nach Länge des Wohnblocks waren infolgedessen die Anordnung von einer oder zwei Hausanschlußstationen im Keller erforderlich, wobei die Eingangssituation von der Schlafraum- oder der Wohnraumseite zu berücksichtigen war.

Durch die Vielzahl der städtebaulich ausgewiesenen Varianten wurde das bis dahin zur Anwendung gekommene Elementesortiment um ein beträchtliches erweitert. Besondere konstruktive Schwierigkeiten brachte der Einbau der Treppe in den Maisonettewohnungen mit sich, die mit Rücksicht auf die vorgegebene Konzeption P 2 auf engstem Raum untergebracht werden mußte.

Der Projektant hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den Wohnkomplex III nach einem generellen Farbkompositionsplan in einer besonderen Art farbig zu gestalten, so daß er sich in seiner Gesamtheit von den anderen Wohnkomplexen abhebt. Unter Berücksichtigung der für Halle-Neustadt geltenden Direktive, in möglichst großem Umfang Erzeugnisse der chemischen Industrie einzusetzen, wurden vor allem als Brüstungsverkleidungen im Bereich der Loggien verschiedenartige PVC- und Polyestererzeugnisse, unterschiedlich in der Farb- und in der Formgebung, angewendet.

Die Wiederverwendung vom Projektanten in Bulgarien angewandter Motive für eine vertikale Gliederung wurde mit Plastprofilen erreicht, die in der DDR als Installationsprofil angeboten werden.

Zur Gliederung der teilweise sehr langen Häuserfronten zog der Projektant neben der Faltung eine variable Gestaltung der Hauseingangsüberdachungen, gekoppelt mit den Müllboxen, heran.

Gesellschaftsbau

Wie in den vorangegangenen Wohnkomplexen waren auch für den Wohnkomplex III zentral gelegene Versorgungseinrichtun-

7

Fünfgeschossiger Wohnungsbau — Treppenhausverbinder in Plattenbauweise

8

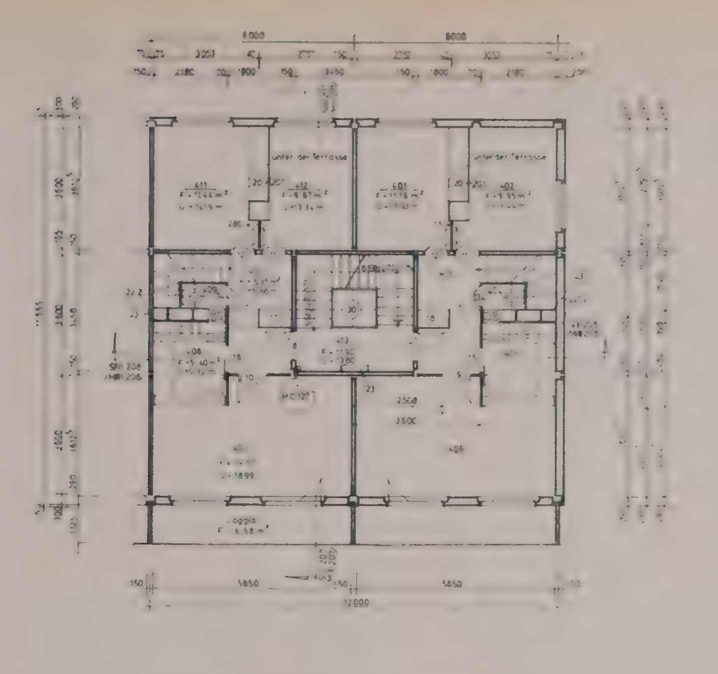
Maisonettewohnung im vierten Obergeschoß
1 : 200

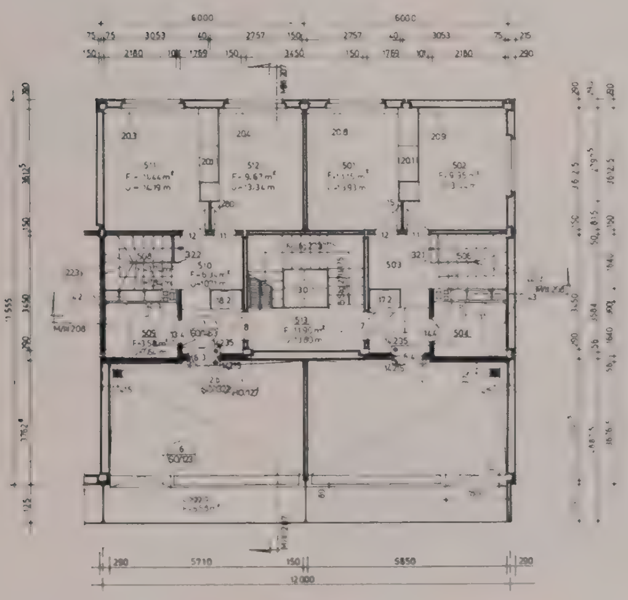
9

Maisonettewohnung im fünften Obergeschoß
1 : 200

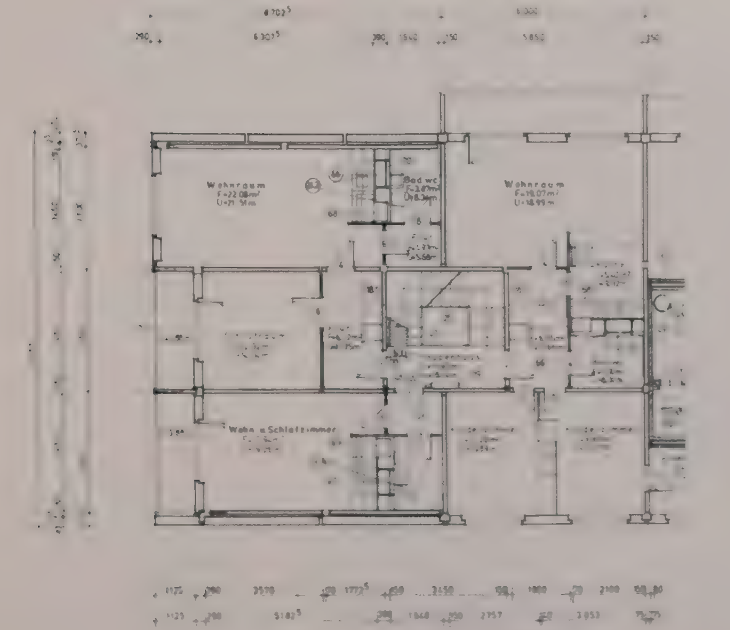
10

Erweiterte Endsektion
1 : 200





9



10

gen vorgesehen. Zu ihnen gehören Kaufhalle, Ambulatorium, Gebäude für Dienstleistungen, ein Friseur- und ein Blumenladen sowie Post und Sparkasse. Ein Bierrestaurant ist anschließend an den 12geschossigen Block 201 in städtebaulich bedeutsamer Situation geplant. Weiterhin sind ein Feierabendheim, zwei vierzügige Polytechnische Oberschulen, eine Doppelturnhalle, ein Schulspeisegebäude mit Kinderbibliothek, vier angehängte und zwei freistehende Kinderkombinationen sowie ein Gartenpflegehof im Bebauungsplan ausgewiesen.

Die Kaufhalle, die ursprünglich als Rundbau projektiert war und im Obergeschoß die gastronomischen Einrichtungen für den Wohnkomplex enthielt, kam in dieser Form nicht zur Ausführung.

Dafür wurde eine Stahlleichtbauhalle als Kaufhalle für die Belange des täglichen Bedarfs errichtet.

Die gastronomische Versorgung soll nach der Absicht des Auftraggebers im Schulspeisegebäude mit erfolgen. In diesem Gebäude ist zugleich die Kinderbibliothek mit 7000 Bänden untergebracht.

Besondere Lösungen für Gesellschaftsbauten wurden bei den angehängten Kindereinrichtungen nötig. Hier mußten im Erdgeschoß des Wohnblocks die Wirtschaftsräume für die Küche angeordnet werden, da am Wohnblock jeweils die Anfahrt für die Versorgungsfahrzeuge liegt und die Küche als erdgeschossiger Verbindungstrakt zwischen dem Wohnblock und dem Gebäudeteil mit den Gruppenräumen eingefügt ist.

Diese Lösung ermöglicht die Standortzuweisung von Kindereinrichtungen innerhalb verkehrsfreier Wohngruppen. Durch den Wechsel von Flachbauteilen mit zweigeschossiger Bauweise, durch die starke Gliederung der Südfront und die großzügige Verglasung der Eingangshallen ist eine sehr lebendige Gestaltung dieser Bauten gelungen.

Ähnliche Funktionsüberlagerungen wie zwischen der Erdgeschoßzone der Wohnblocks und den angehängten Kindereinrichtungen ergeben sich bei dem Friseur- und dem Blumenladen am Block 219. Hier sind die Geschäftsräume, der Blumenverkauf, Herren- und Damensalon mit Kundenwarteplätzen und Verkauf in einem dem Wohnblock vorgelagerten Flachbau in Stahlkonstruktion untergebracht.

Sämtliche Neben-, Arbeits- und Personalräume liegen im Bereich des Erdgeschosses des Wohnblocks; auf dessen Rückseite sich auch die Warenanlieferung befindet und die Personaleingänge liegen.

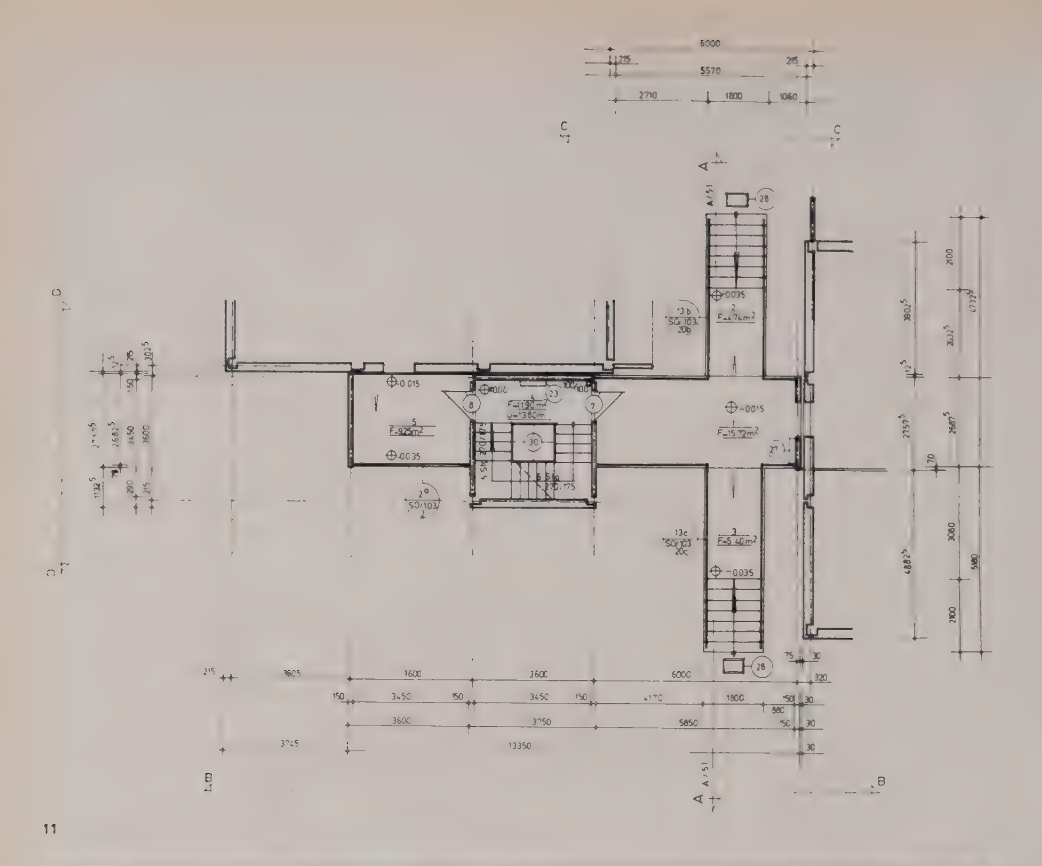
Auch am Bierrestaurant gab es eine Funktionsüberlagerung mit Räumen des 12geschossigen Wohnblocks 201. In diesem Bereich ist die Überlagerung dieses Bierrestaurants Bestandteil des Gesamtprojektes.

Die Verbindung zwischen dem Bierrestaurant und dem benachbarten Wohnblock 211 wird durch einen Zeitungskiosk gebildet.

Die genannten, durch die städtebauliche Konzeption vorgegebenen Funktionsüberlagerungen führten zu städtebau-räumlich guten Lösungen, brachten im Detail der bautechnischen Projektierung und Ausführung eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich.

Bei diesen Funktionsüberlagerungen ergaben sich besondere Komplikationen hinsichtlich des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes.

Außerdem ergaben sich funktionsbedingt konstruktive Komplikationen im Bereich der



11



12

13



11

Erdgeschoß – Halbsegmente mit Treppenhausverbinder. Stahlkonstruktion 1 : 200

12

Vierzügige polytechnische Oberschule

13

An den Wohnungsbau angehängte Kindereinrichtung

14

Grundriß einer angehängten Kindereinrichtung 1 : 400

1 Eingang Säuglinge
2 Kinderwagen
3 Personal
4 Leiterin
5 Schwarzwäsche
6 Schleuse
7 Isolierung
8 Eingang Kindergarten
9 Waschen
10 Liegeräume und Garderobe
11 Gruppenräume
12 Säuglingsräume
13 Spielzeug
14 Übergaberäume
15 Warenannahme
16 Personalaufenthaltsräume
17 Umkleideraum – Straßenkleidung
18 Umkleideraum – Berufskleidung
19 Technische Versorgung
20 Eigenbedarf
21 Reinigungsgeräte
22 Leergut
23 Abfälle
24 Warme Küche
25 Milchküche
26 Vorbereitung

15

Ambulatorium – Grundriß 1 : 400

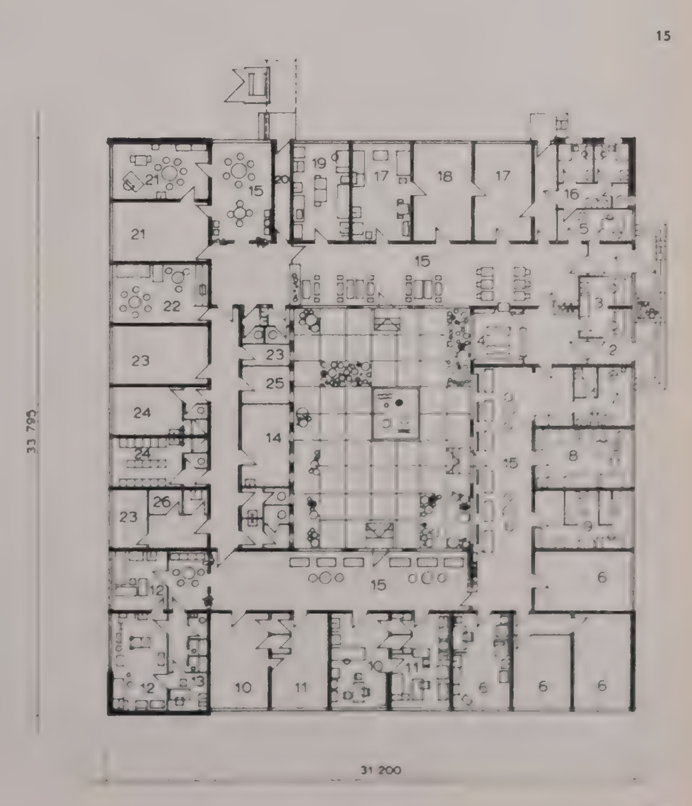
1 Eingang Kinder
2 Eingang Erwachsene
3 Büro Schwester
4 Registratur
5 Annahme
6 Behandlungsraum Zahnarzt
7 Röntgenraum
8 Schwester
9 Bestrahlungsraum
10 Untersuchungsraum praktischer Arzt
11 Vorbereitungsraum praktischer Arzt
12 Arztsprechzimmer
13 Schwester
14 Labor
15 Wartehalle
16 Isolierabteilung
17 Behandlungsraum – Kinderarzt
18 Vorbereitungsraum – Kinderarzt
19 Impfen
20 Be- und Auslieferung
21 Mütterberatung
22 Aufenthalts- und Schulungsraum
23 Hausanschluß
24 Umkleideraum
25 Reinigungsgeräte
26 Schmutzwäsche

KIKRI EINHEIT KIGA EINHEIT

36 400 36 400

14

15



industriell gefertigten Wohnblocks, was besondere Auswirkungen auf die Baukosten des Objektes hatte.

Stadttechnische Erschließung

Die Projektierung der stadttechnischen Erschließung übernahm IPP Glawprojekt zum Teil selbst, zum Teil wurde sie den zwei bulgarischen Spezialbetrieben, Energoprojekt und Wodokanalprojekt Sofia, übertragen. Die Fernmeldeanlagen, Antennenverkabelung und BMSR-Anlagen wurden im Nachauftrag in der DDR projektiert.
Auf der Grundlage von Probestrecken im WK II war für den WK III ein geschlossenes Netz von Kollektoren vorgesehen, die in den Kellergeschossen der Wohnblocks angeordnet sind oder als besondere Bauwerke zwischen den Wohnblocks liegen.
Diese Kollektoren nehmen die Fernheizleitungen, die Wasserleitungen, die Elektrokabel und die Gasleitungen auf; eine BMSR-Anlage gewährleistet durch ihr Warnsystem die erforderliche Sicherheit.
An das Primärnetz der Wärmeversorgung sind vier im Wohnkomplex verteilte Wohnkomplexstationen angeschlossen. Von dort erfolgt die Einspeisung in das Sekundärnetz. Über die in den einzelnen Wohnblocks angeordneten Hausanschlußstationen erfolgt die Wärmeversorgung der Gebäude.



16

17

Neben den reinen Versorgungsanlagen wurde die gesamte Freiflächengestaltung von bulgarischen Gartenarchitekten projektiert. Unter konsultativer Mitwirkung von Fachkollegen des VE (B) WBK Halle und durch Konsultationen des Beirates für Umweltgestaltung entstand eine Freiflächengestaltung, die sich durch Motive und gartenarchitektonische Elemente der bulgarischen Freiflächengestalter von den bisher ausgeführten Grünprojekten der anderen Stadtteile unterscheidet.
Ein entscheidender Teil der Freiflächengestaltung wurde in der Durchführungsphase jedoch zunächst zurückgestellt.

Abschlußbetrachtung

Bei der Projektierung des Wohnkomplexes III in Halle-Neustadt durch bulgarische Projektanten handelt es sich um eine Maßnahme, die auf diesem Gebiet das bisher größte Vorhaben internationaler Zusammenarbeit darstellt.
Die Hochbauprojektierung umfaßte ausschließlich Montagebauten. Deshalb waren zahlreiche Konsultationen erforderlich, um die bulgarischen Kollegen mit den auf diesem Gebiet gültigen Richtlinien und Bestimmungen vertraut zu machen.
Von großem Vorteil war hierbei die Tatsache, daß der bulgarische Vertragspartner zum größten Teil solche Mitarbeiter für das Vorhaben einsetzte, die die deutsche Sprache beherrschten. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten, die zwangsläufig auftreten mußten, haben die bulgarischen Architekten und Ingenieure mit großem fachlichem und sachlichem Verständnis die für sie neuen Aufgaben gelöst.
Es soll hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß es während des Projektierungszeitraumes von fast vier Jahren die auf dem Gebiet des Bauwesens eintretenden Änderungen und Ergänzungen jeder Art auf bautechnischem und materialökonomischem Gebiet zu berücksichtigen galt.
Der Einsatz eines bulgarischen Projektierungsbetriebes für die komplexe Aufgabe einer solchen Größenordnung hat die architektonische Gestaltung des Wohnungsbaus in Halle-Neustadt bereichert.
Andererseits ist für den bulgarischen Partner ein fachlich-technischer Gewinn auf dem Gebiet der Montagebauweise, der komplexen Versorgung durch Sammelkanäle, BMSR-Technik und Antennenverkabelung sowie auf Teilgebieten der Fernwärme- und Gasversorgung entstanden.
Durch den gegenseitigen Informationsaustausch von technisch-wissenschaftlichen Erkenntnissen wurde dem bulgarischen Partner die Möglichkeit geboten, diese gewonnenen Erfahrungen bei ähnlichen Komplexen im eigenen Land analog anzuwenden. Diese Tatsache ist zweifellos ein weiterer Fortschritt bei der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der RGW-Vereinbarungen.
Die Leistung der bulgarischen Projektanten ist ein echter Beitrag brüderlicher Zusammenarbeit sozialistischer Staaten, so wie sie seit nunmehr 5 Jahren, seit Bestehen des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, zwischen der DDR und der VRB praktiziert wird.

16

Kindereinrichtung Im Wohngebiet (Kindergraten, Kinderkrippe)

17

Achtgeschossige Wohnbebauung



1

Wohngebiet Erfurt „Johannesplatz" mit fünf- und elfgeschossiger Bebauung sowie anliegenden gesellschaftlichen Bauten

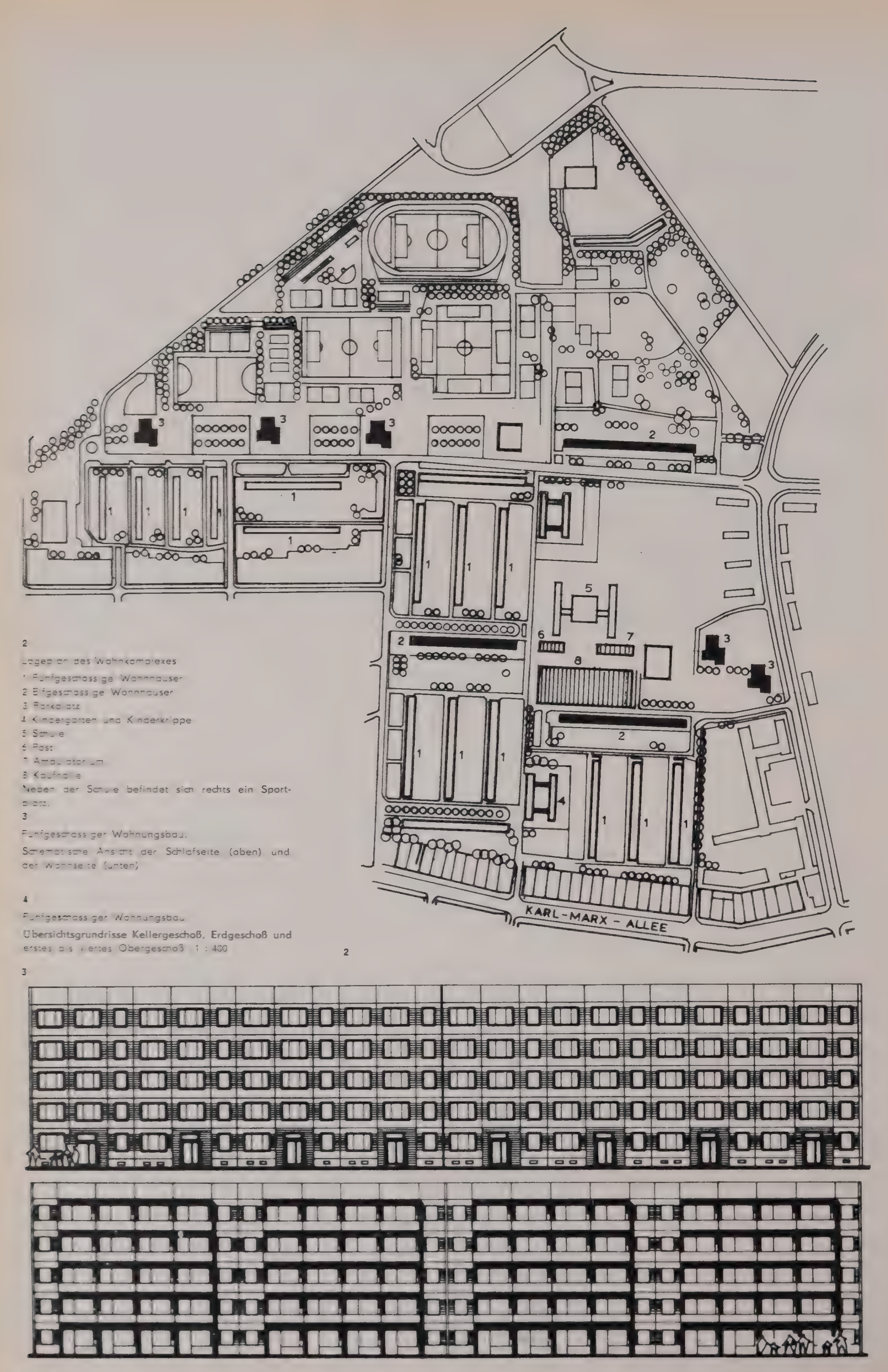
Wohngebiet „Johannesplatz" in Erfurt

Komplexverantwortlicher:
Dr.-Ing. Günther Andres, VE WBK Erfurt
Stadtarchitekt Dipl.-Ing. Walter Nitsch

Die städtebauliche Planung des Wohngebietes Johannesplatz erfolgte bereits im Jahre 1964. Die Bauzeit dieses Gebietes erstreckte sich auf die Jahre 1965 bis 1972. Trotz dieser verhältnismäßig langen Bauzeit und der dadurch bedingten Wandlung gesellschaftspolitischer und technisch-gestalterischer Zielvorstellungen für Anlagen, Qualität und Ausstattung von Wohngebietsplanungen ist festzustellen, daß die zugrunde liegende Konzeption den heutigen Anforderungen noch voll gerecht wird. Mit unkomplizierten städtebaulichen Ausdrucksmitteln wurde ein Höchstmaß an raumbildender Differenzierung, angenehm empfundener Konzentration, städtischer Aktivität im Zentrumsbereich sowie einer behaglichen Atmosphäre in den Wohngruppen erreicht.
Dieses Gebiet spiegelt den gewachsenen Leistungsanstieg bezirklicher und städtischer Bau- und technischer Politik wider. Mit diesem Wohnkomplex wurde der Anschluß an technologisch und organisatorisch fortgeschrittene Aufbauschwerpunkte in anderen Bezirken der DDR erzielt. In der Abkehr von der bis dahin in der Stadt Erfurt üblichen 0,8- oder 2,0-Mp-Laststufe mit Steildachform und Ofenbeheizung wurde ein modernes, funktionell voll ausgestaltetes Wohngebiet geschaffen und an das zeitgleich im Aufbau befindliche Fernwärmeversorgungsnetz der Stadt angeschlossen.
Dieses Wohngebiet ist nicht nur in städtebaulicher Hinsicht ein Durchbruch zu einer neuen Qualität, sondern auch in wohntechnischer Hinsicht konnte hier eine neue Typenserie zum Einsatz gelangen, die gravierende Verbesserungen der Wohnqualität mit sich brachte. Im Bewußtsein der Bürger der Stadt hat sich dieses Gebiet als erster sozialistischer Wohnkomplex den Rang eines bevorzugten, bequemen Wohngebietes erworben. Es ist mit seinen fast 3000 WE das erste große kontinuierlich und konzentriert gebaute Wohngebiet unseres Bezirkes, dazu das erste Wohngebiet, das vom VEB WBK Erfurt in Generalauftragnehmerschaft gebaut wurde.

Städtebauliche Situation

Durch die Eingemeindung des ehemaligen Dorfes Ilversgehofen sowie durch die verstärkte Industrialisierung seit Anfang dieses Jahrhunderts hat sich Erfurt-Nord relativ eigenständig als traditionelles Arbeiterwohngebiet mit den aus dieser Entwicklungsperiode typischen Mangelerscheinungen ungünstiger Arbeits- und Lebensbedingungen entwickelt. Die geringe bauliche Tiefe der halsähnlichen Einschnürung resultiert aus der Topographie und der Führung des Geraflusses auf der Westseite sowie der Tatsache, daß ostwärts der heutigen Karl-Marx-Allee durch kapitalistische Baulandverwertung Kiesvorkommen im Handschürfbetrieb bis unmittelbar an die Stadtbebauung gefördert, diese Flächen anschließend mit Siedlungsabfällen verfüllt und somit nur mit erhöhtem Gründungsaufwand einer Bebauung zugeführt werden konnten. Aus diesen Gründen blieb der „Johannesplatz" – von der übrigen Stadtentwicklung längst überrundet – als mindergenutzte Binnenfläche trotz allseitiger tangentialer Verkehrs- und stadttechnischer Erschließung liegen.
Die besondere Problemstellung der Baulandbeschaffung der Stadt Erfurt, bedingt durch die hohen Qualitäten des Erfurter Gartenbaulandes, das gleichfalls bis dicht in das Gefüge der Stadtbebauung in Form von „Grünkeilen" eingreift, erbrachte den Nachweis, daß es ökonomisch vertretbar sei, diese Gründungsaufwendungen in Kauf zu nehmen.
Im einzelnen waren es folgende Gründe, die zur Bebauung dieses Gebietes führten:
1. Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch den Neubau von qualitativ guten Wohnungen, speziell für die Arbeiter, die im Bereich der Großbetriebe in Erfurt-Nord beschäftigt sind.
2. Günstige Lage zu den Arbeitsplätzen bei minimalem Wegzeit-Aufwand.
3. Abbau der sozialen Diskrepanzen und stadtstruktureller Unterschiede zwischen den Stadtbezirken.
4. Ausnutzung der günstigen Bedingungen aus der vorhandenen Infrastruktur, wie Straßen, mittelbare Versorgung, Massenverkehr und gesellschaftliche Einrichtungen, im Bereich der Magistrale Karl-Marx-Allee.
5. Abrundung des Stadtorganismus nach Osten durch Ausnutzung dieser Flächenreserven.



2

Lageplan des Wohnkomplexes

1 Fünfgeschossige Wohnhäuser

2 Elfgeschossige Wohnhäuser

3 Parkplatz

4 Kindergarten und Kinderkrippe

5 Schule

6 Post

7 Ambulatorium

8 Kaufhalle

Neben der Schule befindet sich rechts ein Sportplatz.

3

Fünfgeschossiger Wohnungsbau.

Schematische Ansicht der Schlafseite (oben) und der Wohnseite (unten)

4

Fünfgeschossiger Wohnungsbau

Übersichtsgrundrisse Kellergeschoß, Erdgeschoß und erstes bis viertes Obergeschoß 1 : 400

3

Durch die städtebauliche Teilsanierung, Beräumung und Verlagerung von Kleingärten und Behelfsbauten, Biwakplätzen für Schausteller, konnten 22 ha stadtstrukturell günstig gelegenen Baulandes mit guter Zuordnung zu den Arbeitsstätten und dem zentrumsnahen Bereich der Innenstadt gewonnen werden.
Parallel zu dieser Wohnungsbaukonzipierung erfolgte die Anlage eines Sport- und Erholungskomplexes von 16 ha als Bestandteil der öffentlichen Grünanlagen der Stadt und als Trenn- und Verbindungszone zwischen dem Wohnbereich und der ostwärts angrenzenden Industrie. Neben den aus der Verlagerung herrührenden Programmen des Sports wurden zusätzliche Anlagen und Einrichtungen realisiert, so daß insgesamt gesehen eine stadtstrukturell notwendige Aufwertung des an öffentlichem Grün unterversorgten Stadtbezirkes Erfurt-Nord mit erfolgen konnte. Zur Zeit ist lediglich der Sportkomplex realisiert. Unter Einbeziehung der östlich der Reichsbahnlinien liegenden Kiesgruben soll dieses Sportzentrum zu einem leistungsfähigen Naherholungsgebiet erweitert werden. Dabei werden die Baggerseen als Freibadanlage, Wassersport- und Anglerzentrum genutzt.

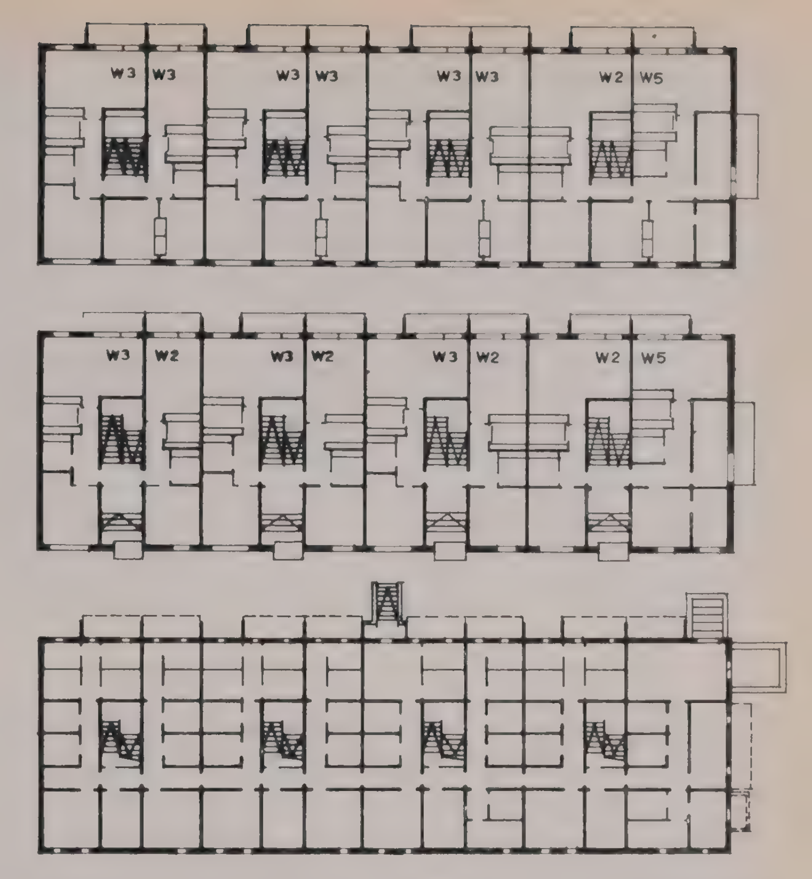
Kompositionelle Gesichtspunkte

Unter Bezug auf die angrenzende vorhandene Quartierstruktur wurden kompositionell die 11geschossigen Wohnscheiben auf Grund ihrer beträchtlichen Ausdehnung zur Unterstreichung der Nord-Süd-Entwicklung der Stadt eingeordnet. Sie nehmen damit überleitende Bezüge zu den geplanten Strukturen im Innenstadtbereich und den in der Realisierung befindlichen vielgeschossigen Baustrukturen der Wohnkomplexe am nordwestlichen Stadtrand auf.
Die Hochhausbebauung ist im Gruppenprinzip zur Aufnahme innerer Blickpunktbezüge, zur Markierung des Zentrums sowie zur Randfassung eingesetzt.
Die Bebauungskonzeption selbst orientierte von vornherein auf eine Integration der Angrenzungsbebauung, soweit diese den gegenwärtigen und künftigen Anforderungen entspricht. Die Ostseite der Karl-Marx-Allee bildet eine Zäsur zwischen dem Neubaugebiet und dieser Magistrale. Eine großzügige städtebauliche Einbeziehung des Wohngebietes wäre nur durch den Abriß dieser Bebauung möglich gewesen. Für diesen Abschnitt sowie für die nördlich angrenzenden Flächen und für den Bereich des ehemaligen Ortsteiles „Ilversgehofen" bestehen Konzeptionen zur Rekonstruktion und Umgestaltung. Teile dieses Ortsteiles (800 WE) werden in der Periode 1975 bis 1980 rekonstruiert, als Überleitung zu den nordwestlich 1–2 km entfernten Bauschwerpunkten der Periode 1971 bis 1975, Nordhäuser Straße, Riethstraße (zusammen 13 000 WE). Durch diese konzentrierte Bautätigkeit und Strukturwandlung werden sich das soziale Gefüge und die Diskrepanzen ungleicher Arbeits- und Lebensbedingungen ausgleichen.

Zum Bebauungsplan

■ Funktionelle Gliederung

Das Wohngebiet ist der Karl-Marx-Allee günstig zugeordnet. Die Karl-Marx-Allee ist die Hauptverkehrsstraße des Stadtbezirkes Erfurt-Nord und stellt die Verbindung zwischen den im Norden gelegenen Industriegebieten und dem Stadtzentrum her. Sie ist zugleich Träger der Massenverkehrsmittel und wichtigster Kommunikationsraum der Fußgänger in diesem Stadtbezirk. Hier sind linear viele Geschäfte angesiedelt.



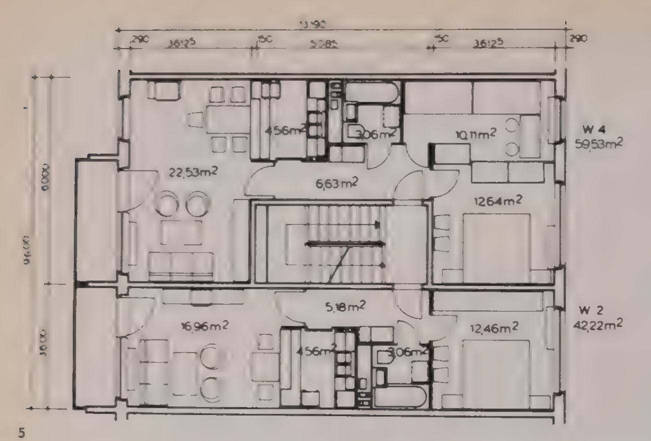
4

Das Wohngebiet mit seinen 2988 WE ist in 3 Wohngruppen mit je 2000 bis 3000 Einwohnern gegliedert und von einem Wohnsammelstraßennetz eingeschlossen. Eine vierte Wohngruppe mit 300 WE Q 6 (2-Mp-Laststufe) und einer weiteren Kinderkombination 180/80 ist zwischen Friedrich-Engels-Straße und Feldstraße entwikkelt, wird aber, obwohl unmittelbar im Vorlauf errichtet, in diese Betrachtung und Bilanz nicht einbezogen.
Das Wohngebiet Johannesplatz wurde mit allen erforderlichen Einrichtungen (zwei Kinderkombinationen, 180 80, einer 4zügigen polytechnischen Oberschule, einer Turnhalle und einem Wohngebietszentrum mit Kaufhalle, Schulspeisung, Dienstleistung, Post, Friseur, Bibliothek, Ambulanz, ABV) ausgestattet.
Zwei sich kreuzende Fußgängertrassen mit anliegenden gesellschaftlichen Einrichtungen bilden das funktionelle Grundgerüst des Neubaugebietes. Die Fußgängerverbindungen werden durch den fließenden und ruhenden Verkehr nicht beeinträchtigt. Das war möglich durch die folgerichtige Anwendung des Prinzips der „äußeren Verkehrserschließung". Für die Anwendung dieses Prinzips gab es gute Voraussetzungen durch das Vorhandensein der das Wohngebiet tangierenden Wohnsammelstraßen. **Im Süden** bildet die Eislebener Straße mit dem Sportplatz und der vorhandenen Bebauung die Grenze. **Im Osten,** parallel zur Karl-Marx-Allee, liegt die Friedrich-Engels-Straße mit dem angrenzenden, im Bau befindlichen Sport- und Erholungspark. **Im Norden** liegt der Ammertalweg mit der vorhandenen älteren Quartierbebauung. **Den westlichen Abschluß** bildet die Karl-Marx-Allee mit der überwiegend aus der Gründerzeit stammenden Bebauung.
Das Wohngebietszentrum liegt zentral an der Kreuzung der vorgenannten Fußgängerverbindungen und ist entsprechend seiner Bedeutung über das Niveau des übrigen Geländes hinausgehoben worden.
Zwischen den drei Zentrumsbauten ergibt sich in Weiterführung der Nord-Süd-Fußgängertrasse eine Platzfolge, der die wichtigsten Einrichtungen, wie Gaststätte usw., zugeordnet sind. Das Wohngebietszentrum mit der Schule, der Turnhalle und dem Sportplatz bildet eine funktionelle Einheit der Bereiche Versorgung, Bildung, Sport und Entspannung. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen zum Teil untereinander kooperieren (z. B. Speisegaststätte, Bauernstube, Klub und Schulspeisung).

■ Verkehrserschließung

Straßenerschließung

Ausgehend von der vorhandenen Tangentialerschließung (Karl-Marx-Allee, Eislebener Straße, Friedrich-Engels-Straße und Ammertalweg), werden die Wohnstraßen als Stichstraßen oder als Erschließungsschleifen angelegt, so daß sich die Herausbildung eines vom Fahrverkehr nicht beeinträchtigten Systems von Fußgängerhauptbeziehungen ergibt.
Dieses Qualitätsmerkmal moderner Wohngebietsplanung konnte am Beispiel Johannesplatz konsequent verwirklicht werden und sichert auch den ungestörten Fußgängerverkehr im Zentrum durch rückwärtige Anlieferung.
Ausgehend von den Wohnstraßen, entwikkelte sich ein Netz von befahrbaren Wohnwegen zur Erschließung eines jeden Hauseinganges. Diese befahrbaren Wohnwege aus Betonfertigteilplatten besitzen Ausweichstellen aus Rasengitterplatten. In der ursprünglichen Konzeption sollten diese befahrbaren Wohnwege lediglich für die Versorgungsfahrzeuge freigegeben werden. Tatsächlich ist es jedoch so, daß sie auch oft vom Anlieger undiszipliniert benutzt und die Ausweichstellen zum Parken und Abstellen von Fahrzeugen zweckentfremdet werden. Dadurch wird die Funktionstüchtigkeit dieser befahrbaren Wohnwege gemindert und der Wohnhof durch Störwirkungen beeinträchtigt. Hinzu kommt ferner, daß zu dem Zeitpunkt der Bebauung



5

Segmentgrundriß der WBR Erfurt 1 : 200

6 7

Grundrisse Erdgeschoß und Normalgeschoß 1 : 300

1 Wohnen	3 Schlaf-/Kinderzimmer	7 Abstellboxen
1a Wohnen	4 Küche	8 Gang
2 Schlafen	5 Bad, WC	9 Mülleinwurf
2a Mehrzweckraum	6 Flur	

8

Blick vom Spielplatz auf das Wohngebietszentrum. Im Vordergrund die „Weltraumstation"

9

Elfgeschossiger Wohnungsbau. Im Vordergrund die Freiflächenanlage der Kindereinrichtung

6



7

kein wohnseitig erschlossener Typ entwickelt werden konnte, so daß die befahrbaren Wohnwege grundsätzlich auf der Schlafzimmerseite liegen, was Lärmbelästigungen verursacht.

Fußgängerverkehr

Die eine Fußgängertrasse beginnt an der Straßenbahnhaltestelle (Karl-Marx-Allee und Wendenstraße) und führt nach Osten, mitten durch das Wohngebiet, zum Sport- und Erholungspark auf der Ostseite der Friedrich-Engels-Straße. An dieser west-ost-orientierten Fußgängerzone liegen alle wesentlichen gesellschaftlichen Einrichtungen, wie Kinderkombination, Schule, Wohngebietszentrum usw. Das ist eine Lösung, die sich bewährt hat und von den Bewohnern des Johannesplatzes akzeptiert wird, da durch die Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen die Wegezeiten zwischen Wohnung und Massenverkehrsmitteln erheblich reduziert werden.
Quer dazu, von Norden nach Süden, ist die zweite Fußgängerverbindung entwickelt worden. Diese Fußgängerverbindung wird durch elfgeschossige Wohnscheiben flankiert und findet ihren Zielpunkt in einer an der Eislebener Straße gelegenen Hochhausgruppe. Sie beginnt am Ammertalweg, führt über einen Spiel- und Tummelplatz, der durch plastische Elemente, attraktive Bankbeete und Wasserbecken bereichert ist, in das Wohngebietszentrum.

Öffentlicher Massenverkehr

Zum Zeitpunkt der Planung wurde davon ausgegangen, neben der an der Westflanke des Gebietes vorhandenen Tangentialführung der Straßenbahnlinie 1 an der Südseite die Linie 4 als Depot-Schleife im Zuge der Rekonstruktion des Nahverkehrshofes südlich der Eislebener Straße vorbeizuführen. Durch Korrekturen der Planungszielsetzungen ist diese Entscheidung hinfällig geworden, so daß für den Nahverkehr neben der vorerwähnten Hauptverbindung in der Verkehrsspitze (Berufsverkehr) ein Entlastungsverkehr durch eine Buslinie bis an das Stadtzentrum erforderlich wurde.

Ruhender Verkehr

Die zum Zeitpunkt der Bearbeitung geltenden Richtlinien sehen vor für 3000 WE = 9600 EW:
einen Stellplatzbedarf von 1400 Stellplätzen (Garagen und Parkflächen)
ausgewiesen wurden ebenerdig 1260 Stellplätze
und in der zweiten Realisierungsetappe zweigeschossige Sammelgaragen entlang der Friedrich-Engels-Straße 300 Stellplätze.
Insgesamt wurden also 1560 Stellplätze ausgewiesen.

Zwischenzeitlich haben sich die Zielsetzungen und die Bedürfnisse verändert, zumal die theoretischen Möglichkeiten des Parkens in mehreren Ebenen bisher nicht realisiert werden konnten. Nach heutigen „empfehlenden bezirklichen Richtlinien" (KDT-Richtlinie Bezirk Erfurt, Fassung 1971, zur Planung und Bilanzierung des ruhenden Verkehrs) wird in der Endausstattung ein Stellplatz je 1,2 WE gefordert.

Daraus resultiert ein endgültiger Bedarf von 2585 Stellplätzen, also 1000 Stellflächen mehr als ursprünglich geplant.

Für die zweigeschossige Abdeckung werden 6,7 Prozent, für die 5geschossige Abdeckung 2,8 Prozent angesetzt.

Die derzeitigen Diskrepanzen der räumlichen Unterbringung dürfen nicht dazu führen, künftig erforderliche bauliche Lösungen an den dafür ausgewiesenen Standorten dadurch zu verhindern, daß sie durch die gegenwärtig bevorzugten Flachgaragen sporadisch bebaut werden. Im erweiterten Einzugsbereich wurden deshalb gegenwärtig etwa 200 Stellplätze für Flachgaragen ausgewiesen und bereits in Eigeninitiative bebaut, um dringlichsten Anforderungen zu entsprechen. Für die weitere Zukunft wird der Einsatz von Parkpaletten auch an diesem Standort in Erwägung zu ziehen sein.

Stadttechnik

Das Wohngebiet Johannesplatz wird dreischienig versorgt. Die Versorgungsleitungen sind in einem Stufengraben untergebracht. Die Heizleitungen liegen in Heizkanälen. Die technischen Stationen, wie Trafo- und Druckerhöhungsanlage, sind im Keller oder im Erdgeschoß der Wohnbauten untergebracht. Lediglich die Gasreglerstationen sind auf Grund der Sicherheitsbestimmungen als gesonderte Baukörper in das Wohngebiet eingeordnet worden.

Die Einordnung der technischen Stationen in die Gebäude hat sich als städtebaulich vorteilhaft erwiesen, bringt jedoch für die Baudurchführung (Takt 0) einige Probleme.

Hinzu kommt ferner, daß die Geräuschbelästigung durch die Druckerhöhungsanlage im elfgeschossigen Wohnungsbau das zulässige Maß überschreitet. Hier mußten nachträglich Veränderungen vorgenommen werden.

Der Erschließungsaufwand ist durch die Anwendung der WBR Erfurt mit extrem kurzer Frontlänge erheblich reduziert worden. Im fünfgeschossigen Wohnungsbau (ohne Endsegment) werden 0,96 m/WE und im elfgeschossigen Wohnungsbau 0,47 m/WE Frontlänge erreicht.

Wohnungsbau

Die Grundlage für den Wohnungsbau des Wohngebietes bildet die 5-, 11- und 16-geschossige Wohnungsbaureihe Erfurt des Wohnungsbaukombinates Erfurt.

Diese WBR wurde von einem Kollektiv unter Leitung von Prof. Dr. Stahr entwikkelt.

Die 5- und 11geschossigen Blöcke oder Schulen werden aus einzelnen Segmenten mit unterschiedlichen Wohnungskategorien zusammengesetzt. Es handelt sich dabei um sogenannte Zweispänner. Ein besonderes Charakteristikum der 5- und 11geschossigen WBR Erfurt ist die extrem kurze Segmentlänge von 9,6 m und die Gebäudetiefe von 14,40 m (mit Loggia), was für die Ökonomie des Gebäudes, der



8

9



10

Parameter 2988 WE, 8104 EW

Belegungsfaktor 2,71 EW/WE

Durchschnittliche WE-Größe:

50,69 m², 18,69 m² Wohnfläche/EW

Gesamtfläche des Wohngebietes 22,16 ha

Einwohnerdichte: 365 EW/ha

Verteilerschlüssel:

W1 436 WE = 14,59	W4 327 WE = 10,94
W2 948 WE = 31,73	W5 309 WE = 10,34
W3 963 WE = 32,23	W6 5 WE = 0,1[illegible]

Erschließung und des Baulandes von Vorteil ist.

Durch die Anordnung des rechteckigen Treppenhauses, der Küche und des Bades in der inneren Zone des Segments ist diese extreme Tiefe möglich.

Das 16geschossige Hochhaus ergänzt den 5- und 11geschossigen Wohnungsbau in städtebaulich-architektonischer und funktioneller Hinsicht. Alle drei Gebäudekategorien bilden eine Einheit.

Das Hochhaus stellt mit seiner plastischen Baukörperform einen wirksamen Kontrast zu den 5geschossigen Blöcken und 11geschossigen Scheiben dar.

Mit seinen großen Wohnungen und der besonderen Wohnform bildet das Hochhaus eine funktionelle Ergänzung zu den Segmentgrundrissen der 5- und 11geschossigen Wohnungsbaureihe.

Es wurden 1360 WE in 5geschossiger Bauweise mit einer durchschnittlichen WE-Größe von 50,45 m² in 11 Blöcken gebaut. Diese Blöcke enthalten die gesamte Palette der WE-Größen von W 1 bis W 5.

Das war deshalb möglich, weil 5 verschiedene Segmenttypen einschließlich zweier Endsegmente mit verschiedenen Wohnungskategorien entwickelt und gebaut wurden. Jede Wohnung ist mit einer Loggia ausgestattet. Mit einer Länge von 3,6 m hat sie sich für die unterschiedlichster Nutzungsarten als ausreichend erwiesen.

Die größte Tiefe der Loggia mit 1,2 m ist allerdings recht knapp bemessen.

Die Wohnungen besitzen Einbauschränke zwischen Schlaf- und Kinderzimmerbereich und jeweils eine Trockenstrecke mit Durchreiche von der Küche zum Wohnzimmer.

Sehr günstig beurteilt wird die bei der W 5 (Segment 3) vergrößerte Küche, die die Anordnung eines Eßplatzes in der Küche ermöglicht.

Die Ausstattung der Wohnungen wird allgemein als vorbildlich bewertet. Bei den größeren Wohnungen (W 5, W 4) macht sich das Fehlen gesonderter Abstellflächen in der Wohnung bemerkbar. Ferner wirkt sich die Tatsache, daß WC und Bad bei den größeren Wohnungen nicht getrennt sind, nachteilig aus.

Im Kellergeschoß sind je 40 WE eine Waschküche und zwei Trockenräume eingeordnet. Die Zahl der Trockenräume wird als zu gering empfunden. Deshalb wurden von den Bewohnern verschiedene Abstellräume zu Trockenräumen umfunktioniert.

Die gestalterische Lösung der Fassaden beschränkt sich auf die Anordnung von 2er und 4er Loggiengruppen. Die Hauseingangsseiten sind gestalterisch noch nicht genügend akzentuiert. Auf Grund der technischen Gegebenheiten konnte eine Differenzierung lediglich durch den Einsatz malermäßiger Mittel erreicht werden.

Die im Wohngebiet realisierten drei 11geschossigen Wohnscheiben bestehen aus 3 bis 4 Gebäudeabschnitten mit 88 WE. Insgesamt wurden 968 WE in 11geschossiger Bauweise errichtet. Diesen Gebäudeabschnitten ist jeweils 1 Personenaufzug und 1 Müllschlucker zugeordnet. An diesem Aufzug liegt der Haupteingang.

11



10

Wohnbereich mit Stichstraßenerschließung

11

Fußgängerachse mit Kindereinrichtungen, Zentrum und Schule

12

Blick vom Wohngebietszentrum nach Norden

13

Beispiel für die Einbindung gesellschaftlicher Einrichtungen in den Wohnungsbau



12

Die Gebäudeabschnitte sind aus 4 Segmenten (je 22 WE) zusammengesetzt und weisen die WE-Kategorien von W 2 bis W 5 auf.

Im Erdgeschoß, im dritten, sechsten und neunten Obergeschoß befinden sich die Verteilergänge. In den obergeschossigen Verteilergängen sind die Mieterboxen untergebracht. Im Kellergeschoß befinden sich nur die Müllsammelräume, der Schrägaufzug und die technischen Räume, die Waschküchen und Trockenräume. Die durchschnittliche WE-Größe beträgt 48,25 m^2. Die Wohnungsgrundrisse entsprechen den Segmentgrundrissen im 5-geschossigen Wohnungsbau. Als funktionell günstig haben sich die sägezahnartigen Loggien mit einer maximalen Tiefe von 1,60 m erwiesen. Sie erlauben eine differenzierte Nutzung.

Dieser Loggienzuschnitt bietet ein interessantes Gestaltungselement, das in der perspektivischen Ansicht besonders wirksam wird.

Im Wohngebiet Johannesplatz wurden fünf 16geschossige Hochhäuser als städtebauliche Dominanten eingeordnet. Insgesamt wurden 660 WE in 16geschossiger Bauweise errichtet. Ein Hochhaus enthält 132 WE in den WE-Kategorien W 1–W 6. Es wird punktweise erschlossen von einem Verkehrskern mit Sicherheitstreppenhaus und 2 Aufzügen, um die sich 9 Wohnungen je Normalgeschoß gruppieren.

Die durchschnittliche WE-Größe liegt bei 54,79 m^2.

Im Erdgeschoß sind der Haupteingang, Briefkastenraum, Kinderwagenraum, Müllraum und Trafostation eingeordnet.

Im 14. und 15. Obergeschoß sind große Wohnungen über 2 Geschosse mit interner Treppe eingerichtet worden. In den Normalgeschossen sind 1-, 2- und 3-Raum-Wohnungen eingeordnet. Im Kellergeschoß befinden sich die technischen Räume, Waschküche, Trockenräume und Mieterabstellräume. Es befinden sich auf jedem Geschoß Abstellräume, Mülleinwurf, Elektroraum und 2 Putzbalkone.

Die Qualität der Wohnungen und das funktionelle Prinzip der Hochhäuser werden von den Bewohnern als vorteilhaft empfunden, weil die punktweise Erschließung von 9 um den Kern gruppierten Wohnungen je Geschoß die Nachbarschaftsatmosphäre stimuliert.

Abschließend wird eingeschätzt, daß dieses Wohngebiet die Zustimmung der Einwohner findet und der Forderung nach der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen Rechnung trägt.

Im Wohngebiet entfaltet sich ein reges Gemeinschaftsleben. Es werden Wohngebietsfeste gefeiert, die Hausgemeinschaften konsolidieren sich, es werden gemeinsame Pflegeaktionen im Wohngrün durchgeführt, es werden verschiedene Einrichtungen sinnvoll in Mehrzwecknutzung betrieben (Schulspeisung im Jugendklub u. a. m.)

Bei der Analyse dieses Wohngebietes konnten wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden, die einerseits bei der Rationalisierung dieser hier angewendeten Wohnungsbaureihe Berücksichtigung finden und andererseits bei der Gestaltung von ähnlichen neuen Wohngebieten zugrunde gelegt werden.

13



Entwicklung neuer Bebauungsstrukturen im Bezirk Dresden

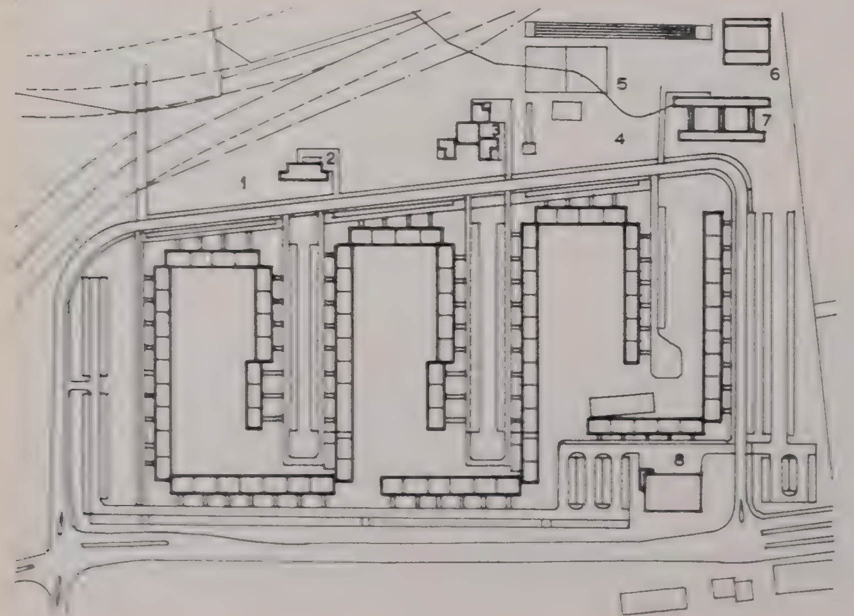
Bezirksarchitekt Dipl.-Ing. Peter Sniegon, Dresden

Die bisher gewonnenen Erfahrungen bei der Anwendung der offenen Bebauung im Komplexen Wohnungsbau der vergangenen Jahren führten in bezug auf ökonomische, funktionelle und gestalterische Effektivität zum Streben nach geschlosseneren städtebaulichen Räumen. Da zunächst nicht für alle angebotenen Wohnungstypen Ecklösungen angeboten wurden, beschränkte man sich zunächst darauf, zwei benachbarte Blöcke enger aneinander heranzuführen (z. B. Reduzierung der Giebelabstände von 6 5 H auf 3,5 m). Da diesem Verfahren Bestimmungen der DBO entgegenstanden, wurde zur Vermeidung zahlreicher einzelner Ausnahmegenehmigungen der Staatlichen Bauaufsicht am 1. 9. 1971 eine generelle Regelung für den Bezirk Dresden in Kraft gesetzt (siehe Tabelle 1).
Außer den Abstandsregelungen für die Eckbeziehungen Giebel zu Giebel wurden auf Grund von Forschungsergebnissen der Bauakademie die Gebäudeabstände zweier parallel zueinander angeordneter Wohnblöcke ebenfalls neu geregelt — eine bezirkliche Festlegung, die am 25. 11. 1971 auch für die gesamte Republik als verbindlich erklärt wurde.

Bei der praktischen Anwendung kam es zunächst zu gewissen Diskrepanzen mit den Investauftraggebern, da die in dieser generellen Ausnahmeregelung fixierten Minimalabstände aus rein besonnungstechnischer Sicht mit Regelabständen verwechselt wurden. In zahlreichen Beratungen, unter anderem im Bund der Architekten der DDR, wurde herausgearbeitet, daß im Interesse optimaler Wohnbedingungen jede Wohnung zumindest einseitig einen weit über den Minimalabstand liegenden Sichtabstand zum nächsten mehrgeschossigen Bauwerk aufweisen muß, das bedeutet, daß die Einordnung eines Wohnblockes zwischen zwei anderen beiderseitig mit einem Minimalabstand von etwa 1,5 H nicht zumutbar ist.
Daraus ergibt sich folgerichtig ein Wechsel von schmalen Räumen mit einem Gebäudeabstand von rund 2,0 H und weiten Räumen mit etwa 3,0 bis 5,0 H. Dieses Ergebnis wurde in Verknüpfung mit den durch die vom Bezirksbaudirektor bestätigte „Technische Politik" (siehe Tabelle 2) gegebenen Möglichkeiten der zweiseitigen Erschließung so ausgebaut, daß dem schmalen „Straßenraum" jeweils die Er-

Tabelle 1 Minimalwerte von Gebäudeabständen im Wohnungsbau

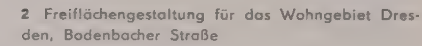
	Städtebauliche Situation unabhängig von der Himmelsrichtung	bezirkliche Festlegung	Abstand „a" nach DBO	Abstand „a" nach TGL 10 685
	1	2	3	4
1		3,5 m	1/2 H	Der Gebäudeabstand kann das Mindestmaß von 6 m erhalten, wenn die gegenüberliegenden Brandabschnitte die zulässigen Brandabschnittsgrößen nicht überschreiten
2		3,5 m	1/2 H	
3		3,5 m	1/2 H	
4		3,5 m	[illegible]	
5		3,5 m	5/3 H	
6		3,5 m	1 H	a = Gebäudeabstand; B = Gebäudebreite; B' = 1/2 B = geschlossene Fl.; H = Gebäudehöhe

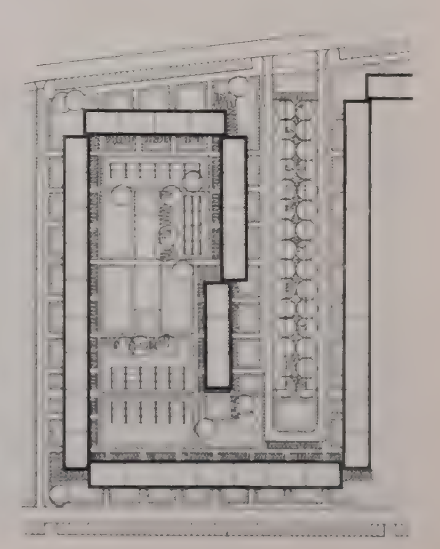


1 Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Dresden, Bodenbacher Straße
Objektverantwortlicher: Dipl.-Ing. Harlakowa, Büro des Stadtarchitekten, Dresden
1 [illegible]
2 Kindergarten [illegible] Plätze
3 Kinderkrippe [illegible] Plätze
4 Schulgarten
5 [illegible]
6 Turnhalle
7 Polytechnische Oberschule, 20 Klassen
8 Kaufhalle 430 m² Verkaufsfläche

Legende zu Tabelle 2 auf Seite 613

- ● Angebotserzeugnis
- ◗ Varianten zum Angebotserzeugnis
- o Forderung
- 1) Preiszuschlag wird erhoben
- 2) Preisvereinbarung für zusätzliche Verkehrsfläche reduzierte Wohnfläche im EG ist erforderlich
- 3) Nur giebelseitig Einführung der Heizung; blockweise bis 4 Segmente
- 4) Klärung Müllaufzug erforderlich
- 5) Variante für Wohnungen für ältere Bürger, nur eine 3-R-WE je Geschoß, ohne 4-R-WE
- 6) 2 Varianten, jedoch auf eine Reihe beschränkt; nur zentralbeheizt; bei Ofenheizung Ecke nur Verbindung mit Strukturwand
- 7) Durch Wohnungsschlüssel ø 56 m² WE

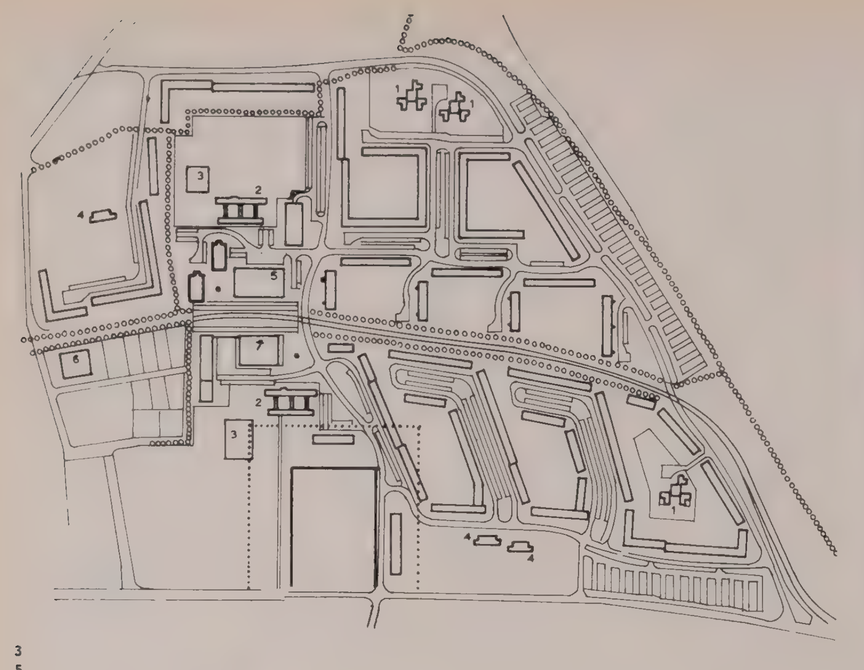


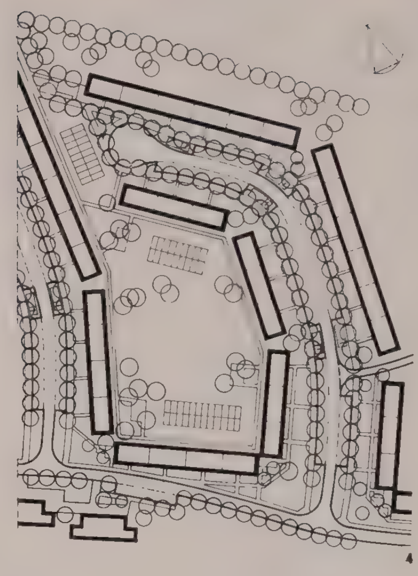


2 Freiflächengestaltung für das Wohngebiet Dresden, Bodenbacher Straße

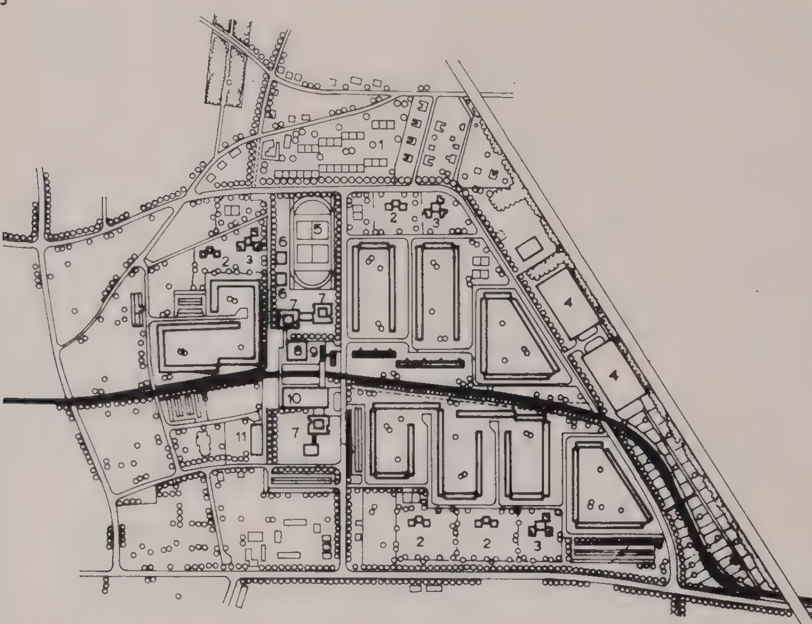
Tabelle 2 Erzeugnisangebot im industriellen Wohnungsbau 1971 – 1977 Sortiment von Angebots- und Wiederverwendungsprojekten

Erzeugnis	Verantw. Komb./Betrieb	Laufzeit	Laststufe	Dämmgebiet	Aktual. Stand	Wohnungsschlüssel Normalgeschoß	Wohnungsschlüssel Segment	Geschoßzahl	WE/Segm.	m²/WE Segment	Sektionslänge / Gebäudetiefe	Dachform	Stadtebauliche Einordnungsmöglichkeiten: geschl. Giebel	offener Giebel	beidseitige Erschl.	Spreizung m. Durchf. o. Durchg.	Eckanschl. m. Spreizung o. Durchg.	Versetzte Ecke I	Versetzte Ecke II	stumpfwinkl. Ecke	horizontal-Versatz	Außen-Loggia	Innen-Loggia	Stadttechnik: Aufsetzen auf Unterbauten	gebündelte Leitungsführung	Innenkollektor	blockweise Entwässerung innen/außen	Energievers.-System: Elt Gas Z-Wärme (E G Z)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29
IW 65/5 Reihe I		Var. Ofenheiz. ab I/74 Dr.				3×2 R-WE	15×2 R-WE		15	46,29		Var. Ofenheiz. Flachdach außenentw.	●	◑¹) L. o. R.					◑¹) ⁶)		a ≥¹) 2 Segmente b ≥ 2 m	●			◑		◑	E G (Z)
IW 65/5 Reihe I A		Var. Zentr. ab 74	3,6 Mp	I		1×1 R-WE 1×2 R-WE 1×3 R-WE	5×1 R-WE 5×2 R-WE 5×3 R-WE	5	15	46,29	16,80 / 10,21	Var. Zentr. Flachd. innenentw.																
IW 65/5 Reihe I B		Freital-Zauckerode 1976 ausl.				1×3 R-WE 1×4 R-WE	6×3 R-WE 4×4 R-WE		10	66,74					●²) I Bv													
IW 66/6 Segment 1		läuft IV/74 aus	5 Mp	I	aktualisiert	2×3 R-WE	1×2 R-WE 11×3 R-WE	6	12	55,56	12,00	Flachd. innenentw.	●	●		◑¹)	◑¹)				a ≥¹) 2 Segmente b < 2 m	●				●¹)		E G Z
IW 66/6 Segment 2						1×2 R-WE 1×4 R-WE	1×3 R-WE 6×2 R-WE 5×4 R-WE		12	55,56	12,00																	
IW 66/11 Objektteile A–D		läuft IV/74 aus	5 Mp	I	aktualisiert	—	4×1 R-WE 4×2 R-WE 21×3 R-WE 14×4 R-WE	11	43	59,25	27,60 / 12,56	Flachd. innenentw.	●		●⁴)						a ≥¹) 1 Doppel-Segm. b ≤ 2 m	●			●³)			E G Z
IW 66/11 Objektteile G–H						—	4×1 R-WE 4×2 R-WE 10×3 R-WE 14×4 R-WE 11×5 R-WE		43	65,53	31,36⁵) / 12,56			●				●¹)	●¹)									
IW 67/10		läuft 77 aus	5 Mp	I	aktualisiert	2×2 R-WE 2×3 R-WE	20×2 R-WE 20×3 R-WE	10	40	63,64	24,00 / 13,89	Flachd. innenentw.	●	●		◑		●¹)	●¹)		—		●		●³)			E G, Z
15-Geschosser		läuft 74 aus	5 Mp	I	aktualisiert	3×2 R-WE 3×3 R-WE	43×2 R-WE 43×3 R-WE	15	86	66,39	18,83 / 36,04	Flachd. innenentw.		●									●					E Z
17-Geschosser⁸)		ab 74 Altgruna	5 Mp	I		9×1 R-WE 2×2 R-WE 2×3 R-WE	145×1 R-WE 32×2 R-WE 34×3 R-WE	17	211	37,08	18,83 / 43,96	Flachd. innenentw.		●									●					E Z
WBS 70 SM SM 1	VEB (B) Baukombinat Dresden	ab IV/74	6,3 Mp	I/II		1×3 R-WE 1×4 R-WE	7×3 R-WE 5×4 R-WE	5/6	10/12	65,00⁷)	14,40 / 10,80										a ≥ 2 Segmente b 6 m							E G Z
WBS 70 SM SM 2 (Doppelsegm.)	VEB (B) Baukombinat Dresden					3×3 R-WE 1×5 R-WE	18×3 R-WE 5×5 R-WE		20/24	65,00⁷)	28,80 / 10,80	Flachd. innenentw.	●	●¹)	●²)	◗		●¹)	●¹)	◗		◗		◗		●¹)	●	
WBS 70 SM SM 3 (Doppelsegm.)	VEB (B) Baukombinat Dresden	Ostsachsen ab 76/77				1×2 R-WE 1×3 R-WE 1×4 R-WE 1×5 R-WE	6×2 R-WE 7×3 R-WE 6×4 R-WE 5×5 R-WE		20/24	65,00⁷)																		
WBS 70 SM SM 4	VEB (B) Baukombinat Dresden					1×1 R-WE 1×2 R-WE 1×3 R-WE	7×1 R-WE 5×2 R-WE 6×3 R-WE		15/18	44,66⁷)	14,40 / 10,80																	
WBS 70 Vielg.	VEB (B) Baukombinat Dresden	I 77	6,3 Mp	I/II				11				Flachd. innenentw.	●	●	●²)			●¹)	●¹)	◗		◗				●¹)	●	E²)
Bettenhaus Feierabendheim		III/72	5 Mp	I			280 Plätze 168 Einzelpl. 56 Doppelpl.	7			100,00 / 13,50	Flachd. innenentw.		●	●													Z

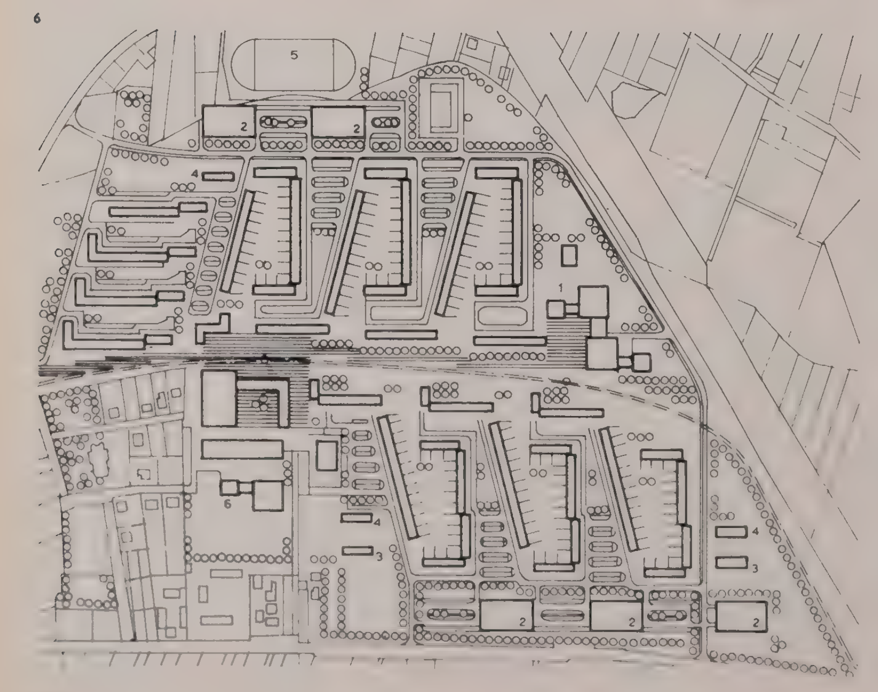




3
5



6



3
Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Coswig, Dresdner Straße

1 Kinderkrippe, 90 Plätze
2 20-Klassen-Oberschule
3 Turnhalle
4 Kindergarten, 216 Plätze
5 Gaststätte, 380 Plätze
6 Schwimmhalle
7 Kaufhalle (700 m²)

4
Freiflächengestaltung für das Wohngebiet Coswig, Dresdner Straße

Städtebaulicher Wettbewerb für das Wohngebiet Coswig, Dresdner Straße

5
1. Preis
Kollektiv Dipl.-Ing. Böhme
Dr.-Ing. Fehrmann
Dipl.-Ing. Harlakowa
Dipl. Gärtner Henke
Büro des Stadtarchitekten, Dresden

1 Vorschlag, Einfamilienhäuser
2 Kindergarten 180 Plätze
3 Kinderkrippe 90 Plätze
4 Parkpalette 580 Plätze
5 Sportplatz
6 Turnhalle
7 Polytechnische Oberschule, 20 Klassen
8 Bierstube, Milchbar, Café
9 Bibliothek
10 Dienstleistungen
11 Ambulatorium, Apotheke

6
2. Preis
Kollektiv Architekt Dieter Schulz
Architekt Heinz Winkler
VE BMK Kohle und Energie
Dr.-Ing. Burggraf, TU Dresden

1 4zügige polytechnische Oberschule
2 Parkpalette 178 Plätze
3 Kindergarten 180 Plätze
4 Kindergarten Kinderkrippe 180 Plätze
5 Sportplatz
6 2zügige polytechnische Oberschule

Varianten für die Erschließung

7
10 Stellplätze 153 m²
Zugehörige Fahrgasse 140 m²
29,3 m²/Stellplatz

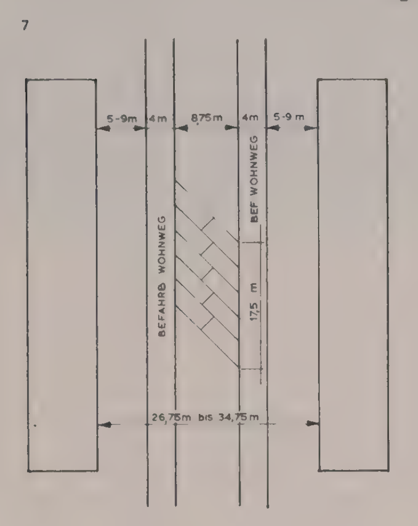
8
10 Stellplätze 184 m²
Zugehörige Fahrgasse 140 m²
32,4 m²/Stellplatz

9
14 Stellplätze 175 m²
Zugehörige Fahrgasse 210 m²
27,5 m²/Stellplatz

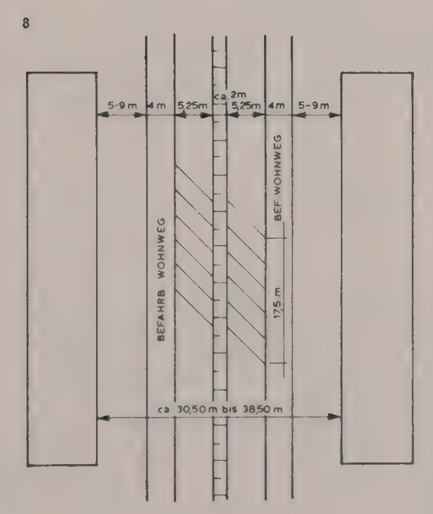
schließungsstraße für die beiderseits angrenzende Wohnbebauung zugeordnet wurde, während der weite „Platzraum" von Anlagen des fließenden und ruhenden Verkehrs und damit von Lärm-, Staub- und Abgasbelästigungen sowie Gefahrensituationen des Verkehrs freigehalten wurde. Damit werden auch Erkenntnisse, die in der Arbeit von Dipl.-Ing. Petzold (Bauakademie der DDR) zu Fragen des Lärmschutzes enthalten sind, einer Realisierung zugeführt.
Der Wechsel von Erschließungsraum und erschließungsfreiem Raum ergibt

- ökonomische Vorteile durch höhere Dichte, Reduzierung des Erschließungsaufwandes und Konzentration der verkehrlichen und stadttechnischen Erschließung

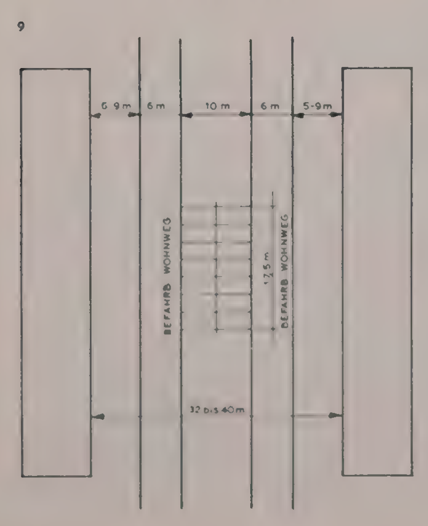
7



8



9



- funktionelle Vorteile durch Gewährleistung von weiten Blickbeziehungen und lärmfreien Zonen für jeweils eine Wohnseite, Trennung der Spielplätze von der verkehrlichen Erschließung
- gestalterische Vorteile durch räumliche Spannung zwischen einem schmalen Straßenraum und einem weiten Platzraum.

Dieses Prinzip bildet inzwischen die Grundlage für eine Reihe von Bebauungskonzeptionen für den Bezirk Dresden, so für Dresden, Bodenbacher Straße (Bild 1) und Coswig, Dresdner Straße (Bild 2).

Die Studie und Bebauungskonzeption Coswig entstand auf der Basis von Ideen der beiden ersten Preisträger im städtebaulichen Wettbewerb, der 1971/72 vom BBA in Verbindung mit der Bezirksgruppe des BdA/DDR durchgeführt wurde (siehe Bild 5 und 6).

Beiderseits der vorhandenen Straßenbahntrasse wurden städtebauliche Räume konzipiert, die auf folgenden Gestaltungsgrundsätzen aufbauten:

- weitgehende Differenzierung der einzelnen städtebaulichen Räume
- Schaffung einer räumlichen Führung zum Wohngebietszentum
- Wechsel von engen Straßenräumen und weiten verkehrsfreien Wohnhöfen.

In den Diskussionen um die optimale Gestaltung der einzelnen Räume wurde gegenüber den Freiflächengestaltern die Forderung erhoben, insbesondere mittels Großgrün den Gegensatz von Platz zu Straßenraum noch mehr zu verdeutlichen, das heißt einerseits die Längsausdehnung der Erschließungsräume durch zwei- oder dreireihige Alleebepflanzung mit Großgrün zu unterstreichen, andererseits den platzartigen Charakter der Innenhöfe durch die Anordnung von Baumgruppen zu verstärken.

Hinsichtlich der Funktion wurde durch den Bezirksarchitekten festgelegt, daß für jede Bebauungskonzeption der Anteil der Wohnungen auszuweisen ist, die mit einem oder mehreren Räumen zu einer straßenlärmfreien Zone angeordnet sind. Die Berechnung für den Standort Coswig ergab folgendes:

94,3 Prozent
645 WE = 20,6 Prozent WE
gesamt zum erschließungsfreien Raum
1670 WE = 54,0 Prozent WE
mit 1 Raum zum erschließungsfreien Raum
618 WE = 19,7 Prozent WE
mit 2 Räumen zum erschließungsfreien Raum

5,7 Prozent
20 WE = 0,6 Prozent WE
gesamt zum Erschließungsraum
160 WE = 5,1 Prozent WE
mit Verkehr an beiden Seiten

Das bedeutet, daß rund 95 Prozent der Wohnungen dieses Wohngebiets zumindest einen Wohnraum besitzen, der zu einem erschließungsfreien Raum gerichtet ist und somit vom Verkehrslärm als Hauptstörungsquelle verschont wird.

Es erscheint erforderlich, dieses neue Kriterium für die Wohnqualität generell als nachzuweisende Kennziffer einzuführen, wobei angestrebt werden sollte, daß bei 90 Prozent der Wohnungen mindestens ein Raum an straßenlärmfreie Zonen angrenzt.

Die Auswirkungen der neuen Bebauungsform in ökonomischer Hinsicht zeigen sich neben den geringeren Aufwendungen für die stadttechnische Erschließung in erster Linie in der Einsparung von Straßenfläche.

Während bei einseitig erschlossenen Wohnungstypen grundsätzlich jeder Wohnblock auf der Nord-, Ost- oder Westseite durch eine Wohnstraße oder einem befahrbaren Wohnweg erschlossen wurde, gibt die zweiseitige Erschließung die Möglichkeit, von einem Erschließungsraum aus zwei parallel gegenüberliegende Wohngebäude zu erschließen. Im Wohngebiet Bischofswerda reduzierte sich dadurch die Verkehrsfläche für den fließenden Verkehr um etwa 5 m^2/WE.

Die Bestimmungen der Deutschen Bauordnung DBO und der TGL 9552 schreiben einen Abstand zwischen Gebäude und Erschließungsstraße von maximal 9 m vor. Aus diesem Grunde mußten in den Bebauungskonzeptionen für die Erschließungsräume zwei parallel laufende Fahrstraßen vorgesehen werden, zwischen denen die Parkstellflächen ausgewiesen wurden (s. Bild 1).

Um die ökonomischste Lösung unter den vorgegebenen Bedingungen zu finden, wurden verschiedene Varianten untersucht, wobei sich die Anordnung von Senkrechtparknischen zwischen den beiden 6-m-Fahrbahnen als der günstigste Vorschlag herausstellte (siehe Bild 9).

Im Dezember 1971 wurde durch den Bezirksbaudirektor nach erfolglosen Versuchen zur Klärung der Problematik innerhalb des Bezirkes beim Ministerium für Bauwesen der Antrag gestellt, die entsprechenden Bestimmungen über den 9-m-Abstand aufzuheben mit der Begründung, daß die Leiterfahrzeuge der Feuerwehr bei den wenigen auftretenden Brandfällen auch über die Freiflächen an das Gebäude gelangen könnten und die Standsicherheit durch technische Hilfsmittel, wie Stahlplattenabstützungen, zu erreichen sein müßte.

Im März 1972 wurden durch eine Entscheidung der Staatlichen Bauaufsicht beim Ministerium für Bauwesen die Bestimmungen für die fünfgeschossige Bebauung unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. Anordnung von 700 mm $\times$ 1200 mm großen Fluchtöffnungen an den Außenflächen der Treppenhäuser) aufgehoben. Damit konnte dann eine weitere Reduzierung der Fahrstraßen des Erschließungsraumes vorgenommen werden. Jetzt dient nur noch eine Fahrstraße mit beiderseitig angeordneten Parknischen der Erschließung, wodurch die Straßenfläche von 27,5 m^2 je Stellplatz auf 20,0 m^2 je Stellplatz verringert wurde. Die Einführung dieser Lösung erfolgt jetzt in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Abänderung der Treppenhausfassade bei den einzelnen Wohnungstypen (s. Bild 3).

Insgesamt ist festzustellen, daß der Übergang von multifunktionalen städtebaulichen Räumen zu funktionellen und gestalterisch differenzierten städtebaulichen Räumen und die damit verbundene höhere Wohnqualität voll der Aufgabenstellung des VIII. Parteitages entspricht. Die dabei gleichzeitig erreichte höhere volkswirtschaftliche Effektivität, insbesondere die Reduzierung des Erschließungsaufwandes, als das Nadelöhr der Baubilanz, zeigt überzeugend die Einheit von Ziel und Weg. Es wäre wünschenswert, wenn diese Erkenntnisse ohne Zeitverzug in die in den einzelnen Bezirken in Arbeit befindlichen städtebaulichen Planungen sowie in die Rationalisierungskonzeption der Wohnungs- und Tiefbaukombinate einfließen würden und somit noch in diesem Fünfjahrplanzeitraum praxiswirksam werden könnten.



1

Wohngebiet „Hans Beimler“ in Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. Nikolaus Griebel, Architekt BdA DDR
Stadtarchitekt Karl-Marx-Stadt

Das Wohngebiet „Hans Beimler“ gliedert sich hinsichtlich der zeitlichen Konzipierung und Durchführung in zwei Teile: Baugebiet 1/2 und Baugebiet 3.

Mit seiner Namensgebung ehrt das Wohngebiet den Arbeitersohn Hans Beimler (1895–1936), der als führender Funktionär der KPD, als Abgeordneter des Bayrischen Landtages und Mitglied des Reichstages gegen den Faschismus kämpfte und als Politkommissar des Thälmann-Bataillons im Kampf um Madrid sein Leben ließ.

Das Gebiet liegt im Südosten der Stadt, etwa drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt.

Begrenzt wird es nördlich durch die Dorflage Adelsberg, westlich durch die vorhandene Bebauung an der Hans-Beimler-Straße und östlich durch den geplanten Verkehrsring.

Es stellt eine Abrundung der vorhandenen Altbebauung dar und bildet gleichzeitig den Stadtrand. Die Baugebietsfläche ist mäßig nach Norden geneigt bei einer Höhendifferenz von rund 40 m und hat eine mittlere Höhe von 340 m ü. NN.

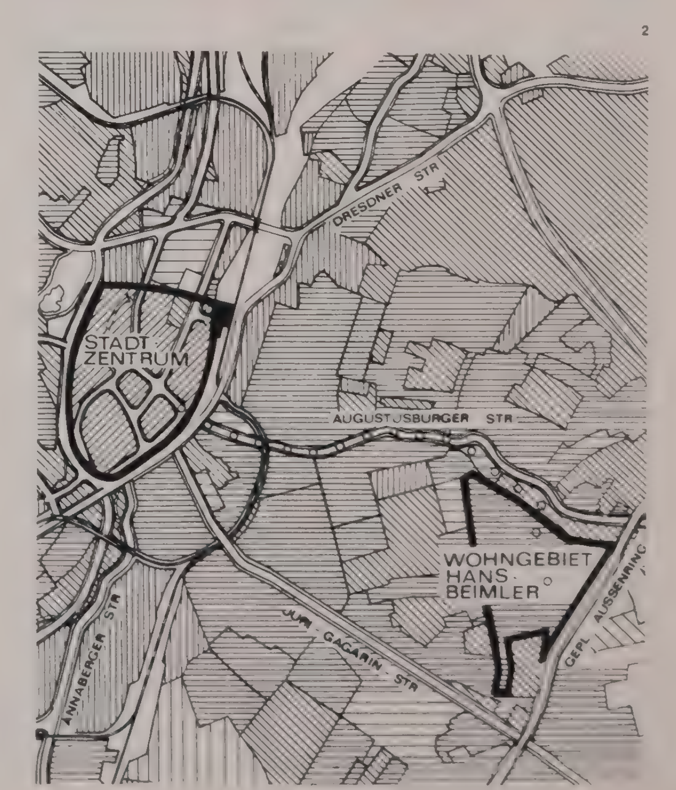
Das Wohngebiet hat eine vorteilhafte Lage zu den benachbarten Wohngebieten und Naherholungsflächen der Stadt und zum Stadtzentrum (Abb. 2).

Nördlich angrenzend wird gegenwärtig das Wohngebiet „Yorckstraße“ mit rund 5000 Wohnungen errichtet. Zwischen beiden Gebieten sieht die Flächennutzungsplanung künftig ein Wohnbezirkszentrum mit gesellschaftlichen Funktionen zur Verbesserung der Versorgung beider Gebiete mit Waren des seltenen Bedarfs, Einrichtungen für kulturelle und sportliche Betätigung, hauswirtschaftliche Dienstleistungen u. a. vor.

An das Baugebiet Yorckstraße schließt sich nach Norden das beliebte Naherho-

Auftraggeber	Rat des Bezirkes, Abteilung Wohnungswirtschaft, ab 1. 3. 1967 Hauptplanträger Wohnungsbau beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt
Städtebaulicher Entwurf Wohngebiet 1/2	Kollektiv der Abteilung Städtebau und Entwurf, Stadtbauamt Karl-Marx-Stadt
Städtebaulicher Entwurf Wohngebiet 3	Dipl.-Ing. Nikolaus Griebel, Architekt BdA DDR, Stadtbauamt Karl-Marx-Stadt
Generalauftragnehmer und Projektant	VE Wohnungsbaukombinat Karl-Marx-Stadt, VEB Hochbauprojektierung, später vereinigt zu: VE Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck“ Karl-Marx-Stadt
Gesamtleitung	Chefarchitekt Rudolf Weißer, Architekt BdA DDR
Ölheizwerk	Architekt Harald Reichel Architekt Günter Schlegel Ingenieur Fritz Hösel
Dienstleistungsgebäude	Architekt Manfred Füchtner
Versorgungszentrum	Architekt BdA DDR Konrad Reimann Architekt BdA DDR Klaus Sander Architekt BdA DDR Sigurd Heilmann Gartenarchitekt Rolf Krebs
Wiederverwendungsprojekte	
Polytechnische Oberschule 20 Klassen:	Architekt BdA DDR Peter Ansorge
Örtliche Anpassung	Architekt BdA DDR Günter Steps
Gaststätte 200 Plätze:	Architekt Dietrich Wöllner
Örtliche Anpassung	Architekt Manfred Füchtner
Ambulanz:	Architekt BdA DDR Lothar Meyer
Kindereinrichtung:	Architekt BdA DDR Günter Münch
Örtliche Anpassung	Architekt Dietrich Wöllner Architekt Dietrich Hoffmann Architekt BdA DDR Günter Dornfeld
Wohnungsbau:	Architekt BdA DDR Moritz Schunk Architekt Helmut Popp Architekt BdA DDR Günter Steps

2





3

Kennwerte:

■ Baugebiet 1/2

Zahl der Wohnungen	3 838 WE
angen. Haushaltfaktor	3,1 EW/WE
Einwohnerzahl	11 898 EW
Baugebietsfläche	42,0 ha
Einwohnerdichte	260 EW/ha
Kindergartenplätze	576 Plätze (48 Pl./1 000 EW)
Kinderkrippenplätze	266 Plätze (22 Pl./1 000 EW)
Schülerplätze	1 440 Plätze

■ Versorgungszentrum „Hans Beimler"

Erdgeschoß	
Kaufhalle	800 m² VRFl
Fischverkaufsstelle	43 m² VRFl
Lager- und Nebenräume insges. für beide VRFl und Gaststätten	1 640 m²
Obergeschoß	
Mehrzweckraum Tanzveranstaltung	
Schulspeisung	184 bzw. 256 Plätze
Gaststätte	156 Plätze
Bibliothek	15 000 Bände
4 Klubräume	je 70 m²
Cafe	46 Plätze
Dienstleistungsgebäude	
Postamt 4 Schalterplätze	390 m²
Friseur	
Damensalon	12 Plätze
Herrensalon	5 Plätze
Sparkasse	192 m²
Dienstleistungsannahme	552 m²

■ Baugebiet 3

Zahl der Wohnungen (Zielplanung)	1 534 WE
angen. Haushaltfaktor	3,2 EW/WE
Einwohnerzahl	4 900 EW
Baugebietsfläche	16,8 ha
Einwohnerdichte	292 EW/ha
Kindergartenplätze	288 Plätze (59 Pl./1 000 EW)
Kinderkrippenplätze	128 Plätze (26 Pl./1 000 EW)
Schülerplätze	720 Plätze
Schülerspeisung	200 Plätze*)
Verkaufsraumfläche (WtB)	360 m²
Dienstleistungen	100 m²
Gaststättenplätze	200 Plätze*)
Arztplätze	3 Plätze
*) gemeinsame Nutzung	
Altstoffannahme	56 m²
Kommunale Wohnungsverwaltung	260 m²

1
Blick in die Ernst-Enge-Straße und auf das Versorgungszentrum

2
Lage des Wohngebietes zum Stadtzentrum

3
Lageplan des Wohngebietes mit den Baugebieten 1/2 und 3

1 Versorgungszentrum „Hans Beimler"
2 Kaufhalle, Gaststätte, Schülerspeisung, Café, Club, Bibliothek
3 Post, Sparkasse, Reparaturannahme, Wohnungsverwaltung, Friseur
4 Ambulatorium „Carl-von-Ossietzky-Straße"
5 Polytechnische Oberschule (40 Klassen)
6 Turnhalle
7 Kinderkrippen-Kindergarten-Kombination
8 Handwerkerhof (geplant)
9 Versorgungszentrum Baugebiet 3
10 Kaufhalle
11 Gaststätte
12 Blumen, Arzneimittelausgabe
13 Ambulanz
14 Fünfgeschossiger Wohnungsbau
15 Neungeschossiger Wohnungsbau
16 Sechzehngeschossiger Wohnungsbau

lungszentrum „Zeisigwald" an, das auch vom Wohngebiet „Hans Beimler" zu Fuß gut erreichbar ist. Ebenso in unmittelbarer Nähe liegt das Erholungsgebiet Sommerbad Gablenz.

Nach Osten hin grenzt das Wohngebiet an den offenen Landschaftsraum, der zunächst allmählich ansteigt, sich zum Strandbad hin jedoch beträchtlich erhebt und zum Erholungsgebiet Adelsberg/Sternmühlental auf rund 500 m ü. NN ansteigt. Vom Stadtzentrum aus wird das Wohngebiet „Hans Beimler" über die nördlich tangierende Augustusburger Straße, B I O (236), über die Carl-von-Ossietzky-Straße etwa mittig und über die südlich tangierende nach Zschopau führende Juri-Gagarin-Straße, V II O (174), erreicht.

Die Straßenbahn (Schmalspur) liegt in Höhe des Wohngebietes zur Zeit noch in der Augustusburger Straße und wird in den Jahren 1974/76 im Zuge der Umspurung in das Wohngebiet geführt, so daß dann eine sehr günstige Beziehung zum Stadtzentrum hergestellt wird. Buslinien verbinden darüber hinaus das Wohngebiet mit dem Stadtzentrum und mit den Hauptarbeitsstätten der Stadt.

Der geplante Verkehrsaußenring der Stadt wird künftig in diesem Stadtteil eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsbedingungen ermöglichen.

Mit dem Ausbau der Straßenbahn und dem Außenring werden dann die starken Pendelbeziehungen der Bewohner dieses Wohngebietes insbesondere zu den Arbeitsstätten im Süden und Westen der Stadt zeitlich wesentlich verkürzt.

Die städtebauliche Konzeption des schon zum überwiegenden Teil errichteten städtebaulichen Ensembles muß aus der zeitlichen Sicht der Entstehung, den Zielsetzungen und den Realisierungsmöglichkeiten gesehen werden.

Baugebiet 1/2

Die städtebauliche Absicht für dieses Gebiet bestand in der Abrundung der Bebauung an der ehemaligen Geibelstraße und verfolgte das Ziel, durch rationelle Baukörpergruppierungen befriedigende räumlich-funktionelle Beziehungen als auch günstige technologische Bedingungen für die Baudurchführung zu erlangen. Darüber hinaus wurde versucht, die Baumasse zur reizvollen umgebenden Landschaft zu öffnen und diese in die Konzeption mit einzubeziehen.

In diesem Bemühen ist es zweifellos gelungen, sehr eindeutig funktionelle Beziehungen anzustreben, die nunmehr auch ihre Bestätigung gefunden haben.

Das Baugebiet wurde jedoch mehrfach hinsichtlich seiner städtebaulichen Aus-

4

5

sage kritisch beurteilt, vor allem zu Zeiten, da die Zielplanung der städtebaulichen Konzeption noch nicht erreicht, die Komplettierung des Gebietes noch nicht abgeschlossen war.

In den zu geringen räumlichen Differenzen, in dem oft zu gleichförmig angewandten Kompositionselement des fünfgeschossigen Baukörpers vom Typ Q 6 liegen zweifellos Ursachen, die die räumlichen Gruppierungen nicht voll befriedigen lassen. Die Gründe dafür mögen u. a. in dem wenig wandlungsfähigen Baukörper zur Staffelung und Eckverbindung, in der nicht gegebenen Möglichkeit des Durchganges, der wechselseitigen Erschließung — Elemente, wie wir sie heute in größerem Umfange verwenden — und in den nicht abwechslungsreich gestalteten Fassaden zu sehen sein.

Schließlich ist die verwendete neungeschossige Großplatte Karl-Marx-Stadt in ihrem geringen Anteil nicht vorteilhaft genug eingesetzt, um interessante Abschnitte entstehen zu lassen.

Mit der gegenwärtig im Bau befindlichen weiteren Komplettierung werden jedoch wesentliche Akzente gesetzt, das Gesamtbild aufzuwerten und zu einem wohlproportionierten Ensemble zusammenzuführen. Das Wohngebiet wird mittig über die Carl-von-Ossietzky-Straße erschlossen. Eine vielgeschossige Baugruppe von drei neungeschossigen Scheiben — in der ursprünglichen Planung als punktförmige Bebauung vorgesehen — und einem später zu realisierenden punktförmigen Hochhaus betont das Versorgungszentrum des Wohngebietes. Das Versorgungszentrum stellt eine gelungene Konzentration von wichtigen Versorgungsaufgaben des Wohngebietes dar. Großkaufhalle, Fischspezialverkauf, Gaststätte mit großer Freisitz-

Fünfgeschossiger Wohnungsbau, Q6 IW67, im Wohngebiet 1/2

Versorgungszentrum „Hans Beimler"

5

Dienstleistungs- und Gaststättenkomplex

1 Selbstbedienungspostamt
2 Friseur Damen
3 Friseur Herren
4 Verwaltung, KWV, ABV
5 Altstoffannahme
6 Schnellreparaturen
7 Annahmestellen Dienstleistungen
8 Ruheraum
9 Aufenthaltsraum
10 Sparkasse
11 Foyer
12 Gaststätte 160 Plätze
13 Café 40 Plätze
14 Bibliothek 15 000 Bände
15 Vorbereitungsraum Café
16 Mehrzweckraum 200 Plätze
17 Küche für Gaststätte und Mehrzweckräume
18 technische Räume
19 Klubräume
20 Personalspeiseraum

6

Durchfahrt und Freitreppe zum Innenhof

7

Blick in den Innenhof mit Wasserbecken und Plastik



Versorgungszentrum „Hans Beimler“

8

Eingang zur Kaufhalle und Zugang zur Passage

9

Die Gaststätte im Versorgungszentrum

10

Der Innenhof des Versorgungszentrums. Rechts der Dienstleistungsbereich

11

Neungeschossige Wohnbebauung im Baugebiet 3



8



9

fläche, Schülerspeisung, Café, Bibliothek, Clubräume, Post, Sparkasse, Friseur, Wäsche- und Reparaturannahme und weitere Funktionen sind sinnvoll einander zugeordnet (Abb. 3).

Durch Ausnutzung des geneigten Baugeländes wurde eine unterirdische Anlieferung vorgesehen, so daß die gesamte Anlage keine „Rückseite“ hat, sondern ein allseitig betrachtenswertes Ensemble bildet.

Die Vorteile der Konzentration waren nicht nur für die Baudurchführung bedeutsam, sondern, und das war die eigentliche Zielsetzung, sie sind durch die Einwohner in jeder Hinsicht bestätigt worden.

Das Versorgungszentrum ist komplex mit vielfältiger Form der Mehrfachnutzung angelegt, um sehr differenzierte Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und zu geistig-kultureller Auseinandersetzung anzuregen.

In unmittelbarer Nähe des Zentrums liegen zwei 20-Klassen-Schulen mit Turnhallen und einem Sportplatz, die außer der Aufgabe der Erziehung und Bildung der Kinder auch die Möglichkeit zur Erwachsenenqualifizierung übernommen haben.

10

Vier Kindereinrichtungen mit je 64 Kinderkrippen- und 164 Kindergartenplätzen sind den Wohngruppen zugeordnet.
Ferner gehört noch zum Baugebiet 1/2 ein Stadtambulatorium mit sechs ärztlichen Arbeitsplätzen.
Im Baugebiet 1/2 sind auf 42 ha Bauland in fünf- und neungeschossiger Bebauung einschließlich des geplanten vielgeschossigen Hochhauses am Versorgungszentrum insgesamt 3838 Wohnungseinheiten ausgewiesen. Bei Annahme eines Haushaltfaktors von 3,1 EW WE wird Wohnraum für rund 11 900 Einwohner geschaffen. Die Einwohnerdichte liegt bei 260 EW ha.

■ Farbkonzeption

Die Farbgebung versucht, die städtebauliche Gliederung wirksam zu unterstreichen, indem jeweils Wohngruppen gleiche Farbwerte tragen. Die fünfgeschossigen Baukörper werden durch eine helle Gestaltung der Loggien und der Drempelausbildung akzentuiert. Die neungeschossigen Baukörper haben den über viele Jahre schon bewährten hellen Muschelkalkvorsatz und als Kontrast dazu die farbig intensiven Loggienflächen. Das Gesamtbild ist hell und freundlich, von starker Farbe durchsetzt.

■ Künstlerische Konzeption

Die künstlerische Aufgabe der Architektur und des Städtebaues besteht in der Bewältigung des Raumes, des äußeren wie des inneren. Um zu einer überzeugenden Aussage zu kommen, muß dieser Aufgabe eine Konzeption zu Grunde liegen, die politisch-ideologische Aspekte als Zielstellung für das sozialistische Bild unserer Ensembles hat. Dabei ist das Mitwirken der bildenden Kunst unerläßlich. Jedoch erst vor wenigen Jahren sind in zunehmendem Maße Fragen der Synthese von Architektur und bildender Kunst in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden.
Das Wohngebiet „Hans Beimler" wurde in den Jahren 1960 bzw. 1964 ohne künstlerische Gesamtkonzeption geplant. 1968 wurde durch ein Künstlerkollektiv eine Konzeption für dieses Wohngebiet entwickelt. Die daraus realisierten Arbeiten konzentrieren sich auf das Versorgungszentrum, auf die Ambulanz, die Arzneimittelausgabe und eine Kindereinrichtung und stellen nur einen Beginn dar. Zur weiteren Durchsetzung der künstlerischen Konzeption muß es Aufgabe der künftigen Jahre sein, diesem Wohngebiet im „Nachhinein" jene Attribute zu verleihen, die sein spezielles Milieu prägen. Es müssen ihm jene wichtigen Elemente beigegeben werden, die mit dazu beitragen, sozialistische Lebens- und Verhaltensweisen entwickeln und reifen zu lassen. Dabei ist vor allem an solche Elemente gedacht, mit denen die Bürger sich unmittelbar in den Wohngruppen, in Freiräumen, insbesondere jedoch in den kommunikativen Bereichen auseinandersetzen können, wie Brunnen, Wasserflächen, Plastiken, Sitzgruppen und Informationsträger.

■ Fließender und ruhender Verkehr

Das Wohngebiet wird vorteilhaft von vorhandenen Straßen erschlossen. Die Hans-Beimler-Straße ist als Sammelstraße ausgewiesen. Die nicht gegebene Möglichkeit des wechselseitigen Zugangs erfordert die Zuführung von Erschließungsstraßen zu jedem Wohngebäude. Neben diesem unökonomischen Ausbau des Straßennetzes wird vor allem die Absicht, Erschließungs- und Ruhezonen zu schaffen und die Gebäudeabstände auf Kosten schmaler Zugangsbereiche zugunsten breiter Freiräume zu differenzieren, nicht erreicht.
Die Bemessung des ruhenden Verkehrs sah damals für das Baugebiet 120 Stellflächen auf 1000 Einwohner vor, somit rund 1428 Stellplätze. Ausgewiesen wurden davon 50 Prozent mit der Zielstellung, durch zwei Geschoßgaragen mit je 350 bis 400 Stellflächen die Forderungen zu erfüllen.
Nach heutigen Bemessungsrichtlinien, unter der Annahme, daß bis etwa 1980 ein Stellplatz je 2 WE erforderlich ist, zuzüglich ein Stellplatz für Besucher je 20 WE, benötigen die 3838 WE 2110 Stellflächen. Im Baugebiet wurden bisher insgesamt 563 Stellflächen und 574 Reihengaragen, somit 1137 Stellflächen ausgewiesen. Schon jetzt wird es aber notwendig, weitere Flächen für ebenerdige Stellplätze zu erschließen. Für die künftige Auslegung sind darüber hinaus an mehreren Standorten Möglichkeiten zur Ausbildung von Parkdecks gegeben.

■ Stadttechnische Versorgung

Das gesamte Baugebiet hat eine Dreischienenversorgung. Die Wärmeversorgung erfolgt über das HKW Nord. Da zu Beginn der Baudurchführung die zentrale Versorgung noch nicht ermöglicht war, wurde ein eigenes Heizwerk auf Ölbasis errichtet. Nach Anschluß an die zentrale Wärmeversorgung des HKW Nord wird das Ölheizwerk als Spitzenheizwerk (Inbetriebnahme bei tiefsten Außentemperaturen) wirksam.

■ Freiflächengestaltung

Als ein zentraler Grünraum wurde ein vom Zentrum nach Süden verlaufender Streifen ausgebildet, in dem Kindereinrichtungen stehen. Durch Anordnung von nur einer markanten Baumart, die im übrigen Gebiet nicht wieder erscheint, wird dieser Bereich besonders betont.
Da zwischen den Wohnscheiben die gleiche oder sehr ähnliche Situation vorgefunden wird, ist die Wiederholung von funktionell richtigen und gestalterisch guten Lösungen der Freiraumgestaltung angebracht. Eine Differenzierung wird durch Verwendung bestimmter Gehölzarten in bestimmten Räumen erreicht.
Der südlich des Heizwerkes vorhandene Baumbestand, das „Pappelwäldchen", wird gegenwärtig durch die Initiative der gesellschaftlichen Kräfte und der Bürger des Wohngebietes zu einem Zentrum der aktiven Erholung aufgewertet.

Baugebiet 3

Während der Baudurchführung des Wohngebietes „Hans Beimler", Baugebiet 1/2, war zu erkennen, daß ein kontinuierlicher Übergang der verschiedenen Fließstrek-

11





12 Zentrum des Baugebietes 3. Im Vordergrund die Gaststätte „Pappelhain"

ken, insbesondere der neungeschossigen Großplatte, zum folgenden Baugebiet „Yorckstraße" nicht voll gegeben war. Es lag deshalb nahe, eine Erweiterung des Wohngebietes mit einer Verlagerung des Verkehrsringes nach Osten vorzunehmen. Eine Erweiterung um die nötigen rund 500 WE neungeschossige Großplatte schien nicht ratsam, da die dafür erforderlichen Folgemaßnahmen im Baugebiet 1/2 nicht vorhanden waren, andererseits die rund 1500 Einwohner keine selbständigen Einrichtungen ausgelöst hätten.

Das Baugebiet 3 wurde deshalb in einer Größe konzipiert, die die Auslastung einer 20-Klassen-Schule und der übrigen Folgeeinrichtungen optimal gewährleistet.

■ Städtebauliche Konzeption

Das Baugebiet 3 verfolgt die Absicht, einen neuen durch natürliche Gegebenheiten (Großgrün des Pappelwäldchens) und durch neue kompositorische Elemente bereicherten Wohnkomplex anzufügen.

Vom Zentrum des Baugebietes 1/2 wird eine Achse nach Osten hin betont, die zur Erschließung des Baugebietes 3 dient. Die Carl-von-Ossietzky-Straße teilt sich nach Überqueren der Straßenbahnlinie. Sie führt nach Süden zur Endschleife der Straßenbahn und erreicht künftig den Anschluß an den Verkehrsring und führt nach Norden diagonal verlaufend durch das Wohngebiet und bindet an die Adelsbergstraße an.

Drei Gestaltungseinheiten von spannungsreicher Komposition in je fünf-, neun- und sechzehngeschossiger Bauweise tragen die gestalterische Idee. Das Wohnkomplexzentrum liegt als Auftakt mittig im Gebiet an der Hauptfußgängerachse und umfaßt in Form einer hofbildenden Zuordnung, von der die Anlieferung erfolgt, die Kaufhalle mit 360 m², eine Wohngebiets- und Schülergaststätte mit 400 Plätzen, ein Dienstleistungsgebäude mit Blumenverkauf und Arzneimittelausgabe.

Die Schule liegt in der Nähe des Zentrums und zugleich in unmittelbarer Nähe des Spielplatzes. Jeweils der Wohngruppe zugeordnet liegen die beiden Kinderkrippen/Kindergartenkombinationen. Die Einrichtung für die ambulante Versorgung ist im nördlichen Bereich, Nähe Adelsbergstraße, mit drei ärztlichen Arbeitsplätze eingeordnet. Die städtebauliche Aussage des Baugebietes 3 wird das Baugebiet 1/2 aufwerten und durch den Wechsel der gestalterischen Komposition bereichern. Die differenzierten inneren Raumbildungen werden zu interessanten Raumerlebnissen beitragen. Die Fußgänger werden durch das Nahverkehrsmittel günstig in das Wohngebiet geführt. Die Trasse der Straßenbahn liegt mittig zwischen beiden Baugebieten, so daß das Einzugsgebiet vorteilhaft zu beiden Seiten liegt.

Bisher wurde im Baugebiet 3 nur die fünf- und neungeschossige Bebauung verwirklicht. Die Zielplanung der städtebaulichen Konzeption sieht die spätere Komplettierung des Wohngebietes mit punktförmigen Wohnhochhäusern vor. Damit werden insgesamt 1534 Wohnungseinheiten erreicht. Bei einem angenommenen Haushaltfaktor von 3,2 wird somit Wohnraum für rund 4900 Einwohner geschaffen. Das Bauland beträgt 16,8 ha und führt zu einer Einwohnerdichte von 292 EW/ha.

■ Ruhender Verkehr

Nach den Bemessungsrichtlinien für den ruhenden Verkehr wurden bis 1980 847 Stellplätze als Bedarf angenommen, der in Form von Parknischen und Stellplätzen mit rund 580 und durch Reihengaragen mit rund 300 Stellplätzen abgedeckt wurde.

Die für den späteren Bedarf erforderlichen Stellplätze müssen auf neu zu erschließendem Gelände für ebenerdige Stellflächen bzw. auf den dafür vorgesehenen Standorten mit mehrgeschossigen Parkdecks erreicht werden.



13 Blick in die Gaststätte „Pappelhain"



Zusammenarbeit ist das Wichtigste

Eine Diskussion über Probleme einer kleinen Stadt



1 Blick auf Neustadt in Sachsen

Auf den Notizenseiten des Heftes 1/1972 veröffentlichten wir eine Luftbildaufnahme des neuen Wohngebietes am Bruno-Dietze-Ring in Neustadt (Sachsen). Wir hatten damit die Frage an unsere Leser gerichtet, was sie zu der dort realisierten städtebaulichen Lösung zu sagen hätten. Um es vorweg zu nehmen, sei gesagt, daß es dazu viele, und zwar sehr unterschiedliche Meinungen gibt. Inzwischen haben einige Aussprachen und Diskussionen stattgefunden, über die wir hier berichten wollen.

Da es dabei auch an Mißverständnissen nicht mangelte, möchten wir vielleicht doch zuerst etwas über die Absicht der Redaktion sagen, mit der sie dieses Foto veröffentlichte. Wir wollten mit diesem Foto das kritische Verantwortungsbewußtsein unserer Leser anregen, Tendenzen der Monotonie und des Schematismus, wo auch immer, zu begegnen und den Meinungsstreit um die städtebauliche Qualität neuer Wohngebiete zu fördern. Wir wollten mit dem veröffentlichten Foto auf ein allgemeines Problem aufmerksam machen, für das es sicher viele Beispiele gibt. Uns ging es nicht um eine Kritik an dem einzelnen konkreten Objekt oder an den Autoren. Auch lag uns nicht daran, irgendeinen „schwarzen Peter" zu finden, sondern um die Frage, was müssen wir in Zukunft besser machen, und welche Wege können wir dabei gehen! Die Redaktion führte zwei Gespräche über diese Probleme, das eine im Neustädter Rathaus, das zweite am Sitz des BdA-Bezirksvorstandes in Dresden. Unsere Gesprächspartner waren

in Neustadt

- Kollege Maschke, ehrenamtlicher Stadtrat für Bauwesen
- Kollege Winkler, Vorsitzender der Ständigen Kommission Bauwesen der Stadtverordnetenversammlung
- Kollege Wirthgen, Stadtbaumeister in Dresden
- Kollege Sniegon, Stellvertreter des Bezirksbaudirektors und Bezirksarchitekt
- Kollege Dr. Pampel, Stellvertretender Bezirksarchitekt
- Kollege Lässig, Stellvertreter des Vorsitzenden der Bezirksgruppe des BdA der DDR

Das waren in kurzen Worten zusammengefaßt die dort vertretenen Auffassungen:

Meinungen aus Neustadt

Wir begrüßen, daß die Redaktion „deutsche Architektur" einmal Probleme einer kleineren Stadt aufgegriffen hat. Neustadt ist zwar mit seinen rund 8000 Einwohnern keine große Stadt. Sie hat aber mit dem Aufbau des Landmaschinenbaukombinates „Fortschritt" starke Entwicklungsimpulse erhalten. Der Wohnungsbestand der Stadt erhöhte sich zum Beispiel in den vergangenen 12 Jahren auf das 2½fache. Das bringt natürlich Probleme mit sich. Als Abgeordnete und Staatsfunktionäre sind wir verpflichtet, sowohl gesamtgesellschaftliche Interessen als auch die unmittelbaren Bedürfnisse unserer Bürger zu vertreten. Ein Problem ist dabei, daß wir nicht selbst Auftraggeber für den Wohnungsbau sind. (Auftraggeber ist der Hauptplanträger Komplexer Wohnungsbau beim Rat des Bezirkes.) Wir verfügen auch nicht über eigene Planungsorgane. Die städtebauliche Planung führt das Büro für Städtebau beim Rat des Bezirkes durch. Eine komplexe Sanierung der Stadt in Angriff zu nehmen, dazu reichen unsere Mittel zur Zeit nicht aus. Folglich müssen wir den Wohnungsneubau an Standorten am Rande der Stadt durchführen. Darüber waren wir uns alle einig. Über die Bebauungskonzeption für das Wohngebiet am Bruno-Dietze-Ring gab es jedoch einen Streit zwischen der Stadt und den städtebaulichen Projektanten. Wir waren gegen so lange Zeilen. Der Projektant fand sie gut. Das Projekt wurde zwar etwas geändert. Zum Schluß standen wir aber vor der Frage: Weiterdiskutieren oder so bauen. Wir mußten uns für das letztere entscheiden. Uns blieb keine Wahl. Aber wir sind noch heute der Meinung, daß man ästhetische Gesichtspunkte im Interesse der Bautechnologie vernachlässigt hat. So etwas darf es nicht geben. Sonst verlieren auch die Abgeordneten an Glaubwürdigkeit bei den Bürgern, die sie vertreten. Wenn es auch in bezug auf die Qualität der Bauausführung anfangs viele Beschwerden gab, muß man auch sagen, daß man am Bruno-Dietze-Ring gut wohnen kann. Aber manches, wie zum Beispiel auch die farbliche Gestaltung, hätte besser sein können. Darum geht es uns jetzt bei der Planung für ein weiteres Wohngebiet, das in den nächsten Jahren in Neustadt gebaut wird.

Wir haben heute einen guten Kontakt zum Büro für Städtebau. Die Konzeption, die uns jetzt vorgelegt wurde, ist in der Gestaltung viel lebendiger und interessanter. Aber natürlich gibt es neue Probleme. Etwa 50 Millionen sind ja kein Pappenstiel. Das will gut durchdacht sein. Zum Beispiel sollen einige gesellschaftliche Einrichtungen erst später gebaut werden. Sie erscheinen uns aber sehr wichtig für das Leben der Bürger. Oder man schickte uns aus Dreden für die Vorbereitung der bildkünstlerischen Konzeption einen Maler. Die Stadt möchte mit den vorhandenen Mitteln aber einen Brunnen haben, wo auch die Kinder ruhig mal spielen können. So gibt es viele Fragen. Wir brauchen als Stadt **einen** ständigen Partner, einen Komplexprojektanten, mit dem wir von der Konzeption bis zur Ausführung alle Fragen klären könnten. In unserer kleinen Stadt haben wir keinen Architekten, der uns als Abgeordneter in allen diesen Fragen beraten könnte. Wäre es nicht eine dankbare Aufgabe für die BdA-Bezirksgruppe, einen Kollegen (oder ein Kollektiv) zu gewinnen, der uns ständig (ehrenamlich oder mit einer Art Betreuungshonorar) als Fachmann berät?

Man sollte sich auch einmal Gedanken machen, ob es nicht möglich wäre, für kleinere Sädte, die wie bei uns keine Vertragspartner sind, eine andere Verfahrensordnung zu entwickeln, die sichert, daß die Volksvertretung immer gut informiert ist und ihre Rechte im Rahmen der sozialistischen Demokratie auch voll wahrnehmen kann.

Meinungen aus Dresden

Das Bestreben, die Architekturdiskussion in der Zeitschrift zu fördern, kann man nur begrüßen. Wir sind jedoch der Auffassung, daß die Form der Veröffentlichung eines Luftbildes von dem Wohngebiet in Neustadt der Forderung nach einem sachlichen Meinungsstreit nicht entspricht, zumal die Bildunterschrift das generelle Anliegen der Redaktion nicht erkennen läßt. Das Luftbild stellt ebenso wie ein Lageplan die Konzeption für den, der den Standort nicht kennt, nicht real dar. Zum Beispiel ist aus dem Foto nicht ersichtlich, daß das Gelände einen Höhenunterschied von 10 bis 12 Metern aufweist. Das war aber ganz entscheidend für die Konzeption. Die Bebauung mußte aus technologischen Gründen den Höhenlinien folgen. Die entstandenen städtebaulichen Räume sind aus der Sicht der Menschen, die dort wohnen und nicht darüber fliegen, viel angenehmer. Die Blöcke wirken aus der Fußgängerperspektive (siehe Abb. 2 bis 3) nicht zu lang. Durch querstehende Blöcke, die auf dem Luftbildfoto nicht sichtbar sind, ist außerdem noch ein gewisser räumlicher Abschluß entstanden. Sicher stellt die städtebauliche Gestaltung aus heutiger Sicht nicht das Optimum dar. Man muß aber bedenken, unter welchen Bedingungen, die der Projektant nicht umgehen kann, eine Lösung entsteht.

Dazu gehörte zum Beispiel das damalige Typenangebot des Baukombinates, das eine beidseitige Erschließung der Gebäude nicht ermöglichte und damit der Gestaltung bestimmte Grenzen auferlegte. Deshalb stehen wir auch heute noch hinter dem Projektanten, der wirklich bemüht war, alle Möglichkeiten der Gestaltung, die in seiner Hand lagen, zu nutzen.

Eine ganz andere Frage ist, wie wir eine solche Aufgabe unter den heutigen Bedingungen lösen würden. Heute haben wir ein anderes Angebot an Projekten. Wir haben Typen mit beidseitiger Erschließung. Das ermöglicht trotz aller technologischen



2
Wohngebiet Bruno-Dietz-Ring. Die gestaffelten Wohnzeilen sind in dem stark hängigen Gelände den Höhenlinien angepaßt worden



3
Erschließungsstraßen und Abstellflächen für Pkw befinden sich am Rande des Wohngebietes



4
Blick auf die langen Zeilen des Wohngebietes, das Diskussionsgegenstand war

Bindungen, die das industrielle Bauen nun einmal mit sich bringt, die Gestaltung differenzierter städtebaulicher Räume. Das Projekt für ein neues Wohngebiet in Neustadt, aber auch Planungen für Freital und Coswig zeigen, daß wir einen Schritt vorangekommen sind. Leider konnten wir für das neue Wohngebiet in Neustadt nicht gleich einen Komplexprojektanten einsetzen. Die Forderung von Neustadt ist aber berechtigt, und wir werden dieses Problem auch so lösen, daß der Rat der Stadt einen verantwortlichen Partner erhält.
Übrigens werden schon jetzt regelmäßig alle Planungen für neue Wohngebiete in der Fachgruppe Städtebau der Bezirksgruppe des BdA der DDR diskutiert. Künftig sollte man zu diesen Diskussionen von Fachleuten auch Vertreter der betreffenden Städte einladen. Darüber hinaus ist beabsichtigt, in nächster Zeit eine Reihe von realisierten Wohngebieten gründlich zu analysieren, um daraus Schlußfolgerungen für eine weitere Qualifizierung des Wohnungsbaus im Bezirk ziehen zu können.

Meinungen der Leser und der Redaktion

Ein Foto und eine Frage als Bildunterschrift sind sicherlich als Information für eine sachliche Meinungsbildung zu wenig.
Das im Heft 1/1972 veröffentlichte Foto gibt zwar kein reales Bild von dem konkret dargestellten Wohngebiet, aber – wie zahlreiche Reaktionen unserer Leser zeigen – trifft es ein echtes Problem. Zu viele unserer neuen Wohngebiete erfüllen das Bedürfnis nach einer ästhetisch gestalteten und vor allem das gesellschaftliche Leben fördernden Umwelt nur unbefriedigend.

Oft werden dafür ökonomische oder technologische Gründe angeführt. Werden Sie nicht manchmal nur vorgeschoben? Sicher ist richtig, was unser Leser Siegfried Kretschmar aus Zeulenroda schrieb: „Im Städtebau müssen und können in jedem Falle Ökonomie und Architektur in Einklang gebracht werden. Das zeichnet den Architekten unserer Zeit aus." Einige der kritischen Zuschriften, die wir erhielten, sind sicher zum Teil aus einem Eindruck entstanden, der ihnen das von uns veröffentlichte Foto vermittelte. Deshalb möchten wir noch einmal betonen: Das Wohngebiet, um das es konkret geht, ist anders, ist besser, als es das Luftbild vermittelt. Davon haben wir uns selbst an Ort und Stelle überzeugt. Aber das Problem, um das es in den Zuschriften vor allem geht, ist generell von uns Architekten noch nicht gelöst.

Wir glauben, daß eine Diskussion nur helfen kann, unsere Wohngebiete interessanter zu gestalten. Die Meinungen aus Neustadt und Dresden zeigen, daß eine gute Zusammenarbeit zwischen den gewählten Organen der Stadt, den Städtebauern und Architekten die wichtigste Grundlage für gute Lösungen ist.

Schließlich möchten wir dem Dresdner Bezirksarchitekten danken, daß er in seinem Beitrag auf den Seiten 612 bis 615 bereits am konkreten Beispiel zeigt, daß die Architekten nicht stehen geblieben sind, sondern intensiv an besseren Lösungen arbeiten. Das ist richtig, denn eine Fehlerdiskussion bringt uns nicht weiter. Weiter bringen uns nur eine konstruktive Diskussion, neue Ideen und konkretes schöpferisches Handeln.

So schlägt unser Leser Franz Jahn, Berlin vor: „Ein altbewährtes Mittel ist der öffentliche Architektenwettbewerb, in letzter Zeit bei uns wenig genutzt. Bei der zugrundeliegenden Bausumme des Wohngebietes lohnt er sich bereits. Formvollendetere Ergebnisse wären mit Sicherheit zu Papier gebracht worden. Und eine Jury, deren Mitglieder – unbedingt ehrlich – gute Fachleute sind, kann ohne weiteres das beste Ideenprojekt und somit den 1. Preisträger ermitteln. Selbiger wird zum Projektleiter ernannt und übernimmt anschießend die Autorenkontrolle. Ihm muß ein Vetorecht eingeräumt werden, das vom Tage der Projektübernahme bis zur schlüsselfertigen Bauübergabe läuft, damit die Grundidee verteidigt werden kann."

Und Bernhard Richter aus Sargstedt schreibt in einem Brief an die Redaktion: „Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Umwelt den Menschen formt. Schwingt sich nun aber der Mensch zur Gestaltung seiner Umwelt auf, so sollte er sich auch dieses Umstandes bewußt sein, besonders in der Gegenwart und Zukunft ...

Der Mensch muß bedenken, wie lange seine zur Umwelt gewordenen Gedanken Menschen beeinflussen werden. Auch wenn wir in der Gegenwart schaffen, dürfen wir die nahe und ferne Zukunft nicht aus dem Blick lassen ..."

Dem können wir uns nur anschließen. Red.

Zur Notwendigkeit und Zielstellung der Generalbebauungsplanung für Kleinstädte

Dipl.-Ing. Dietrich Koch,
Architekt BdA/DDR,
Büro für Städtebau des
Bezirkes Frankfurt (Oder)

Fachliteratur, Fachtagungen und Erfahrungsaustausch vermitteln eine Vielzahl von inhaltlichen und methodischen Anregungen für die Praxis der Generalbebauungsplanung. Bei genauerem Hinsehen handelt es sich dabei jedoch in den meisten Fällen um die Behandlung von Problemen und Verfahren, deren Lösung und Anwendung bei der Generalplanung unserer Großstädte – bestenfalls noch ausgewählter Mittelstädte – von Bedeutung ist. Die rationelle und städtebaulich richtige Bewältigung der durch den VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe der umfassenden Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Bevölkerung bei gleichzeitig höchster volkswirtschaftlicher Effektivität der eingesetzten Investitionen und weitestgehender Erhaltung und Modernisierung vorhandener Grundfonds muß jedoch auch die Klein- und Mittelstädte verstärkt in den Interessenkreis der generellen städtebaulichen Planung rücken.

Die Entwicklung unseres sozialistischen Lebens und der dadurch geprägten Bedürfnisse hinsichtlich der wichtigen Funktionen Arbeiten, Wohnen, Bilden, Erholen geht auch in den kleinen Städten trotz der notwendigen Konzentrationen der Kräfte und Mittel unserer Gesellschaft auf die größeren Zentren der Arbeiterklasse weiter und erfordert auch hier die schrittweise Herausbildung geeigneter, das Gemeinschaftsleben fördernder städtischer Funktionsbereiche durch maximale Ausnutzung der örtlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten.

Der Reproduktionsprozeß der hier zu behandelnden Städte ist durch folgende, eine schrittweise Veränderung der gebauten Umwelt notwendig machende Wirkungsfaktoren gekennzeichnet:

Die Städte sind in ihren Kernbereichen Konzentrationspunkte von Bausubstanz mit hohem physischem und moralischem Verschleiß. Eine auf wissenschaftlicher Grundlage getroffene Entscheidung über die effektive Weiternutzung dieser Substanz einschließlich der dazu erforderlichen Maßnahmen und volkswirtschaftlichen Aufwendungen oder über ihren schrittweisen Ersatz ist erforderlich.

Die Städte haben fast ausnahmslos schon heute einen bestimmten Nachholebedarf an gesellschaftlichen Einrichtungen aufzuweisen, der zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner dieser Städte und ihres Einzugsbereiches schrittweise abgebaut werden muß. Die Ermittlung dieses Bedarfes und seiner Steigerungstendenzen ist standortbezogen als Bilanzierungsgrundlage erforderlich.

Die Städte werden aufgrund ihrer historisch entstandenen Stadtstruktur und Straßennetze in immer stärkerem Maße zu Konfliktpunkten des ruhenden und fließenden Verkehrs. Unabhängig von einer extensiven Entwicklung der Wirtschaftsstruktur und der EW-Zahl der Stadt entwickelt sich das Ausmaß des Verkehrs weiter. Die komplexe städtebauliche Untersuchung und Einordnung der hieraus unumgänglich resultierenden Investitionen auch in den kleineren Städten ist auf der Grundlage standortbezogener Prognoseberechnungen erforderlich.

Die Netze und Anlagen der technischen Infrastruktur entsprechen bereits heute in kapazitätsmäßiger Hinsicht und auf Grund ihres physischen Verschleißes nicht mehr den gewachsenen Anforderungen. Durch die schrittweise Modernisierung der erhaltungswürdigen Altbausubstanz im Laufe der nächsten Jahre werden die Anschlußwerte steigen, so daß auch ohne extensive Stadtentwicklung Leistungsschwellen der vorhandenen Netze und Anlagen überschritten werden. Eine exakte Ermittlung dieser Leistungsschwellen und der mit höchstem Nutzeffekt durchzuführenden tiefbaulichen Folgemaßnahmen der Modernisierung der Altbausubstanz ist erforderlich.

Die Städte weisen innerhalb ihres Territoriums stadtstrukturell und volkswirtschaftlich wertvolle Flächenressourcen auf, die als Standortangebote insbesondere für den komplexen Wohnungsbau im Bezirksmaßstab für den Bedarfsfall anzusehen sind. Die Untersuchung der Stadtortbedingungen und die Optimierung der Standorte unter dem Aspekt der geringsten volkswirtschaftlichen Aufwendungen bei ihrer Inanspruchnahme sind erforderlich.

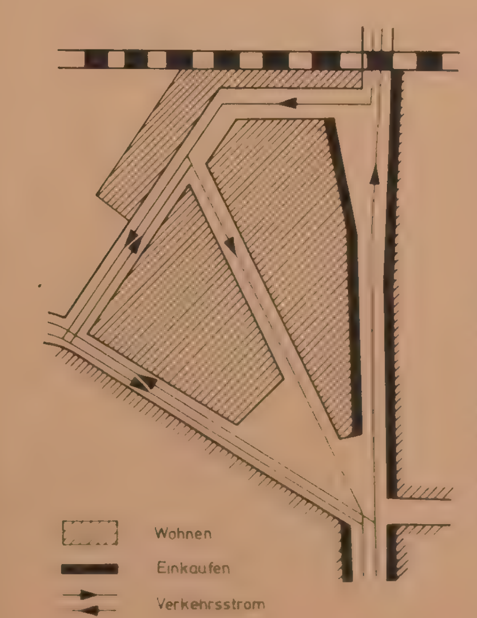
Den örtlichen Räten der charakterisierten Kategorie von Städten stehen gegenwärtig und zukünftig, entsprechend der Bedeutung der zu lösenden Probleme natürlich differenziert, zur Realisierung kleinerer und größerer Bauaufgaben folgende Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung:

1. Mittel und Kapazitäten für die Durchführung von Werterhaltungs-, Umbau- und

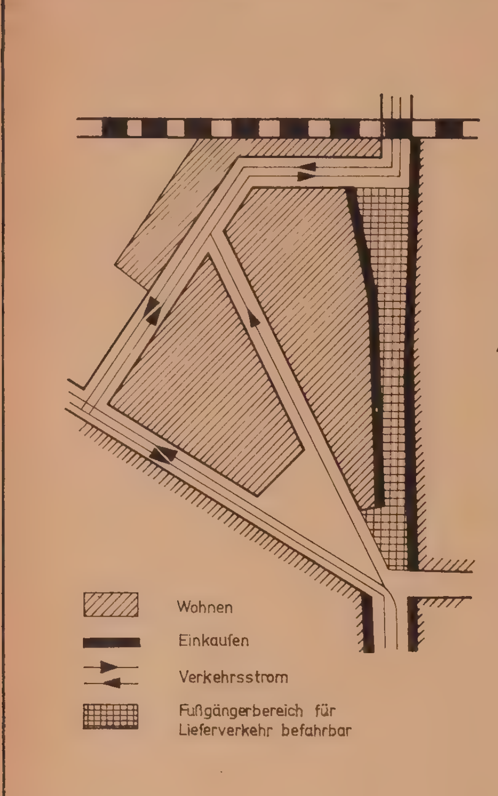
1

Beispiel zur schrittweisen Neuordnung der städtischen Funktionen im Zusammenhang mit Werterhaltungs-, Modernisierungs- und späteren komplexen Rekonstruktionsmaßnahmen

Oft ist den örtlichen Organen nicht klar, mit welch geringen Aufwendungen wesentliche Verbesserungen in der Funktionstüchtigkeit wichtiger Bereiche ihrer Stadt und damit im Wohlbefinden ihrer Bewohner erreichbar sind. Zur Realisierung des 1. Schrittes in diesem Beispiel gehören in erster Linie Wissen um die Möglichkeiten und Initiative.



Bestehende Situation:
Das Gebiet ist gekennzeichnet durch einen hohen Grundmittelwert und hohen Funktionswert der vorhandenen baulichen Grundfonds. Reparatur und Modernisierung sind bei fast allen Gebäuden volkswirtschaftlich lohnend. Die bauliche Grundstruktur des Gebietes muß deshalb im wesentlichen erhalten bleiben.
Aus der historischen Entwicklung heraus entstand eine Überlagerung der Funktionen Wohnen, Einkaufen und Hauptverkehrsstraße im Verlauf eines Straßenzuges mit allen negativen Folgeerscheinungen: Lärm, Abgase, Belästigung, Gefährdung, zeitweilige Trennung der räumlich eng benachbarten und funktionell zusammengehörenden Strassenseiten. Hauptstörfaktor ist der Verkehr. Weiterhin entstand ein sehr hoher Überbauungsgrad mit ungenügender Besonnung und ungenügenden Freiflächen für die Wohnungen. Die Ausstattung mit Kindereinrichtungen ist unzureichend



Abhilfe (1. Schritt)
Entflechtung sich störender Funktionen durch Verlagerung des Verkehrsstromes aus dem Einkaufsbereich (die Umorganisierung des Einbahnstraßensystems ohne Investitionen und ohne Gebäudeabbruch ist eine rein verkehrsorganisatorische Maßnahme!) und Ausbau des Straßenraumes zwischen den Ladenfronten als befahrbarer Fußgängerbereich (Baumaßnahmen realisierbar im Rahmen des Wettbewerbs „Schöner unsere Städte und Gemeinden") Belieferung der Läden erfolgt außerhalb der Spitzenzeiten über den Fußgängerbereich.
Durchführung von Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den Wohnbereichen der Gebäude entsprechend dem Plan der Werterhaltung und Modernisierung mit Ausnahme der bei künftiger weiterer komplexer Umgestaltung unter Abbruch fallender Gebäude.
Durchführung notwendiger Lückenschließungen zur Erreichung eines harmonisch baulichen Gesamtbildes.

2

3

P
P
KG

Abhilfe (2. u. 3. Schritt)
Schrittweise bauliche Veränderung der Gebäude mit Läden und der Außenanlagen bis zur vollen rückwärtigen Erschließung der Läden.
Entkernung der Innenhöfe, Schaffung der notwendigen Freiflächenfunktionen und gesellschaftlichen Einrichtungen, Bau einer Zentrumstangente zur Sicherung der wachsenden Verkehrsfunktion und zur Gewährleistung der Wohnruhe in den sanierten Altbaublöcken (Umfunktionieren des bisherigen Straßenhauptnetzes zum Nebennetz), Ausbau eines dem neuen Hauptnetz zugeordneten Parkplatzsystems.
Notwentige bauliche Ergänzung der zentralen Gebäudefunktionen.

Wohnen
Einkaufen
Fußgängerbereich
KG Kindergarten
P Parkplatz

Modernisierungsmaßnahmen entsprechend den staatlichen Planauflagen und Normativen

2. Mittel und Kapazitäten verschiedener Planträgerbereiche einschließlich des Komplexen Wohnungsbaues

3. Mittel und Kapazitäten der gesellschaftlichen Masseninitiative einschließlich der Initiative ortsansässiger Betriebe.

Die planmäßige Leitung dieser objektiv und entwicklungsbedingt wirkenden Faktoren sowie der planmäßige und effektive Einsatz der örtlich vorhandenen Mittel und Möglichkeiten erfordern den Generalbebauungsplan als komplexes und in sich koordiniertes Führungsinstrument für alle im städtischen Territorium verlaufenden baulichen Prozesse und Maßnahmen auch für die kleinen Städte.

Der Verzicht auf die Generalbebauungsplanung der Kleinstädte hätte zur Folge, daß

Modernisierungs- und Werterhaltungsmittel zu erheblichen Teilen in volkswirtschaftlich nicht lohnende Objekte investiert werden,

bauliche Festpunkte an Standorten geschaffen werden, die eine optimale und funktionsgerechte Stadtentwicklung in der Zukunft behindern,

Investitionen der Fachplanträger für die technische Infrastruktur auf der Grundlage nicht koordinierter fachspezifischer Konzeptionen an Teilsystemen erfolgen, die für die weitere Stadtentwicklung im Sinne der planmäßigen Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner ohne jede Bedeutung sind,

wertvolle gesellschaftliche Initiative (NAW, „Mach mit — Schöner unsere Städte und Gemeinden") an falschen oder ungeeigneten Objekten realisiert wird,

und schließlich

daß keine ausreichenden Bilanzgrundlagen für erforderliche finanzielle Aufwendungen aus dem Staatshaushalt für Investitionen, Werterhaltungsmittel, Kreditausreichungen für die Durchführung von Baumaßnahmen an Objekten verschiedener Eigentumsformen sowie für die einzusetzenden Baukapazitäten erarbeitet werden.

Die bisherige Argumentation führt zu der Schlußfolgerung, daß die Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen für Kleinstädte, die auf folgende spezifische Fragen orientiert sind, dringend erforderlich ist:

1. Wie sieht die volkswirtschaftlich und funktionell-gestalterische effektivste Lösung für die Reproduktion der hochbaulichen Grundfonds in der jeweils betrachteten Stadt aus? Welche Standorte und Objekte sind für eine komplexe Rekonstruktion und Modernisierung geeignet und welche Standorte sind innerhalb und außerhalb der Rekonstruktionsgebiete geeignet, Wohnungsneubau mit geringstem Erschließungsaufwand aufzunehmen?

In welchem Maße ist der schrittweise Ersatz vorhandener Bausubstanz notwendig?
Welche Kapazitäten und Mittel sind in welchen Zeiträumen für Reparaturen, Modernisierung und Ersatzbauten erforderlich und was ist zu tun, um zwischen Erfordernis und Möglichkeiten Bilanzgleichheit herzustellen?

2. Welche Maßnahmen werden durch Modernisierung und Wohnungsneubau in den

Anlagen und Netzen der stadttechnischen Erschließung ausgelöst?

3. Wie entwickelt sich der Bedarf an gesellschaftlichen Einrichtungen in der Stadt und welche Maßnahmen sind erforderlich um den Bedarf zu befriedigen?

4. Welche verkehrsbaulichen und verkehrsorganisatorischen Maßnahmen sind in welcher zeitlichen Reihenfolge auf Grund der laufenden Erhöhung des Motorisierungsgrades der Bevölkerung und der Wirtschaft innerhalb der Stadt und in ihrem Umland zu realisieren?
Welche Ressourcen sind im Verkehrsnetz enthalten?

5. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtfunktion und der Umweltgestaltung können unter bevorzugter Inanspruchnahme der gesellschaftlichen Masseninitiative realisiert werden?

Gerade die Kleinstädte sind vielfach Schwerpunkte der Werterhaltung, Modernisierung und des Um- und Ausbaues von alter Bausubstanz. Dabei gilt es die volkswirtschaftlich lohnenden Objekte und Altbaugebiete durch ökonomische Berechnungen herauszufinden und dabei gleichzeitig ihre Wertigkeit für die künftige städtebauliche und funktionelle Entwicklung der Stadt zu bestimmen.

Modernisierungs- und Werterhaltungsmaßnahmen müssen in den Kleinstädten als wesentliche Chance für die künftige Neuordnung der städtischen Funktionen genutzt werden, d. h. Altbausubstanz darf nur auf der Grundlage komplexer genereller Planungen modernisiert und repariert werden.

Nachdem die volkswirtschaftlich lohnenden Objekte durch ökonomische Variantenrechnung gefunden wurden, ist die Restnutzungsdauer der Gebäude und Straßenzüge anhand der aus der komplexen generellen Planung abzuleitenden zukünftigen notwendigen Verkehrsbaumaßnahmen, Maßnahmen für den Ausbau der Freiflächen- und Erholungssysteme, zu schaffender Fußgängerbereiche, Auskernungsmaßnahmen usw. größenordnungsmäßig zu bestimmen. Nach der so bestimmten Restnutzungsdauer ist der finanzielle und materielle Aufwand sowie die Reihenfolge der Reparatur- und Modernisierungsmaßnahmen festzulegen.

Es ist also der Grundsatz zu beachten, daß speziell bei den Kleinstädten, die im bedeutendem Maße Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchführen werden, jede bauliche Maßnahme unmittelbar oder mittelbar einen Schritt zur Neuordnung der städtischen Funktionen darstellen muß, wenn nicht wesentliche Chancen zur Realisierung der gestellten Hauptaufgaben der schrittweisen umfassenden Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verpaßt werden sollen.

Es muß demzufolge bei dieser Gelegenheit der Appell an die verantwortlichen staatlichen Organe gerichtet werden, für eine rechtzeitige und komplexe stadtplanerische Vorbereitung der Maßnahmen der Werterhaltung und Modernisierung insbesondere in den kleinen Städten der DDR Sorge zu tragen. Gleichzeitig ist es erforderlich, wissenschaftliche Untersuchungen und die Erarbeitung von planungsmethodischem Rüstzeug kurzfristig verstärkt auf die Problematik der kleinen Städte zu konzentrieren.



4|5 Beispiele für die Rekonstruktion erhaltenswerter Gebäude von kulturhistorischer Bedeutung: Altstadt in Weimar



Baugebundene Kunst im Wohngebiet

Ergebnisse eines Kolloquiums der Kunsthochschule Berlin

Dr.-Ing. Bernhard Geyer, Architekt BdA/DDR
Kunsthochschule Berlin

Der Gegenstand dieser Arbeitstagung entsprach den übergeordneten gesellschaftlichen Forderungen nach einer komplexen sozialistischen Gestaltung unserer Wohnumwelt; er war deshalb – schon in der Vorbereitung – auf die ihm eigene Vielschichtigkeit im praktischen wie im theoretischen Bereich orientiert. Die Synthese von Architektur und bildender Kunst wurde als eine weitgespannte Integration angesehen und behandelt, als eine Integration von Stadtplanung, Architektur, Malerei, Plastik, industrieller Formgestaltung, Agitations- und Werbegrafik auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Gesellschafts- und Kunstwissenschaften.

Dieser Komplexität wurden auch der Teilnehmerkreis gerecht sowie die Themen der Referate und Diskussionsbeiträge (s. Aufstellung). Hierin bestand die Hauptvoraussetzung für die bedeutende Effektivität des Kolloquiums. In gleicher Weise wirkten sich auch die gute Vorbereitung aus, die Durchführungsform, das räumliche Milieu im Institut für baugebundene Kunst, die somit zustande gekommene Atmosphäre eines Werkstattgesprächs und nicht zuletzt auch die institutionelle Komplexität der Beteiligung, d. h. aus dem Partei- und Staatsapparat, aus der Bevölkerung, aus den Fachverbänden, aus Wissenschaft, Praxis, Lehre und Studentenschaft. Jeder Teilnehmer konnte daher eine Fülle genereller wie spezieller Anregungen und Informationen mit nach Hause nehmen. Diese große Vielfalt macht es nicht leicht, eine knappe Zusammenfassung der Ergebnisse zu erreichen, wie sie im folgenden versucht werden soll:

Zu den wissenschaftlich-ideologischen Voraussetzungen

1. Die kritische Auswertung vorhandener Beispiele der Synthese von Architektur und bildender Kunst – insbesondere bei der Gestaltung von Wohngebieten – lenkt die Aufmerksamkeit auf Probleme in der Leitung, Planung und Durchführung der entsprechenden Prozesse. Hierbei zeigen sich immer wieder Lücken und Mängel in der weltanschaulichen Fundierung der wissenschaftlich-ideologischen Grundrichtung der Synthesearbeit.

2. Als Schwerpunkt der weiteren Arbeit bei der komplexen künstlerischen Gestaltung von Wohngebieten erscheint die **Analyse der Lebensprozesse** der unmittelbaren und mittelbaren Nutzer – heute, morgen und in der Zukunft. Dabei müssen insbesondere die Entwicklungstendenzen aller materiell-technischen Voraussetzungen in die Untersuchung mit einfließen.

Folgende Fragenkomplexe stehen hiermit u. a. im Zusammenhang:

- Berufsstrukturen im Wohngebiet
- Arbeitszeit-Entwicklung
- Freizeitfonds-Entwicklung
- Wechselwirkung zu Arbeitsstätte, Stadtzentrum und anderen Stadtteilen.

3. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die **Analyse der Erlebnisprozesse** im architektonisch-bildkünstlerisch gestalteten Raum, die gleichermaßen eine Analyse der Wirkungsweise von Architektur und bildender Kunst sein muß. Kultursoziologische und kunstwissenschaftliche Grundlagen fehlen hier und sollten, da sie voraussetzenden Charakter tragen, kurzfristig erarbeitet werden. Zu wenig wissen wir vom Menschen von heute – und noch weniger kennen wir natürlich den Menschen von morgen und dessen Wahrnehmungs- und Erlebnisfähigkeit. Seine Rolle als Rezipient im architektonischen Innen- und Außenraum, im Kollektiv wie als Einzelpersönlichkeit ist in erheblichem Maße noch unerforscht. Wir wissen nur um die neuen Dimensionen, die diesen künftigen Menschen im Denken und Handeln bestimmen werden. Wir rechnen mit neuartigen Umweltbedingungen, mit einem stark veränderten Lebensrhythmus, mit einer revolutionierenden Entwicklung der Massenmedien, der Reise- und Transportmittel – und nicht zuletzt mit der Vertiefung und Verbreitung unseres marxistisch-leninistischen Weltbildes.

Für diesen Menschen – und für dessen Kinder und Enkel – bauen wir heute und gestalten Umwelt und künstlerische Werke!

Um heute richtig und progressiv planen und gestalten zu können bedarf es unausweichlich einer kunstwissenschaftlichen Grundlagenforschung, deren Zielstellung die Theorie der Wirkung und Bewertung künstlerischer Elemente im architektonischen Raum sein sollte.

4. Auf der Grundlage der vorgenannten Analysen ergeben sich für die Gestaltung der Wohngebiete spezielle Schlußfolgerungen.

Die Struktur der städtebaulichen Räume und Freiflächen sowie der Verlauf der Kommunikationswege und ihre Konzentrationen sind die Ausgangspunkte der Überlegungen im Hinblick auf das Zusammenwirken der künstlerischen Elemente, ihrer Abstimmung und ihrer Standortwirkung.

Hier stehen die Fragen: Wo und wie sind die Menschen eingestimmt auf die Aufnahme von künstlerischen Impulsen? Wie wirken die Baufunktionen, die Raumdimensionen, die Blickbeziehungen auf die Ausstrahlung der Kunstwerke?

Auch der Charakter der Bewegung des Menschen, als Fußgänger oder als Fahrender, auf dem Wege zur Arbeit, zum Zentrum, zum Erholungsgebiet ist bestimmend für das Bildwerk und die Bildwerkfolge.

Die Analyse dieser Faktoren ist also Voraussetzung für die inhaltliche Konzeption des Einzelbauwerkes, für dessen Form, Maßstab und Plazierung.

Besondere Beachtung verlangen die Bauten gesellschaftlicher Gemeinschaftseinrichtungen, die im Wohngebiet – einzeln und namentlich im Ensemble – Konzentrationspunkte im allgemeinen Erlebnisbereich sind.

5. Die inhaltlich-thematische Strukturierung für die künstlerische Gestaltung der Wohngebiete ist für die Beteiligten – in erster Linie jedoch für den gesellschaftlichen Auftraggeber – eine schwierige und anspruchsvolle Aufgabe. Sie ist im Rahmen der politisch-ideologischen Zielstellung zu lösen. In ihr werden die Rahmenthemen aus dem politischen, dem historischen und dem musischen Bereich festgelegt. Hier ist die Frage der richtigen Relation zur Gesamtheit der Stadt und zum sozialistischen Wohngebiet wichtig, wie auch die Forderung nach dialektischen Spannungsverhältnissen durch lebendige Differenzierung der Themen.

Gemeint sind solche Wechselbeziehungen wie z. B. zwischen dem:

- Repräsentativen und Intimen,
- dem Gesamtgesellschaftlichen und Individuellen,
- dem konkret-bildhaften und ornamental-schmuckhaften sowie
- dem Historischen und Zeitlichen und Prognostischen.

„Hier (im Wohngebiet – d. V.) werden weniger monumentale Kunstwerke im Vordergrund stehen, die in der Regel zentralen Stätten vorbehalten sind, sondern Vorhaben, die im intimen Raum wirken. Parteiliche, unser sozialistisches Leben bejahende Kunstwerke neben Genre-Darstellungen, welche diese Tendenzen durch heitere und dekorative Gestaltungen bereichern, sollen das Verhältnis von Wohnen, Spiel, Sport, Erholung und Natur glücklich verbinden." (R. Pape: Bildkünstlerische Gestaltung in Wohngebieten, Mitteilungen des VBK/DDR, 1/72)

In diesen Zusammenhang gehört auch die Festlegung der künftigen Straßen- und Platzbezeichnungen sowie die Namen von gesellschaftlichen Einrichtungen wie Schulen, Kulturbauten, Gaststätten usw. Hierin muß eine Korrespondenz zum Bildkünstlerischen bestehen; die baugebundene Kunst sollte von den Straßen- und Gebäudenamen entweder ausgehen, an sie anknüpfen oder nur ein Anklingen erreichen – sie aber auf keinen Fall ignorieren. Ziel der Bemühungen müßte demnach sein, auch diesen Fragen die entsprechende Beachtung zu schenken.

Die Konzipierung der städtebaulich-bildkünstlerischen „Informationsstruktur", die durch die Verteilung, Graduierung und Abstimmung der Themen und Namenbezeichnungen wesentlich mitbestimmt wird, war in der bisherigen Arbeit meist ein schwacher Punkt und in erster Linie auf theoretische Unklarheiten über die Wirkungsweise der bildkünstlerischen Gestaltung wie auch über die echten Bedürfnisse der Menschen zurückzuführen.

Zur künstlerischen Problemstellung

6. Die Frage der Baugebundenheit der Kunst ist nach vielen Richtungen hin noch offen; sie reicht vom baueingebundenen bis zu dem mit dem Bau in Korrespondenz stehenden Werk.

Bildende Künstler und Architekten sollten gemeinsam den Durchbruch zu einer erheblich größeren Palette der Möglichkeiten vollziehen.

Neue Materialien, Konstruktionen und Technologien führen in der Gegenwart zu neuen Bauformen, die zweifellos auch neue Formen der Baugebundenheit provozieren werden; man muß Versuche machen – und auch die hierzu unabdingbare Geduld und Beharrlichkeit aufbringen. Man sollte aber auch weiterhin die Frage der serienmäßigen Anwendung von bildkünstlerischen Elementen nach dem Baukastenprinzip verfolgen. Gerade im Wohngebiet – und besonders im heiter-musischen bis zum dekorativen Bereich – erscheint die variierende Wiederverwendung von malerisch-plastischen wie auch grafischen Gestaltungslösungen als gesellschaftlich gerechtfertigt und auch künstlerisch legitim. Zweifellos bestehen hier echte Ansatzpunkte und Überlegungen, die nach vielfältigen Experimenten drängen. Es ist eindeutig, daß damit der Boden herkömmlicher Kunstauffassungen verlassen wird – Kunstauffassungen, die Einmaligkeit (Unwiederholbarkeit) ebenso wie die handwerkliche Herstellung als Kriterien wahrer Kunst uneingeschränkt ansehen.

Die baugebundene Kunst muß in ganz besonderem Maße aus dem Material her und aus den hieraus resultierenden Techniken schöpferisch sein. Es gilt, ein großes Forschungsfeld zu bestellen. Das schließt jedoch die Anwendung und erst recht die progressive Weiterentwicklung oder Wiederentdeckung traditioneller Materialien und Techniken nicht aus. So verharrt z. B. die Baukeramik noch immer zu sehr im Interieur; sie weit mehr in den städtebaulichen Raum – und namentlich in das Wohngebiet – zu bringen, würde sich offenbar sehr lohnen.

7. Das Gebiet der Agitation und Werbung im städtebaulichen Raum der Wohngebiete

muß ebenfalls als ein bedeutender Schwerpunkt angesehen werden – insbesondere im Bereich der Kommunikationsballungen in Verbindung mit gesellschaftlichen Einrichtungen.

Vieles, was an Arbeitserfahrungen beim Bau unserer Stadtzentren vorliegt, ist auch im Wohngebiet anwendbar. Trotzdem bedingt die Spezifik in diesem Bereich eine besondere Grundlagenuntersuchung wie sie für Zentren bereits vorliegt und weitergeführt wird (Rolf Walter: Studie zur visuellen Kommunikation in der Stadt, Manuskript KHB). Arbeitserfahrungen aus der Kunsthochschule Berlin – obwohl noch unvollkommen – lassen es als gerechtfertigt erscheinen, die Werbung, das heißt, die merkantile Agitation im Wohngebiet außerordentlich dezent vorzunehmen, sie nur als schlichte Information über Kauf- und Dienstleistungseinrichtungen usw. anzusehen. Mit Rücksicht darauf, daß Handel und Gastronomie in unseren Wohngebieten meist in Ensemblewirkung zu kulturellen oder zu Freizeiteinrichtungen stehen, ist eine Werbung im hergebrachten Sinne problematisch.

Demgegenüber erscheint die Frage der politischen und kulturellen Agitation im Wohngebiet als außerordentlich bedeutungsvoll; hier sollten kultur-soziologische Untersuchungen ansetzen. Das Inhalt- wie auch das Formproblem sind auf diesem Gebiet noch nahezu ungelöst. Es steht jedoch zu erwarten, daß sich diese Art des geistigen Austausches in entwickelten Formen zum echten Bedürfnis in einer künftigen hochgebildeten Gesellschaft wandeln wird, und daß sich hierbei auch differenzierteste Möglichkeiten zur aktiven künstlerischen Selbstbetätigung eröffnen.

Im engen Zusammenhang mit den bildkünstlerischen und den werbegestalterischen Elementen steht natürlich die farbige Gestaltung der architektonischen Räume. Hier treten besondere Probleme im Hinblick auf die Einflüsse der Struktur, der Dimensionen und der Himmelsrichtung auf. So erscheint es als notwendig, die Aufmerksamkeit des Gestalters auf die Verhältnisse in den Maßstäben zu lenken, auf die Dialektik von Farbe und Struktur, auf den Zusammenklang flächiger und punktförmiger Elemente bzw. Akzente sowie auf ihre Wirkung besonnt, unbesonnt oder bei Nacht.

9. Ein Schwerpunkt besonderen Charakters ist die industriell-formgestalterische Durchdringung der Wohngebiete bis in die einzelne Wohnung selbst. Gemeint ist die umfangreiche Reihe der Elemente und Elementekombinationen, angefangen bei Kiosken und anderen „Kleinarchitekturen" über die technischen Ausstattungselemente wie Masten, Verkehrsregelungsanlagen usw. über die sog. „Straßenmöblierung" bis hin zu Briefkästen, Feuermeldern, Spielgeräten und bis zu den vielfältigen Elementen im individuellen Wohnbereich, zur Sanitäreinrichtung, zu Beleuchtungskörpern, Beschlägen, Lichtschaltern etc.

Die hierzu bestehende Uneinheitlichkeit, die zum Teil mangelhafte funktionelle Qualität und nicht zuletzt die Mängel in der Gestaltung sind schon längst Gegenstände der Kritik der Bevölkerung.

Formgestalter und Architekten haben sich schon seit geraumer Zeit diesem ernsten Problem zugewandt. Trotzdem sind die Fortschritte in dieser Angelegenheit noch völlig unbefriedigend.

Die Gründe bestehen in folgenden Tatsachen:

Die betreffenden Erzeugnisse kommen aus einer Vielzahl von Industriezweigen, VVB und Produktionsbetrieben des In- und Auslandes, die sich nur außerordentlich geringfügig koordinieren.

Die erzeugenden Betriebe mißachten z. T. die Erfordernisse der Neuentwicklung und der progressiven Gestaltung; Beispiele der „Tonnenideologie" sind nicht selten.

Die Generalauftragnehmer des komplexen „Erzeugnisses Wohngebiet", die Wohnungsbaukombinate also, vernachlässigen in der Regel die gestalterischen Ansprüche unserer Bevölkerung, indem sie ihre Bestrebungen hauptsächlich auf die Ökonomie der Bauherstellung konzentrieren und zu wenig auf die komplexe Nutzungseffektivität ihrer Finalprodukte Wohnung und Wohngebiet. Sie betreiben damit meist eine Ökonomie „pro domo", eine Betriebsökonomie.

Wir glauben, daß es an der Zeit wäre, dieses bedeutungsvolle Problem mit Hilfe zentraler Maßnahmen anzugehen.

Forschungserkenntnisse aus der Kunsthochschule Berlin sowie praktische Erfahrungen aus der Gestaltungsarbeit an Wohngebieten führten zur Formulierung einiger Forderungen:

- Als Grundvoraussetzung muß die Koordinierung und gestalterische Abstimmung sämtlicher zuliefernder Elementeindustrien herbeigeführt werden. Die Federführung kann nur ein Konsortium der Finalproduzenten (Baukombinate) unter Leitung des ihnen übergeordneten Ministeriums für Bauwesen übernehmen. Wesentlichen Einfluß sollte dabei das Amt für Formgestaltung beim Ministerrat der DDR ausüben.
- Erste Arbeitsphasen müssen wissenschaftliche und methologische Grundlagen erbringen, d. h. Ausgangspositionen für eine systematische Entwicklung und Gestaltung der Ausbau-, Ausstattungs- und Ausrüstungselemente im öffentlichen und individuellen Wohnbereich.
- Zielstellung muß sein, ein Angebotskatalogwerk allseitig abgestimmter, vielseitig kombinierbarer, austauschfähiger Elemente zu entwickeln, die dem planenden Architekten eine gute Auswahl von Möglichkeiten bietet, um Wohnungen und Wohngebiete – wie auch die Stadtzentren, die Produktionsgebiete, die Erholungsbereiche usw. – im Sinne der komplexen sozialistischen Umweltgestaltung konzipieren zu können.

Fragen der Gemeinschaftsarbeit

9. Die Arbeit an Aufgabenstellungen der Synthese von Architektur und bildender Kunst stellt große Ansprüche an alle Beteiligten – um so mehr, je komplexer der Arbeitsgegenstand ist. Insofern verlangt gerade auch die Gestaltung der Wohngebiete einen hohen Einsatz an Kollektivgeist und schöpferischer Leistung. Im Vordergrund steht zunächst die wohlüberlegte Zusammensetzung der Bearbeitergruppe; wohlüberlegt d. h. nach unserer Erfahrung, wenige, jedoch komplex denkende Persönlichkeiten, die in der Lage sind, zur rechten Zeit eine qualitative oder quantitative Erweiterung des Kollektivs vorzunehmen. Mit anderen Worten: Bildung eines Kernkollektivs mit Vertretern der Disziplinen Malerei, Plastik, Architektur und Gesellschaftswissenschaften, das sich dann je nach Notwendigkeit erweitern kann, um Kräfte aus der Grafik, der Formgestaltung, der Baukeramik, der Farbgestaltung, der Grünplanung, des Verkehrswesens, der Kommunalverwaltung usw. an der Aufgabenlösung zu beteiligen.

10. Mit der baugebundenen Kunst ergeben sich für den bildenden Künstler neue z. T. auch völlig ungewohnte Arbeitserfordernisse. Gemeint sind die Erfordernisse der Kalkulation, des Vertragswesens, der Zeitplanung usw. Wenn auch nur dem Notwendigsten Rechnung getragen wird, so ist es trotzdem eine Belastung, die ihre Zeit beansprucht und deshalb von vornherein einbezogen sein muß, damit sie nicht etwa auf Kosten der gründlichen, kontinuierlichen schöpferischen Arbeit gehen kann. Denn nur in diesem letztgenannten Prozeß entsteht die baugebundene Kunst, vollzieht sich die Synthesearbeit.

11. Innerhalb der Synthesearbeit sind noch einige ideologische Klärungen zu erzielen; gemeint ist hierbei besonders die Frage der Zusammenarbeit bei den konzeptionellen Vorbereitungen. In der Praxis wie auch in der Lehre bestehen diese Probleme. Nach dem in den vergangenen Jahren oft – mit Recht – darüber geklagt wurde, daß der gesellschaftliche Auftraggeber die Themen und der Architekt die Standorte und Ausmaße der künstlerischen Werke mehr oder weniger vorschrieb, ohne die bildenden Künstler mit einbezogen zu haben, so zeigt sich heute andererseits noch wiederholt, daß die bildenden Künstler die konzeptionelle Arbeit nur verhalten leisten und abwarten, bis es zur konkreten Umsetzung in das künstlerische Werk selbst kommt. Hier bestehen offenbar Fehleinschätzungen. In der weiteren praktischen Arbeit muß beharrlich darauf hin gewirkt werden, daß in aller Breite ein Umdenkprozeß in dieser Frage eintritt. Keineswegs glauben wir, daß es sich hierbei um eine reine Bequemlichkeit handelt. Vielmehr liegen wohl die Ursachen solcher Erscheinungen u. a. in der Fundierung auf philosophischen und auf kunst- oder kulturtheoretischen Gebieten. Aber gerade in der baugebundenen, in der städtebaulich-architektonischen, in der massenwirksamen und auf lange Sicht abgestimmten Kunst ist die ideologisch-theoretische Durchdringung der Arbeit von grundlegender Bedeutung – und wir müssen danach handeln.

12. Die politisch-ideologische Aufgabenstellung (Zielsetzung) wird in der Regel zum Beschluß erhoben und ist daher bindend für die weitere Arbeit. Man muß deshalb von ihr verlangen, daß sie der Fortentwicklung in den darauffolgenden Arbeitsphasen genügend Raum läßt, ja, daß sie die Vielfalt der Ideen in der weiteren Durcharbeitung sogar begünstigt. Um dies zu gewährleisten, sollte die Aufgabenstellung mit großer künstlerischer Phantasie und mit Weitsicht konzipiert sein; zum anderen darf sie nur echte Rahmenfestlegungen enthalten, die ein weites Feld der künstlerischen Entfaltung offenlassen.

Das Kolloquium selbst erwies sich als Gemeinschaftsarbeit, als eine ungemein produktive Form des Austausches, der Klärung und Anregung. So wurde in der Diskussion und in vielen persönlichen Gesprächen geurteilt. Als Bestandteil der diesjährigen Studententage, die im Zeichen des 25. Gründungstages der Kunsthochschule Berlin verliefen, gewann diese Veranstaltung breite Ausstrahlung. Mit voller Berechtigung wurde sie in die Reihe der Seminare zur Synthese von Architektur und bildender Kunst gestellt, die in den vergangenen Jahren gemeinsam durch VBK und BdA abgehalten wurden. Die Hochschule und ihr Institut für baugebundene Kunst fügte mit diesem Kolloquium ihrer umfangreichen Praxisarbeit eine bedeutende theoretische Aktivität hinzu.

Referate und Beiträge

1. Zu den Beziehungen zwischen Bildwerk und Bauwerk im Wohngebiet.
Referent: Dr. phil. Meuche, Rat der Stadt Rostock
2. Probleme der gestaltenden Architektur
Referent: Architekt Dr.-Ing. Stahn, Berlin
3. Bildkünstlerische Konzeptionen für Berliner Wohngebiete
Referent: Architekt Graffunder, VE WBK Berlin
4. Bildende Kunst in der praktischen städtebaulichen Kommunikation
Referent: Dr. phil. Werner, Kunsthochschule Berlin
5. Arbeitserfahrungen bei der architektonisch-bildkünstlerischen Gestaltung unserer Wohngebiete
Referent: Architekt Dr.-Ing. Geyer, Kunsthochschule Berlin
6. Funktion und Wertigkeit der Synthese-Beziehungen zwischen Architektur und bildender Kunst
Beitrag: Prof. Dr. phil. habil. Emmerich, TU Dresden
7. Zur industriegerechten Gestaltung bildkünstlerischer Elemente
Beitrag: Architekt Dipl.-Ing. Kästner, Rat des Bezirkes Cottbus
8. Zur Gestaltung der Wohngebiete als Teil der Gesamtstadt
Beitrag: Architekt Dr.-Ing. Flierl, Berlin
9. Probleme der industriellen Formgestaltung des Ausbaus und der Ausstattung im individuellen Wohnbereich
Beitrag: Dipl.-Formgestalter Porsdorf, Kunsthochschule Berlin
10. Schwerpunkte in der weiteren praktischen Synthesearbeit
Schlußwort: Prof. Womacka, Kunsthochschule Berlin

Thesen zur Entwicklung von Maßnahmen des Bauwesens für die Gesunderhaltung der Bevölkerung in den Wohn- und Arbeitsstätten und zur Verbesserung der landeskulturellen Bedingungen

Dipl.-Ök. Ing. Kurt Weinrich
Architekt BdA/DDR

Beim weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR hat das Bauwesen zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen:

- Voraussetzungen für die erweiterte Reproduktion der materiellen baulichen Anlagenfonds der Volkswirtschaft zu schaffen
- Optimale Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bevölkerung mit städtebaulichen und architektonischen Mitteln sowie der baulichen Gestaltung der Arbeitsstätten und Wohngebiete zu gewährleisten.

Im Rahmen der Gesamtaufgaben zur Gesunderhaltung der Bevölkerung ist die Schaffung gesundheitsfördernder Umweltbedingungen eine der Hauptaufgaben des Bauwesens. Im Bereich der städtebaulichen Planung, Projektierung, Bauausführung und der staatlichen Leitung im Bauwesen sind Maßnahmen einzuleiten, die im Komplex schrittweise die Schaffung einer gesundheitsfördernden Umwelt sichern.

Dabei sind folgende Hauptaufgaben zu lösen: Entwicklung eines gesundheitsfördernden Umweltmilieus; funktionelle Neuordnung und Ergänzung der Städte und Dörfer unter Beachtung optimaler Zeitentfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten sowie zu den Erholungsgebieten; Entwicklung von Verkehrssystemen und -anlagen mit geringsten Störwerten; Schaffung neuer und Rekonstruktion alter Wohngebiete mit optimalen Lebensbedingungen unter Beachtung der Ruhebedürfnisse der mehrschichtig arbeitenden Werktätigen sowie mit dem Nachweis von Grün- und Sportflächen für die wohnungsnahe Erholung; Rekonstruktion vorhandener Produktionsgebiete mit der Reduzierung der von ihnen ausgehenden Störfaktoren auf die zulässigen Werte, Erschließung neuer Industriegebiete unter Beachtung der wirkungsunvermeidbaren Störungen der Umwelt; Beachtung der aktiven und passiven Störfaktoren bei der städtebaulichen Einordnung von Einzelvorhaben.

Im Rahmen der bautechnischen Projektierung sind die in den Schutzgütebestimmungen gesetzten Normen der Abwendung von Störfaktoren innerhalb der Gebäude, innerhalb der Wohn- und Produktionskomplexe konsequent einzuhalten. Die bauausführenden Betriebe haben die der Gesunderhaltung der Bevölkerung und Werktätigen dienenden bauphysikalischen und konstruktiven Maßnahmen projektgerecht ohne Einschränkung auszuführen sowie den funktionsgerechten Betrieb zu garantieren.

Städtebauliche Planung

1. Aufgabe des Städtebaus und der Architektur ist es, in der sozialistischen Gesellschaft das gesellschaftliche und individuelle Leben der Menschen in den Städten und Dörfern räumlich neu zu gestalten. Ziel ist, die vielfältigen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Beziehungen in neuen räumlichen Strukturen sinnvoll zu ordnen und schrittweise eine architektonische Umwelt zu schaffen, die optimale Bedingungen für die weitere Entwicklung der Produktion und aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gewährleisten.

Die Städte und ländlichen Siedlungsschwerpunkte sind in ihrer weiteren Entwicklung so zu gestalten, daß das Arbeits- und Lebensmilieu der Bevölkerung, ihr Gesundheitszustand sowie die Erholungs- und kulturellen Bedürfnisse auf ein höheres Niveau gehoben werden.

Dabei steht die Aufgabe, nicht nur neue Stadtgebiete zu schaffen, sondern ebenfalls den aus überwundenen Gesellschaftsformationen überkommenen Zustand der Städte und Dörfer mit ihrer physischen und moralischen Überalterung der Substanz durch Modernisierung, Um- und Ausbau sowie Aussonderung, Ersatz und Erweiterung planmäßig von Grund auf zu verändern und neu zu gestalten. Von großer Bedeutung ist hierbei die zielstrebige und schöpferische Zusammenarbeit von Städtebauern, Architekten und Ingenieuren, Soziologen, Medizinern, Psychologen, Hygienikern und bildenden Künstlern.

Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit muß eine Umwelt sein, die dem Menschen von Kindheit an die Identifizierung mit dieser Umwelt ermöglicht und psychophysische Störungen, die aus der Unbenutzbarkeit dieser Umwelt herrühren, nicht erst entstehen läßt (z. B. das Problem Hochhaus – Kind – Freifläche).

2. Dem Umgestaltungsprozeß haben Generalbebauungsplanungen in Verbindung mit Generalverkehrsplanungen vorauszugehen, in welchen die künftige Flächennutzung und funktionelle Gliederung der Städte auf lange Sicht festzuhalten sind. Neben den ökonomischen Anforderungen sind die gesetzten Normen zur Schaffung optimaler Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung zu beachten.

Letztere umfassen in der Flächennutzung für Wohngebiete (1): geeignete klimatische Bedingungen; Lage auf der Luvseite von Luftverunreinigungsquellen; abseitige Lage von Hauptverkehrstrassen des Luftverkehrs sowie des Straßen- und Eisenbahnverkehrs; konsequente Ausnutzung der landschaftlichen Vorzüge und der funktionellen und gestalterischen Beziehungen an benachbarten Erholungsflächen; geeignetes Geländerelief mit genügender Neigung für den Abfluß des Oberflächenwassers und die Anlage der Kanalisation.

Für den Städtebauer und Architekten ergeben sich unter dem Aspekt, daß für die Planung des Lebensraumes des Menschen die physiologischen Grundfunktionen von besonderer Bedeutung sind, konkrete Schlußfolgerungen für die Schaffung eines Leitbildes einer künftigen Stadtstruktur.

An die funktionelle Gliederung der Stadt werden folgende Forderungen gestellt:

Enge Verbindung von Wohnstätten und Arbeitsstätten im Interesse der Minimierung des Weg-Zeit-Aufwandes und Maximierung des Freizeitfonds mit Hilfe schneller Verkehrsmittel oder geringer Wegeentfernungen.

Ausweisung von Industrieflächen und ähnlichen Funktionsflächen auf der Leeseite von Wohngebieten und städtischen Zentren mit dem Störgrad entsprechenden Abständen.

Hauptverkehrswege sind aus den Wohngebieten heraus zu verlagern und in Grünflächenzüge einzubetten. Zum Schutz vor konzentrierten Verkehrsaerosolen sind die Fußgängerwege von den Hauptverkehrsstraßen durch Grünstreifen zu trennen. Fußgängerverbindungen zwischen Wohnstätten und nicht störenden Produktionsstätten sollen ebenfalls durch Grünanlagen führen.

Die Hauptverkehrssysteme (Straßen- und Nahverkehr) sind dergestalt zu entwickeln, daß Unfallgefahrquellen weitestgehend beseitigt werden. Bei der Standortverteilung von gesellschaftlichen Zentren, insbesondere von Einrichtungen zur Erziehung und Bildung von Kindern wie auch der Betreuung und Versorgung alter Menschen, sind die Erfordernisse zur Überquerung von Hauptverkehrsstraßen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

In den Dörfern und Kleinstädten ist das Wirtschaftswegenetz der Landwirtschaft so zu entwickeln, daß eine Nutzung der Straßen in den Ortslagen durch den landwirtschaftlichen Wirtschaftsverkehr auf ein Minimum reduziert wird, um Lärm- und Rutschgefahren sowie Staubbelästigungen durch Verschmutzung der Fahrbahnen möglichst auszuschließen.

Die Haltestellen des Massenverkehrs sind sicher zu gestalten. An den Haltestellen der Massenverkehrsmittel im Überlandverkehr und bei schwach frequentierten Verkehrslinien sind Wartehallen zu errichten, die die Bevölkerung und Werktätigen vor Witterungsunbilden ausreichend schützen.

Die einzelnen Funktionsbereiche der Städte sind durch Grünflächen zu gliedern. Die Wirkungsweise von Grünflächen gesamtstädtischer Bedeutung umfaßt (2) die positive Beeinflussung des Mikroklimas, insbesondere der Temperatur und der Strahlung, die Filterung von Luftverunreinigungen, insbesondere von grobem Staub, die Lärmdämpfung und den Erholungseffekt für die Bevölkerung.

Das Grünflächensystem der Städte ist mit Zentren der aktiven Erholung unterschiedlicher Arten und Größenordnungen zu vervollständigen. Diese Zentren haben zur Regeneration der menschlichen Leistungsfähigkeit beizutragen. Grünflächenzüge sollen die Wohn- und Arbeitsstätten sowie städtischen Zentren mit den Naherholungsgebieten verbinden.

Die Auswahl der Naherholungsgebiete hat so zu erfolgen, daß möglichst vielfältige Formen der körperlichen Erholung sowie der geistigen Entspannung in der das Wohlbefinden der Menschen beeinflussenden Umgebung entwickelt werden. Neben Konzentrationspunkten geselligen Lebens sind Ruhezonen innerhalb der Naherholungsgebiete auszuweisen. Die Auswahl von Naherholungsgebieten bedarf der speziellen Begutachtung der stadthygienischen Bedingungen sowie der Berücksichtigung einer leichten Erreichbarkeit im Verkehrsnetz.

Als Grundlage der Generalbebauungsplanung sowie der einzelnen Etappen der Fortschreitung sind die generellen stadthygienischen Bedingungen gutachterlich zu erfassen.

Folgende Gutachten und Stellungnahmen sind erforderlich:

Ein bioklimatisches Gutachten vom Institut für Bioklimatologie, Berlin-Buch, oder vom Meteorologischen Dienst der DDR, ein Lärmgutachten vom Hygieneinstitut der Bezirkshygieneinspektion, ein stadthygienisches Gutachten von den Hygieneinspektionen bei den Räten der Kreise und den kreisfreien Städten zu Fragen der Luftverschmutzung durch feste Stoffe, Gase, der Verunreinigung der Gewässer und der Beseitigung von Abprodukten und Empfehlungen der Lärmschutzkommission beim Rat des Bezirkes (gegebenenfalls beim Rat des Kreises).

Bei der Errichtung von Wohnstätten in den Wohngebieten, Stadtzentren und Umgestaltungsgebieten ist ein Wohnmilieu zu schaffen, das die Lebensfreude der Menschen hebt und durch gut gestaltete Erlebnisbereiche steigert.

Vor Beginn der städtebaulichen Planung und im Zuge der Ausarbeitung von Bebauungsplänen sind nachstehende Grundanforderungen zu beachten:

Standortwahl der neu zu errichtenden Gebiete unter besonderer Beachtung der stadthygienischen Anforderungen und detaillierter gutachterlicher Nachweise ausreichender stadthygienischer Bedingungen.

Einhaltung der Normen für den Schallschutz nach den gesetzlich festgelegten Normen (3) sowie der TGL 10 687, Bl. 2,

und die Kennziffern Grün- und Sportflächen je Einwohner.
Die Stellung der Baukörper sowie die Grünflächengestaltung müssen eine ausreichende Durchlüftung der Bebauungsgebiete bei Vermeidung lästiger Windschneisen ermöglichen. Weiterhin sind Wasserspiel- und -sprühanlagen, insbesondere in den Kinderspielbereichen, nachzuweisen.
Aus Gründen des Windschutzes und der ausreichenden Besonnung ist auf die Einhaltung der erforderlichen Gebäudestände zu achten. Einrichtungen des Gesundheitswesens, Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen sollen nicht im Schattenbereich anderer Gebäude liegen.
Bestände an den Großgehölzen – vor allem an Bäumen – müssen schon bei der Investitionsvorbereitung erfaßt, kartiert, bewertet und in die Bebauungsleitplanung einbezogen werden, da nur entwickelte Gehölzbestände günstige mikroklimatische und ästhetische Funktionen erfüllen können. Andere natürliche Ressourcen und Vorzüge eines Bebauungsgebietes (z. B. Oberflächengewässer, Geländerelief) sind gleichermaßen in die Planung mit einzubeziehen.
Die Entfernungen der gesellschaftlichen Einrichtungen von den Wohnungen sollen folgende Werte nicht übersteigen (4): Kinderkrippe/Kindergarten maximal 300 m (5 Gehminuten für Kinder); übrige Versorgungs-, Bildungs, Kultur- und Dienstleistungseinrichtungen maximal 600 m.
Zur Sicherung der Nachtruhe sowie der Befriedigung des Schlafbedürfnisses von Schichtarbeitern und Kindern sind die Anlagen des fließenden und ruhenden Verkehrs so anzuordnen, daß die davon ausgehenden Störungen in den Ruhe- und Schlafräumen die Normwerte nicht überschreiten.
Den vorgenannten Forderungen nicht entsprechende Trassenführungen von Straßen und Straßenbahnen sind in besonderen Fällen unterirdisch, im Einschnitt mit bepflanzten Böschungen oder teilweise versenkt mit seitlichen bepflanzten Schutzwällen zu planen.
Verkehrswege sind übersichtlich zu gestalten und zu beleuchten; Kreuzungen von Verkehrsstraßen mit Fußgängerverbindungswegen in einer Ebene zwischen Wohnungen und Einrichtungen der Betreuung und Bildung der Kinder sind zu vermeiden.
Grünflächen sind so zu gestalten, daß der Verkehrslärm und der Lärm spielender Kinder gedämpft wird. Lärm ist weiterhin auch durch lärmabweisende Schutzbauten (Dämme, Läden, Garagen, Schmuckwände u. a.) in seiner störenden Wirkung herabzusetzen.
Spielanlagen für Kinder sind abseits von Verkehrsanlagen und im Blickfeld der Wohnungen anzuordnen. Eine abwechslungsreiche Ausstattung der Spielplätze soll die Kinder von Gefahrenquellen des Verkehrs abhalten und ihre Spielaktivität fördern.
Für die Müllaufbewahrung in Wohngebieten und Deponieplätzen sind geeignete, möglichst abgeschlossene Plätze oder technische Anlagen vorzusehen (z. B. Müllcontainer mit einem kurzzeitigen Entleerungsturnus).
Durch interessante Ensembles der Freiflächengestaltung und Werke der bildenden Kunst sind Erlebnisbereiche zu gestalten, die zum Verweilen im Freien veranlassen, emotionale Wirkungen hinterlassen und zur aktiven Erholung anregen.
Zwischen den Wohnblöcken sind nur Freizeitspielflächen mit geringer Lärmerzeugung vorzusehen.
In Rekonstruktions- und Umgestaltungsgebieten sind die Trassen lärmstörender Verkehrsanlagen zu verändern; störende Betriebe sollen durch Auflagen zur Minderung oder Beseitigung der Störquellen verpflichtet werden oder für eine Verlagerung vorgesehen werden. Störempfindliche Einrichtungen sind aus gestörten Gebieten zu verlagern. Emissionsquellen sind zu ermitteln und Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Störwirkung einzuleiten.
Zur Beseitigung der Störwirkungen der Abgase des Hausbrandes ist schrittweise zur Beheizung der Wohnungen und Gesellschaftsbauten mit Fernwärme oder auf andere emissionsarme Heizarten überzugehen.
Die Abstände der Wohn- und Gesellschaftsbauten zu störenden Anlagen des Verkehrs und der Produktion sind nach eingehenden Messungen des Lärms und der Luftverunreinigungen festzulegen. Die festgelegten Lärm- und Emmissionszonen sind in den Generalbebauungs- sowie Bebauungsplänen als Grundlage für baupolitische Entscheidungen festzuhalten und von den Räten der Städte und Gemeinden gegebenenfalls mit Maßnahmen zu deren Reduzierung zu bestätigen.
Die störende Industrie sollte in angemessenem Abstand an der windabgewandten Seite der Städte – gleichermaßen störende Landwirtschaftsbetriebe im Windschatten der Dörfer – in Produktions (Industrie-)gebieten zusammengefaßt werden.
Lagerplätze mit Staubemissionen, wie Kohlenlager, Aschenlager und Mülldeponien, sind so auszuweisen, daß eine Beeinträchtigung der Wohnqualität nicht erfolgen kann.

Projektierung und Bauausführung

Der Projektierung und Bauausführung fällt die Aufgabe zu, die Störwirkungen oder -einwirkungen an Gebäuden und Anlagen weitestgehend zu reduzieren. Weiterhin sind innerhalb der Gebäude optimale, die Gesundheit erhaltende und fördernde Bedingungen zu schaffen.
Seitens der Projektierungseinrichtungen ist in den Projekten die normengerechte Ausführung für den Emissions- und Schallschutz sowie den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen vorzusehen.
Im Industrie- und Landwirtschaftsbau ist darauf zu achten, daß die hygienischen Parameter der Emission, der Schallausbreitung sowie der Abwasserreinigung in den Projekten eingehalten und Verschmutzungen des Grund- und Oberflächenwassers vermieden werden. Für die Gestaltung der Arbeitsplätze sind in ökonomisch vertretbarem Aufwand Maschinen und Geräte sowie umfassende Bauhüllen vorzusehen, die den Arbeitslärm mindern oder seine Ausbreitung auf ein Minimum reduzieren.
Die raumklimatischen und lichttechnischen Bedingungen dürfen zu keiner Beeinträchtigung des Leistungsvermögens der Werktätigen führen.
Im Wohnungsbau sind optimale Bedingungen für das Raumklima der Wohnräume sowie zur Verhinderung von Lärm- und Schallstörungen zu schaffen.
Hierbei sind die gesetzlich festgelegten Normen (5) sowie die Normen der Standards TGL 10 686, Bauphysikalische Schutzmaßnahmen Wärmeschutz, und TGL 10 687, Schallschutz, einzuhalten. Mehraufwendungen für konstruktive Maßnahmen der Lärmminderung von Lärmquellen außerhalb der Gebäude wie schalldämmende Außenwände und schalldämmende Ab- und Zuluftöffnungen (gegebenenfalls Vollklimatisierung) sind gesondert im Rahmen der Vorbereitungsphase der Investitionen zu ermitteln und im Rahmen der Standortberatung zu fixieren. Sie sind gesondert in den Projekten nachzuweisen. Weiterhin sind die hygienischen Erfordernisse der Abführung von Abwässern und Fäkalien sowie der Müllzwischenlagerung zu berücksichtigen. Für die Wohngebiete sind mehrere Wagenwaschplätze an einem Standort zu konzentrieren.
Neben den bereits genannten Anforderungen sind im Gesellschaftsbau die Bedingungen analog zum Wohnungsbau einzuhalten. Hotels und andere Einrichtungen mit Schlafräumen sind abseits von Lärmquellen zu errichten.
Innerhalb des Verkehrsbaus sind die Anlagen so zu projektieren, daß Lärm- und Abgasbelästigungen auf die zulässigen Werte reduziert werden.
Die bauausführenden Betriebe haben die der Gesunderhaltung der Bevölkerung dienenden projektierten konstruktiven Elemente ordnungsgemäß zu realisieren. Neu entwickelte Bauteile, die den Trittschall und Luftschall übertragen, sind vor der Produktionsaufnahme der Güteprüfung nach TGL 10 687 zu unterziehen. Der Bauablauf ist so zu organisieren, daß einzelne Bauabschnitte konzentriert fertiggestellt und komplettiert werden. Der Baufortschritt sollte nur zu einem Minimum der Beeinträchtigung fertiggestellter Bauabschnitte führen.
Durch geeignete Maßnahmen bei der Bauausführung – insbesondere bei Tiefbaumaßnahmen in bestehenden Wohngebieten – ist der Baulärm, zum Beispiel bei Preßluft- und Rammarbeiten, durch geeignete schalldämmende Umkleidung der Baustellen oder der Maschinen auf die Umwelt zu reduzieren (6). Gleiches gilt für den Einsatz von Baufahrzeugen durch schalldämpfende Maßnahmen an den Fahrzeugen sowie Festlegung bestimmter Fahrrouten und -zeiten.

Staatliche Leitungstätigkeit

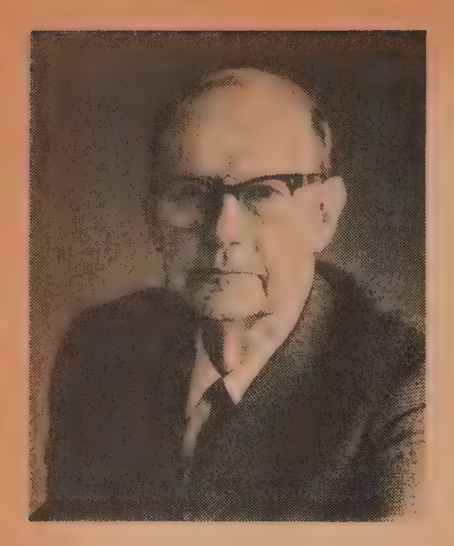
Die staatliche Leitungstätigkeit auf dem Gebiet des Städtebaues und der Architektur ist weiter dahin zu verbessern, daß die Fragen der Gesunderhaltung integrierender Bestandteil der Baupolitik werden.
Den Kreis- und Stadtarchitekten obliegt die Aufgabe, im Auftrag des Rates des Kreises oder des Rates der Stadt die örtlichen Organe bei der Vorbereitung von Investitionen und anderen die Flächennutzung verändernden oder beeinflussenden Maßnahmen aktiv zu unterstützen.
Hierbei haben sie bei Standortberatungen der örtlichen Räte auf die Einhaltung der vorbeschriebenen Grundsätze, der gesetzlichen Regelungen sowie Standards zu achten, innerhalb des Standortgenehmigungsverfahrens die städtebauliche Bestätigung zu geben und darauf zu achten, daß stadthygienische Auflagen zur Minderung oder Vermeidung von Luftverunreinigungen, Gewässerverunreinigungen und Lärm in die Standortgenehmigung aufgenommen werden sowie der materielle und finanzielle bautechnische Aufwand an den gewählten Standort ökonomisch vertretbar ist.
Darüber hinaus haben die Stadt- und Kreisarchitekten gemeinsam mit den Hygiene-Inspektionen Unterlagen über den jeweiligen Stand der Luftverunreinigung und der Lärmbeeinträchtigung zu beschaffen. Die Ergebnisse sind in „Karten der Grundbelastung Luft und Lärm" darzustellen. Diese Karten sind Grundlagen für die Festlegung von „Lärmschutzzonen und Immissionsschutzzonen" und die von den Betrieben auszuarbeitenden Sanierungsprogramme. Die Schutzzonen sind im Rahmen der Generalbebauungsplanung von den örtlichen Volksvertretungen zu bestätigen.

Kontrolle durch die Staatliche Bauaufsicht

Den Organen der Staatlichen Bauaufsicht obliegt die Kontrolle der Einhaltung der genannten Grundsätze, gesetzlichen Regelungen und Standards im Rahmen des bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahrens und der Abnahme der fertiggestellten Objekte.

Literatur

(1) K. Horn, Kommunalhygiene, Berlin 1969, S. 399
(2) K. Horn, a. a. O., S. 407
(3) Erste Durchführungsbestimmung zur vierten Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz vor Lärm – Begrenzung der Lärmimmission – vom 26. 10. 70 GBl. II, Nr. 87/1970, S. 595
(4) K. Horn, a. a. O., S. 402
(5) Erste Durchführungsbestimmung zur vierten Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz vor Lärm – Begrenzung der Lärmimmission vom 26. 10. 70, a. a. O., S. 595
(6) Zweite Durchführungsbestimmung zur vierten Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Begrenzung der Lärmimmissionen (Lärmabstrahlung) von Erzeugnissen – vom 26. 10. 70, GBl. II Nr. 87/1970, S. 604



Hans Schmidt zum Gedenken

Schriften von Hans Schmidt

Die Tätigkeit deutscher Architekten und Spezialisten des Bauwesens in der Sowjetunion in den Jahren 1930 bis 1937.
In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin; Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. Jg. XVI (1967) Heft 3

Beiträge zur Architektur 1924–1964. Zusammengestellt und eingeleitet von Bruno Flierl
Kleine Reihe Architektur 1, Berlin 1965

Gestaltung und Umgestaltung der Stadt, Hans Schmidt mit Rolf Linke und Gerd Wessel.
Kleine Reihe Architektur, Berlin 1969

„I rapporti tra l'architektura sovietica e i paesi occidentali 1918–1932
(Die Beziehung zwischen der Architektur der SU und der der westlichen Länder: 1918–1932).
In: Socialismo, città, architettura URSS 1917 bis 1937, Roma 1971

Der Funktionalismus am Pranger
In: Werk 11/1970, S. 9 ff.

Ausgewählte Beiträge zur Architektur veröffentlicht in der Zeitschrift „deutsche architektur"

Architektur und Typenprojektierung
Heft 2/1957, S. 87

Der sozialistische Wohnkomplex als Architektur
Heft 6/1958, S. 324

Industrialisierung und Städtebau
Heft 4/1960, S. 226

Architektonische Probleme der Struktur und der Ausbildung der Oberflächen im industriellen Bauen
Heft 6 und 7/1961, S. 319

Moskauer Eindrücke 1962
Heft 12/1962, S. 723

Die Farbe in der Architektur und im Städtebau
Heft 3/1963, S. 157

Kunsthandwerk und Industriereform
Heft 3/1963, S. 178

Über die Notwendigkeit der Architekturkritik und der Architekturtheorie
Heft 10/1963, S. 584

Stadt und Raum
Heft 11/1963, S. 666

Die räumliche Ordnung der Stadt
Heft 2/1965, S. 76

Die Situation der Architektur und die Bedingungen der Ausübung des Architektenberufes
Heft 12/1965, S. 710

Le Corbusier 1887 bis 1965
Heft 12/1965, S. 760

Das Elbufer in Dresden – Antwort auf einen Beitrag zur Architekturdiskussion
Heft 6/1966, S. 374

Deutsche Architekten in der Sowjetunion
Heft 10/1967, S. 625

Das Problem der Form in der Architekturtheorie
Heft 12/1967, S. 752

Über Hans Schmidt

Professor Hans Schmidt zum 70. Geburtstag
Kurt Junghans
in: deutsche architektur, H. 11/1963, S. 700 ff.

Hans Schmidt 75 Jahre
Kurt Junghans, Franz Latus, Bruno Flierl
in: deutsche architektur, H. 12/1968, S. 708 ff.

Am 18. 6. 1972 verstarb Prof. Dr. e. h. Hans Schmidt im hohen Alter von 78 Jahren in seiner Schweizer Heimat, wohin er nach seiner über ein Jahrzehnt währenden Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik zurückgekehrt war.

Hans Schmidt zählte zu den Pionieren des neuen Bauens in der Schweiz und war Mitbegründer der Internationalen Kongresse für neues Bauen (CIAM). Er kämpfte für den Fortschritt nicht nur durch Entwürfe und Bauten, sondern mit ungewöhnlicher Zielklarheit und Frische auch mit der Feder. Sehr früh bereits – Anfang der zwanziger Jahre – begann sich Hans Schmidt auf den technischen Fortschritt in der Architektur zu orientieren. Das brachte ihn auf den Weg der Industrialisierung des Bauens. Gleichzeitig führte ihn sein soziales Empfinden und sein tiefes Verständnis für die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zur Parteinahme für den sozialen Fortschritt in der Architektur und in den sozialen Kämpfen seiner Zeit. Mit Emit Roth und Mart Stam gab er von 1924 bis 1928 die Zeitschrift „ABC" heraus, die sich ihr Ziel in der Rückkehr zum Allereinfachsten, zu den elementaren Dingen des Bauens, zu seiner sozialen Aufgabe, eben zu seinem ABC gesteckt hatte. Das entsprach seiner Vorstellung über die Architektur, und dabei blieb er bis zu seinem Tode. Für die Berücksichtigung der elementaren praktischen Bedürfnisse der werktätigen Massen und ihre zweckmäßige und billige Befriedigung auf der Grundlage des industriellen Bauens als wesentliche Kriterien der Architektur trat Hans Schmidt auch in der CIAM ein. Er kämpfte gegen die Überbetönung des Formal-Künstlerischen, und aus dem gleichen Geist waren seine Bauten entwickelt. Durch sie war er in wenigen Jahren zu einem international bekannten Architekten geworden.

Die Neigung zum rationalen Denken und die Erkenntnis der Notwendigkeit, für das Neue in der Architektur auch mit dem streitbaren Wort und dem wissenschaftlichen Argument einzutreten, führten Hans Schmidt neben praktischen Aufgaben, die ihm in sozialistischen Ländern – in der Sowjetunion von 1930 bis 1938 und in der DDR von 1956 bis 1969 – gestellt waren, auf das Feld der geistigen Auseinandersetzung. Seit den Jahren des ABC hat er zu allen wesentlichen Fragen der Architekturentwicklung in seiner klaren verständlichen Weise Stellung genommen und noch heute gültige Einschätzungen gegeben. Mit seinen Aufsätzen und wissenschaftlichen Beiträgen, die er über zehn Jahre in der Zeitschrift „Deutsche Architektur" veröffentlichte, und vor allem mit seiner Arbeit als Leiter der architekturtheoretischen Forschung in der Deutschen Bauakademie leistete Hans Schmidt einen umfangreichen Beitrag für die Entwicklung einer technisch fortschrittlichen, sozialistischen Architektur. Dabei blieb er stets genügend praktisch denkender Architekt, um sich in diesen für die Gesellschaft wie für die Architektur so turbulenten Zeiten etwa in eine graue Theorie zurückzuziehen. Insgeheim hatte er in seiner letzten Schaffensperiode den Traum, einen neuen „Alberti" unserer Zeit zu schreiben, um den neuen Bedingungen und Bedürfnissen entsprechend, den Sinn für die Schönheit der Architektur und des Städtebaus inmitten der tiefen technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen noch zu halten und zu aktivieren. Was daraus wurde, ist ein vielgestaltiges Werk: kritische Analysen und konstruktive Gegenmodelle, die unmittelbar der Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen der Praxis dienten, grundlegende theoretische Ausarbeitungen zum Problem Industrialisierung und Architektur, die über die UIA bis in die internationale Diskussion dieses Problems hinein wirkten, systematische theoretische Untersuchungen zum Problem der architektonischen Gestaltung und der ästhetischen Wirkung, insbesondere bei der räumlichen Komposition der Stadt.

Wir alle, die wir Hans Schmidt aus der Arbeit kannten, schätzten nicht zuletzt seine Bescheidenheit und Aufrichtigkeit und bewunderten sein Verhalten zur Arbeit, seine Besessenheit in der Arbeit. Für Hans Schmidt war Arbeit das erste Bedürfnis, um der Arbeit willen stellte er alle persönlichen Belange zurück. Er arbeitete eigentlich immer, und er arbeitete auch im Alter noch mit erstaunlicher Kraft und Intensität, immer bestrebt, Neues zu entdecken und Altes zu bestätigen.

So waren seine letzten kurzen Jahre in Basel durchsonnt von einer weltweiten Anerkennung und besonders von der Verehrung, die ihm die Jugend entgegenbrachte. Wir danken Hans Schmidt, diesem stillen und klugen Mann, für sein Wirken für uns und unsere Republik. Er bleibt uns allen, die wir mit ihm arbeiteten und von ihm lernten, unvergessen und durch seine Gedanken und als Vorbild lebendig in unserer Arbeit heute und in Zukunft.

Seine ehemaligen Mitarbeiter der Abteilung Theorie und Geschichte der Architektur im Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie



Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Kurt Tautter, Berlin,
8. November 1892, zum 80. Geburtstag

Architekt Herbert Boos, Berlin,
9. November 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Ladislaus Goutier, Nordhausen,
9. November 1917, zum 55. Geburtstag

Architekt Heinz Knorr, Leipzig,
11. November 1907, zum 65. Geburtstag

Architekt Walter Holzbach, Erfurt,
14. November 1912, zum 60. Geburtstag

Architekt Otto Hauke, Roßleben,
15. November 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Rudolf Patitz, Pirna,
15. November 1912, zum 60. Geburtstag

Architekt Günter Thielemann, Berlin,
18. November 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Franz Schneider, Dresden,
19. November 1912, zum 60. Geburtstag

Gartenarchitekt Walter Funcke, Potsdam-Bornstedt,
20. November 1907, zum 65. Geburtstag

Architekt Herrmann Klotz, Neustrelitz,
20. November 1892, zum 80. Geburtstag

Architekt Oswald Arlt, Halle,
23. November 1902, zum 70. Geburtstag

Architekt Hans Fröhlich, Rostock,
23. November, 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Horst Gräfe, Rostock,
24. November 1917, zum 55. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Alfred Lohrmann, Dresden,
24. November 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Rudolf Pilz, Güstrow,
24. November 1902, zum 70. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Erika Lorenz, Weimar,
26. November 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Heinz Balzer, Dresden,
27. November 1912, zum 60. Geburtstag

Architekt Mary-Lou Goldstein, Zeuthen,
29. 11. 1922, zum 50. Geburtstag

Zweites Weiterbildungsseminar der Bezirksgruppe Schwerin des BdA/DDR

„Die Realisierung der Hauptaufgaben des Bezirkes, abgeleitet aus dem Gesetz zum Fünfjahrplan, dem Ministerratsbeschluß vom 20. 10. 71 zur Wohnungspolitik und den Erfordernissen der Investitionsgesetzgebung" war das Hauptthema des zweiten Wochenendseminars der Bezirksgruppe Schwerin des Bundes der Architekten der DDR, das am 2. und 3. Juni 1972 durchgeführt wurde.

Etwa 20 leitende Architekten und einige Mitglieder der Kammer der Technik waren von den Betrieben und Institutionen delegiert worden, um über die umfangreichen Veränderungen, die rasche Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft, die sich besonders als Folge des VIII. Parteitages und des 5. Plenums des ZK der SED abzeichnet, und die sich unmittelbar auch auf Städtebau und Architektur auswirkt, zu beraten.

Das Hauptreferat zum Seminarthema hielt als 1. Stellvertreter des Bezirksbaudirektors, Dipl.-Ing. Kadzioch.

Er ging besonders auf die Erfordernisse ein, die durch die rapide quantitative Entwicklung der Bauproduktion im Bezirk entstehen. Die Errichtung des Industriekomplexes Schwerin-Süd mit den Folgemaßnahmen, wie der Internatskomplex und das Wohngebiet Großer Dreesch, stellen das bezirkliche Bauwesen vor Aufgaben, denen die Struktur der Baubetriebe noch nicht voll angepaßt werden konnte.

Während der Plan des Wohnungsneubaues relativ reibungslos abläuft, reicht die Kapazität für den Gesellschaftsbau nicht aus. Besonders aber macht sich der Kapazitätsmangel beim Tiefbau und bei der technischen Gebäudeausrüstung bemerkbar.

Eine mehrschichtige Auslastung der Grundfonds, die langfristige gründliche Vorbereitung der Investitionen, hohe Materialökonomie, die Entwicklung rationeller Erschließungslösungen, die Herbeiführung einer progressiven Wettbewerbsathmosphäre und die Verbesserung der Leitungstätigkeit sind die Hauptaufgaben, die zur Bewältigung der anstehenden Probleme gelöst werden müssen.

Besonders hervorgehoben wurde der Wettbewerb der Bauarbeiter des Wohnungsbaukombinates, die sich verpflichtet haben, 100 Wohnungen zusätzlich zum Plan 1972 zu errichten, und die daraus entstandene Verpflichtung der Architekten mit den Produktionsarbeitern gemeinsam dieses Ziel zu erreichen. Um die Lage auf dem Tiefbausektor zu verbessern, soll noch 1972 ein städtisches Tiefbauamt gebildet werden. Außerdem hat ein Arbeitsstab „Primärerschließung" seine Arbeit aufgenommen.

Mit dem Problemkomplex „Rationalisierung" befaßte sich der Stellvertreter des Bezirksbaudirektors, Kollege Börke, in seinem ausführlichen Referat.

Die Hauptabteilung Angebotsprojektierung des WBK erarbeitet gegenwärtig rationalisierte Wohnungstypen mit Gasbetonelementen 6,3 Mp im Rahmen des WBS 70, die ab 1973 im neuen Plattenwerk gefertigt und für die kommenden Jahre den Wohnungsbau im Bezirk bestimmen werden.

Gleichzeitig werden die Typenprojekte für den Gesellschaftsbau rationalisiert und eine Typenserie für Eigenheimbauten erarbeitet.

Auch für den ländlichen Wohnungsbau werden Typenbauten mit Gassilikatbetonelementen in der Laststufe 0,8 Mp entwickelt. Dazu kommt das Tunnelschalverfahren für den elfgeschossigen Wohnungsbau.

Besonders wichtig ist eine Ordnung und Koordinierung der Bauweisen im Gesellschaftsbau, da hier von den einzelnen Kombinationen eigene Wege gegangen wurden, die eine Rationalisierung erschweren.

Die Rationalisierung der Erschließungsmaßnahmen und der technischen Gebäudeausrüstung ist von großer Bedeutung, da sie die Voraussetzung für jede weitere Steigerung des Hochbauvolumens bildet.

Herzlich begrüßt wurden zu einer Abenddiskussion der Sektorenleiter Bauwesen der Bezirksleitung der SED, Ohms, der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Hübner, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und Vorsitzende der Bezirksplankommission, Steinfeldt, der Bezirksbaudirektor Kellermann, der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Radke, und der Stadtbaudirektor, Svenson.

Hier wurde deutlich gemacht, daß neben den bedeutenden Aufgaben des Industrie- und Wohnungsbaus in den nächsten Jahren auch wieder landwirtschaftliche Bauten in großem Umfang zu errichten sind, die die industriemäßige Produktion von Agrarprodukten sichern und den Arbeitsaufwand in der Landwirtschaft senken sollen. Im Gesellschaftsbau wird besonders der Krankenhausbau in naher Zukunft zu einem Schwerpunkt werden. Hierfür sollen voraussichtliche Projektierungskapazitäten in Anspruch genommen werden.

In den Vorträgen und Diskussionen wurde herausgearbeitet, daß bei der enormen Entwicklung des Bauvolumens der parallelen Entwicklung der Projektierungs- und Vorbereitungskapazitäten nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.

Eine intensive Kapazitätssteigerung durch rationelle Projektierungsmethoden, wie Fotomodellprojektierung und Einsatz der EDV für Statik, Bauwirtschaft und Technologie, die in den letzten Jahren bereits weitgehend durchgeführt worden sind, wird für die Zukunft nicht ausreichen. Dringend geboten erscheint eine Strukturanalyse der produzierenden Einheiten in der Projektierung und eine Veränderung der Struktur, soweit sie einer rationellen Arbeitsweise im Wege steht.

Aber auch eine extensive Erweiterung der Projektierungskapazität ist dringend und umgehend erforderlich. Das betrifft besonders die Fachgruppe der technischen Gebäudeausrüstung, aber auch das Fachgebiet Statik sowie die Forschung und Entwicklung.

In einem ausreichenden Projektierungsvorlauf, Untersuchungen von Varianten und der Optimierung von Projektlösungen liegen volkswirtschaftliche Reserven, die unbedingt genutzt werden müssen, um das umfangreiche Bauvolumen der kommenden Jahre bewältigen zu können (Wettbewerb in den Fachverbänden und Kombinaten).

Das Seminar hat die Probleme aufgezeigt, die im Bauwesen des Bezirkes zu lösen sind. Es sind keine geringen Aufgaben, die vor den leitenden Architekten und Ingenieuren stehen, und sie sind nur im Zusammenhang mit den Kollegen der Bauausführung und aller anderen Mitarbeiter des Bauwesens zu lösen.

Für eine sinnvolle rationelle Arbeit bedarf es einer ständigen weiteren Qualifizierung und eines funktionierenden Informationsflusses, und so wird es begrüßt, daß die Seminare in regelmäßiger Folge mit aktuellen Themen fortgesetzt werden sollen.

Heinrich Handorf

Tag des Architekten 1972 im Bezirk Halle

Am 3. Juni 1972 beging die Bezirksgruppe Halle des BdA der DDR den „Tag des Architekten 1972 im Bezirk Halle", die Jahreshauptversammlung des BdA der DDR. Kollege Dipl.-Ing. Wulf Brandstädter, der als amtierender Vorsitzender die Tagung eröffnete, konnte als Gäste Herrn Stadtrat Nitzer als Vertreter des erkrankten Oberbürgermeisters Pflüger sowie Vertreter der Bezirksleitung Halle der SED des Rates der Stadt Halle-Neustadt, der Hochschule für industrielle Formgestaltung und des VE BMK Chemie begrüßen.

Die Tagung stand unter dem Thema: Wie können wir Architekten das gestellte sozialpolitische Programm in die Tat umsetzen und wie können wir am besten unseren gesellschaftlichen Auftrag – Schaffung einer sozialistischen Wohnumwelt – erfüllen?

„Neben einer Wertung des Vergangenen", so sagte Koll. Brandstädter bei seiner Begrüßung, „soll dieser Tag vor allem der Ideensammlung für unsere weitere Arbeit dienen."

In Kurzreferaten und Diskussionsbeiträgen sprachen die Fachkollegen des Bezirks zum gegenwärtigen Stand von Städtebau und Architektur und zu den Möglichkeiten, die Aufgaben der vor uns stehenden Etappe in Angriff zu nehmen.

„Wir finden uns in einer ereignisreichen Zeit zusammen", führte Bezirksarchitekt Dr.-Ing. K. H. Schlesier aus. Er erinnerte daran, daß die großen sozialpolitischen Maßnahmen, die das 5. Plenum entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitages jetzt präzisierte, auch große Aufgaben an die Städtebauer und Architekten, an die Projektanten, kurz an die Mitglieder des BdA der DDR stellen.

Als richtungweisend bezeichnete er die Beratung des 1. Sekretärs der SED, Erich

Honecker, mit Berliner Bauarbeitern und Projektanten über die Probleme des Bauwesens.

Drei wesentliche Gedanken stellte Dr. Schlesier in den Vordergrund:

- die Komplexität und Schönheit unserer Wohngebiete muß Gegenstand ernster Auseinandersetzungen sein. Die Realisierung des sozialpolitischen Programms darf nicht darauf hinauslaufen, nur viele Wohnungen zu schaffen. Es geht eindeutig darum, eine qualifizierte Wohnumwelt für unsere Bürger zu gestalten. Diese Forderung muß ein Auftrag für die Qualifizierung unserer Arbeit auf diesem Gebiet sein.

- Gen. Honecker forderte, die langfristigen Entwicklungen und Planungen unserer Städte forciert zu bearbeiten. Die Komplexität zwischen Neubau, Modernisierung und der Gestaltung der Städte muß Gegenstand unserer Überlegungen sein. Es darf keine Entscheidung aus der Tagessicht geben, sondern es sind langfristige qualifizierte Konzeptionen für die Entwicklung unserer Städte herauszuarbeiten.

- Wesentlich ist die engere Zusammenarbeit aller Bauschaffenden, das heißt, die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen den auf der Baustelle Tätigen, den Technologen und denen, die die Objekte vorbereiten, um die Hauptaufgabe des VIII. Parteitages in vollem Umfange zu erfüllen.

Diese Gesichtspunkte zogen sich wie ein roter Faden durch den gesamten Meinungsaustausch.

An Bedeutung hat das Programm des Eigenheimbaus gewonnen. Die gegenwärtig in Halle stattfindende Eigenheimausstellung hat die Aufgabe, den Eigenheimbau zu fördern und zu unterstützen. Es ging bei der Ausstellung darum, zusammenzutragen, was gegenwärtig angeboten wird. Es ist jedoch dabei zu beachten, daß bei der Entwicklung des individuellen Wohnungsbaues sparsam mit dem Grund und Boden umgegangen wird. Es ist notwendig, eine möglichst große Verdichtung herbeizuführen, wodurch zugleich Tiefbaukapazität eingespart werden kann. Kollege Dipl.-Ing. Kröber, Stadtarchitekt von Halle, zog daraus die Schlußfolgerungen, daß mit dem freistehenden Einfamilienhaus die Probleme des individuellen Wohnungsbaues in Halle nicht zu lösen sind. Als Hauptform des individuellen Wohnungsbaues ist das Reihenhaus oder die Teppichsiedlung anzusehen und natürlich von Fall zu Fall auch das freistehende Einfamilienhaus. Vom BdA der DDR kann hierzu eine beträchtliche Zahl in der Entwicklung und Anpassung getan werden. Auch Halle-Neustadt, so sagte Kollege Kröber, sollte seinen Bürgern die Möglichkeit innerhalb des Bereiches der Stadt zum individuellen Wohnungsbau geben.

Die Fragen der Modernisierung haben neben ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Wohnungsbaues einen viel größeren Einfluß auf die Gestaltung des Stadtbildes als man sich allgemein bewußt macht. Jeder weiß, daß ein Neubau in einem Straßenzug eine entscheidende Veränderung des Straßenbildes verursacht, und wir verwenden alle Aufmerksamkeiten auf die richtige Gestaltung. Wenn bei der Modernisierung ganze Straßenzüge verändert werden, so kann man feststellen, daß diese Veränderungen nicht immer eine Verbesserung sind. Wir sollten uns dieses Faktum viel stärker vor Augen halten und es als eine wichtige Aufgabe auch für die besten unserer Architekten, wie für den BdA insgesamt, ansehen, an der Umgestaltung des Stadtbildes mitzuarbeiten. Von seiten des BdA ist dieser Frage größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Aktivitäten der Bezirksgruppe Halle stellte der amt. Vorsitzende Dipl.-Ing. Wulf Brandstädter zur Diskussion. Die Bezirksgruppe Halle des BdA der DDR hat sich die Aufgabe gestellt, die Architekten bei der Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrages „Schaffung einer sozialistischen Arbeits- und Wohnumwelt" zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ging Kollege Bandstädter auf die verschiedenen Aspekte des sechsgeschossigen Wohnungsbaues ein. „Eine falsche Vorstellung besteht darin", so sagte er, „daß der sechsgeschossige Wohnungsbau gleich einem ‚deus ex machina' uns mit einem Schlage die gewünschte Steigerungsrate verschafft". Auf Grund von eingehenden Untersuchungen ist die Einwohnerdichte hierdurch nicht wesentlich zu erhöhen. Dichteeffekte und schnelleres Bauen sind durch die Rationalisierung vorhandener Typen, wie geschlossene Ecken, konische Segmente, Funktionsüberlagerungen bzw. durch die Anwendung einer neuen Wohnungsbauserie zu erreichen.

Den Wohnungsbau und die Verantwortung der Wohnungsbaukombinate für die Gestaltung unserer Umwelt stellte Dipl.-Ing. Gerhard Klein, Chefarchitekt des WBK Halle in den Vordergrund seiner Betrachtungen.

Grundtenor aller Betrachtungen und Beiträge war die ernste Auseinandersetzung mit den Problemen unserer täglichen Arbeit. Gedanken wurden deutlich, wie die von Partei und Regierung für die nächste Zukunft gestellten Aufgaben zu realisieren sind. Daß auch in jüngster Vergangenheit gute Bauwerke geschaffen wurden, zeigen die an diesem Tag des Architekten vorgenommenen Auszeichnungen.

Bezirksarchitekt Dr. Schlesier, stv. Bezirksbaudirektor, überreichte den neugeschaffenen

„Architekturpreis 1972 des Bezirkes Halle"

für das Objekt „Kinderkrankenhaus-Kinderkrippe, Halle-Neustadt, I. WK" (Abb. 1) an
Architekt BdA Dipl.-Ing. Dietrich Frank und
Architekt BdA Dipl.-Ing. Hartmut Leonhard

für das Objekt „Scheibe E" Stadtzentrum Halle-Neustadt (Abb. 2) an
Architekt BdA Dipl.-Ing. Peter Morgner,
Architekt BdA Ingrid Schneider und
Architekt BdA Edith Scholz NPT

und für die Hochhausgruppe P2Y im Stadtzentrum Dessau (Abb. 3) an
Architekt BdA Dipl.-Ing. Wulf Brandstädter (Hochbaukonzeption),
Architekt BdA Dipl.-Ing. Gerhard Plahnert und Architekt BdA Dipl.-Ing. Gottfried Rudowski (städtebauliche Konzeption)

Der Architekturpreis besteht aus einer Bronze-Plakette nach dem Entwurf von Prof. Gerhard Lichtenfeld, Halle.

Gerhard Richter



1



2



3

Entwurf des Rahmenlehrprogramms für die Weiterbildung von Städtebauern und Architekten an den Bezirksakademien des Bauwesens (Grundlehrgänge)

■ Bildungs- und Erziehungsziele

Der Teilnehmerkreis für die Weiterbildung von Städtebauern und Architekten an den Bezirksakademien des Bauwesens besteht fast ausschließlich aus Hoch- und Fachschulkadern mit mehr- und langjähriger Praxis, die zumeist als Leiter kleiner oder mittlerer Kollektive eingesetzt und mit unterschiedlichen fachspezifischen Aufgaben betraut sind.

Aus der Notwendigkeit, diese Kader politisch und fachlich weiterzubilden und zur ständigen Qualifizierung ihrer Mitarbeiter am Arbeitsplatz zu befähigen, leiten sich die Bildungs- und Erziehungsziele ab:

1. Vertiefung des Wissens über solche Grundfragen des Marxismus-Leninismus, die für die gesellschaftliche Funktion von Städtebau und Architektur besondere Bedeutung haben.

2. Erarbeitung von Schlußfolgerungen für Städtebauer und Architekten aus der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Sozialismus in der DDR.

3. Vermittlung von leitungswissenschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten.

4. Vermittlung der Übersicht über die wichtigsten Probleme in Städtebau und Architektur des Bezirkes.

5. Vermittlung des für die Lösung dieser Probleme wesentlichen fachspezifischen Wissens und neuer Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung in theoretisch fundierter sowie praxisorientierter Form.

6. Erhöhung der für die Lösung der Probleme im Städtebau und Architektur des Bezirkes notwendigen spezifischen Fähigkeiten und Fertigkeiten durch Anwendungstraining von Prinzipien, Methoden und Verhaltensweisen an ausgewählten aktuellen Praxisproblemen des Bezirkes.

Programmabschnitt I:
Allgemeine Grundlagen

Lehrkomplex (fest vorgeschrieben)	Themenkomplexe (bedingt variabel)
1. Grundfragen des Marxismus-Leninismus (vgl. Bildungs- und Erziehungsziel 1)	1.1. Zu Problemen ökonomischer Prozesse 1.2. Zu Problemen soziologischer Prozesse 1.3. Zu Problemen kultureller Prozesse (Kulturtheorie/Kulturpolitik/Ml-Ästhetik)
2. Die Entwicklung des Sozialismus in der DDR und im Bezirk mit ihren Schlußfolgerungen für Städtebau- und Architektur (vgl. Bildungs- und Erziehungsziel 2)	2.1. Städtebau und Architektur in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die aktuellen Hauptaufgaben der Städtebauer und Architekten im Bezirk 2.2. Hauptaufgaben und-probleme der territorial-ökonomischen Entwicklung des Bezirke 2.3. Probleme der Verkehrsplanung und der stadttechnischen Versorgung im Bezirk 2.4. Die Baupolitik des Bezirkes und die Schwerpunktaufgaben zur langfristigen Entwicklung der materiell-technischen Basis
3. Leitungswissenschaftliche Grundlagen (vgl. Bildungs- und Erziehungsziel 3)	3.1. Sozialistische Menschenführung 3.2. Prozeßorganisation in Planung und Projektierung 3.3. Anwendung der Operationsforschung in Städtebau und Architektur (Standortoptimierung Grundrißoptimierung Netzplantechnik)

Programmabschnitt II:
Fachspezifische Grundlagen

4. Städtebauliche Grundfragen (funktionelle, gestalterische, ökonomische, bautechnologische und prozeßorganisatorische Probleme der städtebaulichen Planung und Projektierung)	4.1. Probleme der Generalbebauungsplanung (generelle städtebauliche Planung der Gesamtstadt und ihres Umlandes bzw. ländlicher Siedlungsschwerpunkte) 4.2. Probleme der Bebauungsplanung (spezielle städtebauliche Planung und Projektierung von Teilgebieten der Städte und nichtstädtischen Siedlungen wie Wohngebieten, Stadtzentren, Produktionsgebieten und Erholungskomplexen)
5. Hauptprobleme der Projektierung im Wohn- und Gesellschaftsbau (funktionelle, gestalterische, konstruktive, ökonomische, bautechnologische und prozeßorganisatorische Probleme) (vgl. Bildungs- und Erziehungsziele 4 und 5)	5.1. Die Bedeutung der Normative (Gebrauchswertanforderungen und Aufwandsnormative) für die Projektierung von Wohn- und Gesellschaftsbauten 5.2. Koordinierte und rationalisierte Erzeugnisentwicklung im Wohnungs- und Gesellschaftsbau 5.3. Rekonstruktion und Erhaltung von Altbausubstanz im Wohn- und Gesellschaftsbau 5.4. Rationelle Projektierungsmethoden, Fertigungs- und Montagetechnologien im Wohnungs- und Gesellschaftsbau
6. Hauptprobleme der Projektierung von Produktionsbauten und des Tiefbaus (vgl. Bildungs- und Erziehungsziele 4 und 5)	6.1. Hauptprobleme der Industriebauprojektierung 6.2. Hauptprobleme der Projektierung von landwirtschaftlichen Produktionsbauten 6.3. Hauptprobleme des Tiefbaus für Städtebauer und und Architekten (ggf. eigener Lehrkomplex)

Programmabschnitt III:
Wissenschaftlich- produktives Studium (WPS)
(vgl. Bildungs- und Erziehungsziele 6 und 7)

Mögliche Oberthemen/Problemgebiete für das WPS
Probleme der Generalbebauungsplanung (generelle städtebauliche Planung der Gesamtstadt und ihres Umlandes bzw. landwirtschaftlicher Siedlungsschwerpunkte) Probleme der Bebauungsplanung (spezielle städtebauliche Planung und Projektierung von Teilgebieten der Städte und nichtstädtischen Siedlungen wie Wohngebieten, Stadtzentren, Produktionsgebieten und Erholungskomplexen) Koordinierte und rationalisierte Erzeugnisentwicklung im Wohnungs- und Gesellschaftsbau Rekonstruktion und Erhaltung von Altbausubstanz im Wohnungs- und Gesellschaftsbau Rationelle Projektierungsmethoden, Fertigungs- und Montagetechnologien im Wohnungs- und Gesellschaftsbau Hauptprobleme der Industriebauprojektierung Hauptprobleme der Projektierung von landwirtschaftlichen Produktionsbauten Hauptprobleme des Tiefbaus für Städtebauer und Architekten

7. Erarbeitung von sichtbaren praxiswirksamen Teilergebnissen zur Lösung bezirklicher Probleme in Städtebau und Architektur durch wissenschaftlich-produktives Studium mit dem Parallelziel steigender Unterstützung der bezirklichen Weiterbildung durch die staatlichen Leitungen und delegierenden Betriebe.

■ Inhalt der bezirklichen Weiterbildung (Grundlehrgänge)

Den genannten Bildungs- und Erziehungszielen ist der Inhalt der bezirklichen Weiterbildung — in drei Programmabschnitte gegliedert — wie folgt zugeordnet:

Bildungs- und Erziehungsziele 1 bis 3: Programmabschnitt I
Bildungs- und Erziehungsziele 4 und 5: Programmabschnitt II
Bildungs- und Erziehungsziele 6 und 7: Programmabschnitt III

Die Programmabschnitte I und II bestehen aus mehreren Lehrkomplexen, die sich wiederum in mehrere Themenkomplexe unterteilen. Aus den letzteren sind bei der Aufstellung der bezirklichen Lehrpläne die dem jeweiligen örtlich und zeitlich bedingten Bildungsbedarf entsprechenden detaillierten Themen der einzelnen Lehrveranstaltungen zu entwickeln.

Das vorliegende Rahmenlehrprogramm ist als Hilfe für die Aufstellung praxiswirksamer bezirklicher Lehrpläne konzipiert, und soll für einen längeren Zeitraum Gültigkeit behalten. Es muß deshalb bis zu einem gewissen Grade flexibel für örtliche Besonderheiten und relativ kurzfristig wechselnde Schwerpunktverschiebungen sein. Das wird durch eine Staffelung der Verbindlichkeit der Thematik erreicht: Die aufgeführten Programmabschnitte sind fest vorgeschrieben, desgleichen die Lehrkomplexe, die bei einem vierzehntägigen Lehrgang etwa einer Tagesthematik entsprechen. Die Themenkomplexe sind nur bedingt variabel. Aus ihnen werden bei der Aufstellung der bezirklichen Lehrpläne die detaillierten Themen entwickelt, die der Lösung der Praxisprobleme in Städtebau und Architektur des Bezirkes am dienlichsten sind. Beispielsweise könnte aus dem Themenkomplex „Operationsforschung" je nach Bildungsbedarf entweder „Mikrostandortoptimierung" oder „Grundrißoptimierung" oder „Netzplantechnik bei der städtebaulichen Investitionsvorbereitung" als Thema der konkreten Lehrveranstaltung fixiert werden.

Für die Themenkomplexe des Programmabschnittes I sind nach Möglichkeit Themen der parallellaufenden Lehrgänge für sozialistische Wirtschaftsführung zu wählen. Bildungsbedarf, der durch die hier aufgezeigten Variationsmöglichkeiten nicht abgedeckt wird, kann in Sonderlehrgängen befriedigt werden.

Die Konkretisierung des Rahmenlehrprogramms zum bezirklichen Lehrplan ist nur in Gemeinschaftsarbeit zwischen der Leitakademie des Bauwesens und dem Bezirksarchitekten möglich. Ebenso sind Abstimmungen mit der Bezirksgruppe des BdA/DDR notwendig.

Die Programmabschnitte umfassen etwa folgende Anteile des gesamten Zeitfonds:

I Allgemeine Grundlagen maximal	30 %
II Spezifische Grundlagen minimal	30 %
III Wissenschaftlich-produktives Studium	40 %

Die Lehrveranstaltungen in den ersten beiden Programmabschnitten sind durch einen zweckmäßigen Anteil erarbeitender Lehrformen und durch gezieltes Selbststudium zu ergänzen.

Das wissenschaftlich-produktive Studium ist mit Hilfe von Konsultationspunkten in hierzu geeigneten Bezirken schrittweise aufzubauen.

Zur Durchführung des wissenschaftlich-produktiven Studiums erfolgen weitere Hinweise seitens des Weiterbildungsinstituts. Zur Vorbereitung und Durchführung der bezirklichen Weiterbildung sind Teilnehmer der Grundlehrgänge des Weiterbildungsinstituts heranzuziehen.

Voraussetzungen zur Realisierung des Lehrprogramms sind die Delegierung der Kader und die Durchführung der bezirklichen Weiterbildung in (etwa 14tägigen) Internatslehrgängen.

Siegbert Fliegel
Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar

Tagungen

Kolloquium „Stadt und Verkehr"

Die Arbeitsgruppe Technische Planung von Verkehrsanlagen der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List" Dresden führt am 10. 11. 1972 ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Stadt und Verkehr" durch. Die Veranstaltung findet im Zentralen Institutsgebäude der Hochschule (Hörsaal Z. 111) statt. Beginn 10.00 Uhr.

Folgende Vorträge werden gehalten:

Prof. Dr. Henselmann, Deutsche Bauakademie Berlin: „Städtebaulicher Raum und Bewegung"

Dr.-Ing. Böhme, Technische Universität Dresden: „Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel im städtischen Personenverkehr"

Dr. sc. techn. Rüger, Hochschule für Verkehrswesen Dresden: „Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Städten"

Dr.-Ing. Schnabel, Hochschule für Verkehrswesen Dresden: „Reisegeschwindigkeiten und Reisezeiten des Kraftfahrzeugverkehrs in Stadtstraßennetzen"

Interessenten sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Teilnahmemeldungen nimmt die AG Technische Planung von Verkehrsanlagen der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", 801 Dresden, Friedrich-List-Platz 1, entgegen. Den Teilnehmern wird ein Veranstaltungsplan zugesandt. Die Teilnehmergebühr beträgt 5,– M.

Blitzschutztagung

Der Bezirksverband Dresden der KDT führt am 8. und 9. November im „Elbhotel" Dresden eine Blitzschutztagung durch. Die Tagung steht unter dem Motto „Gebäudeschutz aus moderner Sicht". Für die fachliche Betreuung ist der FUA 1.13 „Blitzschutz" und der bezirkliche Arbeitsausschuß „Blitzschutz" in Dresden verantwortlich.

Anmeldungen sind zu richten an den Bezirksverband Dresden der KDT, 8020 Dresden, Basteistraße 5.

Folgende Themen werden zur Diskussion gestellt:

Dipl.-Ing. Stockmann, Berlin
Moderner Gebäudeschutz als physikalisches, standardtechnisches und rechtliches Problem

Dipl.-Ing. Lehmann, Berlin
Entwicklung im industriellen Bauwesen

Dr.-Ing. Drechsler, Dresden
Blitzmessungen am Moskauer Fernsehturm und auf dem Monte San Salvatore

Dipl.-Ing. Trommer, Berlin
Blitzschutzprobleme im Auffangbereich moderner Gebäudekonstruktionen

Dipl.-Ing. Bernet, Ilmenau
Dimensionierung von Erdungsanlagen für den Blitzschutz

Dipl.-Ing. Lange, Berlin
Erdungsanlagen von Gebäuden unter Berücksichtigung der Forderungen der Elektrotechnik und des Blitzschutzes

Dr.-Ing. Dummer, Ilmenau
Technische Entwicklung und ökonomische Fragen beim Blitzschutz

Ing. Pester, Markkleeberg
Graduierung der Brand- und Explosionsgefahren gefährdeter Objekte

Ing. Beßner, Leipzig
Konzeption des Blitzschutzes für Metall- und Leichtbauten

Dr.-Ing. Naumann, Dresden
Risikobetrachtung im Blitzschutz

Dr.-Ing. Pfeiffer, Ilmenau
Digitale Berechnung der Stoßspannungen in Blitzschutzeinrichtungen

Dr.-Ing. Dummer, Ilmenau
Statistische Erfahrungen über Blitzschäden

Herrmann, Berlin; Ing. Behrens, Berlin
Blitzschutzmaßnahmen an industriell gefertigten Bauten

Im VEB Verlag für Bauwesen erscheinen im Oktober 1972:

Backe, **Werkstoffkunde für die Bauindustrie**
10. überarb. Auflage

Büttner, **Hubverfahren im Hochbau**
1. Auflage

Deumlich, **Instrumentenkunde der Vermessungstechnik**
5. überarb. Auflage

Hintersdorf, **Tragwerke aus Plaste**
1. Auflage

Müller, **Bauentwurfstaschenbuch Bd. 1**
1. Auflage

Schönburg, **Beschichtungslehre Bd. 1**
1. Auflage

Standardisierung

Einen guten Überblick vermittelt der Fachbereichstandard TGL 12 901, Bagger; **Mechanische Universalbagger,** Hauptkennwerte, der in der Ausgabe Juli 1971 am 1. September 1971 verbindlich wurde.

Am 1. September 1971 wurde der Fachbereichstandard, TGL 18 260, Blatt 2 **Armaturen; Kondensatableiter mit thermischem Ableitungssystem** ND 100, Hauptabmessungen, Kennwerte, in der Ausgabe Dezember 1970 verbindlich.

Am 1. April 1971 wurde der Fachbereichstandard, TGL 18 626, **Armaturen für die Wasserwirtschaft; Überflur- und Unterflurhydranten,** Technische Lieferbedingungen, in der Ausgabe November 1970 verbindlich. Im einzelnen handelt es sich um technische Forderungen, Prüfung, Lieferumfang, Kennzeichnung, Konservierung, Verpackung und Transport.

Die folgenden Fachbereichstandards mit dem gemeinsamen Obertitel, **Meliorationen,** wurden in der Ausgabe Dezember 1970 am 1. April 1971 verbindlich. Die TGL 80–24 007, **Hauptabmessungen von Wirtschaftswegen,** besteht aus Blatt 1, Linienführung und Querschnittsgestaltung, Blatt 2, Nebenanlagen und Blatt 3, Bemessung der Schichtdicken. Die TGL 80–24 299, Blatt 4, **Fachausdrücke und Begriffe,** Wirtschaftswege, enthält 14 verschiedene Erklärungen. Von der TGL 80–24 864, **Grundsätze der Bauausführung im Wirtschaftswegebau,** liegen Blatt 6, Makadambauweise mit Bindemittel, Tränkmakadam, Blatt 7 ebenso, Streumakadam, Blatt 8 ebenso, Mischsplitt, Blatt 12 Betonbauweisen mit Bindemittel, Bitumenkies, Blatt 14 ebenso, Naß-Sand und Blatt 17 Stabilisierung mit Bindemittel, Hydraulische Bindemittel, vor. Die TGL 80–24 907, **Befestigung von Gräben,** besteht aus Blatt 1, zulässige Fließgeschwindigkeiten, Blatt 2 Befestigung mit Steinmaterialien, Blatt 3 Befestigung mit Rasen und Blatt 4 Befestigung mit Faschinen.

26 Fachausdrücke werden in der TGL 80–24 299, Blatt 1 Fachausdrücke und Begriffe, Allgemeines, erklärt, der in der Ausgabe Dezember 1970 ab 1. Juli 1971 verbindlich ist.

Als Entwurf Mai 1970 wurde die TGL 22 741, Blatt 1, **Einstiegöffnungen und deren Abdeckungen in Bauwerken der unterirdischen Versorgungsnetze,** Allgemeine Forderungen vorgelegt.

Von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind einheitliche Bauzeiten. Dieses Ziel wird durch den DDR-Standard TGL 22 813, **Bauzeitnormative** unterstützt, von dem Blatt 1, Anwendung Begriffe und Blatt 2, Berechnung der wirtschaftlichen Bauzeit der Bau- und Ausrüstungsindustrie für Bauten der Industrie- und Landwirtschaft im Entwurf Juli 1971 vorgelegt wurden. Blatt 2 enthält allgemeine Festlegungen und solche zum Berechnungsverfahren, zu den Einflußfaktoren und zur Berücksichtigung organisatorischer Störungen des Bauablaufes. Blatt 3, Spezialbauten der Industrie, Blatt 4, Gesellschaftsbau, Blatt 5, Wohnungsbau, Blatt 6, Straßen- und Ingenieurbau, Blatt 7, See- und Wasserbau, Blatt 8, Verkehrsbau, Blatt 9, Landwirtschaftsbau und Meliorationen und Blatt 10, volkswirtschaftlich progressive Bauzeit, werden diesen wichtigen Standardkomplex komplettieren.

Als Entwurf Juli 1970 wird der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 22 825, Blatt 7, **Dachziegel; Preßdoppelfalzziegel,** vorgelegt, der bis zum 31. Dezember 1972 befristet wird, weil 1973 Lüftungssteine zusätzlich aufgenommen werden.

Als Entwurf Januar 1971 wurde der Fachbereichstandard, TGL 22 834, **Bauelemente aus Steinzeug für landwirtschaftliche Fütterungszwecke,** vorgelegt, der die Anwendung, Bezeichnung, Kennzeichnung, Prüfung, das Sortiment und den Transport sowie die technischen Forderungen regelt.

Als Entwurf Januar 1971 wurde der Fachbereichstandard, TGL 22 838, Blatt 4, **Lastaufnahmemittel für das Bauwesen;** Berechnungsgrundlagen, Verbindungsbolzen, Augenstäbe, vorgelegt. Die Einzelheiten betreffen allgemeine Festlegungen, Begriffe, Herstellung, Lastannahmen, Nachweise, Verschleiß und Werkstoff.

Als Entwurf Januar 1971 wurde der Fachbereichstandard, TGL 22 886, Blatt 1, **Innentüren aus Holz,** Baurichtmaße, Hauptabmessungen, Anschlußmaße, vorgelegt.

Als Entwurf September 1970 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 22 891, Blatt 1, **Brandschutztüren aus Stahl,** Baurichtmaße, Anforderungen, Prüfung, vorgelegt. Weitere Einzelheiten beziehen sich auf den Begriff, die Anwendung, Konstruktion, den Einbau, die Kennzeichnung, die Bestellung, Verpackung, Lagerung und den Transport.

Als Entwurf Juni 1971 liegt der Fachbereichstandard, TGL 22 976, Blatt 2, **Biegesteife bituminierte Baustoffe, Welltafeln Platten Formteile,** vor. Zunächst wird der Begriff erklärt, dann folgt die Bezeichnung, an die sich technische Forderungen anschließen. Prüfung, Kennzeichnung, Lieferung, Transport, Lagerung und Verwendung sind weitere Einzelheiten dieses Entwurfs. -er.

Rechtsnormen

Keine Bauten der Lagerung, Erprobung oder Nutzung **von Kernwaffen oder** irgendwelche anderen Arten von **Massenvernichtungsmitteln auf dem Meeresgrund und Ozeanboden** und in deren Untergrund zu errichten, verpflichtete sich die Deutsche Demokratische Republik durch Unterzeichnung des Vertrages über das Verbot der Stationierung solcher Waffen in den vereinbarten Gebieten am 11. Februar 1971, der am 18. Mai 1971 (GBl. I Nr. 10 S. 139) in Kraft trat.

Am 1. Juli 1972 trat die Verordnung über die **Verantwortung der Räte der Gemeinden, Stadtbezirke, Städte und Kreise bei der Errichtung und Veränderung von Bauwerken der Bevölkerung** vom 22. März 1972 (GBl. II Nr. 26 S. 293) in Kraft. Diese Norm enthält die Pflichten der Räte und die Zustimmungserfordernisse sowie die Einzelheiten der einzureichenden Bauunterlagen und der Entscheidung, die bei Zustimmung nach einem vorgegebenen Muster zu erfolgen hat. Die Prüfung durch die Bauaufsicht erfolgt auf der Grundlage der neuen Verordnung. Weitere Einzelheiten betreffen die Gebühren, den Widerruf der Zustimmung, die Verantwortlichkeit für Entscheidungen, die Ordnungsstrafen, das Zwangsgeld und das Beschwerdeverfahren.

Ebenfalls am 1. Juli 1972 trat die Verordnung über die **Gewährung von Krediten** zu vergünstigten Bedingungen **an junge Eheleute** vom 10. Mai 1972 (GBl. II Nr. 27 S. 316) in Kraft, die die Gewährung von Krediten bis zu 5000 Mark für die Entrichtung des Genossenschaftsanteils in einer sozialistischen Wohnungsbaugenossenschaft oder den Ankauf, Bau bzw. die Erweiterung eines ständig bewohnbaren Fertighauses oder Eigenheimbaues ermöglicht. Ein weiterer Kredit kann diesem Personenkreis bis zur gleichen Höhe für die Finanzierung von Wohnungsausstattungen gewährt werden. Auch für den Ausbau oder die Modernisierung vorhandenen Wohnraumes in eigener Initiative können junge Eheleute zweckgebundene Kredite zum Kauf von Baumaterial und für Bauleistungen erhalten.

Zu den Erzeugnissen, die der Zulassungspflicht beim Deutschen Amt für Meßwesen und Warenprüfung (DAMW), FA Bauwesen, 8027 Dresden, Georg-Schumann-Straße 7, unterliegen, gehören Baustoffe, für die noch keine verbindlichen DDR- oder Fachbereichstandards vorliegen. Betriebe, die konstruktive Stahlbetonfertigteile mit Betongüten B 300 und höher herstellen, unterliegen ebenfalls der Anordnung über die **Zulassungspflicht auf dem Gebiet der staatlichen Qualitätskontrolle** vom 15. Oktober 1971 (GBl. II Nr. 74 S. 634), die am 1. Januar 1972 in Kraft trat.

Die Anordnung über die **Abrechnung und Abgrenzung der finanziellen Fonds zum Jahresabschluß 1971** vom 25. November 1971 (GBl. II Nr. 76 S. 663) gilt vom 3. Dezember 1971 bis 31. Dezember 1972 für die den Bauämtern unterstehenden volkseigenen Betriebe und Kombinate.

Am 10. Dezember 1971 trat die Anordnung über **Regelungen für die Finanzierung der Investitionen sowie die Behandlung von Mehrkosten und Anlaufkosten** vom 10. November 1971 (GBl. II Nr. 78 S. 690) in Kraft, die für alle Investitionsauftraggeber große Bedeutung hat und das Prinzip des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds spezifiziert.

Am 31. Dezember 1971 trat die Verfügung Nr. 2 über die Bildung des Zentralinstituts Einheitssystem Bau der Deutschen Bauakademie zu Berlin, die **Angliederung des Wissenschaftlich-Technischen Zentrums Bautechnische Projektierung** sowie des Leitzentrums Einheitssystem Bau beim Ministerium für Bauwesen an das Zentralinstitut Einheitssystem Bau der Deutschen Bauakademie zu Berlin vom 15. Juli 1971 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 8 S. 34) in Kraft, nach der die **Abteilung Sonderbauten** dem VEB Spezialbau Potsdam angegliedert wurde.

Am 6. Oktober 1971 trat die Verfügung über den **Aufbau,** die **Hauptaufgaben und** die **Arbeitsweise der Wirtschaftskontrolle und der Innenrevision** (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 9 S. 37) in Kraft, die in einer Anlage die Richtlinie mit den Grundsätzen der Arbeit und den Hauptaufgaben enthält.

Mit dem Einsetzen von Hauptbuchhaltern in Bezirksbauämtern wurde die Verfügung über die **Stellung, Aufgaben, Rechte und Pflichten der Hauptbuchhalter in den Bezirksbauämtern** vom 14. September 1971 (Verfügungen undMitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 9 S. 41) erforderlich, die am 6. Oktober 1971 in Kraft trat.

Am 1. Januar 1971 trat die Verfügung über die **Handelsfondsabgabe** in der VVH Baumaterialien und den ihr unterstehenden VEB **Baustoffversorgung** vom 10. September 1971 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 9 S. 42) in Kraft. -er.



November 1972

Montag		6	13	20	27
Dienstag		7	14	21	28
Mittwoch	1	8	15	22	29
Donnerstag	2	9	16	23	30
Freitag	3	10	17	24	
Sonnabend	4	11	18	25	
Sonntag	5	12	19	26	

7. November 1917 Große Sozialistische Oktoberrevolution

9. November 1812 Paul Abadie (franz. Architekt) geb.

10. November Weltjugendtag

12. November Tag des Chemiearbeiters

17. November 1912 Richard Normen Shaw (engl. Architekt) gest.

22. November 1697 Liberal Bruand (französ. Architekt) gest.

28. November 1820 Friedrich Engels geb.

Von dieser Bischofflichen/aber jetzt auch Churfürstlich-Sächsischen Statt/schreibet Herr Augustin/Freyherr zu Mörsperg vnd Beffort/in seinen Reysen also: diese Statt ist ziemblich lustig vnd schön/aber von alten Häusern. Liegt an der Sala. Ist bey den Heyden der fürnehmbsten Stätten eine gewesen in Sachsen/wie an etlichen Antiquitäten zu sehen.

Dresserus in seinem Stättbuch sagt/daß Merseburg zwar ein Thüringischen Statt seye; könne aber von Sachsen/wie auch Hall/ nicht ausgeschlossen werden; weilen Meissen selbsten der Zeit nicht für geringen theil deß Sachsen Landes gehalten werde. Vnd seye Merseburg vom Merwig/oder Meroveo, der Frackne König/erbawen worden. Carolus M. habe die Kirche S. Johannis mit dem Closter der regulirten Mönche/da erbawet.

Der Dom/oder Bischoffliche Hauptkirchen/zu S. Lorentzen vom Keyser Henrico II. erbawet ist da insonderheit zu sehen/in welchem Hertzog Rudolph in Schwaben begraben liegt/der sich/durch den Papst/vnnd desselben Anhang/auffwickeln lassen/daß er Trewlos an seinen Herren/Keyser Heinrichen dem Vierdten/worden ist.

Kurzfassung

DK 711.168:728.2.004.69

Kluge, H.-J.

Unsere Aufgabe: Modernisierung, Um- und Ausbau von 115 000 Wohnungen bis 1975 — 584

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, S. 584 bis 585

Die vom Ministerrat der DDR festgelegten Maßnahmen zielen auf eine wirksame Verbesserung der Wohnbedingungen für die Bevölkerung, besonders für die Arbeiterklasse, durch Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau hin. Etwa 115 000 Wohnungen sind durch Rekonstruktion der baulichen Grundfonds zu gewinnen.
Diese Aufgabe erfordert von Städtebauern und Architekten ein tiefes Verständnis für das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Es gilt, den Fragen der Leitungstätigkeit bei diesen vielfältigen Prozessen starke Aufmerksamkeit zu schenken.

DK 728.1.001.1:711.644

Rietdorf, W.

Städtebauliche Grundlagen zur Planung neuer Wohnungen — 586

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, S. 586 bis 589, 5 Tabellen

Der Neubau von 390 000 Wohnungen im Fünfjahrplanzeitraum bis 1975 beginnt bei der Auswahl der Standorte für den Wohnungsbau und muß bis zu den Nutzungsbedingungen der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet geplant werden.
Vor der Städtebauforschung der DDR stehen daher folgende Schwerpunkte: Zusammenfassung aller vorliegenden Erkenntnisse in einem Grundsatzmaterial, Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse für gegenwärtig vorliegende Planungen, Erweiterung der Kenntnis der Zusammenhänge in der Planungspraxis und Vorbereitung eines Grundsatzmaterials für alle am Planungsprozeß Beteiligten.

DK 711.58:72.013/.014

Wessel, G.; Zeuchner, G.

Städtebauliche Gestaltung von Wohngebieten — 590

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, S. 590 bis 597, 3 Lagepläne, 15 Abbildungen, 6 Schemata

Der Mangel mancher Wohngebiete an Urbanität und gesellschaftlichen Kontaktzonen – meist begründet in einem Dezentralisation der gesellschaftlichen Einrichtungen – fordert zum Beispiel vom künftigen Wohnungsbau, diese gesellschaftlichen Einrichtungen so zu reihen, daß zusammenhängende Räume für die Begegnung der Menschen entstehen. Die Anwendung eines einheitlichen Konstruktions- und Maßsystems ermöglicht eine vielfältige Kombination solcher Gebäude für Wohngebiete. Weitere Möglichkeiten liegen in der Form von Passagen und platzartigen Anlagen.

DK 711.58(-201).001.8

Bechstein, G.; Barth, C.; Fraustadt, W.; Iliewa, M.

Wohnkomplex III in Halle-Neustadt – Ein Beispiel internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der bautechnischen Projektierung — 598

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, S. 598 bis 604, 9 Abbildungen, 8 Grundrisse

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der VR Bulgarien und der DDR wurde der bulgarische Projektierungsbetrieb IPP Glawprojekt, Sofia, verpflichtet, als Hauptprojektant den gesamten WK III für Halle-Neustadt zu projektieren. Der Auftrag umfaßte neben dem Hochbau auch die gesamte stadttechnische Erschließung. Für die Projektierung des WK III waren insgesamt 150 bulgarische Projektanten tätig. Der Einsatz eines bulgarischen Projektierungsbetriebes für eine Aufgabe in dieser Größenordnung stellt einen weiteren Fortschritt bei der internationalen Zusammenarbeit der Länder RGW dar.

DK 711.58(-201)

Andres, G.

Wohngebiet „Johannesplatz" in Erfurt — 605

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, S. 605 bis 611, 9 Abbildungen, 1 Lageplan, 3 Grundrisse

Bis 1972 entstanden in drei Wohngruppen 2988 WE für insgesamt 6000 bis 9000 Einwohner. Für die 5-, 11- und 16geschossigen Wohnbauten bildet die WBR Erfurt die Grundlage. Zwei Kinderkombinationen, eine vierzügige polytechnische Oberschule, eine Turnhalle und ein Wohngebietszentrum vervollständigen das Wohngebiet.

DK 711.58:711.62:711.64

Sniegon, P.

Entwicklung neuer Bebauungsstrukturen im Bezirk Dresden — 612

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, S. 612 bis 615, 6 Lagepläne, 2 Tabellen, 3 Erschließungsvarianten

Das Streben nach geschlosseneren städtebaulichen Räumen führte aufgrund der angebotenen Wohnungstypen dazu, zwei benachbarte Blöcke enger aneinander heranzuführen. Dieses Verfahren wurde seit Anfang September 1971 mit einer generellen Regelung für den Bezirk Dresden in Kraft gesetzt.
Ebenso wurde die Frage der Gebäudeabstände parallel zueinander angeordneter Wohnblöcke neu geregelt. Auch die Probleme des Lärmschutzes sowie der Besonnung und der Freiflächengestaltung wurden diskutiert und neu durchdacht. Der Übergang zu funktionell und gestalterisch differenzierten städtebaulichen Räumen entspricht der Aufgabenstellung durch den VIII. Parteitag der SED.

DK 711.58(-201)

Griebel, N.

Wohngebiet „Hans Beimler" in Karl-Marx-Stadt — 616

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, S. 616 bis 622, 11 Abbildungen, 1 Lageplan, 1 Grundriß

Dieses Wohngebiet liegt etwa 3 km vom Stadtzentrum entfernt. Hinsichtlich ihrer zeitlichen Konzipierung und Durchführung unterscheiden sich die Baugebiete 1/2 und 3. Das Baugebiet 1/2 weist 3838 WE und eine Einwohnerzahl von 11 898 EW auf. Die Wohnbauten entstanden hauptsächlich als fünfgeschossige Baukörper vom Typ Q 6.

Содержание

УДК 711.168:728.2.004.69

Kluge, H.-J.

Наша задача: Модернизация и перестройка 115 000 квартир до 1975 г. — 584

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 10, стр. 584 до 585

Намеченные Советом Министров ГДР мероприятия для населения нацелены на заметное улучшение условий жилья, в особенности рабочего класса, с помощью нового строительства, модернизации и перестройки. Следует получить ок. 115 000 квартир реконструкцией основных фондов застройки. Эта задача требует от градостроителей и архитекторов глубокого понимания действия экономических законов социализма. В этой связи вопросы руководящей деятельности при этих многообразных процессах заслуживает особое внимание.

УДК 728.1.001.1:711.644

Rietdorf, W.

Градостроительные основы планирования новых квартир — 586

дойче архитектур, Берлин 21 (1972), 10, стр. 586 до 589, 5 таблиц

Новое строительство 390 000 квартир в период пятителетнего плана до 1975 г. начинается с выбора местонахождений для жилищного строительства и должно быть запланировано до условий использования общественных устройств в жилом районе. Поэтому, перед градостроительным исследованием поставлены следующие задачи: Сосредоточение всего имеющегося опыта на одном основном материале; применение опыта на настоящие задачи планирования; расширение знания о взаимоотношениях в практике планирования и приготовление основного материала для всех участвующих в процессе планирования.

УДК 711.58:72.013.014

Wessel, G.; Zeuchner, G.

Градостроительное оформление жилых районов — 590

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 10, стр. 590 до 597, 3 плана расположения, 15 иллюстр., 6 схем

Недостаток городской коммуникации и зон общественных контактов, возникающий в некоторых жилых районах, часто обусловливается децентрализацией общественных устройств. Это явление требует, например, от будущего жилищного строительства, чтобы общественные устройства были расположены таким образом, что связанные между собой пространства для контактов людей могут быть получены. Применение единой системы мер и конструкций открывает возможность многообразных комбинаций таких зданий для жилых районов. Дальнейшие возможности имеются в виде проездов и устройств площадей.

УДК 711.58(-201).001.8

Bechstein, G.; Barth, C.; Fraustadt, W.; Iliewa, M.

Жилой комплекс III в г. Галле-Нойштадт – пример международного сотрудничества в области строительного проектирования — 598

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 10, стр. 598 до 604, 9 иллюстр., 8 гориз. проекций

На основе соглашения между правительствами НР Болгарии и ГДР болгарская организация ИПП Главпроект в г. Софии получила задание проектировать целый жилой комплекс III г. Галле-Нойштадт как главный контрактов. Кроме надземного строительства заказ включил также все городское и техническое открытие. Над проектированием жилого комплекса работало всего 150 болгарских проектантов. Использование болгарского института проектирования для решения задачи указанного значения представляет собой дальнейший прогресс в международном сотрудничестве стран СЭВ.

УДК 711.58(-201)

Andres, G.

Жилой район «Йоханнесплатц» в г. Эрфурте — 605

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 10, стр. 605 до 611, 9 иллюстр., 1 план расположения, 3 гориз. проекции

До 1972 г., в 3 жилых комплексах построили 2988 жилых единиц на всего 6000 до 9000 жителей. Основой 5-, 11- и 16-этажных жилых зданий является ВБР Эрфурт. Две комбинации для детей, одна высшая политехническая школа, один гимнастический зал и центр жилого комплекса укомплектуют жилой район.

УДК 711.58:711.62:711.64

Sniegon, P.

Развитие новых структур застройки в дрезденском округе — 612

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 10, стр. 612 до 615, 6 планов расположения, 2 таблицы, 3 варианта открытия

Стремление к замкнутым градостроительным пространствам привело на основе предложенных типов квартир к более тесному сопоставлению двух соседних блоков. Этот метод внедрен как генеральное решение для округа Дрездена с начала сентября 1971 г. Тем же образом решили вопрос расстояний зданий, расположенных параллельно друг к другу. В связи с этим заново обсуждены проблемы защиты от шума, воздействия солнца и оформления незастроенных площадей. Переход к фукционально и с точки зрения оформления дифферецированным градостроителпространствам соответствует задаче, поставленной VIII съездом СЕПГ.

УДК 711.58(-201)

Griebel, N.

Жилой район «Ханс Беймлер» в г. Карл-Маркс-Штадте — 616

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 10, стр. 616 до 622, 11 иллюстр., 1 план расположения, 1 гориз. проекция

Этот жилой район расположен в расстоянии ок. 3 километров от центра города. Строительные области 1/2 и 3 различаются во временном концепировании и проведении работ. Строительная область 1/2 включает 3838 жилых единиц и населенность 11 898 жителей. Жилые здания возведены главным образом как пятиэтажные строительные тела типа Q 6.

Summary

DK 711.168.728.2.004.69

Kluge, H.-J.

Our Task: Modernisation, Alteration and Rehabilitation of 115,000 Dwellings by 1975 — 584

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, pp. 584–585

Effective improvement of the general dwelling situation through new construction, modernisation, alteration and rehabilitation, with emphasis being laid on better conditions for the working class, is the established purpose of a set of decisions taken by the GDR Council of Ministers. Some 115,000 dwellings are to be gained by reconstruction of existing building stock.
Deep understanding will be required from town planners and architects of the economic laws of socialism, if this assuming task is to be accomplished with success. Strong attention should be given to aspects of managerial activity which will be related to such complex processes.

DK 728.1.001.1:711.644

Rietdorf, W.

City Design Foundations for Housing Construction Planning — 586

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, pp. 586–589, 5 tables

The current Five Year Plan which will end in 1975 provides for new construction of 390,000 dwellings. Planning efforts must begin with site selection and include all aspects up to occupancy conditions of public facilities provided in the housing areas.
Therefore, the following priorities will have to be tackled in city design research in the GDR: compilation of all existing experience in preparing a policy document, utilisation of all findings for current planning, expansion of knowledge regarding implications involved in planning practice, and preparation of a policy document for all partners in the planning process.

DK 711.58:72.013/.014

Wessel, G.; Zeuchner, G.

Design of Housing Areas in Connection with General Town Planning — 590

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, pp. 590–597, 3 layouts, 15 figs., 6 diagrams

Urbanism and contact or community zones are lacking in certain housing areas, mainly due to excessive decentralisation of public facilities. In future housing construction schemes these facilities and services will have to be arranged to give coherent spaces for human contact. The buildings herefor required may be combined in most variegated ways by using standardised design and modular systems. Other possibilities may be provided by design arcades, malls, and plazas.

DK 711.58(–201).001.8

Bechstein, G.; Barth, C.; Fraustadt, W.; Ilieva, M.

No. III Housing Area in Halle-Neustadt – Example of International Cooperation in the Field of Technological Building Design — 598

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, pp. 598–604, 9 figs., 8 floor plans

IPP Glavprojekt, Sofia, a Bulgarian design company, were appointed as main designers of the entire No. III housing area in Halle-Neustadt. The contract was signed under the umbrella of an agreement earlier concluded between the governments of the People's Republic of Bulgaria and the GDR. Included were building construction and all urban services. The Bulgarian team of designers comprised 150 persons. The appointment of a Bulgarian design company for a job of such dimensions means a substantial step forward toward international cooperation between the CMEA countries.

DK 711.58(–201)

Andres, G.

"Johannesplatz" Housing Area in Erfurt — 605

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, pp. 605–611, 9 figs., 1 layout, 3 floor plans

So far (i.e. by 1972) 2,988 dwelling units to accommodate 6,000 to 9,000 dwellers have been completed in three housing clusters. The appartment houses, five, eleven, and 16 storeys, were designed on the basis of WBR Erfurt. Included are also two kindergarden-nursery combinations, a four-aisle polytechnical secondary school, a gymnasium, and a community centre.

DK

Sniegon, P.

Development of New Building Schemes in Dresden County — 612

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, pp. 612–615, 6 layouts, 2 tables, 3 open-up variants

The trend toward designing coherent urban spaces has led to a concept by which, on the basis of the dwelling types offered, two neighbouring blocks were brought closer to each other. A general rule was adopted by which this method was declared binding on the whole county of Dresden as of early September, 1971.
New rules were approved also regarding spacings between buildings in parallel housing blocks. Aspects of noise control, insolation, and green area design were discussed and reconsidered. Transition to functionally and architecturally differentiated urban spaces is in compliance with the targets proposed by the VIIIth Congress of the Socialist Unity Party of Germany.

DK 711.58(–201)

Griebel, N.

"Hans Beimler" Housing Area in Karl-Marx-Stadt — 616

deutsche architekur, Berlin 21 (1972) 10, pp. 616–622, 11 figs., 1 layout, 1 floor plan

The above housing area is situated some 3 km from the centre. The complexes 1/2 and 3 were conceptualised and completed at different dates. Complex 1/2 has 3,838 dwelling units for 11,898 dwellers. Most of the appartment houses are Type Q 6 five-storey structures.

Résumé

DK 711.168:728.2.004.69

Kluge, H.-J.

Notre tâche: modernisation, reconstruction et achèvement intérieur de 115.000 logements jusqu'à 1975

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, p. 584–585

Les mesures que le Conseil des Ministres dans la RDA avait stipulées relatives à l'amélioration de la vie de la population concernent une amélioration efficace des conditions de l'habitation, particulièrement de la classe ouvrière, par construction nouvelle, modernisation, reconstruction et achèvement intérieur. 115.000 logements environ seront gagnés grâce à la reconstruction de la substance existante.
Cette tâche exige des urbanistes et architectes une compréhension profonde des effets des lois économiques du socialisme. Il importe à dédier une attention plus grande aux questions de la domination de ces multiples procès.

DK 728.1.001.1:711.644

Rietdorf, W.

Principes urbanistiques de la planification d'habitations nouvelles

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, p. 586–589, 5 tables

La construction nouvelle de 390.000 logements dans la période du plan quinquénnal jusqu'à 1975 commence par le choix des sites de la construction résidentielle et doit être planifiée jusqu'aux conditions d'usage des bâtiments publics dans l'unité de voisinage. Les projets de priorité suivants se posent à la recherche urbanistique dans la RDA: résumé de toutes les expériences dans une documentation de base; emploi des expériences pour les planifications à présent effectuées; élargissement des connaissances des relations dans la planification pratique et préparation d'une documentation de base pour tous les partenaires du procès de planification.

DK 711.58:72.013/.014

Wessel, G.; Zeuchner, G.

Composition urbanistique des zones d'habitation

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, p. 590–597 3 plans du site, 15 fig., 6 schémas

La manque d'urbanité et de zones publiques dans un nombre de zones résidentielles – pour la majeure part cause d'une décentralisation des bâtiments publics – exige de la construction résidentielle future p.e. de prévoir ces bâtiments publics à une façon que des locaux intégrés aptes aux rencontres des habitants en résultent. L'emploi d'un système uniforme de construction et de dimensions permet une combinaison variée des bâtiments pareils dans les zones résidentielles. Autres possibilités seraient la forme des passages ou composition des places.

DK 711.58(–201).001.8

Bechstein, G.; Barth, C.; Fraustadt, W.; Iliewa, M.

Unité de voisinage IIIà Halle-Neustadt, un exemple de la coopération internationale dans le domaine de l'étude du projet technique du bâtiment

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, p. 598–604, 9 fig., 8 plans horiz.

Sur la base d'une convention entre les gouvernements de la République Populaire de Bulgarie et de la RDA, le bureau d'étude IPP Glawprojekt à Sofia, Bulgarie, sera chargé d'élaborer le projet principal de l'unité de voisinage III complète à Halle-Neustadt. Cette tâche comprend, à côté de la construction des bâtiments, l'entité de l'aménagement technique urbain. 350 ingénieurs bulgares participaient à l'étude du projet de cette unité de voisinage III. Le fait qu'un bureau d'étude bulgare fut chargé d'une tâche dans cet ordre de grandeur est un autre progrès de la coopération internationale entre les pays-membres du Conseil de l'Aide Mutuelle Economique.

DK 711.58(–201)

Andres, G.

Zone d'habitation «Johannesplatz» à Erfurt

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, p. 605–611, 9 fig., 1 plan du site, 3 plans horiz.

Un nombre de 2.988 unités de logement pour une totalité de 6.000 à 9.000 habitants fut construit sous forme de trois groupes d'habitation jusqu'à 1972. Le type de construction résidentielle WBR Erfurt est la base des immeubles d'habitation à cinq, onze et seize étages. Deux combinaisons de crèche et jardin des enfants, une école secondaire polytechnique à quatre classes parallèles, un gymnase et un centre de l'unité de voisinage complètent la zone résidentielle.

DK 711.58:711.62:711.64

Sniegon, P.

Développement des structures nouvelles de construction dans la région de Drèsde

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, p. 612–615, 6 plans du site, 2 tables, 3 variables de l'aménagement

Les aspirations aux espaces urbanistiques fermés résultaient, sur la base des types de logements offerts, au rapprochement plus étroit de deux blocs. Ce procès fut mis en pratique dès le début du septembre 1971, par un règlement général dans la région de Drèsde.
La question des distances entre les bâtiments des blocs d'habitation arrangés parallèlement les une aux autres fut elle-aussi révisée. Les problèmes de la protection contre le bruit et de l'ensoleillement ainsi que de la composition des espaces libres furent discutés et repensés. La transition aux espaces urbains différenciés d'après fonction et composition correspond aux objectifs stipulés à la VIII. Conférence du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne.

DK 711.58(–201)

Griebel, N.

Zone d'habitation «Hans Beimler» à Karl-Marx-Stadt

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 10, p. 616–622, 11 fig., 1 plan du site, 1 plan horiz.

Cette zone d'habitation est située à une distance de 3 km environ de centre-ville. En ce qui concerne leur conception relative au temps et leur exécution, les zones de construction 1/2 et 3 se distinguent. La zone de construction 1/2 se compose de 3.838 unités de logement et un nombre de 11.898 habitants. Les immeubles d'habitation sont pour la majeure part des corps de bâtiment à cinq niveaux, type Q 6.

31 409